

Else Frenkel-Brunswik wurde am 18. August 1908 in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren und studierte in Wien Psychologie. Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt und bildete sich zur Psychoanalytikerin weiter. Mit dem Beginn der Naziherrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik. In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die Studien „The Authoritarian Personality“.

Antidemokratische Kräfte haben in Sachsen einen hohen Organisationsgrad. Die Beiträge dieses Jahrbuchs des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts widmen sich demokratiefeindlichen Bestrebungen im Freistaat und liefern vielfältige Perspektiven, Befunde und Analysen auf die politische Situation. Das Jahrbuch enthält neben wissenschaftlichen Beiträgen etliche Berichte aus der sächsischen Zivilgesellschaft:

- Andrea Hübler (RAA Sachsen e. V.) mit einer Statistik zu menschenfeindlichen Gewalttaten in Sachsen;
- Steven Hummel (chronik.LE) zu Kooperationen mit extrem rechten Parteien auf kommunaler Ebene in Sachsen;
- Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen e. V.) zu rechten Konzertstandorten in Sachsen;
- Christin Fichtel und Ulrike Geisler (Institut B3) mit einem Projektbericht zu politischer Bildung und aktuellen Herausforderungen in Ostsachsen;
- Alina Gündel und Eric Heffenträger (Agenda Alternativ e. V.) zu politischer Neutralität auf kommunaler Ebene und der daraus entstehenden Haltungslosigkeit der Lokalpolitik und
- Danilo Starosta (Kulturbüro Sachsen e. V.) zu Rassismuserfahrungen junger Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen.

- Mit Fotografien der Leipziger Künstlerin Sandra Schubert.

DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2022



ISBN: 978-3-948049-20-1



DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2022



OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN UND
JOHANNES KIESS (HRSG.)

EDITION ÜBERLAND

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) wurde im Herbst 2020 gegründet, um die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft in Sachsen zu unterstützen. Demokratische Initiativen in Sachsen sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert – dazu gehören neben fehlenden finanziellen Mitteln vor allem Angriffe und Bedrohungen durch die extreme Rechte. Gleichzeitig mangelt es auch an einem gemeinsamen, aktuellen Wissensstand über die Bedrohung der Demokratie durch Neonazis, Verschwörungsideologen oder Antifeministen.

Ziel der Arbeit des EFBI ist es, dem entgegenzuwirken, in dem es Wissenslücken über demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen in Sachsen bestimmt und durch Forschungsergebnisse schließt. Das dabei gewonnene Wissen wird gezielt für zivilgesellschaftliche Gruppen aufgearbeitet und diesen zur Verfügung gestellt.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen verschiedene Formen der Diskriminierung sowie die Strategien und Dynamiken antidemokratisch und autoritär motivierter Bündnisse. Forschungsfelder des EFBI sind die Einstellungsforschung, die Forschung in Konflikträumen sowie das Monitoring und die Dokumentation antidemokratischer Strukturen und Social-Media-Aktivitäten.

DEMOKRATIE IN SACHSEN

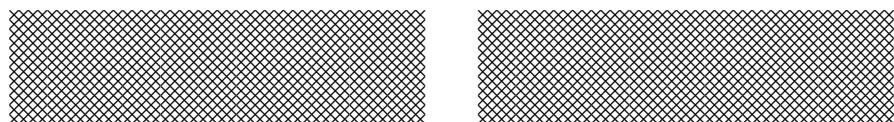
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2022



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

JAHR

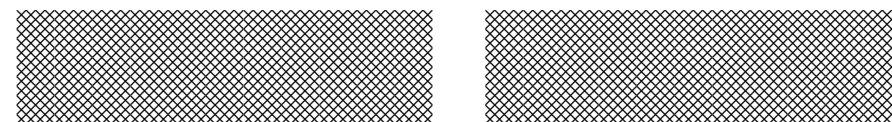


BUCH

DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2022

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN UND
JOHANNES KIESS (HRSG.)



2022

EDITION ÜBERLAND

EINFÜHRUNG

- Oliver Decker 9
Editorial

ÜBERBLICK

- Marius Dilling, Johannes Kiess & Oliver Decker 21
Der Sachsen-Monitor 2021/2022
Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen
- Johannes Kiess, Sophie Bose & Amelie Feuerer 41
Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2022
- Andrea Hübler (RAA Sachsen e. V.) 58
Menschenfeindliche Gewalttaten in Sachsen 2022 (Statistik)

RECHTE PARTEIEN UND WÄHLER

- Johannes Kiess 79
Extrem rechte Parteien in Sachsen
Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung
- Steven Hummel (chronik.LE) 97
Wie hältst du's mit der AfD?
Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen
- Hannah Katinka Beck 119
Die letzte Rettung
Eine Narrationsanalyse der Einstellungen sächsischer AfD-WählerInnen und deren Wahlentscheidungen

RECHTE LEBENSWELTEN UND RAUMNAHME

- Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen e. V.) 135
Konzertabend in Braun
Rechte Konzertstandorte und ihre Bedeutung in Sachsen
- Nikolas Dietze 151
„Ein Vakuum wird immer durch etwas besetzt“
Sphären rechter Raumnahme in Sachsen

LAUSITZ

- Fiona Kalkstein, Marius Dilling & Clara Schließler 179
Heute wie damals?
Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Proteste
- Christin Fichtel & Ulrike Geisler (Institut B3) 201
„Hello from the other side“
Oberlausitzer Geschichten, politische Bildung und aktuelle Herausforderungen in Ostsachsen. Ein Projektbericht

ERZGEBIRGE

- Charlotte Höcker, Tabea Falk, Johanna Niendorf & Henriette Rodemerk 215
Hoffnungsschimmer im Erzgebirge
Einblicke in das Forschungsprojekt Geschlechterdemokratie im Erzgebirge
- Alina Gündel & Eric Heffenträger (Agenda Alternativ e. V.) 235
„Politische Neutralität“ im Erzgebirge
Das Drängen der kommunalen Verwaltung auf politische Neutralität und die Haltungslosigkeit der Lokalpolitik

WURZEN

- Fiona Kalkstein & Natalie Gittner 251
Gehemmte Zivilgesellschaft
Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements

SELBSTERMÄCHTIGUNG

- Sophie Bose & Andre Schmidt 273
„Aufbruch Ost“ in der Arbeitswelt?
Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen
- Danilo Starosta (Kulturbüro Sachsen e. V.) 293
Passkontrolle im Offenen Jugendtreff
Rassismus-Erfahrungen junger Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen

ANHANG

- „Kunst kann Fragen stellen“ 307
Interview mit Sandra Schubert
- Autorinnen und Autoren 313
- Abbildungsverzeichnis 319
- Impressum 320



Editorial

Mit diesem zweiten EFBI-Jahrbuch bündeln wir zentrale Ergebnisse unserer Forschungsarbeit, bieten Berichte und Dokumentationen aus der Zivilgesellschaft und blicken auf zentrale politische Entwicklungen in Sachsen 2022. In der Summe entsteht ein Gesamtbild der Situation in Sachsen, welches die Herausforderungen verdeutlicht, vor die unsere demokratische Gesellschaft weiterhin gestellt ist.

Die rechtsextreme Mobilisierung und die damit verbundene politisch motivierte Gewalt bilden seit den 1990er Jahren ein konstantes Problem im Freistaat. Bereits unmittelbar nach dem Mauerfall begannen rechtsextreme Parteien in Ostdeutschland, und insbesondere in Sachsen, für antidemokratische und autoritäre Ziele zu mobilisieren. Sie gaben Ressentiments und grassierendem Hass einen dünnen Firniss an scheinbarer Berechtigung, befeuerten sie so und profitieren von der Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft (letzte Analysen zur Flexibilität autoritärer Aggressionen vgl. Decker et al., 2022). Die rechtsextremen Parteien und ihre neu-rechten Vordenker selbst hatten strategische, aber auch handfeste ideologische Gründe, in Ostdeutschland zu agitieren. Den völkischen Ideologen erschien das Gebiet der DDR als weniger durch Zuwanderung „überfremdet“. Zwar muss für dieses Phantasma ausgeblendet werden, dass der erst im 19. Jahrhundert entstandene deutsche Nationalstaat und seine Vorgängerstaaten seit Jahrhunderten von der Zuwanderung geprägt waren. Mit dieser Reinheitsvorstellung ist aber eine paranoide Grundhaltung aufs Engste verschwistert, denn die immer „drohende Verunreinigung“ begründet mit der wahrgenommenen Bedrohung auch die aggressive Abwehr gegen „Fremde“ (Bohleber, 1998). Die aggressiv vorgetragene Fiktion einer „reinen“, gar „deutschen Kultur“ gehört seit dem 19. Jahrhundert zum Grundbestand antimodernen und antisemitischen Denkens. So ist an der „neuen Rechten“ nichts neu, sie bieten den alten Wein aus autoritärem Reflex und rassistischer Ideologie in neuen Schläuchen (Weiß, 2017). Aber genau diese Illusion eines überwiegend homogenen Staatsvolks war – aus Sicht der vornehmlich aus dem Westen kommenden extrem-rechten Parteikader – in den fünf neuen Bundesländern ersehnte Realität und ein ideologischer Grund für ihr Engagement in Ostdeutschland.

Auch im Irrsinn können Menschen strategisch handeln, der Wahn beeinträchtigt nicht unbedingt die kognitive Leistungsfähigkeit. So war der Aufbau von Parteistrukturen in Ostdeutschland nach 1989 auch strategischer Natur. Begünstigt hat den Erfolg neonazistischer Parteien, dass es in den fünf neuen Bundesländern keine Wählerbindung wie in der alten Bundesrepublik gab. So war zwar auch in Westdeutschland die Neo-NS-Ideologie nicht weniger verbreitet und gehörte der Ethnozentrismus zum Grundsound des Alltags, aber wer in Fulda diese Ziele teilte, wählte dennoch CDU, und wer in Essen die Bundesrepublik für „überfremdet“ hielt, neigte trotzdem zur SPD (diese Bindung löste sich 2016 und begründete den Erfolg der AfD, vgl. Decker/Brähler, 2016). Gleichzeitig hätte die Strategie der „neuen Rechten“ jedoch nicht aufgehen können, wenn es diesen Echoraum nicht gegeben hätte. Der Erfolg an der Wahlurne stellte sich in Sachsen nicht nur deshalb ein, weil Wähler auf der Suche nach neuen Parteien waren, vielmehr fand ein bereits bestehendes Ressentiment seine politische Heimat und behält sie bis heute (für die Illustration dieser Dynamik und ihre Verbindung zum Antisemitismus vgl. Jensen, 2017). Und gemeinsam sind den Bundesdeutschen ihre bis heute wachsende Ablehnung einer Erinnerungspolitik und der Schuldabwehrantisemitismus. Das ist die geschickt bediente Klaviatur aus Ideologie in den Obertönen und Ressentiments als Generalbass, die den extrem-rechten Parteien bis heute Erfolge an der Wahlurne sichert und neonazistischen Organisationen breite Bündnispolitik ermöglicht – ob es NPD oder DVU waren, *Freie Sachsen* oder AfD sind. Migration, Pandemie-Politik, Energiekrise, Krieg – kein Thema, das nicht als Legitimation für den verbreiteten Hass und die Wut angeboten wird. Welche Position eingenommen wird – für oder gegen Russland bzw. Ukraine, für oder gegen Impfung –, spielt dabei keine Rolle, wichtig ist die Empörungsmöglichkeit und der freie Lauf destruktiver Neid- und Wutgefühle. So trifft immer noch die Diagnose zu, die der Sozialwissenschaftler Leo Löwenthal nach der Untersuchung faschistischer Propagandareden stellte: Der faschistische Agitator „verführt“ nicht sein Publikum, sondern bietet einer bereits vorhandenen Wut Gründe und Objekte für ihre scheinbar berechnete Abfuhr (Löwenthal, 1949). Welche das sind, ist variabel. Aber der Agitator reagiert wie ein schlechter Hautarzt, zu dem ein Patient mit Juckreiz kommt.

Soziale Malaise kann mit einer Hautkrankheit verglichen werden. Der daran leidende Patient hat das instinktive Bedürfnis, sich zu kratzen. Folgt der dem Rat eines erfahrenen Arztes, wird er diesem Bedürfnis nicht nachgeben und statt dessen versuchen die Ursache des Juckreizes zu beseitigen. Gibt er jedoch seinem instinktiven Kratzbedürfnis nach, wird der Juckreiz sich nur noch steigern. [...] Der Agitator rät zum Kratzen.

Löwenthal, 1949, 31

Die AfD ist dem eigenen Bekunden nach eine Volkspartei. Sie meint damit im populistischen Gestus, sie sei die einzige Partei, die für „das Volk“ und gegen „die Eliten“ spricht, welche ebenjenes „Volk“ an fremde Mächte verraten (Priester, 2012; Decker, 2018). Kurz: Sie rät zum Kratzen. Sie ist zudem die einzige Partei, die diesen Verweis auf das „Volk“ noch wählt, um ihre Anhänger zu adressieren. (Alle anderen Parteien wollen „Mitte“-Parteien sein, und was auch immer man von diesem Begriff hält, es wird erkennbar der Beiklang einer homogenen Volksgemeinschaft vermieden – ein zivilisatorischer Fortschritt.) Aber selbst nach gängigem politikwissenschaftlichem Verständnis ist die AfD genau das nicht: eine Volkspartei. Dazu wird man nicht durch seinen Wähleranteil, sondern es braucht unter anderem bestimmte organisatorische Merkmale wie etwa Mechanismen der innerparteilichen Konfliktvermittlung – und dass davon nicht die Rede sein kann, machen die beständigen internen Machtkämpfe und ihre auf Spaltung gehende Lösung in der kurzen Geschichte der AfD deutlich. Was von demokratischen Vermittlungsprozessen unter Beteiligung dieser Parteien zu erwarten ist, sollte sie einmal in Regierungsverantwortung kommen, kann man bereits jetzt an der Art ablesen, wie mit internen Meinungsunterschieden umgegangen wird. Und nicht nur das: Eine Volkspartei ist auch in der Lage, verschiedene sozio-kulturelle Milieus durch ein gemeinsames, übergreifendes Ziel miteinander zu verbinden. Das klassische Beispiel hierfür ist der Aufstieg der SPD zur Kanzlerpartei in den 1970er Jahren, der durch die viele Schichten verbindende Forderung nach einer Bildungsexpansion begründet wurde. Oder die Partei Bündnis90/Die Grünen, die mit ihrem Engagement für den Umweltschutz seit den 1980er Jahren breite Bevölkerungsschichten anspricht. Genau das hatte die NPD in der Vergangenheit nicht und hat die AfD heute

nicht. Außer man ist bereit, Ressentiments als ein demokratisches Ziel zu akzeptieren, weil es über verschiedene sozial-politische Milieus tragfähig ist.

Der Erfolg dieser extrem-rechten Parteien in Sachsen war aber auch der Reaktion der Landespolitik geschuldet. Über lange Jahre bestand sie vor allem in einer Verleugnung der Gefahr von rechts. Weder aus den Wahlerfolgen der extremen Rechten noch aus Pogromen und grassierender Gewalt, die seit den frühen 1990er Jahren das Hintergrundrauschen des Einigungsprozesses ausmachten, zog die sächsische Landespolitik Konsequenzen. Oft genug war das Gegenteil der Fall. Wer sich für Demokratie und gegen Hasspolitik engagierte, konnte ein interessantes Naturphänomen beobachten: Auf die Erwähnung des Rechtsextremismus folgt das Echo „Linksextremismus“ – es hält bis heute an. Dieser rhetorische Kniff, vom eigentlichen Problem abzulenken, heißt im Englischen Whataboutism. Er war nicht nur in der Landespolitik Sachsens, sondern lange auch in der Politik der Bundesregierung zu finden. Erst mit Beginn der 2000er Jahre änderte sich die Situation – der Bund legte Programme zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft auf und in vielen Bundesländern wurde mit einer offensiven Thematisierung und Ächtung der rechtsextremen Gewalt diese schrittweise zurückgedrängt. In Sachsen wiederum war die Politik nicht so konsequent, obwohl die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten sowie auch deren Wahlerfolge hier seit Jahren konstant hoch sind. Auf die NPD folgte die AfD im Landtag. Und auch wenn die NPD selbst nicht mehr die Ernte ihrer Politik einfahren konnte, gelang doch nun der von ihr angestrebte Brückenschlag zwischen neonazistischen Bewegungen und antimodernen politischen Milieus – Antifeminismus, Hass auf Migranten und Schuldabwehrantisemitismus sind heute der „politische Code“ (Volkov, 2000), der zur Bündnispolitik gegen die liberale Demokratie in Stellung gebracht wird. Durch die ausbleibende konsequente politische Antwort wurde der Erfolg der extrem-rechten Parteien auf paradoxe Weise begünstigt: Ließ sich die politische Motivation im Hintergrund von gewaltvollen Ereignissen nicht abweisen, wurden sie zu einem Phänomen des Randes. Diese liebgewonnene Fiktion einer gesellschaftlichen Mitte als Ort des Maßes und der Mäßigung, von dem die Extreme der Ränder klar geschieden sind, begünstigt bis heute die stabilen rechtsextremen Strukturen und Einstellungen. Doch wenn auf Pegida die Corona-Proteste und auf diese neue

„Montagsdemonstrationen“ folgen, wird vor allem die Flexibilität und Resonanzfähigkeit deutlich, mit der die extreme Rechte scheinbare Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen gibt – und diese Ressentiments werden in einem relevanten Anteil der Bevölkerung aufgegriffen.

Während der Covid-19-Pandemie waren die Proteste gegen die Gesundheitsschutzmaßnahmen der Bundes- und Landesregierungen vor allem von der Verschwörungsideologie getragen. Zum einen wurde durch die Proteste die gewachsene und anhaltende politische Handlungsfähigkeit extrem-rechter Gruppierungen und Parteien deutlich erkennbar. Sie können mittlerweile auf eine breite Vernetzung untereinander und eine Infrastruktur zurückgreifen, um schnell für ihre Ziele zu mobilisieren. Zum anderen wurde das Bedürfnis bei einem guten Teil der Bevölkerung nach genau diesen Ressentiments erneut sichtbar. Erfolgreich können die extremen Rechten ihre antidemokratischen Themen nur setzen, weil die autoritären Reaktionen vielen Menschen so naheliegen. Man muss auf diese Bedrohung des demokratischen Zusammenhalts reagieren – aber Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen auch verstehen, was die Ursachen sind. Horkheimer und Adorno machten bereits kurz nach der Veröffentlichung der Studie „The Authoritarian Personality“ auf die folgende Gefahr aufmerksam:

[...] die Unterscheidung zwischen vorurteilsvollen und vorurteilsfreien Menschen [legt] den Verdacht nahe, als sei sie selber nicht frei vom Schematisieren, als mache sie sich mit-schuldig an jener Aufteilung der Welt in Gerettete und Verdammte, die [...] heute überall dort auftritt, wo Menschen von [...] Verwaltungen als Dinge hin und hergeschoben werden.

Horkheimer/Adorno, 1952, 379

Die Begründung, man könnte auch sagen: die Rationalisierung dieser Aggressionen kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Wer Aggressionen hat, sucht und findet sich seine Rationalisierung. Mal sind es Migranten, die für die Begründung der eigenen Wut herhalten müssen, mal ist es die Corona-Politik. Es bringt nichts, sich auf irgendwelche „Extremismen“ zu kaprizieren, immer wieder muss aufs Neue die Arbeit geleistet werden, nicht nur die Motive des Hasses zu erfassen, sondern auch ihre psychosozialen Hintergründe freizulegen und diese zu kriti-

sieren – also Gesellschaftskritik zu betreiben. Es geht um autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft, gesellschaftliche Widersprüche und ihre Wirkung auf die Individuen. Im Irrsinn des Einzelnen kommt das irre Ganze zum Vorschein. Deshalb ist die Notwendigkeit so groß, die politische Dynamik zu verstehen, und das bedeutet, auch die Frage nach den Gründen zu stellen: Warum ist die Aggression so groß, warum hat es eine autoritäre Antwort so leicht, welche historischen Entwicklungen, welche ökonomischen Prozesse bringen die Ressentiments hervor? Welche Dynamik kommt im Extrem zum Vorschein, ist aber der gesellschaftliche Normfall? Wissenschaft, insbesondere Kritische Wissenschaft, will einen Blick hinter die Fassade werfen (Adorno, 1973). Dafür bemüht sie sich aber nicht um klandestine Strukturen, Überwachung und Verdunkelung, sondern um ihre Methoden und ihre Begriffe. Sie versucht in Tuchfühlung mit ihrem Gegenstand zu gehen, ohne ihre Unabhängigkeit aufzugeben. Was von außen manchmal wie ein Glasperlenspiel wirkt, ist soziale Praxis – der Versuch, der Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst zu geben. Das ist die Aufgabe des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen (EFBI) und die hier versammelten Beiträge dienen ihr.

Ein Großteil der folgenden Aufsätze im zweiten Jahrbuch „Demokratie in Sachsen“ sind aus den quantitativen und qualitativen Forschungsprojekten am Else-Frenkel-Brunswik-Institut entstanden. Ergänzt werden diese Analysen durch Beiträge von Akteuren der sächsischen Zivilgesellschaft, die als Experten ihres Alltags über die Situation im Freistaat schreiben. Die einzelnen Beiträge sind thematischen und regionalen Teilen zugeordnet.

Im ersten Teil des Jahrbuchs finden sich Beiträge, die politische Einstellungen quantitativ erfassen und damit einen Überblick über die Verhältnisse in Sachsen bieten. *Marius Dilling, Johannes Kiess und Oliver Decker* haben durch die Auswertung des „Sachsen-Monitors 2021/22“ die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen untersucht. Auf dieser Grundlage ist es zum ersten Mal möglich, regionale Unterschiede in der Verbreitung und Stärke der antidemokratischen Einstellung auf repräsentativer Basis nachzuweisen. Diese Befunde sind wichtig für die weitere Analyse sozialräumlicher Unterschiede auch im Freistaat und der Planung der demokratischen Intervention. *Johannes Kiess, Sophie Bose und Amelie*

Feuerer stellen ausgewählte Ergebnisse einer Ende Oktober 2022 durchgeführten Online-Befragung aller in Sachsen tätigen Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte vor. Es handelt sich dabei um die zweite Erhebung dieses Monitorings (für die Auswertung der ersten Erhebung siehe Kiess et al., 2022). Zusammen mit der Statistik von *Andrea Hübner* von der RAA Sachsen mit ihrer Dokumentation der rechtsmotivierten Gewalt in den verschiedenen sächsischen Regionen wird die politische Lage in den verschiedenen sächsischen Regionen transparent und empirisch gesättigt beschrieben.

Wie eingangs beschrieben, geht in Sachsen die größte Gefahr für die Demokratie von der extremen Rechten aus. Daher liegt der Fokus der Beiträge des zweiten Teils auf rechten Parteien und ihren Wählern. Auch diese Analysen sind empirisch fundiert. In seinem Beitrag „Extrem rechte Parteien in Sachsen“ gibt *Johannes Kiess* einen Überblick über die vier in Sachsen aktiven extrem rechten Parteien und ihr Verhältnis zueinander. *Steven Hummel* widmet sich unter dem Titel „Wie hältst du's mit der AfD?“ den Kooperationen, die demokratische Parteien mit Parteien der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in den letzten Jahren eingingen, und nimmt eine Typisierung der unterschiedlichen Kooperationsformen vor. Die Autorin *Hannah Katinka Beck* hat in einer ethnografischen Untersuchung sächsische AfD-Wähler zu ihren Gedanken über den Umgang mit der Covid-19-Pandemie und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine befragt.

Der dritte Teil „Rechte Lebenswelten und Raumnahme“ widmet sich anschließend den Aktivitäten der Szene der extremen Rechten. So gibt *Michael Nattke* vom Kulturbüro Sachsen in seinem Beitrag „Konzertabend in Braun“ einen Einblick in die Verbreitung von Neonazikonzertstandorten in Sachsen, während *Nikolas Dietze* die Strategien der Völkischen Siedler im Raum Leißnig analysiert.

Die Schwerpunkte der darauffolgenden Teile und Beiträge liegen auf der Analyse der politischen Ereignisse in unterschiedlichen sächsischen Regionen. Sie geben Einblicke in die Lausitz, das Erzgebirge und die Stadt Wurz.

Fiona Kalkstein, Marius Dilling und Clara Schließer stellen ein neues Forschungsprojekt am EFBI vor, das die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum politischer Proteste untersucht. *Christin Fichtel* und *Ulrike Geisler* vom Institut B3 bieten im Beitrag „Hello from the other side“ eine Bestandaufnahme der Region im

östlichen Sachsen und stellen ihr Modellprojekt vor, mit dem sie versuchen, in der Region einen Diskurs über die durch die Medien bekannt gewordenen Proteste an der Bundesstraße 96 zu fördern.

Zur Region Erzgebirge schreiben *Charlotte Höcker*, *Johanna Niendorf*, *Tabea Falk* und *Henriette Rodemerk* in ihrem Beitrag „Hoffnungsschimmer im Erzgebirge“ und geben einen Einblick in das ländliche Idyll zwischen repressiver Harmonie und emanzipativen Handlungen. *Alina Gündel* und *Eric Heffenträger* vom Verein Agenda Alternativ aus Schwarzenberg im Erzgebirge beschreiben die Schwierigkeiten, auf die ihr Bemühen, politische Bildungsangebote zu schaffen, vor Ort stößt. Die verbreitete Idee, politische Arbeit müsse „neutral“ sein, analysieren sie als hinderlich für eine Demokratietarbeit in einem bereits durch Ressentiments geprägten Umfeld.

Die Zivilgesellschaft in der nordsächsischen Kleinstadt Wurzen wurde durch *Fiona Kalkstein* und *Natalie Gittner* in einer tiefenhermeneutischen Analyse untersucht. Damit versuchen die Autorinnen eine Annäherung an Affekte, Reflexe und Blockaden des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts.

Der Teil „Selbstermächtigung“ beschäftigt sich mit Bewegungen, die sich in Sachsen für politische Beteiligungsformen einsetzen. *Sophie Bose* und *Andre Schmidt* stellen erste Ergebnisse eines neuen EFBI-Projekts vor. Auf Basis von Experteninterviews analysieren sie, wie sächsische Gewerkschafter die Streikbewegung der vergangenen Jahre im Freistaat demokratiepolitisch einordnen. *Danilo Starosta* vom Kulturbüro Sachsen schreibt über die alltäglichen Rassismuserfahrungen junger Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen.

Die 16 Beiträge werden von *Sandra Schubert*, künstlerische Mitarbeiterin an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig, mit Fotografien aus Sachsen gerahmt. Im Interview gibt sie zudem Einblicke in ihre Arbeit und stellt Verbindungen zwischen ihrer Fotoserie und den Beiträgen des Jahrbuchs her.

Die Bestandsaufnahme unseres Jahrbuchs bietet kein abschließendes Bild der politischen Dynamik in Sachsen, aber es gelingt, mit zahlreichen empirisch gesättigten Studien die zentralen Problemfelder zu benennen und an vertieft untersuchten Beispielen auch Erkenntnisse für übergreifende Probleme zu liefern.

Zuletzt noch ein Wort in eigener Sache. Als aufmerksamer Leser und als aufmerksame Leserin wird Ihnen nicht entgehen, dass wir im Vergleich zum EFBI-Jahrbuch 2021 Veränderungen vorgenommen haben. Zum einen orientiert sich der Aufbau des Buches in diesem Jahr an thematischen Schwerpunkten, zum anderen haben wir unsere Manuskriptrichtlinien geändert. Eine neue Regel wurde für das sogenannte Gendern, also den Versuch, durch typografische oder grammatikalische Eingriffe in Sprache politisch zu intervenieren, gefunden. Wurde im letzten Jahrbuch entweder eine gender-neutrale Form oder die Nennung sowohl des spezifischen Maskulinums und des spezifischen Femininums erwartet, ist es den Autoren in dieser Ausgabe freigestellt, ob und, falls ja, wie sie gendern. Ausgenommen davon sind Komposita und Substantive, die nicht auf Menschen bezogen sind (z.B. „Bürgermeisterkandidaten und -kandidatinnen“ anstelle von „Bürger_innen_meister_innen_kandidat_innen“ bzw. „Universitäten als Akteure“ und nicht „Universitäten als Akteur*innen“). Hier gilt weiterhin die Regel, in der grammatikalischen Grundform zu schreiben. Wir dokumentieren mit dieser neuen Manuskriptrichtlinie, dass die Diskussion über die politische Intervention mit einem Eingriff in die Sprache auch innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft offen ist. Die bisherige Manuskriptrichtlinie mit der Nennung von Frauen und Männern oder einer neutralen Form (z.B. „Studentinnen und Studenten“ oder „Studierende“) war der Versuch, trotz der offenen Diskussion eine einheitliche Lösung für alle EFBI-Publikationen zu finden. Der Kompromiss stellte sich jedoch als nicht tragfähig heraus, denn auch diese Regelung war für einige Autoren vor dem Hintergrund der von ihnen präferierten Art zu gendern nicht akzeptabel. Wir haben uns deshalb entschieden, es ihnen freizustellen, welche Form sie wählen. Dies schließt sowohl die Verwendung von Sonderzeichen, genderneutrale Formen, die Nennung des Maskulinums und des Femininums wie auch die Nutzung des generischen Maskulinums ein.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1973). Die Aktualität der Philosophie. In Ralf Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 1. Philosophische Frühschriften* (S. 325–344). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böhleber, Werner (1998). Die Volksgemeinschaft – lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Gewaltphantasien. *Werkblatt 40*, 83–105.
- Decker, Oliver (2018). Flucht ins Autoritäre. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–64). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte – Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Schuler, Julia/Celik, Kazim/Brähler, Elmar/Clemens, Vera/Fegert, Jörg M. (2022). Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 91–126). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1952). Vorurteil und Charakter. In Ralf Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 9.2* (S. 360–373). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jensen, Uffa (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kiess, Johannes/Bose, Sophie/Dietze, Nikolas (2022). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. *EFBI Policy Paper 2022-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Löwenthal, Leo (1949). Falsche Propheten. In Helmut Dubiel (Hrsg.), *Leo Löwenthal – Schriften 3. Zur politischen Psychologie des Autoritarismus* (S. 11–160). Frankfurt a.M.: Suhrkamp (1982).
- Priester, Karin (2012). Wesensmerkmale des Populismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62, 3–15.
- Volkov, Shulamit (2000). *Antisemitismus als kultureller Code: Zehn Essays*. München: C. H. Beck.
- Weiß, Volker (2017). *Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.





Der Sachsen-Monitor 2021/2022

Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen

Bei den bekannten Studien zu politischen Einstellungen, insbesondere zu antidemokratischen Potenzialen in der Bevölkerung, handelt es sich um bundesweite Befragungen, die repräsentativ für die in der Bundesrepublik Deutschland lebende Bevölkerung sind (Decker et al., 2022; Bertelsmann Stiftung 2019; siehe auch die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften [ALLBUS]). Auf Grund der Fallzahlen lassen sich allerdings nur sehr eingeschränkt vergleichende Aussagen über die Bundesländer treffen. Allenfalls sind mit Hilfe von Mehrebenenmodellen Analysen struktureller Unterschiede zwischen Regionen möglich (Heller et al., 2022). Während nur für wenige Bundesländer genauere Repräsentativerhebungen vorliegen (Vorreiter ist hier Thüringen, vgl. Reiser et al. 2022; daneben mittlerweile auch für andere Bundesländer, für Berlin vgl. Pickel et al., 2023), bietet der Sachsen-Monitor bisher für vier Erhebungszeitpunkte Daten zu antidemokratischen Einstellungen in Sachsen. Die jüngsten Daten, erhoben um den Jahreswechsel 2021/2022 und veröffentlicht im September 2022, erlauben bei einer Fallzahl von etwa 2.000 Befragten erstmals eine regionale Differenzierung auch für Sachsen. In diesem Beitrag unterziehen wir diese Erhebung einer kritischen Bestandsaufnahme, berichten zentrale Ergebnisse und blicken am Beispiel der Zustimmung zu einer ausländerfeindlichen Aussage auf relevante Einflussfaktoren.

ZUSTIMMUNG ZU ANTIDEMOKRATISCHEN AUSSAGEN IN SACHSEN 2021/2022

DIE ERHEBUNG

Der Sachsen-Monitor 2021/2022 wurde, wie die vorherigen Erhebungen auch, von dimap im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei zwischen dem 3. November 2021 und dem 14. März 2022 erhoben. Hierzu wurden 2.013 Personen in Sachsen ab einem Alter von 18 Jahren befragt. Es handelte sich um eine repräsentative, computergestützte Face-to-Face-Befragung, das heißt, die Befragten wurden unter Einhaltung der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen zu Hause aufgesucht und interviewt. Bei der Messung politischer Einstellungen werden meist Fragebögen genutzt, die bereits in vorherigen Untersuchungen verwendet wurden, um die Vergleichbarkeit, aber auch Validität – also die Güte der Fragebögen – zu gewährleisten. Dennoch existieren zu denselben Untersuchungsgegenständen oft unterschiedliche Frageformulierungen, Antwortskalen (z. B. vier- oder fünfstufig) und Befragungsmethoden (z. B. Telefoninterviews, Online-Befragungen oder Face-to-Face-Befragungen). In diesem Abschnitt diskutieren wir zunächst die Ergebnisse des Sachsen-Monitors und machen auf Auffälligkeiten aufmerksam.

Die Zustimmung zu den nachfolgend dargestellten Aussagen wurde in allen Sachsen-Monitor-Erhebungen mit einer vierstufigen Likert-Skala mit den Antwortmöglichkeiten „stimme voll zu“ (4), „stimme eher zu“ (3), „stimme eher nicht zu“ (2), „stimme gar nicht zu“ (1) erfasst. Wenn wir im Folgenden von einer manifesten Zustimmung sprechen, ist damit gemeint, dass die Befragten mit den Antwortmöglichkeiten „stimme voll zu“ (4) oder „stimme eher zu“ (3) geantwortet haben.¹ Die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“ wurde nicht vorgelesen, sondern nur vermerkt, wenn sie spontan genannt wurde. Es bestand zudem die Möglichkeit, keine Angabe zu machen. Bei der jüngsten Erhebung 2021/2022 lagen die so entstandenen Fehlwerte („keine Angabe“ und „weiß nicht“ zusammengefasst) bei den meisten nachstehend diskutierten Aussagen zwischen 1,28 % („Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß über-

1) Für diesen Zweck wurden die Antwortmöglichkeiten so rekodiert, dass eine hohe Zustimmung z. B. zu einer ausländerfeindlichen Aussage auch einem höheren numerischem Wert entspricht.

fremdet“) und 3,38 % („Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“).

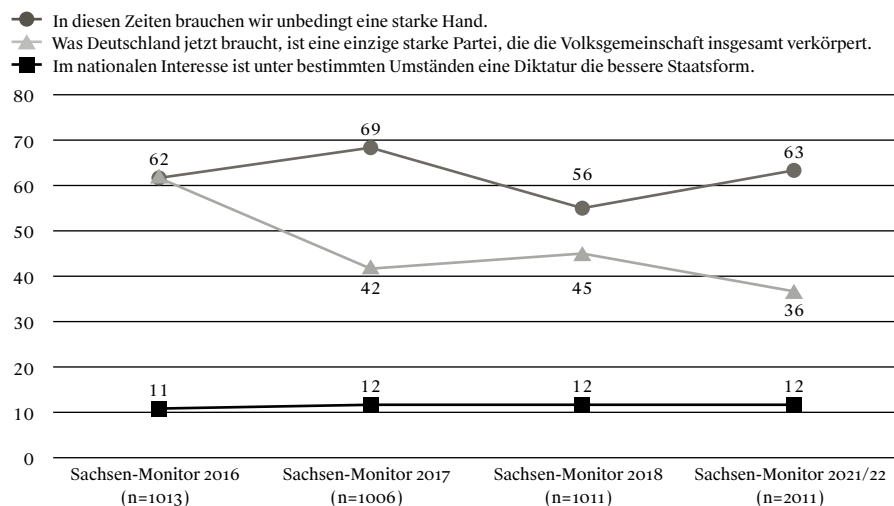
Bei der Aussage „Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“ hingegen liegt der Anteil an Fehlwerten bei 5,2 % und bei allen drei in der Befragung eingesetzten Items zur Messung des Antisemitismus liegt er zwischen 6,86 % („Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“) und 11,03 % („Juden haben zu viel Macht in der Welt“). Die Antwortbereitschaft bzw. die Bereitschaft zu einer klaren Positionierung in Bezug auf die zuletzt genannten Aussagen ist also deutlich geringer. Erklärbar ist das durch die „Kommunikationslatenz“ des Antisemitismus (Bergmann/Erb, 1986). Damit wird der Umstand beschrieben, das Befragte wissen, dass antisemitische Aussagen in Deutschland einem Tabu unterliegen. Statt sich die Blöße einer Zustimmung zu „nicht-sagbaren“ Aussagen zu geben, wird die Antwort verweigert. Eine alternative Befragungsstrategie ist, den Befragten eine mittlere Antwortmöglichkeit zu geben, bei der sie nur teilweise Zustimmung verbalisieren müssen. So nutzen beispielsweise die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) eine fünfstufige Skala mit der Mittelkategorie „teils/teils“. Dies geht regelmäßig mit einer geringeren Verweigerungsrate einher (Decker et al., 2022),² wenngleich auch hier vermutlich Effekte der sozialen Erwünschtheit die gemessenen Zustimmungswerte nach unten drücken (Beyer/Krumpal, 2010).

Neben der Skalierung der Antwortmöglichkeiten ist die Formulierung der Items – also der zur Messung einer Einstellung genutzten Aussagen – entscheidend für quantitative Untersuchungen. Soweit aus forschungspraktischen und finanziellen Erwägungen möglich, werden je zu erfassender Einstellungsdimension – also etwa Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit usw. – normalerweise mehrere Items eingesetzt. In den Leipziger Autoritarismus Studien werden zum Beispiel für alle sechs Subdimensionen der rechtsextremen Einstellung je drei Items eingesetzt. Sofern die Items, die Antwortmöglichkeiten und die Art der Erhebung nicht verändert werden, sind auch auf Item-Ebene Vergleiche und Auswertungen möglich. Im Folgenden betrachten wir verschiedene im Sachsen-Monitor eingesetzte Items zur Messung antidemokratischer Einstellungen im Zeitverlauf und diskutieren Auffälligkeiten.

2) Im Rahmen der LAS wird außerdem auf eine schriftliche Befragung gesetzt (ohne dass die Interviewer die Antworten einsehen können).

ABBILDUNG 1

Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Sachsen im Zeitverlauf
(Angaben in Prozent, Daten gewichtet).

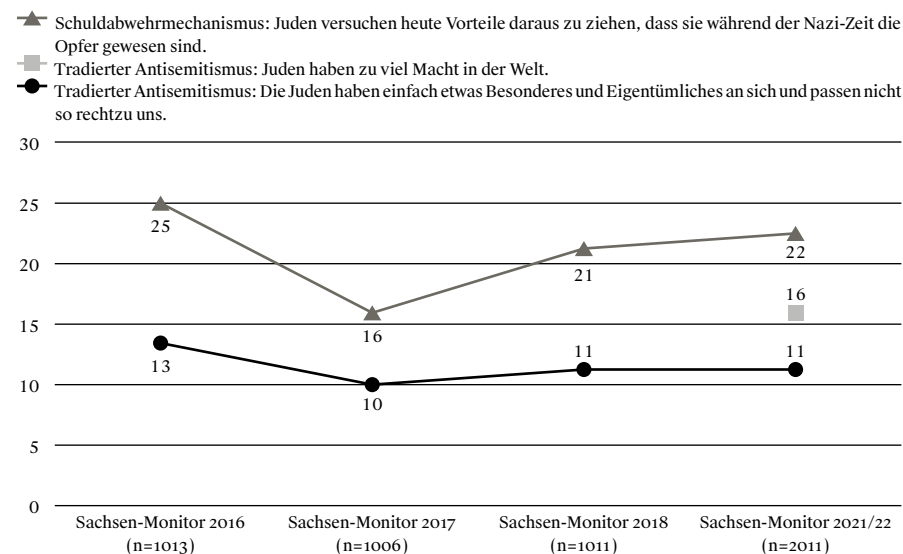


DEMOKRATIEFEINDLICHE EINSTELLUNGEN IN SACHSEN IM ZEITVERLAUF

Die in Abbildung 1 dargestellten Zustimmungswerte beziehen sich auf drei Aussagen, mit denen auch in anderen Befragungen die Zustimmung zur Dimension „rechtsautoritäre Diktatur“ gemessen wird (Heller et al., 2020). Allerdings wurde im Sachsen-Monitor (wie auch im Thüringen-Monitor, vgl. Reiser et al., 2022, 86) das Item „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ eingesetzt, wohingegen in den LAS das Item „Wir sollten einen Führer haben, der in Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ genutzt wird. Letzteres ist mit dem Bezug auf einen „Führer“ eindeutiger formuliert und ergibt (vermutlich) niedrigere Zustimmungswerte. Gleichwohl zeigt sich in der im Sachsen-Monitor eingesetzten Aussage und ihrer hohen Zustimmung ein weitverbreiteter Wunsch nach autoritärer Führung. Dagegen ist die Zustimmungsrate zu der klar völkisch ausgerichteten Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ im Zeitverlauf rückläufig. Dies deckt sich mit Ergebnissen der LAS für Ostdeutschland insgesamt.

ABBILDUNG 2

Tradierter und Schuldabwehrantisemitismus in Sachsen im Zeitverlauf
(Angaben in Prozent, Daten gewichtet).



Die Aussage „Juden haben zu viel Macht in der Welt“ des tradierten Antisemitismus wurde 2021/2022 erstmalig im Sachsen-Monitor eingesetzt.

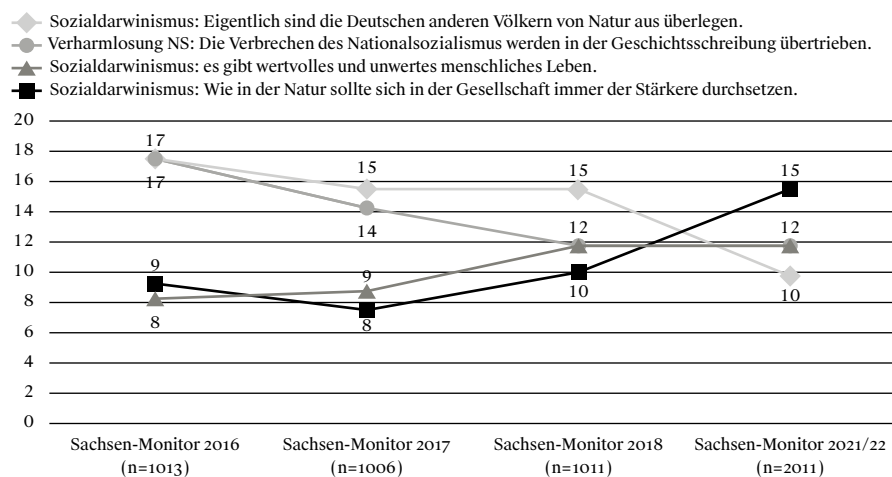
Jenseits dieser völkischen Aussage bleibt die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Sachsen allerdings stabil.

Im Sachsen-Monitor wurde der Antisemitismus bisher mit zwei Aussagen, in der Erhebung 2021/2022 erstmals mit drei Items erhoben. Es lässt sich kein eindeutiger Trend der Zu- oder Abnahme erkennen. Nochmals sei hier auf die deutlich höhere Rate der verweigerten Antworten verwiesen, die ein größeres antisemitisches Potenzial in der Kommunikationslatenz vermuten lassen. Auch ist ersichtlich, dass die Zustimmung zum Schuldabwehrantisemitismus, also einem Ressentiment gegen „die Juden“ nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz, deutlich weiterverbreitet ist.

In Abbildung 3 sind die Zustimmungswerte zu drei Aussagen, die in anderen Studien der Dimension des Sozialdarwinismus zugeordnet werden, sowie eine Aussage zur Verharmlosung des Nationalsozialismus dargestellt. Bei zwei der Items zeigt sich ein abnehmender Trend, bei den beiden anderen eine Zunahme, wobei hier ein Item 2021/2022 nicht

ABBILDUNG 3

Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus in Sachsen im Zeitverlauf (Angaben in Prozent, Daten gewichtet).



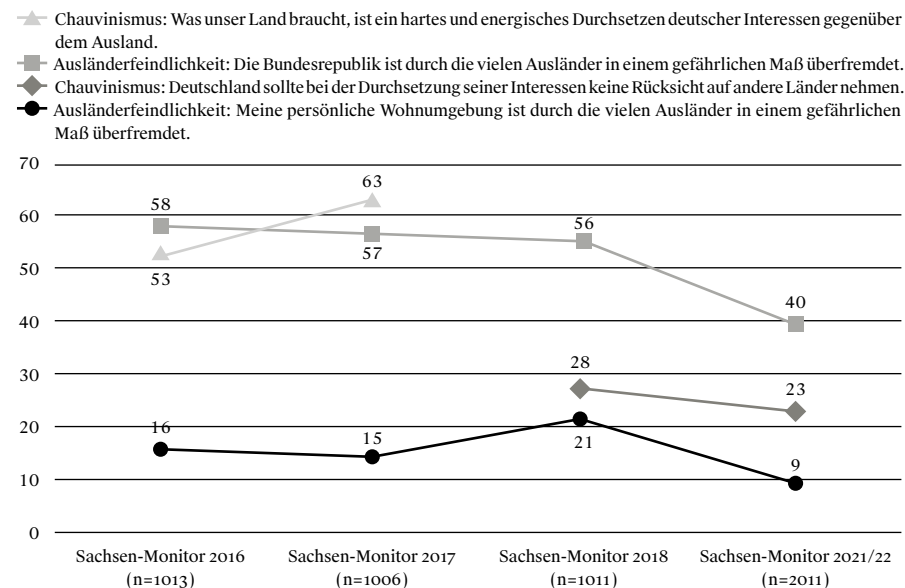
mehr eingesetzt wurde. Zudem wurde das nicht mehr eingesetzte Item mehrfach verändert: Im Sachsen-Monitor 2016 lautete die Aussage noch „Es gibt wertvolles und weniger wertvolles menschliches Leben“, 2017 dann „Es gibt wertvolles und *unwertes* menschliches Leben“ und 2018 lautete die Aussage „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“. Hervorzuheben ist, dass das Item „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ mit 15 % die höchste Zustimmung erfährt.³ Dies könnte als Anzeichen einer Entsolidarisierung und Radikalisierung gelesen werden. Gleichzeitig sind die auf den Nationalsozialismus bzw. auf die Überlegenheit „der Deutschen“ abzielenden Aussagen 2021/2022 deutlich weniger zustimmungsfähig, als es noch 2016 der Fall war. Diese widersprüchlichen Entwicklungslinien könnten für ideologische Verschiebungen in antidemokratischen Milieus sprechen.

Schließlich fasst Abbildung 4 die Zustimmung zu jeweils zwei Items zur Ausländerfeindlichkeit und zum Chauvinismus zusammen. Allerdings wurde im Falle des Chauvinismus die abgefragte Aussage ausgetauscht: Die Formulierung des 2016 und 2017⁴ verwendeten Items

3) Im Sachsen Monitor 2016 lautet die Aussage noch „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“.

ABBILDUNG 4

Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus (Ethnozentismus) in Sachsen im Zeitverlauf (Angaben in Prozent, Daten gewichtet).



wurde stark verändert, sodass bereits 2018 die Zustimmung deutlich abnahm.⁵ Das in anderen Studien wiederholt erfolgreich eingesetzte Item wurde so in seinem Sinn verändert – statt von einem „harten und energischen Durchsetzen“ ist jetzt von „keine Rücksicht [...] nehmen“ die Rede –, sodass die hohe Zustimmung zu chauvinistischen Positionen in Sachsen (und Ostdeutschland insgesamt, vgl. Decker et al., 2022, 45) nun möglicherweise verdeckt wird. Darüber hinaus ist bei der Ausländerfeindlichkeit bei dem Item „Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ Vorsicht geboten. Tatsächlich lässt sich die geringe Zustimmung auf den geringen Kontakt der sächsischen Bevölkerung mit Personen mit Migrationsgeschichte zurückführen. Reuband (2019) ergänzt zudem, dass die

4) Im Sachsen-Monitor 2016 und 2017 lautet die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“.

5) Da das Item ausgetauscht wurde, ist ein Vergleich streng genommen nicht möglich. So ist beides denkbar: einerseits, dass die Zustimmung zum Chauvinismus in Sachsen deutlich abgenommen hat, andererseits, dass der Austausch der Items die Zustimmung verringert hat.

TABELLE 1

Parteineigung und manifeste Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellung (in Prozent).

	CDU	SPD	FDP
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Skala)	20	19	16
Tradierter Antisemitismus (Skala)	9	12	5
Sozialdarwinismus (Skala)	4	3	2
Verharmlosung NS (Einzelitem)	6	3	6
Chauvinismus (Einzelitem)	17	15	27
Ausländerfeindlichkeit (Einzelitem)	34	22	33

Signifikanzprüfung durch Chi-Quadrat-Test mit Korrektur nach Rao und Scott (1984), $p < 0,001$. Daten gewichtet.

Wahrnehmung einer „Überfremdung“ der Bundesrepublik in größeren Städten deutlich stärker mit einer wahrgenommenen „Überfremdung“ der persönlichen Wohnungsumgebung zusammenhängt als in ländlichen Regionen – wo eben wenig bis gar kein Kontakt mit als „fremd“ wahrgenommenen Personen entsteht. Die Ausländerfeindlichkeit – in Sachsen deutlich besser erfasst durch die Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ – ist zwar zurückgegangen, aber immer noch auf einem auch im bundesweiten Vergleich sehr hohen Niveau. 40 % der Befragten stimmten dieser Aussage zu. Hier wäre eine Erfassung mit mindestens einem weiteren – tatsächlich dieses Konstrukt messenden – Item wichtig, um die Verbreitung der Ausländerfeindlichkeit besser erfassen und mit anderen Untersuchungen vergleichen zu können.

VERBREITUNG ANTIDEMOKRATISCHER EINSTELLUNGEN IN SACHSEN NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Der Sachsen-Monitor bietet die Möglichkeit, eine ganze Reihe von Zusammenhängen zwischen antidemokratischen Einstellungen und möglichen Einflussgrößen zu überprüfen. Wir beschränken uns hier auf drei Aspekte, die Parteineigung („Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“), das Alter und die Region (Wohnort nach Landkreisen und kreisfreien Städten). Für die folgenden Darstellungen haben wir die Items, die so auch in der LAS verwendet werden, zu Dimensionen

	Die Linke	Grüne	AfD	weiß nicht	Andere	Keine Parteineigung
	14	3	45	21	18	22
	10	6	27	5	6	9
	4	3	18	14	4	5
	3	3	38	3	8	11
	16	6	57	13	19	20
	20	6	82	31	30	42

zusammengefasst. Angegeben ist im Folgenden also teilweise die Zustimmung über mehrere Fragen hinweg. Eine Person gilt demnach als antisemitisch, wenn sie beiden Aussagen, die einen tradierten Antisemitismus messen, *durchschnittlich* mindestens zustimmt (Antwortmöglichkeiten (3) „stimme eher zu“ und (4) „stimme voll zu“).⁶

Hinsichtlich der Parteineigung zeigen sich über die Dimensionen hinweg eindeutige Unterschiede (Tabelle 1): Mit Abstand die höchste Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen finden wir unter Personen, die die AfD als Präferenz angaben. Im demokratischen Spektrum zeigt sich ein Rechts-Links-Gefälle, wobei unter Personen mit Präferenz für Bündnis90/Die Grünen die Zustimmung eindeutig am niedrigsten ist, sich Linke- und SPD-Präferierende kaum unterscheiden und die Unterschiede zwischen FDP und CDU sich insgesamt ausgleichen – mit Ausnahme des Chauvinismus: So zeigen Befragte mit FDP-Neigung bei der Aussage „Deutschland sollte bei der Durchsetzung seiner Interessen keine Rücksicht auf andere Länder nehmen“ eine deutlich höhere manifeste Zustimmung als Befragte mit CDU-Präferenz. Deutlich ist auch große Abstand zwischen den demokratischen mitte-rechts Parteien CDU und FDP einerseits und der extrem rechten AfD andererseits.

6) So ergibt sich bei einer Skala von zwei Aussagen ein Cut-Off-Wert von 6 bei einem Minimum von 3 = volle Zustimmung zu beiden Aussagen – wobei die Befragten auch eine Aussage mit der Antwortmöglichkeit (2) „stimme eher nicht zu“ und die zweite mit 4 „stimme voll zu“ bewerten konnte, um durchschnittliche Zustimmung zu erreichen. Bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur als einziger Dimension lagen drei Aussagen vor, sodass der Cut-Off-Wert hier entsprechend bei 9 für durchschnittliche Zustimmung lag.

TABELLE 2

Manifeste Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellung nach Altersgruppen (in Prozent).

Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Skala)
Tradierter Antisemitismus (Skala)
Sozialdarwinismus (Skala)
Verharmlosung NS (Einzelitem)
Chauvinismus (Einzelitem)
Ausländerfeindlichkeit (Einzelitem)

Chi-Quadrat-Test mit Korrektur nach Rao und Scott (1984). Ausländerfeindlichkeit und Tradierter Antisemitismus signifikant bei $p < 0,01$. Sozialdarwinismus und rechtsautoritäre Diktaturbefürwortung signifikant bei $p < 0,05$. Kein signifikanter Unterschied bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie beim Chauvinismus. Daten gewichtet.

Beim Blick auf Tabelle 2 und über alle sechs Dimensionen hinweg fällt auf den ersten Blick die niedrigere manifeste Zustimmung unter Jüngeren auf. Mit höherem Alter nimmt die manifeste Zustimmung zu (mit wenigen Ausnahmen, bei denen die jüngste Altersgruppe höhere Zustimmungswerte aufweist als die nächsthöhere Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen; das ist insbesondere bei Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur auffällig). Allerdings sind die Zustimmungswerte zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen unter den mittleren Altersgruppen teilweise höher als bei den ältesten Befragten. Neben Alterseffekten (mit steigendem Alter höhere Werte) lassen sich hier (teilweise) generationale Effekte (bestimmte Generationen stimmen auf Grund gemachter Erfahrungen und weiterer Eigenschaften stärker zu) vermuten.

VERBREITUNG ANTIDEMOKRATISCHER EINSTELLUNGEN IN SACHSEN NACH REGIONEN

Schließlich sind in Abbildung 5 die gestapelten Zustimmungswerte je Dimension – teilweise als Einzelitem (Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus) – nach Region abgetragen.⁷ Auffällig sind neben der niedrigeren Ausprägung antidemokratischer Einstellungen in den beiden größten Städten Leipzig und Dresden die Ausschläge der Kurven für den Erzgebirgskreis und den

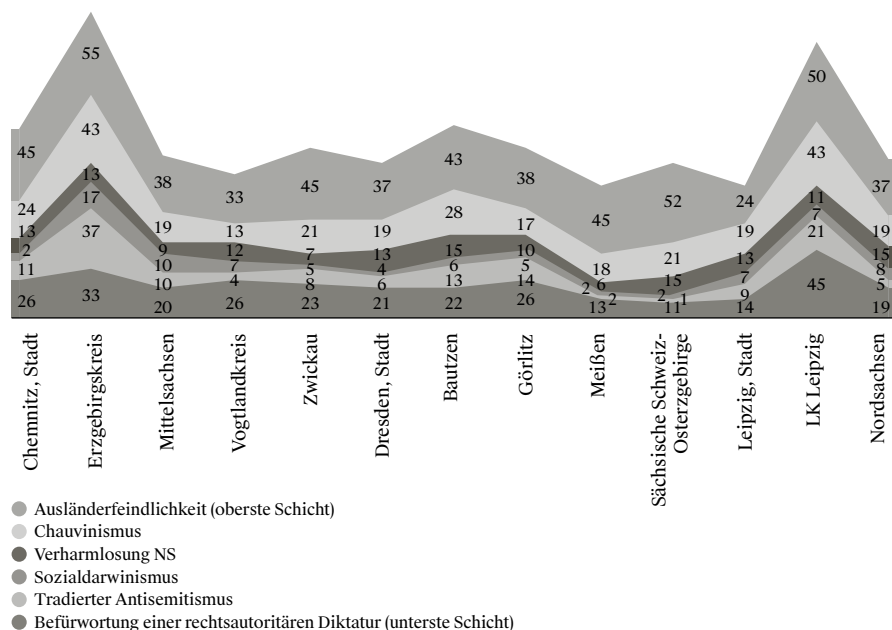
18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-74	75+
25	14	19	24	23	26	26
2	9	9	13	11	14	15
10	7	7	9	4	6	5
10	9	15	12	11	9	9
12	18	26	25	24	20	17
18	31	40	47	45	42	45

Landkreis Leipzig. Eine wichtige Rolle spielen dabei hohe Zustimmungswerte zu chauvinistischen, ausländerfeindlichen und diktaturbefürwortenden Aussagen. Im Erzgebirge ist der tradierte Antisemitismus sehr stark ausgeprägt: Mit 37 % liegt die manifeste Zustimmung hier deutlich höher als im Landkreis Leipzig (21 %), dem Landkreis mit der zweithöchsten manifesten Zustimmung zum tradierten Antisemitismus. Dieses Ergebnis für sich genommen sollte Anlass geben für einen genaueren Blick auf die Region und mögliche Strukturen, die diese hohe offene Zustimmung zu antisemitischen Aussagen begünstigen. Weitere im Sachsen-Monitor erhobene Einstellungen (Sexismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus usw.) ergeben im Profil ein ähnliches Ergebnis (hier aus Platzgründen nicht abgebildet).

7) Etwaige Abweichungen der Stichprobe hinsichtlich soziodemografischer Merkmale (z. B. Alter, Bildung etc.) von der amtlichen Statistik wurden vom Erhebungsinstitut durch die verwendete Gewichtung verringert. Bei der Betrachtung von Abbildung 5 muss allerdings berücksichtigt werden, dass diese Gewichtung an die Grundgesamtheit der Bevölkerung ab 18 in Sachsen anpassen soll. Es liegt jedoch kein Gewicht für etwaige soziostrukturelle Abweichungen auf der Ebene der Landkreise oder kreisfreien Städte vor – mit Ausnahme der Bevölkerungsgröße der sächsischen Kreise und kreisfreien Städte. Die Abweichung von der Grundgesamtheit kann daher bei einer regionalen Aufgliederung nach sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten größer sein.

ABBILDUNG 5

Gestapeltes Flächendiagramm (manifeste Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellung nach Landkreis).



Signifikanzprüfung durch Chi-Quadrat-Test mit Korrektur nach Rao und Scott (1984), $p < 0,001$. Kein signifikanter Unterschied bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus. Daten gewichtet.

WELCHE FAKTOREN BEGÜNSTIGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT?

Im letzten Teil dieses Kapitels wollen wir genauer überprüfen, welche Faktoren mit höheren Zustimmungswerten zu den vorgestellten Einstellungen zusammenhängen. Dafür haben wir das Einzelitem „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ herausgegriffen. Es erfährt mit 40 % weiterhin eine breite manifeste Zustimmung in Sachsen, auch wenn diese offenbar in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Wie im ersten Abschnitt bereits berichtet, ist unsere abhängige – das heißt: die zu erklärende – Variable vierstufig skaliert.

In der Literatur werden eine Vielzahl von Einflussfaktoren auf antidemokratische Einstellungen diskutiert. Ein starker Zusammenhang besteht zwischen autoritären Bedürfnissen und rechtsextremer Einstel-

lung (Decker et al., 2020; Kiess et al., 2022) oder auch einzelnen Dimensionen wie der Ausländerfeindlichkeit (Yoxon et al., 2019). Der Sachsen-Monitor erlaubt es uns, zumindest eine Dimension des Autoritarismus, die *autoritäre Aggression*, in die Analyse mit aufzunehmen. Gemessen wurde diese mit den zwei Items „Verbrechen sollten härter bestraft werden“ und „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“. Wir nutzen einen Mittelwertindex dieser beiden Aussagen (Cronbachs Alpha = 0,70, Explorative Faktorenanalyse). Die Befunde hinsichtlich soziodemografischer Faktoren wie Alter, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit und Wohnort (Ost/West, für unseren Fall hier: Landkreise/Städte) sind oft weniger eindeutige Prädiktoren, wohingegen insbesondere ein höherer Bildungsabschluss mit geringen Werten zusammenhängt. Wir nehmen die Variablen Alter, Geschlecht (dichotom), Konfessionszugehörigkeit (keine, evangelisch, andere), Bildung (Abitur/kein Abitur), Arbeitslosigkeit (nicht-arbeitslos/arbeitslos) und Landkreise/kreisfreie Städte in unsere Analyse als Kontrollvariablen auf.

Während objektive sozioökonomische Faktoren unter Berücksichtigung weiterer Variablen oft keine eindeutigen Zusammenhänge ergeben, stellen sich häufig subjektiv empfundene individuelle wie kollektive Benachteiligungen als relevant heraus. Ausschlaggebend ist also weniger *tatsächlich* erlebte Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen usw. als vielmehr das *Gefühl*, nicht den gerechten Anteil und/oder in Zukunft nicht mehr das zu bekommen, was einem zusteht. Interessanterweise sind es regelmäßig Wahrnehmungen kollektiver Deprivation, also die Befürchtung, dass es Deutschland bzw. Sachsen insgesamt wirtschaftlich schlechter gehen wird, die stärker durchschlägt als Sorgen um den individuellen Status. Wir lassen jeweils ein Item zur kollektiven und individuellen Deprivation jetzt und in Zukunft einfließen. Zusätzlich konnten wir mit dem Item „Oft werden Regionen, Gemeinden oder Stadtviertel als abgehängt beschrieben. Wenn Sie nun daran denken, wo Sie wohnen: Würden Sie der Aussage zustimmen, dass Ihr Wohnort ‚abgehängt‘ ist?“ noch eine räumliche Dimension erlebter Deprivation aufnehmen. Außerdem haben wir die drei Items „Haben Sie das Gefühl, dass die meisten Politiker sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen?“, „Haben Sie das Gefühl, dass Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut?“ und „Haben Sie das Gefühl, die meisten Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, die

Ansichten der Wähler interessieren sie nicht?“ in einen Mittelwertindex (Cronbachs Alpha = 0.71, Explorative Faktorenanalyse) zur Erfassung politischer Deprivation in die Analyse einfließen lassen.

In Sachsen ist nicht erst mit dem Auftreten der extrem rechten Partei *Freie Sachsen* (siehe den Beitrag von Johannes Kiess in diesem Band) immer wieder auf die Besonderheit sächsischer Identität abgehoben worden. So haben Wolfgang Luutz und Kollegen um die Jahrtausendwende in mehreren Forschungsprojekten zur „[s]ymbolische[n] Raumpolitik, aufgefasst als Identitätspolitik [...] [und] Teil eines neuartigen Machtdispositivs“ geforscht. „Als spezifische Mobilisierungsstrategie versucht sie, die systemischen Modernisierungserfordernisse mit den lebensweltlichen Orientierungsbedürfnissen kurz zu schließen. Das heißt, mit symbolischer Regionalpolitik soll die mentale Infrastruktur für eine erfolgreiche regionale Modernisierungspolitik geschaffen werden“ (Luutz, 2002, 13). Zwar betont Wolfgang Luutz, dass solche Identitätskonstruktionen nicht zwangsläufig mit scharfen Freund-Feind-Grenzziehungen einhergehen müssten. Dennoch finde eine „Ethnisierung“ statt: „Die ‚sächsischen Volkseigenschaften‘ wie Pfiifigkeit, Unternehmergeist und die Bereitschaft, sich auf neue Anforderungen einzustellen, erweisen sich bei genauerem Hinsehen als neoliberale Tugenden des freien, selbstverantwortlich handelnden Menschen. Insofern ist der Identitätsdiskurs direkter Bestandteil der neoliberalen Modernisierungsstrategie.“ (ebd., 178) Inwiefern diese Strategie aufgegangen ist, kann hier nicht weiter erörtert werden. Die Anrufung sächsischer Identität und Besonderheit könnte aber davon unabhängig Schattenseiten aufweisen. Die „gemeinsame Gegnerschaft gegen einen Dritten“, so schrieb bereits der Soziologe Georg Simmel, wirke „zusammenschließend“ (Simmel, 1908, 611). Auf dieser Überlegung und dem Befund aufbauend, dass insbesondere Chauvinismus einerseits sowie Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus andererseits stark miteinander korrelieren, wollen wir klären, ob eine stark ausgeprägte sächsische Identität mit höherer Ausländerfeindlichkeit einhergeht. Deshalb haben wir aus den drei Items „Die wirtschaftliche Lage in Sachsen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“, „Sachsen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ und „Auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein“ einen Mittelwertindex (Cronbachs Alpha = 0.62, Explorative Faktorenanalyse) gebildet. Der Sachsen-Monitor fragte auch zum Verhältnis zur

TABELLE 3

Hierarchisches Regressionsmodell (Ausländerfeindlichkeit) „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht	-0,01	-0,02	-0,03
Alter	0,10***	0,02	-0,02
Arbeitslosigkeit	0,08**	0,05	0,05
Religionszugehörigkeit (Referenz: Protestantisch/katholisch)			
Andere	-0,03*	-0,02	-0,02
Konfessionslos	0,07*	-0,02	-0,02
Abitur	-0,30***	-0,13***	-0,13***
Autoritäre Aggression		0,24***	0,24***
Politische Deprivation		0,31***	0,30***
subj. individ. Depr.		0,00	0,00
subj. kollekt. Depr. (Sachsen)		0,09**	0,12***
Zukunft Sachsen (pessimistisch)		0,05	0,05 [p = 0.056]
Persönliche Zukunft (pessimistisch)		0,04	0,06
Sächsische Identität ^a			0,09**
Verharmlosung der DDR			0,05 [p = 0.063]
Subjektive Einschätzung: abgehängter Wohnort			0,04
Wohnort (Landkreise, Referenz: Leipzig, Stadt) ^b			
Chemnitz, Stadt			0,07**
Erzgebirgskreis			0,11***
Dresden, Stadt			0,09**
Bautzen			0,08**
Meißen			0,09***
Erklärte Varianz (adj. R ²)	13%	33%	37%
N	1.910	1.752	1.660
F	F(6, 1903) =	F(12, 1739) =	F(27, 1632) =
	43,40, p < 0,01	73,24, p < 0,01	40,14, p < 0,01

***p < ,001; **p < ,01; *p < ,05; Dargestellt sind die standardisierten Regressionskoeffizienten um die Vergleichbarkeit der Koeffizienten sicherzustellen. Daten gewichtet. a) Index aus „Die wirtschaftliche Lage in Sachsen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“, „Sachsen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ und „Auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein“. Der Index ist das Ergebnis einer im Vorfeld durchgeführten explorativen, schiefwinkligen Faktorenanalyse (Faktorladungen zwischen 0.49 und 0.58; Cronbachs Alpha = 0.62) b) Abgebildet wurden nur Landkreise, bei denen ein signifikanter Unterschied zur Referenz „Leipzig, Stadt“ vorlag.

DDR („Die DDR war ein Unrechtsstaat“), weshalb wir in diesem Kontext auch diese Variable aufnehmen wollen.

In Tabelle 5 sind die Ergebnisse von drei statistischen Modellen dargestellt. In einem multiplen Regressionsmodell werden die Zusammenhänge verschiedener unabhängiger, „erklärender“ Variablen auf eine abhängige oder auch „zu erklärende“ Variable gleichzeitig geschätzt. So lassen sich einzelne Effekte bereinigt von anderen Einflussgrößen darstellen. Wir beginnen mit einem einfachen Modell, in das nur soziodemografische Variablen eingingen. Hier zeigt sich zunächst der im zweiten Abschnitt bereits beschriebene Effekt höheren Alters auf eine stärker ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit, ein ähnlicher Effekt erlebter Arbeitslosigkeit sowie ein gegenläufiger, starker Effekt höherer formaler Bildung. Des Weiteren zeigen sich in diesem einfachen Modell zwei Effekte der Religionszugehörigkeit, welche sich in den nachfolgenden Modellen jedoch auspartialisieren – das heißt, es handelt sich hierbei um einen Scheinzusammenhang der bei der Hinzunahme anderer Einflussgrößen verschwindet.

In Modell 2 haben wir die autoritäre Aggression sowie die Variablen zur Messung subjektiver Deprivation aufgenommen. Zunächst zeigt sich, dass die Effekte des Alters sowie der Arbeitslosigkeit bei Hinzunahme dieser Faktoren ihre statistische Signifikanz verlieren – es ist also weniger das Alter oder die Arbeitslosigkeit direkt, welche in Sachsen eine höhere Ausländerfeindlichkeit erklären, als vielmehr autoritäre Aggression und Formen subjektiver Deprivation, die mit diesen assoziiert sein können. Der verringernde Effekt eines höheren Bildungsabschlusses verkleinert sich zwar, bleibt aber signifikant, also bedeutsam. Das zeigt an, dass höhere Bildung teilweise mit niedrigerer autoritärer Aggression sowie niedrigerer subjektiver Deprivation einhergeht. Weiter hat insbesondere die politische Deprivation einen starken Effekt auf die Ausländerfeindlichkeit in Sachsen, während eine negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Sachsens ebenfalls einen – im Vergleich jedoch kleineren – Effekt auf ausländerfeindliche Überfremdungssängste hat.

In einem dritten Modell haben wir noch den Index zur sächsischen Identität, die subjektive Einschätzung, ob der eigene Wohnort abgehängt sei, die Verharmlosung der DDR sowie den Wohnort nach Landkreis/Stadt aufgenommen. Es bestätigt sich ein Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und einer stärker ausgeprägten sächsischen Identität.

Zudem geht der Wohnort im Erzgebirgskreis, Bautzen, Meißen, Chemnitz sowie Dresden im Vergleich zur Stadt Leipzig mit einer höheren Ausländerfeindlichkeit einher – wobei Effekte der individuellen Sozialstruktur und des subjektiven Deprivationserlebens hier wie beschrieben herausgerechnet sind. In diesem umfangreichen Modell bleiben schließlich der Effekt des Bildungsabschlusses sowie alle bereits im zweiten Modell signifikanten Effekte erhalten. Auf Grundlage dieses Modells lässt sich festhalten, dass stärkeres Deprivationserleben, autoritäre Aggression als Grunddisposition und ein niedrigerer Bildungsabschluss die Ausländerfeindlichkeit in Sachsen am stärksten begünstigen.

FAZIT UND AUSBLICK

In diesem Beitrag haben wir die Daten des Sachsen-Monitors 2021/2022 ausgewertet und kritisch diskutiert. Dazu haben wir die jüngsten Ergebnisse zunächst mit den Erhebungen 2016, 2017 und 2018 verglichen. Dabei fiel auf, dass im Zeitverlauf immer wieder Formulierungen der eingesetzten Fragebögen verändert wurden. In mindestens einem Fall hat dies wichtige Konsequenzen: Das Item zur Messung der Dimension Chauvinismus wurde so stark verändert, dass heute nicht mehr festzustellen ist, ob sich die Zustimmung zum Chauvinismus tatsächlich um zwei Drittel verringert hat oder ob dies lediglich auf den Austausch der eingesetzten Items zurückzuführen ist. Interessant ist ebenfalls die in Sachsen geringe Zustimmung zum Item des Überfremdungserlebens am Wohnort. Dieses ist zwar zur Messung der Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellung unbrauchbar, es zeigt sich aber, dass die meisten Menschen und vor allem jene im ländlichen Raum gar keine Überfremdung ihrer Wohngegend erleben, sondern diese vor allem anderswo in Deutschland imaginieren. Einerseits könnte tatsächlicher interkultureller Kontakt so eventuell helfen, Ausländerfeindlichkeit abzubauen. Andererseits wird deutlich, dass das Ressentiment gegen „Andere“ vor allem projektiv ist. Der Abbau dieses und ähnlicher Ressentiments muss entsprechend tiefer und gesellschaftlich angepackt werden. Kritisch betrachtet werden muss außerdem der hohe Anteil der Befragten, die im Sachsen-Monitor eine Antwort bei den abgefragten Items zum Antisemitismus in den vorgegebenen Kategorien verweigern („weiß nicht“ oder „keine Angabe“ zwischen 7 und 11 %). Zu vermuten ist, dass Befragte auch um die Tabuisierung ihres antisemitischen Ressentiments

wissen – die tatsächliche Zustimmung liegt also vermutlich noch höher. Wenig überraschend ist, dass unter Befragten, die eine Parteineigung zur AfD äußern, in allen Dimensionen deutlich höhere Zustimmungen zu antidemokratischen Aussagen zu finden sind. Das politische Angebot der AfD passt zu diesen Einstellungen. Die Forschung (z. B. Bale/Rovira Kaltwasser, 2021, 311) hat wiederholt gezeigt, dass extrem rechte Parteien meist erfolgreich darin sind, etwa Ausländerfeindlichkeit als Thema nicht nur zu besetzen, sondern auch zu verteidigen. Ihre Wählerinnen und Wähler bleiben dem Original treu, auch wenn andere Parteien versuchen, das Thema zu besetzen. Vielmehr riskieren mitte-rechts Parteien ihre demokratisch eingestellte Kernwählerschaft zu verlieren. Radikalisieren sich auch die mitte-rechts Parteien und halten mitte-links Parteien dagegen, führe dies zu gesellschaftlicher Polarisierung (ebd., 314). Im Übrigen zeigen international vergleichende Studien, dass extrem rechte Parteien im Zeitverlauf selten moderater werden (Akkerman et al., 2016, 47). Forschungsbedarf mahnen die Ergebnisse unseres Landkreisvergleichs an: Die deutlich weitere Verbreitung antidemokratischer Einstellungen im Erzgebirgskreis und, mit etwas Abstand, im Landkreis Leipzig lässt vermuten, dass lokale sozialpolitische Milieus – über sozialstrukturelle Faktoren hinaus, wie auch unsere multivariate Regressionsanalyse zeigt – beispielsweise an der starken Verbreitung des Antisemitismus Anteil haben könnten. Dass bloße infra-, wirtschafts- und sozialstrukturelle Faktoren die Bereitschaft, extrem rechts zu wählen, nicht alleine erklären können, hatten wir im vergangenen Jahr bereits argumentiert (Kiess/Dilling, 2022).

Schließlich zeigt unsere Analyse, dass die Bereitschaft, ausländischerfeindlichen Aussagen zuzustimmen, offenbar stark von autoritären Grunddispositionen, Gefühlen der politischen Deprivation, niedrigerer Bildung, einer subjektiv wahrgenommenen schlechten wirtschaftlichen Lage des Freistaats sowie einer ausgeprägteren, auf Überhöhung der Eigengruppe ausgerichteten sächsischen Identität abhängt. Wirksame Gegenmaßnahmen gegen antidemokratische Einstellungen sollten – zugespitzt – also nicht auf Folklore aufbauen, sondern demokratische Teilhabeerfahrungen, politische Bildung und einer langfristigen Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel haben.

LITERATUR

- Akkerman, Tjitske/de Lange, Sarah L./Rooduijn, Matthijs (2016). Into the mainstream? A comparative analysis of the programmatic profiles of radical right-wing populist parties in Western Europe over time. In Tjitske Akkerman/Sarah L. de Lange/Matthijs Rooduijn (Hrsg.), *Radical right-wing populist parties in Western Europe: into the mainstream?* (S. 31–52). Routledge studies in extremism and democracy. London/New York: Routledge.
- Bale, Tim/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2021). The Mainstream Right in the Twenty-First Century. In Tim Bale/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Riding the populist wave: Europe's mainstream right in crisis* (S. 290–314). Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38 (2), 223–46.
- Bertelsmann Stiftung (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Beyer, Heiko/Krumpal, Ivar (2010). „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“. Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (4), 681–705.
- Decker, Oliver/Heller, Ayline/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Yendell, Alexander/Schließler, Clara/Brähler, Elmar (2020). Das Autoritäre Syndrom. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Heller, Ayline/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF)“. In Aylin Heller/Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Präkärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heller, Ayline/Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2022). Autoritarismus im sozio-ökonomischen Kontext. Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In Oliver Decker/ Ayline Heller/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 161–184). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius (2022). Mein rechter, rechter Platz ist frei. In welchen sächsischen Gemeinden sind extrem rechte Parteien besonders stark und was schützt davor? In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 119–136). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2022). Comeback des Autoritarismus-Konzepts: autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechtsextremer Einstellung. *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus*, 10, 14–25. <https://doi.org/10.19222/202210/02>.
- Lutz, Wolfgang (2002). *Region als Programm: zur Konstruktion „sächsischer Identität“ im politischen Diskurs*. Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft 8. Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, Gert/Celik, Kazim/Decker, Oliver (2023). Die politische Kultur in Berlin – Ergebnisse des Berlin Monitors. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (in Druck).
- Rao, J. N. K./Scott, A. J. (1984). On chi-squared tests for multiway contingency tables with cell proportions estimated from survey data. *Annals of Statistics*, 12 (1), 46–60.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2022). Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021. URL: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thue_ringen_monitor/Zusammenfassung_TM2021_bf.pdf (08.12.2022).
- Reuband, Karl-Heinz (2019). Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider? *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 2019, 1, 13–27.
- Simmel, Georg (1908). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. 1. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Yoxon, Barbara/van Hauwaert, Steven M./Kiess, Johannes (2019). Picking on Immigrants: A Cross-National Analysis of Individual-Level Relative Deprivation and Authoritarianism as Predictors of Anti-Foreign Prejudice“. *Acta Politica* 54 (3), 479–520. <https://doi.org/10.1057/s41269-017-0067-8>.



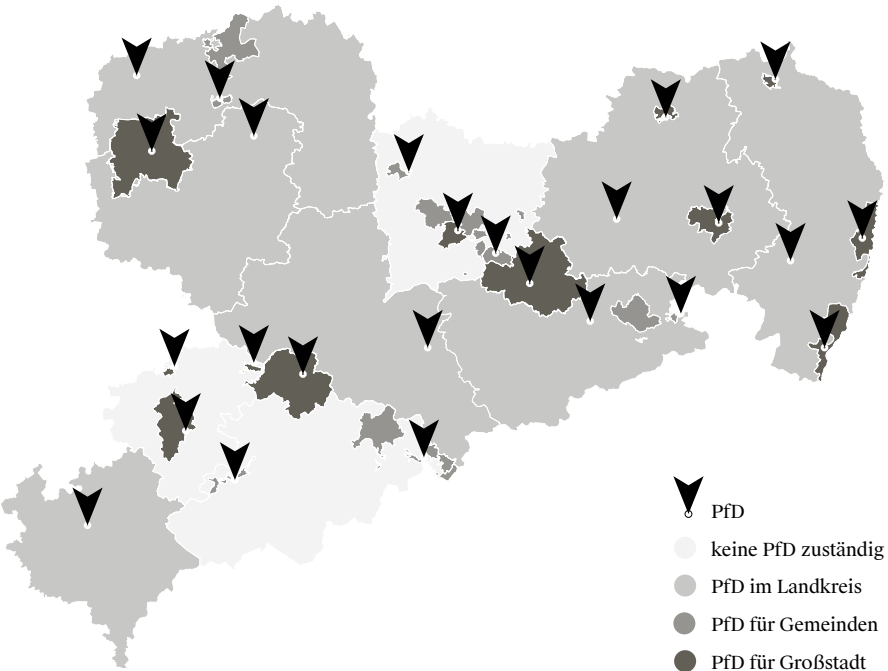
Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2022

Partnerschaften für Demokratie (PfD) sollen in ganz Deutschland „Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt“ entwickeln und umsetzen (Bundesprogramm Demokratie leben, 2023). In Sachsen bestehen diese vom Bund durch das Programm „Demokratie leben!“ geförderten lokalen Initiativen inzwischen beinahe flächendeckend (s. Abbildung 1). Die PfD setzen sich aus einer Koordinierungsstelle, dem jeweils federführenden Amt, einem Begleitausschuss und einem Jugendforum zusammen, die über drei jeweils thematisch gebundene Fördersummen verfügen (Aktions- und Initiativfonds, Öffentlichkeitsarbeits- und Vernetzungsfonds, Jugendfonds). Ziel ist es, Akteure vor Ort einzubinden, Netzwerke zu stärken, Bürger*innen Möglichkeiten für ihr Engagement zu eröffnen und kleinere Projekte anzuschließen. Im Rahmen des Förderprogramms werden außerdem Modellprojekte gefördert (s. Tabelle 1). Diese sollen innovative Ansätze der Demokratieförderung entwickeln und, wenn sie erfolgreich waren, möglichst in die pädagogische Praxis überführen. In diesem Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse einer Ende Oktober 2022 durchgeführten Online-Befragung aller in Sachsen tätigen *Partnerschaften für Demokratie* und Modellprojekte vor.

Die Befragung führten wir zum zweiten Mal in Kooperation mit dem Demokratiezentrum im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales*

ABBILDUNG 1

Im Freistaat Sachsen aktive Partnerschaften für Demokratie und mit Einzugsgebiet



und gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) durch, dem Ansprechpartner der PfD und der Modellprojekte in Sachsen. Den in unserer ersten Befragung (Kiess et al., 2022) genutzten Fragebogen mit teilweise standardisierten, teilweise offenen Fragen haben wir dazu leicht aktualisiert und den Vertreter*innen der PfD und der Modellprojekte wieder über das digitale Beteiligungsportal des Ministeriums zugänglich gemacht. Es nahmen 24 der 25 in Sachsen tätigen PfD sowie 14 der 16 Modellprojekte teil. Die Befragung und Auswertung erfolgten zum Schutz der Befragten anonymisiert. Inhaltlich sind wir vor allem an der selbst eingeschätzten Handlungsfähigkeit der Befragten interessiert sowie an der lokal wahrgenommenen Bedrohungslage. Neu ist, dass wir teilweise Vergleiche zur Befragung aus dem Jahr 2021 ziehen können. Mittelfristig erhoffen wir uns gemeinsam mit dem SMS, auf diese Weise Entwicklungen im Zeitverlauf aufzeigen zu können. Bei der Auswertung konzentrieren wir uns auf die PfD, die für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich über

lokale Entwicklungen berichten können, während die Modellprojekte meist regionenübergreifend und nur für einen bestimmten Projektzeitraum arbeiten.

Im Folgenden blicken wir zunächst auf die konkrete Arbeit der PfD und der Modellprojekte: Erleben sie sich als wirksam? Wie werden ihre Angebote in der Bevölkerung angenommen? Welche Herausforderungen erschweren ihre Arbeit? Im Anschluss zeigen wir auf, welche demokratiegefährdenden Vorkommnisse und Akteure die PfD in ihren Regionen wahrnehmen. Die mit Abstand größte Bedrohung für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort geht, das bestätigt auch unsere Befragung, von der extremen Rechten aus. Daher legen

TABELLE 1

Liste der derzeit aktiven Modellprojekte im Freistaat Sachsen

● Awareness im Veranstaltungskontext
● Couragierte Kinder – Ein demokratiefördernder Ansatz für pädagogische Fachkräfte im Kindesalter
● Das geht! Demokratie und Antidiskriminierung in der Ausbildung sozialer Berufe
● debunk. Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegentreten
● Demokratie GANZtags
● Gemeinsam starkgemacht – für eine vielfältige und demokratische Jugend
● „Gibt’s doch gar nicht“ (Sensibilisierung für antisemitische Einstellungen und Diskriminierungen in der Gegenwart)
● Gute Gewalt – schlechte Gewalt?
● JugendStil – Teilhabe und Mitgestaltung junger Migrant*innen in Ostdeutschland
● neue unentdeckte narrative 2025 (NUN)
● Prisma Sachsen – Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln
● ReMoDe – Regional und Mobil für Demokratie
● spreu x weizen. Nachrichten kritisch denken.
● (Un)sichtbarkeit in der Migrationsgesellschaft
● Zukunft gestalten – geschlechtliche Vielfalt (er)leben
● Zusammenspiel (Gemeinsam mehr erreichen – Ressourcenorientierte Elternaktivierung zur Stärkung kindlicher Kompetenzen und eines demokratischen Gemeinwesens)

wir hierauf auch einen Schwerpunkt der Auswertung. Akteure des extrem rechten Spektrums sind flächendeckend aktiv, gut vernetzt und bedrohen People of Color, Andersdenkende sowie Andersaussehende. Im Fazit ordnen wir die Befragungsergebnisse ein und führen Handlungsbedarfe auf. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der noch einmal gestiegenen Bedrohung durch extrem Rechte und Herausforderungen wie stark erhöhte Energiekosten ist vor allem eine nachhaltigere Unterstützung nötig. Neben langfristigen finanziellen Planungen beinhaltet das auch eine klare Positionierung der Landes- und Kommunalpolitik *gegen* extrem rechte Vernetzungs- und Normalisierungsversuche und *für* eine plurale lokale Zivilgesellschaft.

WAHRNEHMUNG DER EIGENEN HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Wie schon im vergangenen Jahr berichten die Modellprojekte und die PfD auch 2022 von einer Vielfalt an Aktivitäten sowie von einer erfolgreichen Vereins- und Bündnisarbeit. Inhaltlich besonders hervorgehoben werden Projekte für und mit Kindern und Jugendlichen im Freizeit- und Schulkontext sowie mobile Aktivitäten für Jugendliche. So wurden Jugendfestivals und ein Jugendbegegnungstag organisiert, erfolgreiche Kampagnenarbeit geleistet, öffentlichkeitsrelevantes Bildungsmaterial entwickelt sowie kultur- und bildungspolitische Veranstaltungen wie beispielsweise die Jüdischen Kulturtage oder die Ausstellung „Unbreakable“ mit Werken ukrainischer Künstler*innen durchgeführt. Mehr als 80 % der befragten Personen beobachteten Interesse zumindest bei einem Teil der Bevölkerung. Allerdings stellten nur 18,4 % der Projekte ein breites Interesse und breite Teilnahme fest (siehe Tabelle 2). Als besonders erfolgreiche Aktivitäten werden die Demokratiekonferenzen zur Vernetzung lokaler Akteure genannt sowie die Vergabe von kleinen

TABELLE 2

Wie werden Ihre Projekte und Veranstaltungen in der Bürgerschaft aufgenommen? (N = 38)

Antwortmöglichkeit	Fallzahl	Prozent
Breites Interesse und Teilnahme	7	18,4
Interesse bei einem Teil	31	81,6

Fördersummen an lokale Projekte, womit die PfD zielgerichtet Engagement unterstützen können.

Ein positives Ergebnis der Befragung ist, dass bei den PfD die Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit leicht gestiegen ist. Gemessen auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) liegt der Durchschnittswert mit 3,67 in diesem Jahr im Vergleich zu 3,58 im vergangenen Jahr etwas höher. Keine PfD und kein Modellprojekt schätzt die eigene Handlungsfähigkeit „sehr schlecht“ (= 1) oder „schlecht“ (= 2) ein. Bei den Modellprojekten ist der Wert allerdings (bei einer von 8 auf 14 von 16 stark gestiegenen Teilnahmequote) von 4,38 auf 3,86 deutlich gesunken. Im Folgenden stellen wir ausführlicher dar, welche Faktoren die empfundene Handlungsfähigkeit aus Sicht der Befragten einschränken.

BÜROKRATIE DES BUNDESPROGRAMMS ALS HÜRDE

Wie schon im vergangenen Jahr ist auch 2022 die Bürokratie der zentrale einschränkende Faktor für die PfD und die Modellprojekte (Tabelle 3): Mehr als die Hälfte der Projekte gibt an, durch Bürokratie in ihrer Arbeit gehemmt zu werden. Hierbei wird von den Modellprojekten und von den PfD besonders auf Bürokratie im Bundesprogramm hingewiesen. Die Befragten geben einen sehr hohen Verwaltungsaufwand durch den

TABELLE 3

Faktoren, die die Handlungsfähigkeit subjektiv einschränken (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Antwortmöglichkeit	Modellprojekte (N = 14)	PfD (N = 24)
Finanzierung	14,3	20,8
Bürokratie kommunale Ebene	14,3	16,7
Bürokratie im Bundesprogramm	50	75
Fehlende regionale Vernetzung	7,1	4,2
Fehlende überregionale Unterstützung	4,2	4,2
Fehlende Weiterbildung	28,6	12,5
Fehlende kommunale Unterstützung	0	20,8
Desinteresse der Bevölkerung	0	25
Sonstiges	50	50

umfangreichen Fördermittelantrag auf Bundesebene als Hauptproblem an. So müsse ein maßgeblicher Teil der Kapazitäten des Personals beispielsweise für die Erstellung des Verwendungsnachweises verausgabt werden.

Außerdem erschwert die zeitliche Befristung der bewilligten finanziellen Mittel die Arbeit der Projekte: 45,9% der befragten PfD geben an, dass die zeitlich kurz gestaffelte Begrenzung bei der Finanzierung ein wesentliches Problem ist. Die befristete Mittelvergabe schränkt die Planungssicherheit der Projekte ein. Eine Teilbewilligung geht mit fehlender Sicherheit für Projektträger einher. Befragte berichten zudem von einer zu kurzfristigen Bewilligung der Mittel bei einem sehr hohen bürokratischen Aufwand. Außerdem wird die Sorge geäußert, dass die laufenden Ausgaben aufgrund von Inflation und Energiekrise nicht mehr durch die bewilligte Finanzierung gedeckt werden können.

Weiterhin wären laut einzelnen Befragten ein stärkeres Monitoring extrem rechter Strukturen (zum Beispiel zur Rolle von wirtschaftlichen Aspekten und Spenden für extrem rechte Bewegungen) sowie die Erstellung und Verbreitung von digitalem Bildungsmaterial für die Projekte eine hilfreiche Unterstützung, da sie dies nicht selbst leisten können.

HERAUSFORDERUNGEN DURCH PERSONALMANGEL UND ENERGIEKRISE

Zusätzlich zu den in Tabelle 3 aufgeführten Punkten nennen die Projektträger den Fachkräftemangel und die Energiekrise als zentrale Herausforderungen für ihre Arbeit. Von den befragten Vertreter*innen der PfD sehen 41,7 % die Preissteigerungen als großes Problem und auch die restlichen 58,3 % seien zwar „bisher nicht, aber absehbar“ von der Energiekrise beeinträchtigt. Viele Befragte geben als zukünftige Herausforderung die steigenden Kosten für Unterkünfte, Fahrtkosten, Arbeitsmaterial etc. durch die Energiekrise und Inflation an. Auch eine wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit auf Grund der Energiekrise wird von den Projektträgern beobachtet, womit die Sorge um eine Zunahme eines damit einhergehenden Misstrauens in Medien und Politik sowie eine sich zuspitzende gesellschaftliche Polarisierung verbunden ist. Einige Befragte nehmen einen wachsenden Frust in der Bevölkerung, aber auch in der engagierten Zivilgesellschaft wahr, da durch die Energiekrise Existenzen zunehmend bedroht seien. Neben

der eigenen Betroffenheit durch Preissteigerungen stellen also die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierung die Projekte weiterhin vor Herausforderungen.

Hinzu kommen Folgen des bereits erwähnten Fachkräftemangels. Insbesondere die Modellprojekte berichten von unbesetzten Stellen und zu wenig Personal vor allem bei den adressierten Einrichtungen des Bildungsbereichs: Pädagogische Fachkräfte können sich weniger auf die Projektthemen der politischen Bildung einlassen, da ihnen dafür auf Grund der angespannten Personalsituation die zeitlichen Kapazitäten fehlen. Eine befragte Person beschreibt diesen Personalmangel als Entwicklung, die ihr große Sorge bereitet, da fachpädagogische Themen kaum noch besprochen werden können. Die Auswirkungen der Pandemie tragen zusätzlich zum Zeit- und Leistungsdruck des Fachpersonals bei. Die Angebote aus den Programmen „Demokratie leben!“ und „Weltoffenes Sachsen“ drohen so unverschuldet hinter der möglichen Wirkung zurückzubleiben.

TEILHABE VON GEFLÜCHTETEN

Ein alarmierendes Ergebnis der Befragung ist die Einschätzung zu den Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten in den Regionen: Im Vergleich zu 80 % im Vorjahr berichten nun nur noch 50 % von einem guten bis ausreichenden Angebot zur Teilhabe. Ebenso berichten nur noch 50 % der PfD, dass die Angebote gut angenommen werden (im Vergleich zu 85 % im Vorjahr). Diese Zahlen entsprechen der Beschreibung einiger Vertreter*innen der Modellprojekte: Befragungsteilnehmende beobachten eine hohe Belastung in der Asylaufnahme, was die Kapazitäten von Kindergärten, Schulen, Sprachkursen und Möglichkeiten zur Unterbringung angeht. Zum einen kann die steigende Belastung auf den Fachkräftemangel zurückgeführt werden, und zum anderen hängt diese vermutlich auch mit einer wachsenden Zahl an Asylsuchenden auf Grund des russischen Kriegs gegen die Ukraine sowie einer sich wieder verschärfenden Situation im Nahen Osten zusammen. In der Wahrnehmung der Befragten spielt das Thema Flucht und Asyl im Vergleich zum vergangenen Jahr jedenfalls wieder eine größere Rolle. Mehr als ein Drittel (37,5 %) nimmt zudem in Bezug auf das Thema Flucht und Asyl eine Polarisierung in der Bevölkerung wahr. Im Vergleich zu 30 % im Vorjahr wurde die Polarisierung damit in diesem Jahr stärker wahrgenommen.

nommen, Angesichts thematischer Verschiebungen bei den in Sachsen stattfindenden extrem rechten Demonstrationen von Corona über die Energiekrise zu Geflüchteten (vgl. den folgenden Abschnitt) ist zu befürchten, dass das Thema Flucht und Asyl einmal mehr instrumentalisiert wird und es zu einem Anstieg rassistisch motivierter Gewalt kommt.

PROTESTGESCHEHEN IM KONTEXT DER TEUERUNGS- UND ENERGIEKRISE

Eine große Mehrheit der teilnehmenden PfD (91,7 %) gaben an, dass in ihren Zuständigkeitsbereichen im Verlauf des Jahres 2022 regelmäßige Proteste gegen die Lokal-, Landes- und Bundespolitik stattfanden. Hinsichtlich der Themen lässt sich überall eine Verschiebung des zunächst gegen die Corona-Politik gerichteten Protests hin zur Kritik der Bewältigung der Energiekrise beobachten. In einigen Fällen ist auch der Ukraine-Krieg relevant, zum Teil mischen sich die beiden bzw. drei Themen bei den Protesten. Viele, wenngleich nicht alle dieser Proteste werden von extrem Rechten (mit-)organisiert oder zumindest begleitet. Die Preissteigerungen und die Energiekrise werden auch vermehrt zum Gegenstand der Arbeit der PfD und dort beispielsweise im Rahmen von Gesprächen aufgegriffen. Im Vergleich zu 2021 nimmt das Thema Flucht und Asyl und lokal die Vorbereitung bestimmter Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten wieder deutlich mehr Raum ein. Auch aus dem Monitoring extrem rechter Mobilisierung am EFBI ist ablesbar, dass mit Abnahme der Brisanz (und damit Mobilisierungsfähigkeit) der Themen Corona/Impfpflicht, Ukraine sowie Energiekrise zumindest die eindeutig extrem rechts ausgerichteten Proteste wieder stärker auf das Thema Flucht und Asyl zurückgreifen.

WAHRNEHMUNG VON DEMOKRATIEGEFÄHRDUNGEN, AUTORITÄREN BEDROHUNGEN UND GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT

Ein Schwerpunkt der Befragung lag auch in diesem Jahr auf der Wahrnehmung demokratiefeindlicher Vorkommnisse und Akteure, wobei der Rechtsextremismus in Deutschland seit Jahrzehnten die zentrale Rolle einnimmt. Sachsen zählt bundesweit zu den Hochburgen des organisierten Rechtsextremismus, wie insbesondere die hohen Wahl-

TABELLE 4

Extrem rechte Akteure (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent)

Akteur	Anteil 2021 (N = 19)	Anteil 2022 (N = 24)
Dritter Weg	47,4	41,7
Freie Sachsen	63,2	95,8
NPD	47,4	50
Andere Partei	26,3	12,5
Identitäre Bewegung	36,8	37,5
Extrem rechte Bürgerinitiativen	5,3	16,7
Extrem rechte Hooligans	26,3	20,8
Extrem rechter Kampfsport	21,1	25
Reichsbürgerszene	47,4	75
Völkische Siedler und Siedlerinnen	21,1	29,2
Sonstige (z.B. Pegida)	26,3	0
Keine	10,5	0

ergebnisse der AfD, aber auch die Vernetzung der Szene belegen (z. B. in Chemnitz, vgl. Grunert/Kiess, 2021; sowie im Erzgebirge, vgl. Grunert/Lang, 2022). Außerdem fragten wir nach weiteren demokratiefeindlichen Vorkommnissen in den Bereichen Islamismus, linke Militanz, Antisemitismus und nach weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie etwa LGBTIQ-Feindlichkeit, Antifeminismus, Rassismus, Antiziganismus und religiöser Fundamentalismus.

RECHTSEXTREMISMUS: HOHE PRÄSENZ, STARKE VERNETZUNG UND BREITE MOBILISIERUNG

Wie auch im vergangenen Jahr nehmen die befragten Vertreter*innen der PfD eine Vielzahl extrem rechter Akteure in ihren Regionen wahr. Wichtigster Akteur sind wie schon 2021 die *Freien Sachsen*, die im Tätigkeitsbereich von 95,8 % der an unserer Befragung teilnehmenden PfD aktiv sind, aber auch Reichsbürger (75 %), die NPD (50 %) und der III. Weg (41,7 %) treten häufig in Erscheinung. Die Präsenz sowohl der Freien Sachsen als auch von Reichsbürgern hat sich in der Wahrnehmung der Befragten im Vergleich zum Vorjahr noch deutlich verstärkt (siehe Tabelle 4). Nach Ansicht von knapp einem Drittel der Befragten (29,7 %)

TABELLE 5

Formen extrem rechter Bedrohung (Angaben in Prozent, N = 24)

Aktivität	
Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen?	
2021 (N = 19)	
Kommt es zu anonymen Drohschreiben in Form von E-Mails und Nachrichten oder Personen / Telefonanrufen gegen Einrichtungen aus der Zivilgesellschaft?	
2021 (N = 19)	
Kommt es zu Sachbeschädigungen / Vandalismus an Büros, Gebäuden, Räumen etc. der Zivilgesellschaft?	
2021 (N = 19)	
Spielt rechte Propaganda in Form von Plakaten, Graffiti, Aufklebern, Flyern oder Ähnliches in Ihrer Stadt / Region eine Rolle?	
2021 (N = 19)	

sind diese Akteure in ihrer Region stark vernetzt, ebenso viele berichten von teilweisen, zwei von vereinzelt Kooperationen zwischen den extrem rechten Akteuren (eine Person berichtet hingegen von Konkurrenz und Konflikten zwischen den Akteuren, sieben Befragte können dies nicht beurteilen).

Die *Freien Sachsen* und andere extrem rechte Akteure treten wie auch schon 2021 in 87,5 % der *Partnerschaften für Demokratie* vor allem bei häufig wöchentlich stattfindenden sogenannten „Montagsdemonstrationen“ und ähnlichen Protesten auf. Dort mischen sie sich nach Angaben von 54,2 % der Befragten regelmäßig und in einem Fall sporadisch unter bzw. sind in neun Regionen sogar regelmäßige (Mit-) Veranstalter. Die Corona-Politik stellt mit 22 von 24 Nennungen (91,7 %) weiterhin das wichtigste Thema der extremen Rechten dar, im Jahr 2022 allerdings dicht gefolgt von der Energiekrise (87,5 %), der Ukraine-Politik (75 %) und dem Thema Asyl und Migration (70,8 %). Interessanterweise berichtet eine im Vergleich zum Vorjahr stark gewachsene Anzahl an Befragten (54,2 %) von extrem rechter Agitation im Bereich der Klimaleugnung. Etwas häufiger als im Vorjahr steht nach Angaben von fast einem Drittel der Befragten auch die Arbeits- und Sozialpolitik

	Ja, unregelmäßig (weniger als monatlich)	Ja, regelmäßig (monatlich)	Ja, häufig (alle paar Wochen)	Ja, sehr häufig (wöchentlich, häufiger)	Nein	Weiß nicht
	33,3	4,2	8,3	0	20,8	33,3
	33,3	4,8	9,5	0	14,3	38,1
	37,5	8,3	4,2	0	12,5	37,5
	23,8	9,5	4,8	4,8	9,5	47,6
	45,8	4,2	8,3	8,3	12,5	20,8
	23,8	4,8	9,5	4,8	28,6	28,6
	33,3	8,3	33,3	12,5	8,3	4,2
	38,1	0	14,3	33,3	9,5	4,8

im Fokus der extremen Rechten. Möglicherweise hängt diese Entwicklung mit den seit dem Sommer 2022 stattfindenden Sozialprotesten gegen Inflation und insbesondere die Teuerung bei Energiepreisen zusammen, welche die extreme Rechte vielerorts erneut als dankbares Thema aufnimmt. Die „nationale Erinnerungsarbeit“ hat als Thema hingegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Relevanz verloren.

45,8 % der Befragten können außerdem mindestens einen Ort benennen, der extremen Rechten in der jeweiligen Region als Anlaufstelle dient. Eine Übersicht und Auswertung des *Kulturbüro Sachsen e. V.*, die mindestens 97 rechte Orte bzw. Immobilien in den Blick nimmt (Knauthe/Nattke, 2022), legt nahe, dass dies eher eine Unterschätzung der Lage in den Regionen darstellen dürfte. 37,5 % der Befragten beobachten regelmäßige oder unregelmäßige Veranstaltungen wie Konzerte oder Netzwerktreffen (45,8 % wissen es nicht, 8,3 % der Befragten ist nichts dergleichen bekannt). Weitere rechte Raumnahme wie z. B. der gezielte Zuzug extrem rechter Aktiver oder die Unterwanderung von Vereinen sehen 33,3 % der Befragten (8,3 % beobachten nichts dergleichen, 58,3 % können es nicht beurteilen). Die hier genannten Zahlen liegen relativ niedrig, weil viele Befragte – so schildern es uns

verschiedene Personen in Vorbereitungs- und Auswertungsgesprächen – schlicht nicht die Zeit aufbringen können, neben ihrer Arbeit die Szene in der Region systematisch im Blick zu behalten.

WEITERHIN HOHE BEDROHUNGSLAGE DURCH RECHTSEXTREMISMUS

Die Befragung ergab auch für 2022 eine hohe (wahrgenommene) Bedrohungslage durch extrem Rechte (hierbei zeigte sich kein Stadt-Land-Gefälle). Ein Drittel der befragten Pfd-Vertreter*innen berichtet von einer Verschlimmerung der Bedrohungslage, in nur zwei Fällen hat die Bedrohung abgenommen (zwei weitere Befragte geben an, dies nicht beurteilen zu können). Die andere Hälfte der Befragten nimmt eine gleichgebliebene Bedrohungslage wahr. Ein unveränderter Anteil von knapp der Hälfte der Befragungsteilnehmenden berichtet von häufigen, regel- oder unregelmäßigen körperlichen Angriffen auf Personen durch extrem Rechte (Tabelle 5). Ebenfalls die Hälfte beobachtet Einschüchterungsversuche, beispielsweise durch anonyme Drohschreiben, zwei Drittel berichten von Sachbeschädigungen. Diese Anteile sind im Vergleich zu 2021 sogar angestiegen. Für 87,5% der Partnerschaften stellt wie auch im Vorjahr die große Mehrheit zudem rechte Propaganda in Form von Graffiti, Aufklebern oder Plakaten fest. Durch extrem rechte Raumnahme verursachtes Bedrohungserleben ist offenkundig ein flächendeckendes Problem in Sachsen, auf das auch die Zahlen der RAA Sachsen (siehe den Beitrag von Hübler in diesem Band) sowie lokale Monitoringprojekte (z. B. 15grad-research, 2023; chronik.LE, 2023) regelmäßig hinweisen. 45,8% der befragten Pfd berichten von Kooperationen zwischen extrem rechten Akteuren und der Kommunalpolitik. Vielfach wird hier die AfD genannt, die zum Beispiel an Demonstrationen der *Freien Sachsen* teilnehmen oder mit der *Identitären Bewegung* in Verbindung stehen. Das Thema der Vernetzung der extremen Rechten kann aber in unserer Befragung nur bedingt erfasst werden.

ANTISEMITISMUS

Antisemitismus wird wie schon im Vorjahr am häufigsten in Form von regelmäßiger und unregelmäßiger Propaganda beobachtet (54,2%), von 37,5% der Pfd wurden zudem unregelmäßige oder regelmäßige

Sachbeschädigungen an jüdischen Einrichtungen und in zwei Regionen körperliche Angriffe beobachtet (29,2% konnten diesbezüglich nichts feststellen, 62,5% wissen es nicht). Obwohl damit antisemitische Bedrohungen im Vergleich zum Vorjahr weniger oft genannt werden, ist und bleibt Antisemitismus nicht zuletzt in Verbindung mit Verschwörungserzählungen, aber auch als konkrete Bedrohung jüdischer Einrichtungen oder sogar Personen Teil der „sächsischen Zustände“. Antisemitismus tritt nach Angaben der Befragten häufiger in Verbindung mit den Montagsprotesten (vier Nennungen) beispielsweise bei Reden auf. Virulent ist er auch in den zum Teil über Social Media verbreiteten Verschwörungserzählungen. Die Täterschaft lässt sich in vielen Fällen nicht eindeutig bestimmen (58,3%), nach Ansicht eines weiteren Drittels der Befragten aber dem rechten Spektrum zurechnen. In je einem Fall wird ein islamistischer, ein linker und ein Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt angegeben. Einen besseren Überblick über antisemitische Vorfälle verspricht ein neues, im Jahr 2022 eingerichtetes Meldesystem (RIAS Sachsen – OFEK e.V., 2023).

WEITERE THEMEN

Eine Mehrheit von 70% der Befragten schätzt Islamismus in ihrer Region als nicht oder kaum relevant ein; weitere 16,7% der Befragten halten ihn für relevant, aber unauffällig (12,5% können dies nicht einschätzen). Die Hälfte der Befragten gibt außerdem an, dass die islamistische Szene in ihrer Region nicht aktiv sei (nur 8,3% berichten von einer Aktivität, 41,7% können es nicht einschätzen); in 62,5% der Regionen wurden zudem im letzten Jahr keine islamistischen Aktionen festgestellt (33,3% können es nicht einschätzen, nur eine befragte Person berichtet von unregelmäßigen Aktionen). Linke Militanz beobachtet 2022 keine der befragten *Partnerschaften für Demokratie*. Deutlich wird so auch im Jahr 2022, dass nicht zuletzt aus Sicht der lokalen Zivilgesellschaft bzw. ihrer institutionellen Vertretungen Rechtsextremismus die größte Bedrohung für die Demokratie darstellt.

Die Hälfte der befragten Pfd gibt an, dass 2022 in ihrer Region LGBTIQ-feindliche Ereignisse festzustellen gewesen sind; 29% der Pfd berichten dies über antifeministische Ereignisse. In diesem Zusammenhang wird von wiederholten Gegenaktionen und Angriffen auf lokale Veranstaltungen am *Christopher Street Day* (CSD), sexistischer

Werbung eines lokalen Unternehmens, der Verbreitung queerfeindlicher Flyer und Social-Media-Beiträge und der Hetze gegen das „Gendern“ bei den regelmäßigen Montagsdemos berichtet. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl derartiger Vorkommnisse stark angestiegen: 2021 lag der Anteil antifeministischer Ereignisse noch bei 10,5 % und im Bereich der LGBTIQ-Feindlichkeit bei 21 %. Dieses Ergebnis spiegelt den Umstand wider, dass feministische Errungenschaften sowie die zunehmende Sichtbarkeit und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in jüngerer Zeit verstärkt in den Fokus erzkonservativer und extrem rechter Gegenmobilisierung gerückt sind (anhand des Beispiels Erzgebirge: Höcker/Niendorf, 2022). Die entsprechende erhöhte Aufmerksamkeit zieht auch die Mobilisierungshoffnungen der extremen Rechten an. Die Vertreter*innen der Modellprojekte bestätigen die Vielzahl an LGBTIQ-feindlichen Vorkommnissen (50 %). So berichten sie ebenfalls von verbalen sowie physischen Angriffen auf den CSD und weitere Veranstaltungen im Themenfeld geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, aber auch von homophoben Äußerungen im Netz sowie seitens der Fachkräfte und Eltern in Kindergärten, Horten und Grundschulen.

25 % der Befragten geben zudem antimuslimische Vorkommnisse in ihrer Region an. Das Thema könnte bei einer erneuten extrem rechten Mobilisierung gegen Geflüchtete aus muslimischen Ländern, wie sie sich im Spätherbst 2022 abzuzeichnen beginnt, ebenfalls wieder an Bedeutung gewinnen.

REAKTIONEN DER BÜRGERSCHAFT AUF DEMOKRATIEGEFÄHRDUNGEN

Der Erfolg der Arbeit der PfD und der Modellprojekte mit dem Ziel der Demokratiestärkung hängt in erheblichem Maß von den Reaktionen der lokalen Bevölkerung auf die extreme Rechte und andere Demokratiegefährdungen ab. Nach ihrer Einschätzung der Akzeptanz rechter Akteure in der lokalen Bürgerschaft gefragt, sehen zwei Drittel zwar durchaus eine Sensibilität gegenüber dem Thema, aber eine gleichzeitig verbreitete Angst vor Konflikten. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Kein*e PfD-Vertreter*in schätzt die Sensibilität und das Engagement der Bevölkerung als hoch ein; 25 % nehmen kaum Sensibilität wahr, 8,3 % können dies nicht einschätzen. Mehrere Befragte weisen darauf hin, dass extrem rechte Einstellungen und gruppen-

bezogene Menschenfeindlichkeit bei den Bürger*innen weit verbreitet sind, was es extrem rechten Akteuren leichter macht und die Arbeit der PfD wiederum erschwert.

EINORDNUNG UND FAZIT

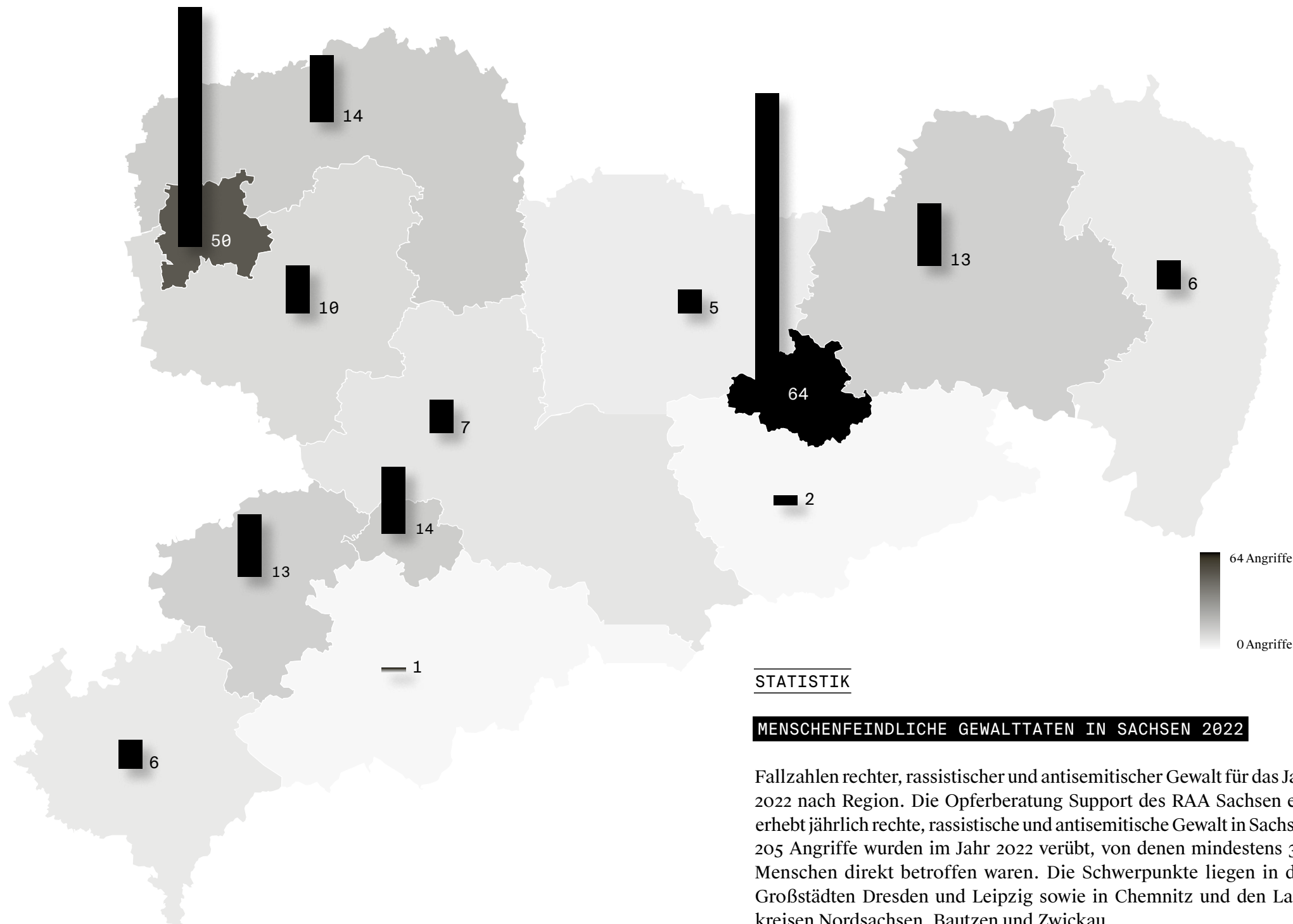
Das Gefühl, politisch wenig verändern zu können, ist in Sachsen (Dimap, 2022) wie auch in Deutschland insgesamt (Decker et al., 2022) stark ausgeprägt, Tendenz zunehmend. Neben der Bedrohung der Demokratie durch extrem rechte Mobilisierung und Radikalisierung, wie sie im vergangenen Jahr zu beobachten war, stellt dies eine große Herausforderung dar. Eine starke Demokratie ist nicht nur auf die stille Zustimmung der Bürger*innen angewiesen, sondern lebt auch von ihrem lebendigen, pluralen und immer auch widersprüchlichen Engagement. Die relativ hohe, subjektiv wahrgenommene Handlungsfähigkeit der PfD und der Modellprojekte ist deshalb ein wichtiges Ergebnis unserer Befragung. Gleichzeitig sind die durch staatliche Förderprogramme finanzierten PfD und Modellprojekte vor allem mit Bürokratie und oft auch mit der Erhaltung des Status quo beschäftigt. Vor dem Antrag ist nach dem Antrag, Abrechnungen der Bundesprogramme erfordern ganz eigene Fähigkeiten, die nichts mit den eigentlich vorgesehenen pädagogisch-präventiven Tätigkeiten zu tun haben, erfolgreiche Projekte müssen immer wieder „neu erfunden“ werden, da nur neue, „innovative“ Projekte gefördert werden. Ein wichtiges abzuleitendes Anliegen ist deshalb, die Förderung nachhaltiger zu gestalten und von zusätzlichen Aufgaben zu befreien. Schließlich brauchen auch die innovativsten Projekte Abnehmer*innen: Ohne eine gute personelle Ausstattung der Schulen, Kinder- und Jugendhilfestellen und anderer Träger bleibt keine Zeit für die Integration von Demokratiebildung in Lehrpläne und Abläufe. Der Fachkräftemangel ist bei Weitem nicht nur ein Problem für die Wirtschaft oder im Gesundheitswesen, sondern auch ein Bildungs- und ein Demokratiethema.

Die Bedrohungslage durch Aktivitäten aus dem extrem rechten Spektrum – von gewaltbereiten Neonazis und den Drohkulissen der *Freien Sachsen* über Reichsbürger*innen bis zu Attacken in Kommunal- und Landesparlamenten durch die AfD – bildete den zweiten Schwerpunkt unserer Auswertung. Forderungen nach konsequenter Strafverfolgung verhallen leider zu oft ungehört. Auf extrem rechten Demonstrationen

sind insbesondere Journalist*innen, aber auch Gegendemonstrant*innen und sogar Polizeibeamt*innen immer wieder Ziel von körperlichen Angriffen. Das Kalkül dahinter ist, politische Gegner*innen – und dazu gehören alle, die nicht selbst gegen „das System“ mobil machen – einzuschüchtern. Das Recht des Stärkeren ist zentraler Bestandteil extrem rechter Ideologie. Die Zivilgesellschaft kann sich hier unter anderem mit einem guten Demokratiemonitoring, Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Solidarität und Geschlossenheit zur Wehr setzen. Polizei, Kommunal- und Landespolitik sollten dies noch deutlich stärker unterstützen.

LITERATUR

- 15grad-research – Recherche, Dokumentation, Analyse (2023). URL: <https://www.15grad-research.net> (02.01.2023).
- Bundesprogramm Demokratie leben (2023). Partnerschaften für Demokratie. URL: <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie> (02.01.2023).
- chronik.LE (2023). URL: <https://chronikle.org> (02.01.2023).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- dimap (2022). Ergebnisbericht Sachsen-Monitor für die Sächsische Staatskanzlei. Bonn: dimap.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf. *EFBI Policy Paper 2021-2*.
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. *EFBI Policy Paper 2022-3*.
- Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna (2022). Feminismus – ein Fremdwort? Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts 2021* (S. 103–116). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Dietze, Nikolas/Bose, Sophie (2022). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. *EFBI Policy Paper 2022-2*.
- Knauth, Mara/Nattke, Michael (2022). Fehlen des Hausverbot. Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts 2021* (S. 205–221). Leipzig: edition überland.
- RIAS Sachsen – OFEK e.V. (2023). URL: <https://ofek-beratung.de/rias-sachsen> (02.01.2023).



STATISTIK

MENSCHENFEINDLICHE GEWALTTATEN IN SACHSEN 2022

Fallzahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt für das Jahr 2022 nach Region. Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e.V. erhebt jährlich rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen. 205 Angriffe wurden im Jahr 2022 verübt, von denen mindestens 314 Menschen direkt betroffen waren. Die Schwerpunkte liegen in den Großstädten Dresden und Leipzig sowie in Chemnitz und den Landkreisen Nordsachsen, Bautzen und Zwickau.



60

DEMOKRATIE IN SACHSEN



61

ÜBERBLICK















74

DEMOKRATIE IN SACHSEN



75

ÜBERBLICK





Extrem rechte Parteien in Sachsen

Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung¹

In den letzten Jahren lässt sich in Deutschland und anderen westlichen Ländern eine Entwicklung extrem rechter Organisationen beobachten, die im Kontrast steht zu dem oft vorherrschenden Bild relativ starrer und hierarchischer Organisationen: Es handelt sich bei ihnen mehr und mehr um lose verbundene Netzwerkstrukturen, ja teilweise allein um online verbundene Einzelpersonen und *lone wolf operators* (Blee/Latif, 2020). Diese Entwicklung birgt konzeptionelle Herausforderungen für die Erforschung und das Monitoring demokratiefeindlicher Akteure, etwa wenn es darum geht, die Anzahl der Aktiven, mögliche Kriterien der Mitgliedschaft oder auch eine über alle Mitwirkende hinweg einheitlich und eindeutig vertretene ideologische Ausrichtung festzustellen. Das wohl bekannteste Beispiel für die Bewegungsorientierung, Hybridisierung und Agilisierung der extremen Rechten ist die US-amerikanische *Alt-right*-Bewegung, aber auch die 2021 gegründeten *Freien Sachsen* folgen diesem Ansatz. Die Etablierung der *Alternative für Deutschland* (AfD) als parlamentarischer Vertretung der extremen Rechten in den Landesparlamenten und dem Bundestag hat teilweise zu Forderungen nach Abgrenzung gegenüber allzu radikal auftretenden Akteuren und Einzelpersonen geführt. Entsprechende Versuche versandeten. Vielmehr ist mit Gruppierungen wie Pegida auf der Straße und der AfD in den Parlamenten eine auch von zentralen Personen der Szene offen begrüßte Arbeitsteilung² zu beobachten.

Dass sich Aktionsformen und Strukturen der extremen Rechten wandeln, ist kein neues Phänomen. Vielmehr wurden diese immer wieder an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst (Schulz, 2014; Klare/Sturm, 2016) oder in Reaktion auf staatliche Repression verändert

- 1) Ich danke Nikolas Dietze für seine Recherchen, die in diesen Beitrag eingeflossen sind.
- 2) Bei der 200. Pegida-Demonstration sagte der Thüringer AfD-Abgeordnete Björn Höcke „Ich sage ‚Ja‘ zum Parlament aus tiefster Überzeugung, aber ich sage in der Lage, in der unsere Nation ist, auch ohne Wenn und Aber ‚Ja‘ zur Straße“ (vgl. Idas, 2020).

(Klose/Richwin, 2016). In Sachsen sind landesweit derzeit vier extrem rechte Parteien aktiv, die jeweils für einen Versuch stehen, sich unter den Bedingungen der modernen, digitalisierten Gesellschaft selbst zu modernisieren: der *III. Weg*, die *Freien Sachsen*, die *Alternative für Deutschland* (AfD) sowie die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD).³ Sie werden in diesem Beitrag vorgestellt, wobei auf ihre jeweiligen Besonderheiten sowie zentrale Gemeinsamkeiten eingegangen wird.

Der Politikwissenschaftler Cas Mudde sieht im globalen Vergleich den Nativismus, also eine völkisch-nationalistische Grundposition als verbindendes Element radikal rechter Parteien. Nativismus beschreibt die Idee, dass Staaten exklusiv von Mitgliedern einer nativen Gruppe (der Nation) bewohnt werden sollten sowie nicht-native Personen und Ideen den homogenen Nationalstaat existenziell bedrohen (Mudde, 2007, 19). Über diesen gemeinsamen ideologischen Kern hinaus ist die extreme Rechte als Phänomen unzureichend erfasst, wenn man sie in (gerade noch mit der Demokratie zu vereinbarende) rechtspopulistische oder „illiberale“ Parteien auf der einen Seite und (offen gegen die Demokratie kämpfende) rechtsextreme Akteure auf der anderen Seite aufteilt. Vielmehr sind die Netzwerke, die ideologischen Gemeinsamkeiten, das jeweilige Umfeld und nicht zuletzt die schwindenden Grenzen zwischen diesen Akteuren Anlass, dieses Konglomerat als ein zusammenhängendes Phänomen zu begreifen (Pirro, 2022). Das Verständnis, dass es sich bei der extremen Rechten um ein Geflecht handelt, das nicht einfach definitorisch in partei- oder bewegungsförmige, mehr oder weniger radikale sowie alte oder neue Akteure unterteilt werden kann, ist Ausgangspunkt dieses Beitrags.

DER III. WEG – DIE NEONAZISTISCHE STÜTZPUNKTPARTEI

Robert Andreasch ordnet den Namen der neonazistischen Kaderpartei *Der III. Weg* als Teil einer längeren Geschichte der deutschen und internationalen Rechten ein (Andreasch, 2014). Unter anderem hätten die *International Third Position* und die *Terza Posizione* bereits in den 1970er

3) Lokale Parteien (z. B. *Pro Chemnitz*) und lokale Wahlbündnisse (z. B. *Neues Forum Wurzen*) sowie nur über rudimentäre Strukturen verfügende Parteien (z. B. *Neue Stärke*, *Die Rechte*) behandle ich nur soweit im Zusammenhang mit den vier größeren Parteien notwendig.

Jahren deutschen Neonazis als Vorbilder gedient. Die Ziffer im Namen verweist auf den im Programm formulierten Anspruch, eine nationalsozialistische Alternative zu sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus aufzubauen. Der „Weg“ sei aber von Beginn an eher ein Ausweg gewesen und die Gründung der Partei vor allem ein Versuch, nach dem Verbot der Kameradschaft *Freies Netz Süd* (FNS) kameradschaftliche Aktivitäten geschützt unter dem Deckmantel des Parteienprivilegs weiterzuführen (ebd.; siehe auch Schedler, 2020). Dabei verschleiert die Partei ihre weiterhin neonazistische Ausrichtung nicht, sondern setzt auf offene NS-Verherrlichung, erfahrene Kader und militantes Vorgehen (Nowak, 2016). Der *III. Weg* lässt sich somit als „Kaderorganisation mit Parteienprivileg“ (ebd.; Kopke, 2018) bezeichnen, der es zentral darum geht, handlungsfähige Strukturen aufzubauen. In ihrer Ausdehnung und Verbreitung ist sie dabei inzwischen tatsächlich größer und bedeutsamer, als es zuvor das FNS oder andere Kameradschaften waren.

Als Stammland der Partei gilt Rheinland-Pfalz, wo der strategische Aufbau der Partei begann, zentrale Führungsfiguren leben und die Mehrheit des Bundovorstandes ansässig ist (Müller, 2016). Die Gründungsgeschichte der Partei beginnt demnach mit einem dortigen NPD-Flügelstreit, in dessen Zuge der völkische Flügel um Klaus Armstroff die NPD verließ und den *III. Weg* gründete. Die Parteigröße schätzt Schedler (2020) auf 530 Mitglieder in 19 regionalen Stützpunkten. In Süddeutschland ist der *III. Weg* durch die Vorgeschichte des FNS besonders präsent, daneben haben aber vor allem die sächsischen Aktivitäten in den letzten Jahren zugenommen (ebd.). In Sachsen ist Plauen im Vogtland das Hauptaktionsfeld der Partei (hier und im Folgenden vgl. Grunert, 2021). Dort besitzt sie zwei Immobilien (Endstation Rechts, 2020) und der zugezogene Aktivist Tony Gentsch vertritt die Partei im Stadtrat. Damit löste der *III. Weg* 2019 die NPD als extrem rechte Vertretung ab, vor der wiederum die DSU bis 2009 im Stadtrat saß. Mit dem Ex-Mitglied der *Nationalen Sozialisten Chemnitz* Maik Arnold begann 2015 ein weiterer bekannter Neonazi damit, in Mittelsachsen einen zweiten sächsischen Stützpunkt aufzubauen. 2017 wurde dann ein dritter Standort gegründet. Der Stützpunkt Westsachsen umfasst seitdem Chemnitz, Zwickau und das Erzgebirge, der Stützpunkt Mittelsachsen konzentriert sich auf Mittelsachsen und insbesondere die Region um Freiberg. Auch in anderen Regionen stehen neonazistisch aktive Kleingruppen dem *III. Weg* offenbar nahe, etwa in und um

Leipzig (Inventati, 2022). Plauen scheint aber das Hauptaktionsfeld des *III. Weges* zu bleiben. Für Aktionen wie Infostände oder „Winterhilfe“-Verteilaktionen sind die neuen Stützpunkte auf Hilfe aus dem Vogtland angewiesen, Reibereien mit der Nachwuchsorganisation der NPD sorgten 2020 offenbar für einen Rückzug aus Chemnitz. Der Großteil des Landesvorstands der Partei kommt aus den Landkreisen Vogtland und Zwickau.

Einen sächsischen Landesverband gründete die Partei erst 2020, nachdem die Teilnahme an der Landtagswahl 2019 gescheitert war. Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte der *III. Weg* in Sachsen mit gerade einmal 4.288 Stimmen nur einen Zweitstimmenanteil von 0,2 %, mit bundesweit 7.832 Stimmen (0,0 % Stimmanteil) blieb sie klar unter der für die staatliche Parteienfinanzierung auf Bundesebene ausschlaggebenden 0,5-Prozent-Grenze. Bei den zeitgleich zur Bundestagswahl stattfindenden Kreistagswahlen konnte ein *III.-Weg*-Kandidat einen Sitz erringen: In Plauen zog Tony Gentsch in den Stadtrat ein. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Teilnahme an Wahlen weiterhin nicht das zentrale Interesse der Partei ist, sondern die langfristige Kader- und Aufbauarbeit.

Die Formensprache der Partei verdeutlicht deren Anspruch auf nationale Größe und geschichtlichen Rang (Kohlstruck/Lingk, 2016) und folgt offenkundig völkischen und nationalsozialistischen Vorbildern: Trommeln und Fahnen sind wiederkehrende Elemente bei Aufmärschen, es besteht eine große Nähe zur völkischen Siedlungsbewegung und auch Brauchtumsveranstaltungen werden organisiert (einige Kader haben Verbindungen in die 2009 verbotene völkische *Heimattreue Deutsche Jugend*; vgl. Schedler, 2020, 789). Die gemeinsamen Aktivitäten orientieren sich an drei „Säulen“: dem politischen Kampf, dem kulturellen Kampf und der Gemeinschaft (Der dritte Weg, 2015). Auch das Zehn-Punkte-Programm der Partei ist klar völkisch-neonazistisch ausgerichtet: Darin wird unter anderem ein „Deutscher Sozialismus“, die Abwendung des „drohenden Volkstodes“, die Wiedereinführung der Todesstrafe, der Stopp der „Überfremdung Deutschlands“, die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und die „Wiederherstellung Gesamtdeutschlands“ gefordert (ebd.). Im Mittelpunkt der Agitation stehen die Themen Migration, Innere Sicherheit und Mobilisierung gegen Geflüchtete (Schedler, 2020). Im Herbst 2022 startete die Partei unter der Überschrift „Die wahre Krise ist das System!“ eine neue

Kampagne, die auf antisemitische Feindbilder rekurriert, wie sie für die Partei insgesamt programmatisch sind: „Die einzigen Profiteure“ der Krise des Kapitalismus, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verdeckt würde, seien „die Akteure der Hochfinanz“ (Der dritte Weg, 2022). Im Krieg gegen die Ukraine positionierte sich der *III. Weg* entgegen weiter Teile des extrem rechten Spektrums an der Seite ukrainischer Nationalisten – nicht zuletzt aufgrund bereits bestehender Verbindungen zu ukrainischen Neonazis. Der ukrainische Abwehrkampf wird aus der Perspektive der Partei als Verteidigungskampf eines europäischen *Volkes* gedeutet (Kiess/Wetzel, 2022a, 3).

FREIE SACHSEN – DIE NEURECHTE NETZWERKPARTEI

Die *Freien Sachsen* stehen hinsichtlich ihrer Entstehung, Zusammensetzung und Mobilisierungsstrategien in einem deutlichen Kontrast zur Kaderarbeit des *III. Weges*. Gegründet wurde die neurechte Netzwerkpartei erst am 26. Februar 2021 im erzgebirgischen Schwarzenberg. Vorsitzender ist der Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der schon lange in der extrem rechten Szene aktiv und Vorsitzender der extrem rechten Lokalpartei *Pro Chemnitz* ist. Die letztgenannte Lokalpartei kann als Vorbild der *Freien Sachsen* gelten, auch hier stand die Überwindung politischer Lagergrenzen im Vordergrund, um eine extrem rechte Bewegung zu forcieren. Seit 2018 tritt die Partei weniger als homogene Gruppe auf, vielmehr vereint sie „Neonazis, Neurechte, Reichsbürgerinnen und -bürger, Evangelikale und rechte Russlanddeutsche“ (Grunert/Kiess, 2021, 4). In den Führungspositionen der *Freien Sachsen* finden sich sowohl langjährige NPD-Kader wie Stefan Hartung als auch Personen wie der rechte Unternehmer Thomas Kaden, der erst durch die Corona-Proteste aktiv geworden ist. Der aus Dortmund zugezogene Neonazi Michael Brück war dort zuvor für die Partei *Die Rechte* aktiv und ist nun maßgeblich an der Begleitung der Kundgebungen der *Freien Sachsen* beteiligt.

Neben NPD und *Pro Chemnitz* gehören auch die Protestgruppen „Wellenlängen“ und „Querdenken“ zu den Quellen, aus denen sich die *Freien Sachsen* speisen. Die bewegungsorientierte Ausrichtung der Partei wird schon in dieser Vorgeschichte deutlich: Die NPD organisierte im Erzgebirge bereits 2013 die sogenannten „Lichtelläufe“, mit der Gruppe „Wellenlängen“ sind die rassistischen Ausschreitungen in Frei-

tal und Heidenau 2015 verbunden, *Pro Chemnitz* mit den Großaufmärschen 2018 in der Stadt und die sogenannten „Querdenker“ mit ihren bundesweiten Großdemonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen 2020/2021 (Grunert/Kiess, 2021, 14). Mit jeder Empörungswelle ist das Mobilisierungspotenzial insbesondere politisch zuvor nicht aktiver Personen angewachsen. Dieser Verlauf ließ sich gut an Pegida beobachten (vgl. Geiges/Marg/Walter, 2015), bei den verschwörungsideologischen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen wiederholte sich diese Entwicklung. Nicht nur die Protagonisten wechseln dabei relativ häufig ihre Organisationen, auch die Gruppen selbst sind agil organisiert. Den *Freien Sachsen* gelingt so eine Assemblage, die ideologisch unspezifisch genug ist, um weitestmöglich anschlussfähig zu sein, und relativ professionell Online- und Offline-Taktiken verbindet.

Ihre Bekanntheit verdanken die *Freien Sachsen* sowohl ihrem Telegram-Kanal wie ihrer Präsenz auf der Straße. Das Zusammenspiel dieser beiden Erscheinungsformen ist explizit Strategie (so z. B. Stefan Hartung zitiert nach Kiess et al., 2022, 6) und entfaltete im Herbst und Winter 2021/22 eine bemerkenswerte Dynamik: Die Proteste auf der Straße sorgten durch deren Erwähnung in den Medien (was auch den sächsischen Ministerpräsidenten aufmerksam machte) für einen Zuwachs der Abonnements des Hauptkanals auf Telegram (Kiess et al., 2022, 12). Gleichsam werden auf dem Kanal regelmäßig Demonstrationsaufrufe und -ankündigungen (auch anderer Gruppierungen) gepostet, wobei im Anschluss mit dramatischen Erzählungen unterlegte und Logo versehene Videomitschnitte wiederum auf dem Kanal platziert werden.

Die Agitation folgt klassischen Mustern (vgl. Löwenthal, 1990): In aggressivem Ton werden demokratische Politiker*innen als autoritär und diktatorisch dargestellt und im selben Atemzug die eigenen Positionen als alleiniger Volkswille präsentiert. Mit der Umkehrung der Begriffe Demokratie und Diktatur werden die Unterschiede zwischen beiden eingeebnet und die eigene Ideologie verharmlost. Forderungen, die Zukunft Sachsens müsse unter Einbezug des sächsischen Königshauses gestaltet werden, mögen bizarr erscheinen, sind aber durchaus ernst gemeint, da sowohl die parlamentarische Demokratie als auch der westliche Liberalismus und Universalismus verachtet werden. Die *Freien Sachsen* agitieren gegen Covid-19-Impfungen wie auch gegen Testpflichten, versuchen aber über diese Türöffner-Themen vor allem ihr eigentliches Anliegen – ein Widerstandsnarrativ gegen eine angebliche

„Diktatur“ – zu popularisieren. Auffällig sind die konsequente Bezugnahme auf die Montagsdemonstrationen 1989 (Kiess/Wetzel, 2022b) sowie die Kanalisierung der Wut auf einzelne Personen, allen voran den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Gezielte Geschmacklosigkeiten gegen Politiker*innen sollen politische Gegner*innen provozieren und das eigene Klientel anheizen. Sie führen zu einer Verrohung und Enthemmung, die ideologisch zentral und für den ersehnten Aufstand unabdingbar ist. Hinsichtlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine positionieren sich die *Freien Sachsen* pro-russisch, was auf deutliche ideologische Überschneidungen zwischen dem autoritären Regime Putins und den eigenen Vorstellungen zurückzuführen ist. Gleichzeitig wird das Thema wiederum zur Mobilisierung gegen „die Politik“ genutzt wird.

Anders als der *III. Weg* streben die *Freien Sachsen* ernsthaft Mandate an. Sitzen einige Protagonisten bereits für *Pro Chemnitz* oder die NPD in kommunalen Parlamenten, traten die *Freien Sachsen* 2022 das erste Mal selbst bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen an. Zwar konnten sie kein Mandat erringen, die Ergebnisse zeigen aber eine beachtliche lokale Unterstützung für klar extrem rechte Bewerber. Die *Freien Sachsen* entwickeln sich zumindest auf kommunaler Ebene zu einer ernsthaften Konkurrenz für die AfD, was auch zu einem angespannten Verhältnis zwischen beiden Parteien führt. Darüber hinaus macht der Machtanspruch der AfD Absprachen zumindest schwierig, wenn sie auch in Einzelfällen bereits umgesetzt werden mögen.

AFD – DIE BEWEGUNGS- ODER RAHMENPARTEI

Die *Alternative für Deutschland* hat sich seit ihrer Gründung 2013 von einer zunächst vor allem euroskeptischen Professorenpartei zur erfolgreichsten extrem rechten Partei in Deutschland entwickelt (Häusler, 2016; Bieber/Roßteutscher/Scherer, 2018). Rippl und Seipel (2022, 65 und 72) beschreiben sie als Bewegungs- oder Rahmenpartei, die von unterschiedlichen Akteuren getragen wird. Sie ist weniger als ihre Pendanten in Europa und Nordamerika um eine einzelne Führungsperson gruppiert und entfaltet ihr Charisma eher durch die „erfolgreiche“ Infragestellung der liberalen Demokratie – ohne Erfolg verliert die Partei an Anziehungskraft. Mit dem Bundestagswahlprogramm „Deutschland. Aber normal.“ sowie der Wahl von Alice Weidel und Tino Chrupalla

zum Spitzenduo setzte sich der völkische, offiziell aufgelöste Flügel nach einem innerparteilichen Schlagabtausch weitestgehend durch. Gleichzeitig bemüht die Rhetorik des Programms und die Anrufung einer angeblich verloren gegangenen „Normalität“ im Titel eine scheinbare Mäßigung. Während das „Brot- und Butter-Thema“ der AfD die Geflüchteten sind, ist im Wahlprogramm ein zweites klassisches Mobilisierungsthema der extremen Rechten, der Antifeminismus, ebenfalls prominent gesetzt und auch geschichtspolitisch vertritt die Partei klar revisionistische Ansichten.

Noch eindeutiger als das Wahlprogramm positionieren sich Vertreter*innen der Partei auf der sächsischen Landesliste zur Bundestagswahl 2021⁴. Platz 2 ging an den Richter Jens Maier aus Dresden, der vom Verfassungsschutz als Rechtsextremist eingestuft wird. Maier spricht unter Anderem von „Mischvölkern“ und fordert ein Ende des sogenannten „Schuldskultes“ (Der Spiegel, 2020). Direkt hinter Maier wurde Siegbert Droese aus Leipzig auf Platz 3 nominiert. Droese beschäftigte 2019 den Neonazi und Mitglied der *Identitären Bewegung* Daniel Fiß als Mitarbeiter seines Bundestagsbüros (Biermann/Geisler/Steffen, 2019). Des Weiteren posierte Droese in fragwürdiger Pose auf Fotos an der Wolfsschanze (Loch, 2018). Die Nummer 5 auf der Liste, Andreas Harlaß aus Dresden, stellte in einem Artikel der *Jungen Freiheit* die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg in Frage (Junge Freiheit, 2014). Harlaß ist neben seiner Kandidatur Pressesprecher der *AfD Sachsen* und der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag und somit eine wichtige Figur innerhalb der Landespartei.

Auch Beispiele für die Einbindung der AfD in extrem rechte Netzwerke lassen sich in Sachsen zahlreich benennen. Detlev Spangenberg aus Chemnitz war bis 2017 Mitglied des sächsischen Landtags für die Partei und zog danach in den Bundestag ein. 2008 kandidierte er bereits in Meißen für das extrem rechte Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ und gründete 2010 das Bündnis „Freiheit und Demokratie“ (Honigfort, 2014). Landtagsmitglied Tobias Keller, der Fraktionsvorsitzender der AfD im Leipziger Stadtrat, war zuvor Mitglied der DSU (näheres zu Keller siehe Schmidt 2004). Dass die Politiker ihren Worten Taten folgen lassen, zeigt sich beispielsweise bei Arthur Österle. Österle wurde als lautstarker Ordner während der gewaltvollen Demonstrationen

4) Einen sehr guten Überblick bietet das inzwischen archivierte Rechercheportal <https://idas.noblogs.org> (Idas, 2020).

nen 2018 in Chemnitz in der Öffentlichkeit bekannt (MDR Investigativ, 2019) und ist mittlerweile Vorstand des Kreisverbandes Erzgebirge. Vor einem Jahr nahm er neben zahlreichen anderen extrem Rechten am sogenannten Reichstag-Sturm teil (Flickr, 2020).

Wie die Organisator*innen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen hat auch die AfD ihre Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs verlagert. Im Vergleich zu den *Freien Sachsen* positioniert sich die AfD zwar zurückhaltender (Mitglieder, die sich zu russlandfreundlich äußern, werden zurückgerufen), im Sinne der russischen Propaganda wirft sie der Bundesregierung aber ein Handeln gegen die deutsche Bevölkerung vor und fordert die Einstellung von Waffenlieferungen und Sanktionen, was faktisch einer Kapitulation der Ukraine gleichkommt, um die deutsche Energieversorgung zu sichern.

Wie zuvor war die AfD auch bei den Bundestagswahlen 2021 in Sachsen mit 24,6 % deutlich erfolgreicher als im Bundesschnitt (9,0 %). Bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2022 kam sie in einigen Landkreisen auf noch mehr Stimmen (Landratswahl Görlitz 35,4 %), schaffte es aber nirgends in den Bereich der erforderlichen absoluten Mehrheit. Bei den Kreistagswahlen 2019 erreichte sie 23,7 %. Mit Sachsen-Anhalt und Thüringen muss Sachsen damit als Hochburg der AfD gelten. Eine Vielzahl an Studien hat inzwischen gezeigt, dass AfD-Wähler*innen die Partei nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer extrem rechten Ausrichtung wählen. Deshalb ist ein substanzieller Verlust an Stimmen nicht zu erwarten – jedenfalls nicht kurzfristig oder ohne besondere Umstände wie einem Rückzug großer Teile des Spitzenpersonals. Interne Streitigkeiten haben auch bei anderen Parteien schon zu einem Bedeutungsverlust geführt (siehe den folgenden Abschnitt zur NPD).

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich bei den (bundesweiten) Mitgliederzahlen der AfD ab⁵. Die Partei verlor in den letzten zwei Jahren 15,4 % ihrer Mitglieder (Juli 2022: 28.631), und zwar vorwiegend im Westen sowie in Sachsen. Dies dürfte mit dem seit Jahren schwelenden Richtungsstreit, in dem sich mittlerweile der offiziell aufgelöste völkische Flügel durchgesetzt hat, zu tun haben (Pittelkow/Riedel 2022). In Sachsen waren im Juli 2022 noch 2.175 Mitglieder gelistet (Rückgang

5) Zu den Zahlen und einer knappen Einschätzung vgl. Schmidt, 2022.

um 15,7 % in zwei Jahren), und das obwohl mit Tino Chrupalla inzwischen der Parteichef aus dem Freistaat kommt. Ein Verlust an Strahlkraft liegt nahe, die Partei hat jenseits der Ausnutzung gegenwärtiger Krisen Schwierigkeiten, Argumente für sich vorzubringen. Allerdings – und dies unterscheidet die AfD von den extrem rechten Kleinstparteien – stehen der Partei durch die vielen Mandate auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalebene dennoch bedeutende Ressourcen zur Verfügung. Mit diesen können Parteigänger versorgt und politische Vorfeldarbeit betrieben werden. Gerade auf dem Land ist die Partei vor Wahlen mit Plakaten und Flyern sichtbar und dominiert oft das Straßenbild.⁶ Dies verstärkt die Verankerung der Partei in lokalen Milieus langfristig (Kiess/Dilling, 2022).

NPD – ZWISCHEN AUSLAUFMODELL UND BEWEGUNGSPARTEI

Die bereits 1964 als Sammlungspartei verschiedener Vorgänger gegründete *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) hat in ihrer Geschichte schon einige Neuausrichtungen erlebt und befindet sich auch derzeit in einer Krise (Schedler, 2020). Mit einem verhältnismäßig großen Einsatz an Material und Personen zog sie 1968 zunächst in den baden-württembergischen Landtag ein (Kopke, 2016, 230 f.). Der Weg in den Bundestag sollte im Folgejahr von Stuttgart nach Bonn führen, die NPD scheiterte allerdings mit 4,3 % knapp an der Fünf-Prozent-Hürde und es folgte eine langanhaltende Durststrecke. Erst nach der Wiedervereinigung konnte sie sich erneuern und wurde dann bis 2013 zur erfolgreichsten extrem rechten Partei. In den 1990er Jahren öffnete sich die Partei für Neonazis aus unterschiedlichen, teilweise verbotenen Gruppierungen (Schedler, 2020, 3) und versuchte sich als agile Bewegungspartei (Funke, 2001, 84). Ideologisch bewegte sie sich weg vom altrechten-systemkonformen Deutschnationalismus und hin zum subkulturell geprägten Neonazismus (Stöss, 2010, 103 f.). Strategisch folgte sie dem unter Udo Voigt eingeführten sogenannten Drei- bzw. ab 2004 Vier-Säulen-Konzept (Schulze, 2009). Man war angetreten für einen Kampf um die Parlamente, die Straße, die Köpfe sowie – diesen

6) Ähnlich versuchte die NPD 1969 mit den Mitteln „frühzeitiger Beginn der Wahlkampagnen, inszenierte Provokationen, zentrale Steuerung, flächenmäßige Präsenz, massiver Einsatz von Propagandamaterialien“ (erfolglos) in den Bundestag zu gelangen (Kopke, 2016, 233).

Aspekt brachte Voigt im Sinne eines Führungsanspruchs der NPD neu ein – den „organisierten Willen“. Wahlteilnahme, Aufmärsche, Überzeugungsarbeit auf der kommunalen Ebene und Kooperation mit gleichgesinnten Organisationen stehen teilweise im Widerspruch zueinander: Eine „[s]cheinbare Distanz zum Nationalsozialismus und gleichzeitige offene Befürwortung desselben; gewaltfreie Basisarbeit und militante Demonstrationen“ seien „nur teilweise Ausdruck verschiedener konkurrierender Strömungen in der Partei“, teilweise auch Grundlage ihres Erfolges (ebd., 93).

Wahlerfolge feierte die NPD vor allem, nachdem sie sich in den 1990er Jahren in Ostdeutschland etabliert hatte. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Sachsen konnte sie zweimal in Folge in den jeweiligen Landtag einziehen – in Sachsen in den Jahren 2004 (9,2 %) und 2009 (5,6 %). An diese Ergebnisse konnte die Partei allerdings – wie auch schon in den 1960er Jahren der Bonner Republik – nicht auf Bundesebene anschließen. Und auch in Sachsen sind die großen Tage der Partei vorbei: Während die NPD bei den Kreistagswahlen 2019 zumindest noch 1,03 % der Stimmen und damit sechs Sitze gewinnen konnte, erreichte sie bei der Landtagswahl 2019 nur 0,6 % und bei der Bundestagswahl 2021 in Sachsen 0,3 % (im Bund 0,1 %). Auf der Bundes- wie der Landesebene ist die NPD damit inzwischen von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Zurückzuführen sind die Ergebnisse auch auf die Konkurrenz rechts außen durch die *Freien Sachsen* und die AfD. Letztere ist besonders dort erfolgreich, wo zuvor die NPD höhere Stimmenanteile gewinnen konnte (Richter/Bösch, 2017). Die Konkurrenz durch die *Freien Sachsen*, die offenbar die Ressentiments in der sächsischen Bevölkerung derzeit effektiver auf die Straße bringen, und durch die AfD, die sich mit Anzug und Krawatte einen Anschein von Bürgerlichkeit gibt und damit sogar bei einem Viertel der sächsischen Wähler*innen Erfolg hat, macht eine Erholung der Wahlergebnisse momentan unwahrscheinlich.

Der knapp gescheiterte Wiedereinzug in den sächsischen Landtag 2014 (4,9 %) wie der allgemeine Niedergang der Partei wird von Schedler (2020) aber nicht nur auf den Aufstieg der AfD zurückgeführt. Vielmehr hätten bereits zuvor finanzielle Unregelmäßigkeiten und persönliche Verfehlungen – neben der nie wirklich versteckten neonazistischen Ausrichtung – zu den sinkenden Stimmanteilen beigetragen. Wieder einmal befindet sich die Partei in einer Strategiekrisis, in der sich bewe-

gungsorientierte Erneuerer um Frank Franz, der die Partei in „Die Heimat“ umbenennen und so von ihrem alten Image trennen will, bisher nicht gegen strukturkonservative Teile der Partei durchsetzen können (Litschko, 2022).

Wie der *III. Weg* sieht sich die NPD eher auf der Seite ukrainischer Nationalisten, gleichwohl lehnt man den westlich orientierten ukrainischen Staat selbstverständlich ab. Eine Diskussion mit dem *Freie Sachsen*-Vorsitzenden Martin Kohlmann auf dem *YouTube*-Kanal der *Deutschen Stimme*, dem NPD-Parteimagazin, machte früh deutlich, dass man sich in der Frage des Krieges aber durchaus verständigen kann (vgl. Kiess/Wetzel, 2022a, 6). Statt des Krieges machte den beiden Gesprächspartnern die existentiell bedrohliche Lage des deutschen Volkes und überhaupt aller völkischer Positionen große Sorgen. Eine „globalistische“, vom Westen ausgehende Verschwörung gilt in der extremen Rechten strömungsübergreifend als das grundlegende Übel der Welt.

Trotz eines erheblichen Mitgliederrückgangs bleibt die NPD mit ihrem Parteimagazin *Deutsche Stimme* (Sitz in Pirna), der Bundesgeschäftsstelle der Jugendorganisation in Riesa sowie neun Kreisverbänden präsent in Sachsen. Darüber hinaus werden weiterhin Veranstaltungen und Kampagnen durchgeführt. Die gerade auch auf der Straße aktive Jugendorganisation *Junge Nationalisten* sieht sich wiederum nicht nur in Sachsen mit dem Problem konfrontiert, in Konkurrenz zu anderen bewegungsorientierten Splitterparteien wie *III. Weg*, *Neue Stärke* und *Die Rechte* sowie nicht in Parteien organisierten Neonazis zu stehen. Kader wie Stefan Trautmann (Döbeln) oder Paul Rzehaczek (Eilenburg) sind trotz Bedeutungsschwund der Mutterpartei aber weiterhin gut vernetzt und treten regelmäßig mit ihrem Gefolge bei neonazistischen Aufmärschen in Erscheinung.

SELBSTÜBERSCHÄTZUNG ODER REALE GEFAHR?

Neben den beschriebenen parteispezifischen Entwicklungen und Strategien zeigen sich einige Gemeinsamkeiten in der gegenwärtigen Ausrichtung und im Agieren dieser vier Parteien. Erstens fällt auf, dass die (Wunsch-)Vorstellung einer gemeinsamen extrem rechten Bewegung organisations- und milieuübergreifend Anklang findet. Zweitens spielt die Vernetzung untereinander und über Partei-, Landes- und Milieu-

grenzen hinweg eine bedeutende Rolle. Drittens ist der Ausbau von Reichweite – ganz im Zeitgeist der digitalen Plattformökonomie – das Mittel der Wahl, um über die eigenen, ideologisch gefestigten Kader und deren (subkulturelles) Umfeld hinaus mobilisierungsfähig zu werden, statt in der Bedeutungslosigkeit zu versinken wie viele andere extrem rechte Projekte zuvor. In der digitalisierten Öffentlichkeit ist viertens das Anstacheln ohnehin schon hitziger (Online-)Debatten und die Verschiebung des Sagbaren über gezielte Provokationen zu beobachten. Die Artikulation einer kohärenten Ideologie und eines entsprechenden politischen Angebots ist dabei höchstens zweitrangig. Dies gilt auch für die auf Kaderbildung ausgerichteten Organisationen, die ebenfalls mit gezielten Provokationen versuchen, auf die politische Kultur einzuwirken. Das von der NPD eingeführte Vier-Säulen-Konzept – der Kampf um Parlamente, Straße, Köpfe und den „organisierten Willen“ – ist längst Kennzeichen der extremen Rechten insgesamt.

Zudem ist zu betonen, dass alle vier Parteien eine klar antidemokratische Ausrichtung teilen, zentrale Bestandteile des Grundgesetzes ablehnen und sich mehr oder weniger offen für die Abschaffung der parlamentarischen, pluralistischen Demokratie aussprechen. Unterschiede ergeben sich in der Kommunikation und Vehemenz bei der Verfolgung dieser Ziele. Der neonazistische *III. Weg* nutzt martialische Aufmärsche, sozialkulturelle Angebote für Jugendliche und in Reichweite ihrer Stützpunkte eine gewaltförmige Raumnahme mit dem Ziel, Dominanz auf der Straße auszuüben. Die *Freien Sachsen* und die *AfD* versuchen eher, Verbindungen zwischen konservativ-bürgerlichen, diffus anti-demokratischen und eindeutig extrem rechten Positionen herzustellen. Während die *Freien Sachsen* ausdrücklich Mehrfachmitgliedschaften begrüßen und sich so als Netzwerkpartei positionieren, hatte die *AfD* bisher einen exklusiveren Anspruch und versucht sich auch immer wieder (halbherzig) durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse strategisch von konkurrierenden oder zu radikal auftretenden Akteuren abzugrenzen. Die NPD wiederum steht nach ihrem Ausscheiden aus dem sächsischen Landtag 2014 vor großen strukturellen und personellen Herausforderungen. Lokal sind allerdings Kleingruppen weiterhin sehr aktiv und Teile der Partei versuchen sich als Bewegungspartei neu zu (er)finden.

Die Betrachtung der vier in Sachsen aktiven extrem rechten Parteien *III. Weg*, *Freie Sachsen*, *AfD* und NPD ergibt in der Gesamtschau

ein ambivalentes Bild einer arbeitsteiligen Mobilisierung bei gleichzeitiger Fragmentierung der extremen Rechten. Die Wahlerfolge der AfD und die Mobilisierungserfolge der *Freien Sachsen* (sowie davor von Pegida) sind unübersehbare Alarmzeichen für die politische Kultur und das virulente Rechtsextremismusproblem in Sachsen. Obwohl diese Zeichen unübersehbar sind, wird extrem Rechten immer wieder mit Entgegenkommen („besorgte Bürger“, Übernahme extrem rechter Forderungen, Diskursverschiebung nach rechts) begegnet. Solches Missverstehen und Unterschätzen aber befeuert die Ziele sowie die Selbstüberschätzung der extremen Rechten. Das folgende Zitat des neurechten, völkischen Stichwortgebers Götz Kubitschek gibt diese Hybris und Zielsetzung wieder. Für den Herbst 2022 forderte er „mit unseren Kräften und Beziehungen und als nicht unwichtiger Knotenpunkt des Widerstandsgeflechts dafür zu sorgen, daß [sic] die Proteste nachhaltig, unversöhnlich und grundsätzlich werden“ (Kubitschek, 2022). Es geht der extremen Rechten also „grundsätzlich“ und „nachhaltig“ um nichts weniger als den Systemsturz („unversöhnlich“, „Widerstandsgeflecht“) und sie vertraut dabei auf das Zusammenwirken verschiedener Kräfte in der gegenwärtigen Krise.

In durch günstige Mobilisierungsfaktoren (politische Lage, Unzufriedenheit, Schwäche der demokratischen Parteien usw.) geprägten Zeiten erwächst aus der heterogenen extrem rechten Szene eine unübersichtliche, aber erfolgreiche Assemblage an Akteuren, die unterschiedliche Milieus auf den verschiedenen Schauplätzen der Öffentlichkeit (Straße, Parlament, Online-Arenen) vereint. Die durchaus konträren Positionen zum russischen Angriffskrieg innerhalb der Szene können dann etwa durch das gemeinsame Meta-Narrativ einer westlichen Verschwörung gegen das deutsche Volk integriert werden (Kiess/Wetzel, 2022a, 5). Und auch die im Zuge der Proteste gegen steigende Energiekosten zu beobachtenden Anschlussversuche an linksnationalistische Positionen sind aus dieser bewegungsorientierten Perspektive konsequent. Die Aktivitäten verschiedener Akteure greifen so ineinander und werden zu einer schwerwiegenden Herausforderung für unsere Demokratie. Demokratische, zivilgesellschaftliche Gegenstrategien sollten deshalb durch umfassende Bündnisse, zu denen sich auch konservative, wenig interessierte und gegenseitig im demokratischen Streit sehende Teile der Gesellschaft bekennen müssen, eine Vernetzung und Normalisierung extrem rechter Akteure unterbinden. Auch die Polizei und

Justiz müssen extrem rechten Gewalt- und Straftaten konsequenter entgegentreten. Ohne die euphorisierende Erfahrung von Erfolg verliert die selbsternannte Bewegung schnell an Anziehung und Dynamik.

Gleichzeitig verdeckt die angesprochene Selbstüberschätzung der extrem rechten Protagonisten nur notdürftig, wie fragmentiert die extreme Rechte ist, auch weil sich jede Gruppierung selbst als Speerspitze der Bewegung sieht (Stichwort: Kampf um den organisierten Willen). Die (Selbst-)Inszenierung der *Freien Sachsen* als „Mobilisierer“ (wobei sie tatsächlich eher Verstärker, denn Urheber der Proteste sind) soll sie als Vorzeigeprojekt für neurechte Mobilisierungsstrategien erscheinen lassen. Dabei stehen sie aber mindestens auf der kommunalen Ebene in Konkurrenz zur AfD. Und auch NPD und *III. Weg* müssen zum Erhalt ihres Parteienstatus bei Wahlen antreten und machen sich so gegenseitig Konkurrenz. Sobald es aber um das Verteilen von Macht und Einfluss geht oder die Zeiten für die anti-demokratische Mobilisierung schlechter werden, schwindet auch die strömungsübergreifende Einigkeit.

LITERATUR

- Andreasch, Robert (2014). *Der „dritte Weg“ als Ausweg*, URL: <https://www.aida-archiv.de/2014/02/14/der-dritte-weg-als-ausweg> (25.09.2022).
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp (2018). Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft. Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2018) 3, 433–461.
- Biemann, Kai/Geisler, Astrid/Steffen, Tilman (2019). Rechtsextremismus. Identitären-Chef hat Job im Bundestag. *ZeitOnline*, 04.04.2019. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-04/rechtsextremismus-identitaere-bewegung-afd-daniel-fiss-bundestag> (06.01.2023).
- Blee, Kathleen/Latif, Mehr (2020). Sociological Survey of the Far Right. In Stephen D Ashe/Joel Busher/Graham Macklin/Aaron Winter, *Researching the Far Right. Theory, Method and Practice* (S. 45–59). London: Routledge.
- Der dritte Weg (2022). *Verteiloffensive in Leipzig zur aktuellen Systemkrise gestartet*. URL: <https://archive.ph/IDKTD> (06.01.2023).
- Der dritte Weg (2015). „III. Weg“-Stützpunkt Mittelsachsen. *Erzgebirge gegründet*. URL: <https://archive.ph/JLqby> (06.01.2023).
- Der Spiegel (2020). Verfassungsschutz stuft AfD-Politiker Jens Maier als rechtsextrem ein. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verfassungsschutz-stuft-jens-maier-als-rechts-extrem-ein-a-adac96c3-c497-459b-b47e-19703cf65b92> (06.01.2023).
- Endstation Rechts (2020). Nach Wahl-Aus in Sachsen. Dritter Weg gründet Landesverband. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/nach-wahl-aus-sachsen-dritter-weg-grundet-landes-verband> (06.01.2023).
- Flickr (2020). 29.08.2020 Berlin. Reichsbürger-Kundgebung von Rüdiger Hoffmann eskaliert und wird aufgelöst. URL: <https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/50287819938/in/album-72157715781927218> (06.01.2023).
- Funke, Hajo (2001). *Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik*, Berlin: Verlag Hans Schiler.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015). *Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: Transcript.
- Grunert, Johannes (2021). Situationsanalyse. Die extrem rechte Szene in Zwickau. *EFBI Policy Paper No. 4*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf. *EFBI Policy Paper No. 2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Häusler, Alexander (2016). Die AfD als rechts-populistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016* (S. 167–178). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Honnigfort, Bernhard (2014). Braune Vergangenheit bei der AfD. *Frankfurter Rundschau*, 05.09.2014. URL: <https://www.fr.de/politik/braune-vergangenheit-11248883.html> (06.01.2023).
- Idas (2020). „Ja zur Straße“. Höcke umgarnt Pegida mit Umsturzphantasien. URL: <https://idas.noblogs.org/?p=505> (06.01.2023).
- Inventati (2022). Rechte Umtriebe in Leipzig und Umgebung. Ein Überblick im Juli 2022. URL: <https://www.inventati.org/leipzig/?p=5196> (06.01.2023).
- Junge Freiheit (2014). Canossa liegt auf der Westerplatte. URL: <https://web.archive.org/web/20200224140004/https://jungefreiheit.de/kolumne/2014/canossa-liegt-auf-der-westerplatte> (06.01.2023).
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius (2022). Mein rechter, rechter Platz ist frei. In welchen sächsischen Gemeinden sind extrem rechte Parteien besonders stark und was schützt davor? In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen, Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 119–138). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Nissen, Sophie/Wetzel, Gideon/Winkler, Benjamin (2022). Pilotausgabe. *EFBI Digital Report No. 0*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, Johannes/Wetzel, Gideon. (2022b). Digitale Mobilisierung für den „Wutwinter“. *EFBI Digital Report No. 3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, Johannes/Wetzel, Gideon (2022a). Extrem rechte Online-Mobilisierung zwischen Corona und Krieg. *EFBI Digital Report No. 1*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Klare, Heiko/Sturm, Michael (2016). Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten. In Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler, *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 181–203). Wiesbaden: Springer.
- Klose, Bianca/Richwin, Sven (2016). Organisationsformen des Rechtsextremismus. In Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler, *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 205–223). Wiesbaden: Springer.
- Kohlstruck, Michael/Ling, Alexander (2016). Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei. Der „III. Weg“ in Brandenburg. In Dirk Wilking/Michael Kohlstruck, *Einblicke V. Ein Werkstattbuch* (S. 199–222). Potsdam: Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.
- Kopke, Christoph (2018). „Der III. Weg“. Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei. In Friedrich Burschel, *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus* (S. 128–136). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- Kopke, Christoph (2016). Die extreme Rechte als Wahlkampfakteur. In Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler, *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 225–256). Wiesbaden: Springer.
- Kubitschek, Götz (2022). Herbst, Empörung, Grundsätze (1): Wellen. *Sezession*, 24.08.2022. URL: <https://sezession.de/66340/herbst-empoe-rung-grundsaeetze-1-wellen> (06.01.2023).
- Litschko, Konrad (2022). NPD-Parteitag stimmt gegen neuen Namen. Alles beim Alten. *taz.de*, 15.05.2022. URL: <https://taz.de/NPD-Parteitag-stimmt-gegen-neuen-Namen/!5852411> (06.01.2023).
- Loch, René (2018). Leipzigs AfD-Vorsitzender Siegfert Droese besuchte die „Wolfsschanze“ mit fragwürdiger Geste. *Leipziger Zeitung*, 05.02.2018. URL: <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2018/02/Leipzigs-AfD-Vorsitzender-Siegbert-Droese-besuchte-die-„Wolfsschanze“-mit-frag-wuerdiger-Geste-204932> (06.01.2023).
- Löwenthal, Leo (1990). *Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- MDR Investigativ (2019). Chemnitz – Ein Jahr danach. *MDR Investigativ*, 09.09.2019. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=sMoQnX-guE6s> (08.01.2023).
- Mudde, Cas (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Josef (2016). Stammland von „Der III. Weg“. *Der Rechte Rand*, 158, 13.
- Nowak, Jan (2016). Kaderorganisation mit Parteiprivileg. *Der Rechte Rand*, 158, 10–12.
- Pirro, Andrea L. P. (2022). Far right. The significance of an Umbrella Concept. *Nations and Nationalism* (2022), 1–12.
- Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja (2022). *Rechts unten: die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber*. Hamburg: Rowohlt Polaris.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017). *Demokratiefeindliche Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2022). *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schedler, Jan (2020). Extrem rechte Parteien. In Uwe Andersen/Jörg Bogumil/Stefan Marschall/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 783–790). 8. Auflage, Wiesbaden: Springer.
- Schmidt, Martin (2022). Rückläufige Mitgliederzahlen. Wo die AfD die meisten Mitglieder verliert. *tagesschau.de*, 22.07.2022. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-mitglieder-101.html> (06.01.2023).
- Schmidt, Robert (2014). Rechtes AfD-Labor. *Kreuzer Online*, 01.09.2014. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2014/09/01/rechtes-afd-labor> (06.01.2023).
- Schulz, Peter (2014). Neue Nazis. Wie und warum sich die radikale Rechte verändert. *Berliner Debatte Initial* 25(2014)1, 18–32.
- Schulze, Christoph (2009). Das Viersäulenkonzept der NPD. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten* (S. 92–108). Wiesbaden: VS Verlag.
- Stöss, Richard (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*. 3. akt. Auflage, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.



Wie hältst du's mit der AfD?

Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen

Wir sind uns im CDU-Landesvorstand, mit den Kreisvorsitzenden, mit der Landtagsfraktion in dieser Frage absolut einig: keine Koalition, keine Kooperation und damit auch keine Minderheitsregierung.¹

Michael Kretschmer, CDU, Ministerpräsident Sachsen, 8. August 2019

Die AfD steht am Rand unserer Verfassungsordnung. Sie betreibt eine staatsfeindliche und rückwärtsgewandte Politik. Eine Zusammenarbeit mit ihr wäre ein Verrat an unseren christdemokratischen Werten.

Paul Ziemiak, CDU, MdB, ehemaliger Generalsekretär der CDU, 6. November 2019

EINFÜHRUNG

Am 5. Februar 2020 wurde Thomas Kemmerich (FDP) im dritten Wahlgang zum Thüringer Ministerpräsidenten gewählt – mit Stimmen von FDP, CDU und AfD. Kemmerich, dessen Partei mit lediglich fünf Stimmen die 5-Prozent-Hürde übersprang, hatte keine parlamentarische Mehrheit, war faktisch handlungsunfähig und trat nach erheblichem Druck nach wenigen Tagen zurück. Der Thüringer AfD unter Björn Höcke aber war damit ein parlamentarischer Coup gelungen. Die Wahl Kemmerichs löste ein politisches Erdbeben aus und wird landläufig als „Dammbruch“ bezeichnet (vgl. Debes, 2021). Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer twitterte damals: „Mit der AfD darf es keine Zusammenarbeit geben. Man kann nur im Interesse von #Thuringen erwarten, dass es so viel Vernunft gibt, dass man sich einigt und

1) Die Aussage von Michael Kretschmer wenige Wochen vor der sächsischen Landtagswahl im September 2019 richtete sich sowohl gegen die extrem rechte Partei AfD als auch gegen die Partei DIE LINKE.

dass es dann in einem geordneten Prozess zu #Neuwahlen kommt“ (Kretschmer, 2020). Bekanntlich fanden keine vorgezogenen Neuwahlen statt.

Die Wahl Kemmerichs im Februar 2020 wird oft als eines der prominentesten Beispiele für die Kooperation zwischen demokratischen Parteien und der extremen Rechten auf parlamentarischer Ebene angeführt. Doch kann in diesem konkreten Fall überhaupt von Kooperation gesprochen werden? Schließlich waren die Wahlen zum Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag geheim und Thüringer Abgeordnete sind Vertreter aller Bürger des Landes. Die sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. Hätten Kemmerich sowie die FDP und die CDU die Möglichkeit einer Zustimmung durch die AfD antizipieren müssen? Und hätten sie dann anders handeln sollen? Ist überhaupt von Kooperation zu sprechen, wenn es keine klare (und nachweisbare) Vereinbarung oder Verabredung zur Wahl gab?

Fest steht, dass seit Gründung der AfD 2013 über den Umgang mit ihr gestritten wird. Die AfD hat sich seither zu einer Partei der extremen Rechten entwickelt und ist aktuell der zentrale Bezugspunkt im Rechtsextremismus.² Daher fokussiert der vorliegende Artikel hauptsächlich auf diese Partei. (Einen Überblick über die vier relevanten extrem rechten Parteien in Sachsen und deren arbeitsteiliges Vorgehen liefert Kiess in seinem Beitrag für dieses Jahrbuch). Mit Blick auf den Bundestag konstatieren Butterwegge et al.:

Sobald sich eine Partei wie die AfD im Parlamentsbetrieb über mehr als ein, zwei Legislaturperioden hinweg fest etabliert hat, folglich Anträge, Anfragen und Reden ihrer Abgeordneten auch nicht mehr wie vielleicht noch zu Beginn kritisch unter die Lupe genommen werden, gewinnen Programm, Ideologie und Politik, die sich darin manifestieren, erheblich an normativer Kraft und allgemeiner Legitimität.

Butterwegge et al., 2018, 54

Gewöhnungseffekte eröffnen also neue Spielräume für extrem rechte Akteur*innen, das genauere Hinsehen wird umso wichtiger.

2) Zum Verständnis von Rechtsextremismus vgl. Jaschke, 1994, 31, und Stöss, 2010; zur Einordnung der AfD vgl. exemplarisch Salzborn, 2018; Quent, 2019; Virchow, 2020 und Häusler, 2022.

Wie etablierte Parteien mit rechtsradikalen Akteuren und ihren Positionen umgehen, bestimmt maßgeblich, welchen direkten oder indirekten Einfluss diese auf das Parteiensystem, das Regierungshandeln und schließlich das gesamte politische System ausüben können.

Heinze, 2021, 135

Dieser allgemeinen Einschätzung der Politikwissenschaftlerin Anna-Sophie Heinze lässt sich zweierlei hinzufügen. *Erstens* geht es auf kommunaler Ebene bei Entscheidungen entgegen der landläufigen Meinung nicht um vermeintlich neutrale Sachpolitik, sondern auch um politisch und normativ hochaufgeladene Fragen. Neben Debatten und Entscheidungen über Straßenneubauten,³ Gewerbegebiete und Gebührenordnungen werden auf dieser Ebene beispielsweise auch über die Ausstattung und Förderung von Kinder- und Jugendhilfe, Kunst und Kultur, die Unterbringung von Geflüchteten sowie die Höhe der „Kosten der Unterkunft“ entschieden. Viele dieser Entscheidungen beeinflussen ganz konkret das Leben und Zusammenleben von Menschen. *Zweitens* sind der Umgang und die mögliche Kooperation zwischen demokratischen und extrem rechten Parteien und Wählervereinigungen auf kommunaler Ebene ein Vorzeichen für mögliche Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Die kommunale Ebene dient dabei oft als eine Art Labor und Experimentierfeld, schließlich kennt man sich hier und die Bundespolitik ist weit weg.

Der vorliegende Beitrag analysiert explorativ das bereits ange deutete Spannungsfeld der Kooperation mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. Da zum Gegenstand bislang kaum Forschung existiert, will der vorliegende Beitrag zur weiteren (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung anregen.

ANALYSEN ZU KOMMUNALER EBENE KAUM VORHANDEN

Vor allem in Politikwissenschaft und Soziologie existiert eine rege Forschungstätigkeit zur allgemeinen Entwicklung und zu konkreten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (vgl. exemplarisch Botsch/Schulze, 2021; Schulze, 2021). Arbeiten zur parlamentarischen

3) Auch Straßenneubauten und -sanierungen sind natürlich keineswegs neutrale Sachpolitik, ließe sich das Geld z. B. ja auch in Radwege und kommunalen ÖPNV investieren.

Arbeit der extremen Rechten sind allerdings rar gesät, beispielsweise werden hinsichtlich der AfD oftmals nur die allgemeine Verortung und Entwicklung der Partei (vgl. Funke/Mudra, 2018; Virchow, 2020; Häusler, 2022) oder aber spezifische Aspekte (z. B. Spendenaffären, vgl. Pittelkow/Riedel, 2022) beleuchtet.

Für den Bundestag, in welchen die AfD im September 2017 mit 12,6% gewählt wurde, haben beispielsweise Butterwege et al. bereits 2018 eine erste Analyse der parlamentarischen Arbeit veröffentlicht. Sie fassen zusammen:

Vielerorts wirkt die Parlamentsarbeit der AfD insofern monothematisch, als sämtliche Probleme, mit denen sich die Anträge, Anfragen und Reden ihrer Abgeordneten beschäftigen, auf die Flüchtlings- bzw. Migrationsfrage zurückgeführt werden. Dagegen unterscheidet sich der Umgang mit kommunalen Belangen von Ort zu Ort, wodurch leicht der Eindruck inhaltlicher Beliebigkeit und politischer Widersprüchlichkeit entsteht. Die parlamentarische Arbeit der AfD in Berlin, den Bundesländern und den Kommunen ist weder zentral gesteuert, noch wird sie vernünftig koordiniert.

Butterwege et al., 2018, 61

Sie führen weiterhin aus, dass „es der AfD letztlich um einen prinzipiellen Bruch mit zentralen Werten des Grundgesetzes geht“ (ebd., 213). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Botsch in einer allgemeinen Betrachtung der parlamentarischen Arbeit der AfD:

Für konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit ist die AfD offenkundig nicht zu haben. Sie ist im Kern eine anti-parlamentarische Partei, die die Grundlagen der bundesdeutschen Demokratie zerstören will. Daher ist sie auch weder daran interessiert noch dazu geeignet, innerhalb des Rahmens des politischen Systems eine Repräsentationslücke⁴ am rechten Rand zu schließen.

Botsch, 2018⁴

4) Kritisch zur Repräsentationslücke vgl. Dulig, 2018.

Auch auf der Landesebene gibt es für einige Bundesländer Analysen zur parlamentarischen Arbeit der AfD, beispielhaft seien hier die Arbeiten von Jennerjahn (2016, Sachsen), Schickert (2017, Thüringen), Hafener et al. (2018, Rheinland-Pfalz) und Hafener/Jestädt (2020, Hessen) genannt. Den Untersuchungen ist gemein, dass sie auf die inhaltliche Arbeit der AfD in Form von Anfragen, Anträgen und Gesetzesinitiativen fokussieren. Trotz unterschiedlicher Kategorienbildung und Zuordnung⁵ sowie Differenzen zwischen den Bundesländern und der dortigen AfD wird klar, dass das Themenfeld Flucht/Asyl/Migration von zentraler Bedeutung für die AfD ist und von der Partei am stärksten bearbeitet wird.

Mit der parlamentarischen Arbeit der AfD auf der kommunalen Ebene beschäftigen sich unter anderem die Arbeiten von Gorshkih et al. (2016, Kreistag Görlitz und Kreistag Mittelsachsen), Hafener et al. (2018, Hessen und Niedersachsen) sowie Gerbsch/Bescherer (2020, Leipzig). Diese untersuchen die Inhalte der AfD ebenfalls anhand von Anfragen und Anträgen und kommen dabei für die kommunale Ebene zu unterschiedlichen Einschätzungen: Während in den Kreistagen Görlitz und Mittelsachsen erneut das Themenfeld Flucht/Migration/Asyl⁶ von zentraler Bedeutung für die Arbeit der AfD ist, liegt der Fokus in Leipzig beispielsweise auf der Verkehrspolitik. Diese lokalen Unterschiede lassen sich einerseits auf unterschiedliche Rahmenbedingungen, andererseits auf das Personal der AfD zurückführen. Gerbsch und Bescherer fassen das kommunale Agieren der AfD in Leipzig folgendermaßen zusammen:

*Im betrachteten Zeitraum waren die AfD-Stadträt*innen in der Ratsversammlung regelmäßig aktiv und haben sich am kommunalpolitischen Betrieb beteiligt. Als gewöhnliche Oppositionspartei, zu deren Aufgaben die Kontrolle der Stadtverwaltung gehört, kann die Leipziger AfD dennoch nicht beschrieben werden. Zu klar lässt sie immer wieder ihre über die Grenzen demokratischen Streits hinausgehende Frontstellung gegen alle anderen Parteien erkennen, verwechselt Politik mit der Führung eines Wirtschaftsunternehmens und lehnt Debatten als unnützes Gerede ab. Eine*

5) So ordnet Jennerjahn (2016) das Themenfeld Asyl der Innenpolitik zu, bei Schickert (2017) ist Asyl und Migration ein eigenes Themenfeld, ebenso bei Hafener et al. (2018, Migration, Asyl, Flüchtlinge). Bei allen wird das Themenfeld als erstes eingeführt und dessen zentrale Bedeutung herausgestellt.

6) Bei Gorshkih et al. (2016) als „Asyl und Zuwanderung“ bezeichnet.

klare Linie der Parteiarbeit ist zudem nicht auszumachen. Insgesamt ist jedoch eine Kluft zwischen Zurückhaltung bis Desinteresse im Plenum und Aggressivität und Polemik in sozialen Medien sowie auf der Partei-Webseite zu bemerken.

Gerbsch/Bescherer, 2020, 25

In all den genannten Analysen werden Kooperationen zwischen AfD und demokratischen Parteien nicht behandelt. Dies liegt neben den Untersuchungsebenen des föderalen Systems (hauptsächlich Beiträge zum Bundestag und den Landtagen) auch an der Neuheit des Forschungsgegenstandes. Nach Heinze (2020, 2021) ist das Verhalten demokratischer Parteien zu Parteien der extremen Rechten⁷ nicht systematisch erforscht. Ihren Ausführungen nach stoßen bisherige Typologien oftmals an ihre Grenzen, da sie keine Trennung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene ziehen, verschiedene Arten von Parteien vermischen und einen unreflektierten Strategiebegriff⁸ verwenden (ebd., 25 ff.). Heinze schlägt stattdessen eine neue Typologie vor, welche zwischen der formalen Ebene (strikte Ausgrenzung – vereinzelte Duldung – legislative Zusammenarbeit – Minderheitsregierung – Koalition) und der inhaltlichen Ebene (ignorieren – dämonisieren – entschärfen – debattieren – übernehmen) unterscheidet und dennoch beide Ebenen zusammendenkt (ebd., 43 ff.).

Zur Frage der Kooperationen auf kommunaler Ebene sind journalistische Beiträge wesentlich ergiebiger als wissenschaftliche Arbeiten. Beispielhaft seien hier Grunert (2019), Report Mainz (2019), Hagen et al. (2020), Liebetrau/Nejezchleba (2021) und Schmoll (2021) genannt, die Beispiele von Kooperationen zusammentragen, inhaltlich einordnen und einer medialen Logik folgend auch skandalisieren. Nachteil tagesaktueller journalistischer Berichterstattung ist zumeist das Fehlen einer systematischen Analyse. Diese soll im Folgenden geleistet werden.

7) Heinze (2020) nutzt den unscharfen Begriff des (Rechts-)Populismus zur Einordnung der AfD. Populistische Parteien – im Gegensatz zu extremistischen – stünden der Demokratie prinzipiell nicht ablehnend gegenüber (ebd., 38). Die AfD habe sich von einer eurokritischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt, sei aber noch nicht gänzlich im Rechtsextremismus angekommen (ebd., 40 ff.). Demgegenüber finden sich in der kritischen Rechtsextremismusforschung zahlreiche Arbeiten, welche eine Verortung der AfD im Rechtsextremismus plausibel machen (vgl. Salzborn, 2018; Quent, 2019; Virchow, 2020; und Häusler 2022).

8) Heinze plädiert für den Begriff Umgang statt Strategie, da Strategie intentional sei und demzufolge unbewusstes und unbeabsichtigtes Handeln nicht gut abbilden könne.

KOMMUNALE MEHRHEITSVERHÄLTNISSE UND KOOPERATIONSMÖGLICHKEITEN

Bei den sächsischen Kommunalwahlen im Mai 2019 wurden Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte, Ortschaftsräte sowie einige Bürgermeister*innen neu gewählt. Zur Wahl traten zahlreiche extrem rechte Parteien und Kandidat*innen an. Neben bundesweit aktiven Parteien (AfD, Der III. Weg, NPD) waren dies vor allem kommunale Wählervereinigungen (*Freie Bürger Schwarzenberg, Freie Liste für Geithain, Freie Wähler Dresden, Freie Wähler Freital, Liste Gelenau, Neue Liste Jahnsdorf, Neues Forum für Wurzen, Niederdorfer Bürger, Pirna kann mehr, Pro Chemnitz*; vgl. auch Hummel, 2019, sowie den Beitrag von Kiess in diesem Band). Die AfD erreichte auf der Kreistags- bzw. Stadtratsebene zwischen 14,9% (Stadt Leipzig) und 29,4% (Bautzen). In den Kreistagen von Bautzen und Görlitz wurden sie damit stärkste Kraft. Das beste AfD-Ergebnis bei einer Oberbürgermeisterwahl erreichte Sebastian Wippel in Görlitz (erster Wahlgang 36,4%, zweiter Wahlgang 44,8%).

2022 wurden alle Landräte (außer Meißen) sowie zahlreiche Bürgermeister*innen neu gewählt. Bei der Landratswahl erreichte die AfD zwischen 16,4% (Erzgebirgskreis) und 35,8% (LK Görlitz), trat aber nicht überall an. Ohne AfD-Konkurrenz erreichten die erst 2021 gegründeten *Freien Sachsen* mit 20% ihr bestes Ergebnis in Nord-sachsen.

Die Wahlentscheidung für oder gegen eine Partei und/oder Person hängt von zahlreichen Faktoren ab und ist Gegenstand intensiver Forschung (vgl. Niedermayer, 2013). Für die Landtagswahl 2019 haben Kiess und Dilling die Ergebnisse auf der Gemeindeebene untersucht und erkennen Unterschiede auf der sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Ebene:

In großen sächsischen Städten mit guter Nahversorgung, starkem Zuzug und hohem Frauenanteil reüssieren Grüne und Linke eher, auf dem Land wird in schrumpfenden Gemeinden eher die AfD, in wachsenden eher die CDU gewählt. Darüber hinaus spielen weitere Faktoren eine Rolle: Rechte Parteien sind dort stark, wo demokratische Strukturen und die Zivilgesellschaft schwächer sind.

Kiess/Dilling, 2022, 119

Die kurze Skizze der Wahlerfolge der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen macht zwei Aspekte deutlich. *Erstens* ist die extreme Rechte auch aus der Kommunalpolitik nicht mehr wegzudenken. Trotz deutlicher regionaler Unterschiede (z. B. hinsichtlich der regionalen Verankerung, der Aufstellung von Kandidat*innen und auch des Wahlergebnisses) kann die extreme Rechte bei der Beschreibung und Analyse von Kommunalpolitik nicht ignoriert werden. Dies führt *zweitens* zur Notwendigkeit einer Debatte über den Umgang mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene. Trotz der Vorgaben der Bundesvorstände einzelner Parteien lassen sich hier zahlreiche Beispiele für einen eigenen, lokalspezifischen Umgang und Aushandlungsprozesse finden, was oftmals mit der vermeintlichen Sachorientierung der Kommunalpolitik begründet wird. Verschiedene Formen von Kooperation sind dabei ein möglicher Umgang demokratischer Parteien mit der extremen Rechten.

Wie anhand des eingangs geschilderten Beispiels aus dem Februar 2020 in Thüringen deutlich wurde, ist die Frage, wann von einer Kooperation gesprochen werden kann, nicht so einfach zu beantworten. Im Folgenden wird Kooperation sowohl als formale Zusammenarbeit (z. B. Zusammenschluss als Fraktion), wie auch als Absprachen und gemeinsames Abstimmungsverhalten verstanden. Insbesondere Letzteres ist jedoch schwer einzuordnen, stimmen doch auf kommunaler Ebene immer wieder extrem rechte Abgeordnete Anträgen demokratischer Parteien zu. Daher wird hier eine inhaltliche Bewertung vorgenommen: Wenn politische Gegner*innen im Parlament oder eine kritische Zivilgesellschaft vor Ort, Pluralismus und Solidarität gemeinsam von demokratischen Parteien und extrem rechten Parteien eingeschränkt werden (sollen), dann wird dies als Kooperation aufgefasst. Das Abstimmungsverhalten zu Bauvorhaben beispielsweise fällt somit nicht darunter.

Konkret finden sich folgende – teilweise auch überlappende – Formen der Kooperation:

- Absprachen, z. B. in Vorbereitung auf gemeinsames Abstimmungsverhalten oder gemeinsame Wahl;
- allgemeine Kooperation, z. B. andauernde Zusammenarbeit zur inhaltlichen Gestaltung;

- gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative demokratische Partei, Initiative extrem rechte Partei);
- gemeinsame Wahl (Initiative demokratische Partei, Initiative extrem rechte Partei), z. B. zur Verteilung von Ausschuss- und Aufsichtsratsposten;
- gemeinsame Fraktion.

KOMMUNALE KOOPERATIONEN

Seit der Kommunalwahl 2019 lassen sich in Sachsen mindestens 21 Fälle von Kooperation zwischen extrem rechten und demokratischen Parteien finden. Die nachfolgenden Einordnungen der Kooperationen ergeben sich aus den Mehrheitsverhältnissen in den entsprechenden Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen, eigenen Äußerungen abstimmender Abgeordneter sowie (lokaler) Medienberichterstattung. Die Einordnung als Kooperation wurde so weit wie möglich plausibilisiert. Ob alle einzelnen Abgeordneten einer Fraktion im Einzelfall entsprechend abgestimmt haben, kann nicht nachvollzogen werden, da keine namentlichen Abstimmungsergebnisse öffentlich zugänglich sind. Es gibt Hinweise auf zahlreiche weitere Fälle von Kooperationen, allerdings ist hier die Informationslage ungenügend, sodass diese in die Analyse nicht aufgenommen werden konnten. Tabelle 1 gibt Aufschluss über die für diesen Beitrag recherchierten Fälle.

Ausgangspunkt der Zusammenstellung waren zahlreiche journalistische Recherchen⁹ und Beiträge (vgl. Grunert, 2019; Report Mainz, 2019; Endstation Rechts, 2019; Lasch, 2019; Hagen et al., 2020). Diese wurden gesammelt und zusammen mit den entsprechenden Sitzungsprotokollen und Beschlüssen, sofern vorhanden, systematisch ausgewertet.

Mit Blick auf die Tabelle lassen sich bereits mehrere Befunde ableiten: *Erstens* finden sich vor allem in der Phase der Konstituierung der Stadt- und Gemeinderäte im August/September 2019 zahlreiche Fälle von Kooperationen. In diesen konstituierenden Sitzungen werden Fraktionen gebildet (z. B. Gohrisch) sowie Aufsichtsratsposten verteilt (z. B. Pirna, Zwickau) und Ausschüsse besetzt (z. B. Chemnitz, Görlitz). *Zweitens* zeigt sich eine breite regionale Verteilung. In acht der zehn

9) Ein besonderer Dank gilt hier dem freien Journalisten Johannes Grunert, der bereits ab August 2019 auf Twitter über Zusammenarbeit mit der AfD berichtete.

TABELLE 1

Kooperationen mit der extremen Rechten, eigene Darstellung

Zeitpunkt	Ort	Wo	Extrem Rechte Partei
August 2019	Chemnitz	Stadtrat	AfD, Pro Chemnitz
August 2019	Pirna	Stadtrat	AfD, Pirna kann mehr
August 2019	Zwickau	Stadtrat	AfD
August 2019	Görlitz	Stadtrat	AfD
August 2019	Mittelsachsen	Kreistag	AfD
September 2019	Vogtlandkreis	Kreistag	AfD
September 2019	Gohrisch	Gemeinderat	AfD
September 2019	Markranstädt	Stadtrat	AfD
September 2019	Bautzen	Kreistag	AfD
September 2019	Döbeln	Stadtrat	AfD
Oktober 2019	Heidenau	Stadtrat	AfD
Februar 2020	Markranstädt	Stadtrat	AfD
Mai 2020	Radebeul	Stadtrat	AfD
September 2020	Döbeln	Stadtrat	AfD
November 2020	Zittau	Stadtrat	AfD
März 2021	Plauen	Stadtrat	AfD, Der III. Weg
Juni 2021	Plauen	Kreistag	AfD, Der III. Weg
September 2021	Wurzen	Stadtrat	AfD, Neues Forum für Wurzen
September 2022	Limbach-Oberfrohna	Stadtrat	AfD
Oktober 2022	Meißen	Kreistag	AfD, NPD

sächsischen Landkreise sowie in einer der drei kreisfreien Städte finden sich Fälle von Kooperationen. Besondere regionale Schwerpunkte lassen sich nicht ausmachen. *Drittens* heißt Kooperation mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen in der Regel Kooperation zwischen CDU und AfD, wobei sich jedoch auch andere Konstellationen finden. *Viertens* wird ersichtlich, dass verschiedene Formen der Kooperation eine Rolle spielen, zentral ist dennoch gemeinsames Abstimmungsverhalten.

Nachfolgend illustrieren drei Beispiele die Spannbreite der Kooperationen und diskutieren die damit verbundenen Gefahren.

Demokratische Partei	Typisierung
CDU, FDP	Absprache und gemeinsame Wahl
CDU, Freie Wähler	Absprache und gemeinsame Wahl
CDU	gemeinsame Wahl
CDU	gemeinsame Wahl (Initiative AfD)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)
FDP	Absprache
CDU, Grüne	gemeinsame Fraktion
Freie Wähler	allgemeine Kooperation
CDU	gemeinsame Wahl (Initiative AfD)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten
CDU, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative CDU)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative CDU)
LINKE, FW/FUW/FDP	allgemeine Kooperation und Absprache
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative CDU)
CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative CDU)
CDU, BFW	gemeinsames Abstimmungsverhalten
CDU	Freie Wähler gemeinsames Abstimmungsverhalten
CDU, Freie Wähler, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative CDU)

BEISPIEL DÖBELN (2019–2022): EIN SOZIOKULTURELLER VEREIN UNTER PERMANENTEM FINANZIELLEN DRUCK

Der soziokulturelle Verein *Treibhaus e. V.* besteht seit 1997 und bietet in seinen Räumlichkeiten und darüber hinaus in Döbeln Kunst, Kultur, politische Bildung, Beratung und vieles mehr an. Seit seiner Gründung ist der Verein stetig gewachsen, hat sich professionalisiert und beschäftigt mehrere bezahlte Fachkräfte. Als Ziel formuliert der Verein selbst: „Die Arbeit zielt auf ein friedliches und gewaltfreies Miteinander, die Vermittlung humaner, sozialer und demokratischer Denk- und Verhaltensweisen, die Förderung von Eigenverantwortlichkeit und die Stärkung eines couragierten und emanzipatorischen Handelns ab.“ (Treibhaus o.J.)

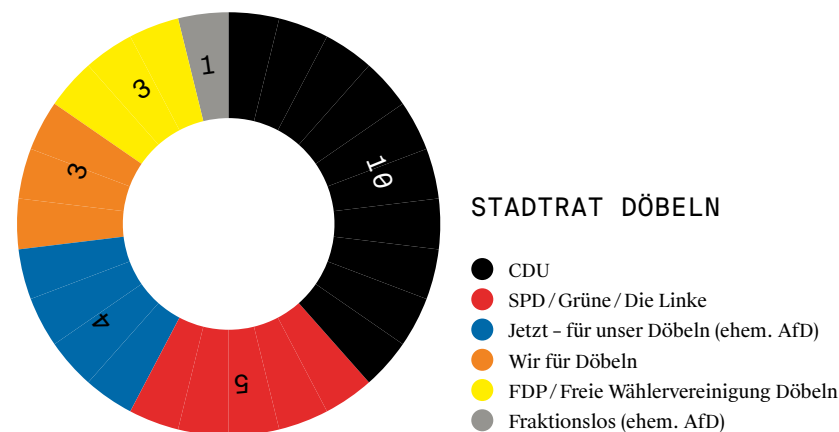
Für die Bezahlung der Hauptamtlichen greift der Verein auf verschiedene Fördermöglichkeiten zurück. Für die finanziell wichtige Kulturraumförderung Erzgebirge-Mittelsachsen muss die Stadt Döbeln 6% (in 2020) bzw. 8% (in 2021) und 10% (in 2022) der Förderung beisteuern. Mit dieser Regelung soll unter anderem eine gute kommunale Verankerung der geförderten Träger sichergestellt werden. Dass der Verein vor Ort anerkannt und verankert ist, machten zahlreiche Äußerungen von den Fraktionen der *Freien Wählervereinigung/FDP*, *SPD/Grüne/Linke* und *Wir für Döbeln* (zusammen 11 der 26 Sitze) während der Stadtratssitzung im September 2019 deutlich. Besonders der AfD ist die Arbeit des Vereins allerdings ein Dorn im Auge. So lässt sich deren Stadträtin Annemarie Reiche in der LVZ mit folgenden Worten zitieren: „Man sollte überlegen, wem man Steuergelder gibt. Die machen da Politik gegen die AfD. Die Veranstaltungen des Treibhaus braucht niemand. Ich war jedenfalls noch nie da“ (Sparrer, 2019). Ihr Vorschlag, die Gelder komplett zu streichen, erhielt während der Stadtratssitzung im September 2019 keine Mehrheit, jedoch wurde die städtische Förderung für das Treibhaus auf 9.500€ (statt der benötigten 14.660€) gekürzt (vgl. Stadt Döbeln, 2019a, 2019b). Bei der geheimen Abstimmung zu dieser Frage stimmten Abgeordnete von demokratischen Parteien offenbar zusammen mit der AfD-Fraktion und formten so eine Mehrheit gegen die Förderung des Vereins (gemeinsames Abstimmungsverhalten).

Mit der Entscheidung wurde der geforderte Sitzgemeindeanteil¹⁰ nicht erfüllt und im Dezember 2019 die Kulturraumförderung im Kulturkonvent zurückgestellt (allgemeine Kooperation). Dieses Entscheidungsgremium hat sieben Mitglieder, stimmberechtigt sind die beiden Landräte der Landkreise Erzgebirge und Mittelsachsen (beide CDU), beratend sind die Vorsitzende des Kulturbeirates sowie vier Kreistagsmitglieder (zwei CDU, zwei AfD) tätig. Der Verein wurde dann aufgefordert, ein Bekenntnis zur Neutralität sowie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzulegen. Dafür sollen die Internetpräsenz und die Vereinsräumlichkeiten überprüft werden. Ausgangspunkt war hier offenbar ein durch die AfD gefertigtes Dossier über den *Treibhaus e. V.* Der Verein positionierte sich daraufhin in einer Stellungnahme: „Es steht für uns außer Frage, dass sich der Versuch der AfD Mittelsachsen, uns die institutionelle Förderung zu entziehen, in eine Vielzahl von

¹⁰⁾ Diese Bezeichnung meint die finanzielle Beteiligung der Kommune, die eine notwendige Voraussetzung für eine Förderung im Kulturkonvent darstellt.

GRAFIK 1

Stadtrat Döbeln, Stand November 2022, eigene Darstellung



Angriffen einreicht, die darauf abzielen, unser jahrelanges soziokulturelles Engagement zu diskreditieren“ (Treibhaus, 2019). Die Kulturraumförderung wurde schließlich im Januar 2020 in der ursprünglich beantragten Höhe gewährt.

Als im September 2020 der Doppelhaushalt 2021/2022 der Stadt Döbeln beschlossen werden sollte, stand erneut die Förderung des Vereins zur Debatte. Der Sitzgemeindeanteil in Höhe von 8% (14.500€) für 2021 wurde gewährt, der 10-Prozent-Sitzgemeindeanteil für 2022 (18.125€) aber vorerst zurückgestellt (vgl. Stadt Döbeln, 2020a, 2020b). Stein des Anstoßes war für die CDU-Fraktion ein im Café des Treibhauses aushängendes Plakat, das für „radikalen Humanismus“ wirbt. Die Zurückstellung der Mittel für 2022, verbunden mit der Auflage der Vorlage eines Förderantrages, wurde gemeinsam von CDU und AfD beschlossen (zusammen 14 von 26 Sitzen, gemeinsames Abstimmungsverhalten). Die AfD nutzte die Debatte zur Diskreditierung der Arbeit des Vereins (vgl. Sparrer, 2020): Fraktionschef Dirk Munzig beschwerte sich über „bezahltes Erinnern“ an den Holocaust, sein Kollege Bernd Petrasch verstand nicht, warum die Geschichts-AG des Vereins sich nur mit dem Nationalsozialismus, nicht aber mit dem Dreißigjährigen Krieg auseinandersetze. Die gewünschte Förderung für 2022 wurde schließlich im September 2021 doch noch beschlossen.

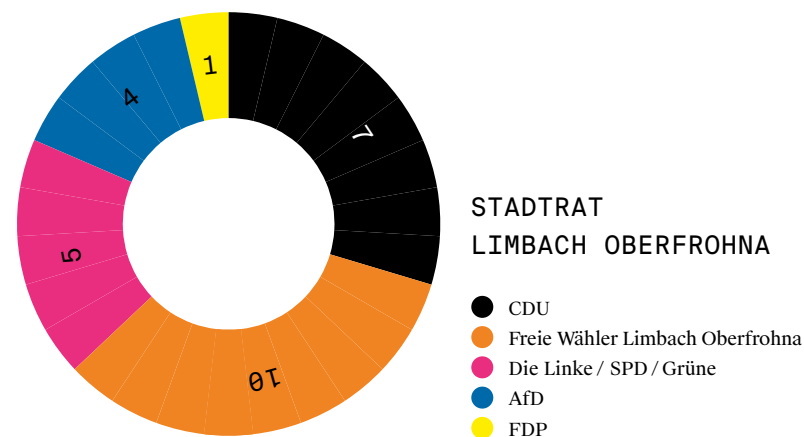
Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der Verein *Treibhaus e. V.* in Döbeln unter permanentem finanziellen Druck gehalten wird. Daraus resultiert sowohl für den Verein, als auch deren Mitarbeiter*innen eine stete Planungsunsicherheit. Die Notwendigkeit der Co-Finanzierung durch die Stadt nutzten die Fraktionen von CDU und AfD wiederholt, um die Arbeit des Vereins zu beaufsichtigen und inhaltlich einzugreifen. Damit wird die Arbeit kritischer Zivilgesellschaft deutlich erschwert. Zwischen beiden Fraktionen lässt sich eine inhaltliche Zusammenarbeit und gemeinsames Abstimmungsverhalten beobachten.

BEISPIEL LIMBACH-OBERFROHNA (2022) : ZWEIERLEI MASS FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Seit 2015 sind sieben Stolpersteine in Limbach-Oberfrohna verlegt worden – für Georg Moritz Schlimper, Georg Arthur Sallmann, Rosa Margarete Kirsten, Herbert Granz, Richard Freimann, Herrmann Richard Knorr und Herbert Malz. Stolpersteine werden vor den letzten frei gewählten Wohnorten von Personen angebracht, die im Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Die Fraktion LINKE/SPD/Grüne hatte für die Sitzung im September 2022 beantragt, fünf weitere Stolpersteine zu verlegen. Über jeden Stolperstein wurde einzeln abgestimmt. Dem ersten Antrag zu Oswald Bernhard (Maurer, SPD) stimmte der Stadtrat zu. Zu den nächsten beiden Vorschlägen (Max Tennler und Arno Förster) gab es heftige Diskussionen. Stein des Anstoßes: Beide waren Kommunisten und Mitglied der KPD. Die CDU-Fraktion positionierte sich in Person von Stadtrat Marvin Müller gegen die Verlegung der Stolpersteine: „Die Ermordung der Personen ist tragisch, da gibt es keine Diskussion. Aber die Personen an sich waren der Demokratie nicht gut gesonnen“ (zitiert nach Hofmann, 2022). Für die AfD schlägt Uwe Müller in eine ähnliche Kerbe: „Tennler und Förster waren Mitglieder in der KPD und als solche Demokratiefeinde“ (ebd.). Die Verlegung der Stolpersteine für die beiden Opfer des Nationalsozialismus wurde mit Stimmen der CDU, AfD und Freien Wähler Limbach-Oberfrohna abgelehnt (zusammen 21 der 27 Sitze, gemeinsames Abstimmungsverhalten). Mit der gewählten Argumentation werden Opfer des Nationalsozialismus hierarchisiert, in vermeintlich gute und böse Opfer eingeteilt und schlussendlich gegeneinander ausgespielt. Die drei Fraktionen kooperierten dabei inhalt-

GRAFIK 2

Stadtrat Limbach-Oberfrohna, Stand November 2022, eigene Darstellung



lich und auf der Abstimmungsebene. Der Initiator der Stolpersteinverlegung, der Grünen-Stadtrat Albert Klepper, kündigte im Nachgang der Stadtratssitzung an, keine Stolpersteine in Limbach-Oberfrohna mehr verlegen zu wollen. Damit wurde im Ergebnis die wichtige lokale Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und eine kontinuierliche Erinnerungskultur stark beeinträchtigt.

BEISPIEL CHEMNITZ (2019–2022) : NEUBESETZUNG DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES SORGT FÜR ANHALTENDEN STREIT

Zur Neukonstituierung des Chemnitzer Stadtrates im August 2019 wurden wie üblich Aufsichtsratsposten verteilt und Ausschüsse besetzt. Besonders der Jugendhilfeausschuss war dabei einer großen Veränderung unterzogen. Neben acht Stadträt*innen und elf beratenden Mitgliedern wurden weiterhin sechs stimmberechtigte Mitglieder der freien Träger der Jugendhilfe gewählt. Durch Letztere können die Träger hier selbst ihre Interessen vertreten und sich im Sinne ihrer Klient*innen einsetzen.

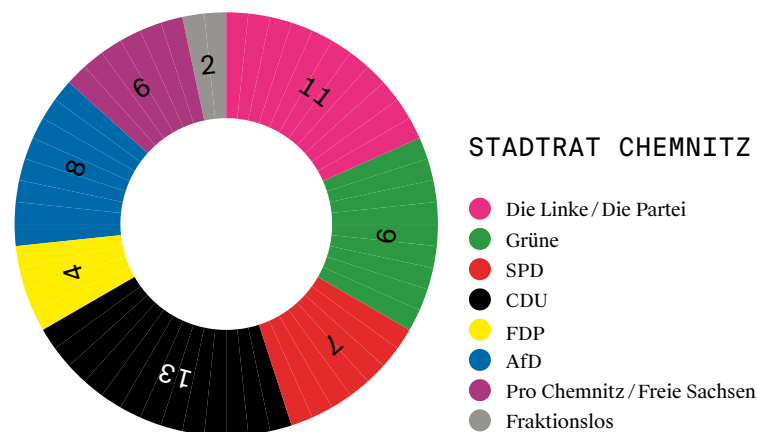
Die beiden zentralen Dachverbände *Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit* sowie *Liga der Wohlfahrtsverbände* hatten im Vorfeld der Ausschussbesetzung einen Vorschlag zur Besetzung der Plätze der freien Träger erarbeitet. Drei Monate nach der Bewerbungsfrist gingen weitere Bewerbungen für die Sitze ein, wobei eben diese Personen durch

die Abgeordneten von CDU, FDP, AfD und Pro Chemnitz gewählt wurden (vgl. Stadt Chemnitz, 2019a, 2019b, 2019c) (gemeinsam 31 von 60 Sitzen, gemeinsames Abstimmungsverhalten). Im Bereich der freien Träger wurde damit eine völlige Umstrukturierung umgesetzt: Repräsentierte die vorherige Besetzung des Ausschusses „zumindest noch 51 % der Träger und 67 % der Jugendhilfeprojekte in der Stadt, sinken diese Quoten auf 7 % der Träger und 13 % der Projekte für das neue Gremium“ (AJZ Chemnitz, 2019). Unter anderem verliert der Dachverband *Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit*, der 60 Trägervereine repräsentierte, seinen Sitz. Mit der Neuverteilung wurde damit kritischen Stimmen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit ihre Mitbestimmung entzogen, ihre Positionen werden unsichtbar gemacht. Langfristig ist zu vermuten, dass dies zu starken finanziellen Einbußen sowie zu einer Umstrukturierung in der Trägerlandschaft führen wird.

Die Besetzung des Ausschusses sorgte für vielfältigen Streit. Neben öffentlichen Unmutsbekundungen, überregionaler Presseberichterstattung und verschiedenen Versuchen der Schlichtung kündigte der Dachverband *Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit* bereits kurz nach der Wahl an, vor dem Verwaltungsgericht gegen die Stadt Chemnitz zu klagen. Mit Stand Dezember 2022 ist die Klage noch nicht entschieden.

GRAFIK 3

Sitzverteilung Stadtrat Chemnitz, Stand November 2022, eigene Darstellung



FAZIT UND AUSBLICK

Kooperationen zwischen demokratischen Parteien und der extremen Rechten auf kommunaler Ebene sind bisher kaum erforscht. Es existieren lediglich einige wenige wissenschaftliche Arbeiten zum Umgang demokratischer Parteien mit der extremen Rechten, Kooperationen sind kaum als eigener Untersuchungsgegenstand auszumachen. Der vorliegende Beitrag versteht sich daher als erster explorativer Versuch einer Sondierung und Analyse des Feldes, auf den sich eine systematische, qualitative und quantitativ ausgerichtete Erforschung aufbauen könnte. Seit den Kommunalwahlen im Mai 2019 finden sich in Sachsen mindestens 21 Fälle von Kooperationen. Diese betreffen zumeist die AfD und CDU, allerdings finden sich auch andere beteiligte Parteien und Wählervereinigungen. Die meisten Fälle lassen sich bereits 2019 in den konstituierenden Sitzungen beobachten. Für zahlreiche weitere Kooperationen gibt es Indizien, aber keine ausreichenden Belege.

Die recherchierten 21 Fälle von Kooperationen sollten Anlass zur Sorge genug sein. Die AfD und andere extrem rechte Parteien und Wählervereinigungen wurden zwar demokratisch gewählt, dies macht aus ihnen und ihren Abgeordneten jedoch nicht automatisch Demokrat*innen. In den Kommunen mit entsprechenden Kooperationen besteht die reale Gefahr der Erosion der Demokratie beziehungsweise demokratischer Prozesse. Kritische Zivilgesellschaft (Döbeln), Erinnerungskultur (Limbach-Oberfrohna) und Jugendarbeit (Chemnitz) sind erste Angriffspunkte der extremen Rechten für die von ihnen beabsichtigte grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft. Mit der schrittweisen Normalisierung extrem rechter Parteien, Personen und Positionen geht neben einer diskursiven Verschiebung auch die massive Umverteilung von Geldern und Ressourcen einher. Diese Konflikte werden in der Zukunft zu- und nicht abnehmen.

Was also tun? Demokratie lebt von Pluralismus, von Streit und Aushandlung. Auch auf der kommunalen Ebene gibt es unterschiedliche Meinungen und Interessen, diese gilt es auszuhalten und einen konstruktiven Umgang miteinander zu finden. Unterschiedliche Interessen sollten nicht von einer vermeintlich neutralen Sachpolitik verdeckt, sondern offen ausgetragen werden. Hilfreich in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist dabei eine eigene klare Positionierung, die auf demokratischen Grundsätzen beruht, und zwar sowohl innerhalb

der eigenen Partei oder des eigenen Stadtrates als auch in der Außenkommunikation. Um demokratische Errungenschaften zu schützen, sollten demokratische Parteien die oft langwierigen und mühsamen Aushandlungen nicht durch die Abkürzung einer Abstimmung mit der extremen Rechten ersetzen.

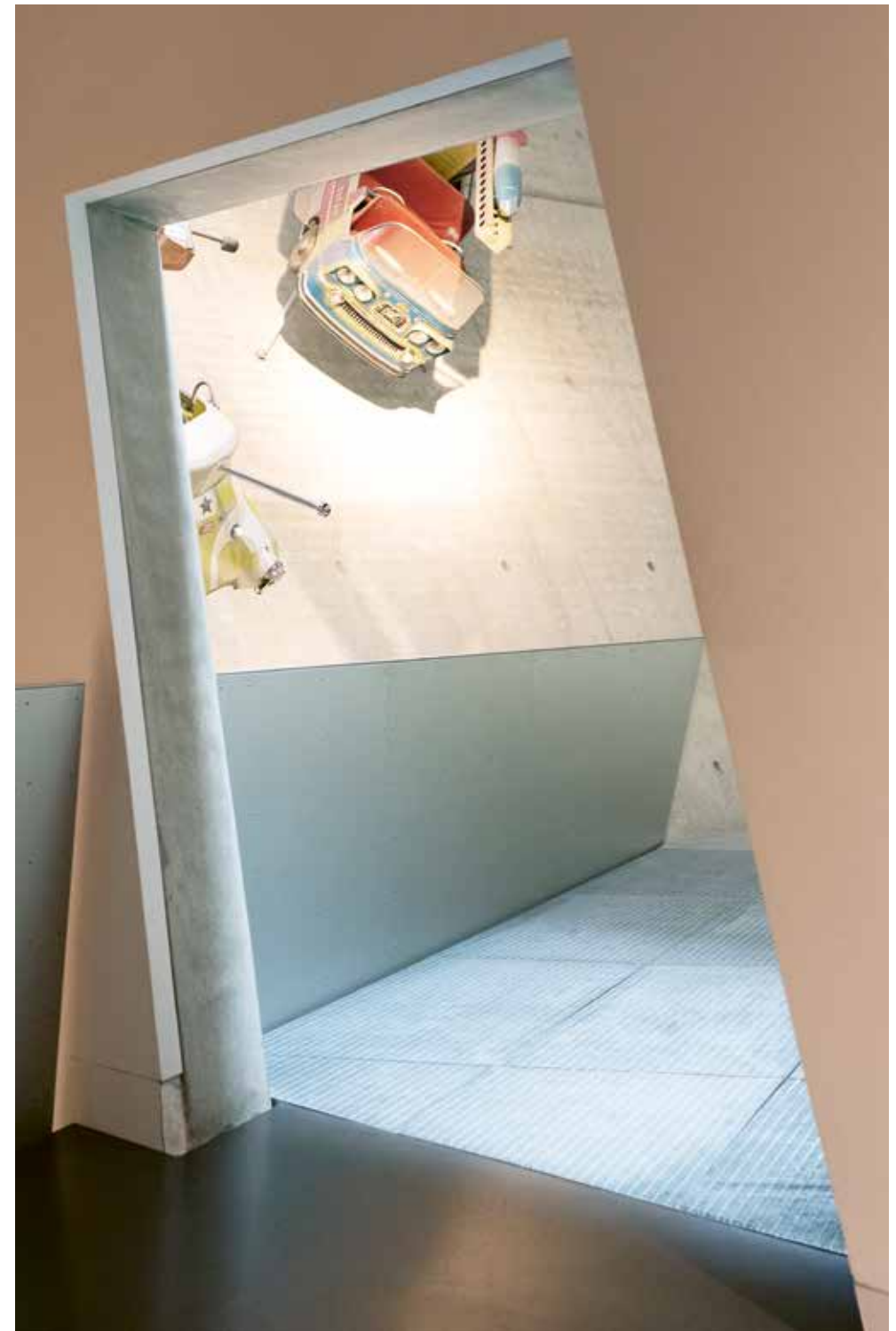
LITERATUR

- AJZ Chemnitz (2019). Der Abschied von der Pluralität des Chemnitzer Jugendhilfeausschusses. URL: <https://ajz-chemnitz.de/news-detail/der-abschied-von-der-pluralitaet-des-chemnitzer-jugendhilfeausschusses.html> (31. 10. 2022).
- Botsch, Gideon (2018). AfD: im Parlament gegen das Parlament. Berlin: Blätter. URL: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2018/april/afd-im-parlament-gegen-das-parlament> (31. 10. 2022).
- Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.) (2021). *Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990-2020*. Berlin: BeBra.
- Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2018). *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*, Frankfurt a. M.: Westend.
- Chronik.LE (2020). Die AfD: Geschichte einer Radikalisierung. In dies. (Hrsg.), *Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung* (S. 8-17). Leipzig: chronik.LE.
- Debes, Martin (2021). *Demokratie unter Schock. Wie die AfD einen Ministerpräsidenten wählte*. Essen: Klartext.
- Dulig, Martin (2018). Die vier Repräsentationslücken in Sachsen – und wie wir sie schließen können. In Christoph Meißelbach/Jakob Lempp/Stephan Dreischer (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Beruf. Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft* (S. 375-394). Wiesbaden: Springer VS.
- Endstation Rechts (2019). CDU und AfD: Handschlag in den Stadträten. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/cdu-und-afd-handschlag-den-stadtraten> (31. 10. 2022).
- Funke, Hajo/Mudra, Christiane (2018). *Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel & völkische Radikale*. Hamburg: VSA.
- Gerbsch, Elisa/Bescherer, Peter (2020). Die Leipziger AfD vor und nach der Kommunalwahl 2019. Ergebnisse und Strategien. In chronik.LE (Hrsg.), *Rechtsaußen in der Kommunalpolitik* (S. 22-27). Leipzig: chronik.LE.
- Gorskih, Anna/Hannefort, Grit/Nattke, Michael (2016). Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens. Dresden: Weiterdenken. URL: <https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke-parlamentarische-praxis-der-afd-in-den-kommunalparlamenten-sachsens.pdf> (31. 10. 2022).
- Grunert, Johannes (2019). Thread ab 30. 08. 2019. URL: <https://twitter.com/johannesgrunert/status/1167509257689935874> (31. 10. 2022).
- Hafener, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Maria/Lewek, Philine (2018). *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.
- Hafener, Benno/Jestädt, Hannah (2020). *AfD im hessischen Landtag. Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen*. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.
- Hagen, Kevin/Lehmann, Timo/Müller, Ann-Kathrin/Schaible, Jonas/Spallek, Sebastian (2020). „Dann haben wir unser Programm verglichen, und dann passte das wunderbar“. *Der Spiegel*, 50/2020. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-wo-andere-parteien-mit-der-afd-kooperie-ren-a-00000000-0002-0001-0000-000174316772> (31. 10. 2022).
- Häusler, Alexander (2022). Entwicklung und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022. *FORENA-Diskussionspapier#4/2022*. URL: https://www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA-Diskussionspapier_4_2022.pdf (31. 10. 2022).
- Heinze, Anna-Sophie (2021). Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, 133-150.
- Heinze, Anna-Sophie (2020). *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in den Landesparlamenten*. Baden-Baden: Nomos.
- Hofmann, Steffi (2022). Eklat um Stolperseine in Limbach-Oberfrohna: Stadtrat lehnt Gedenktafeln ab. *Freie Presse* vom 27. 09. 2022. URL: <https://www.freiepresse.de/chemnitz/eklat-um-stolperseine-in-limbach-oberfrohna-stadtrat-lehnt-gedenktafeln-ab-amp12450321> (31. 10. 2022).
- Hummel, Steven (2019). Rechte Erfolge bei den Kommunalwahlen in Sachsen? *Querfeld*, 2019, 3, 44-50.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Leverkusen: Opladen.
- Jennerjahn, Miro (2016). Ein Jahr AfD im sächsischen Landtag. Dresden: Weiterdenken. URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/jennerjahn_afd_im_landtag_sparender_selbstausdruck_o.pdf (12. 10. 2022).
- Kiess, Johannes (2023). Extrem rechte Parteien in Sachsen: Arbeitsteilige Mobilisierung oder Fragmentierung? (in diesem Band).
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius (2022). Mein rechter, rechter Platz ist frei. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 119-136). Leipzig: edition überland.
- Kretschmer, Michael (2020). Tweet vom 06. 02. 2020 URL: <https://twitter.com/mpkretschmer/status/1225338825716699137> (31. 10. 2022).
- Lasch, Henrik (2019). Die Basis bastelt an Schwarz-Blau. *ND – Journalismus von links*, 10. 09. 2019. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1125583-sachsen-die-basis-bastelt-an-schwarz-blau.html> (31. 10. 2022).

- Liebetrau, Niklas/Nejezchleba, Martin (2021). Ein Handschlag von vielen. *Die Zeit*, 09. 05. 2021. URL: <https://www.zeit.de/2021/19/zusammenarbeit-mit-afd-kooperationen-kommunalpolitik> (31. 10. 2022).
- Niedermayer, Oskar (2013). *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja (2022). *Rechts unten. Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht des Geldes*. Hamburg: Rowohlt.
- Quent, Matthias (2019). *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.
- Report Mainz (2019). Wie hält es die Lokalpolitik mit der AfD? *DasErste*, 10. 09. 2019. URL: <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videoextern/wie-haelt-es-die-lokalpolitik-mit-der-afd-102.html> (31. 10. 2022).
- Salzborn, Samuel (2019). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schickert, Christine (2017). Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Dresden: weiterdenken. URL: https://weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/christiane_schickert_afd_thueringen4.pdf (31. 10. 2022).
- Schmoll, Thomas (2021). Offen gibt es keiner zu – doch in Rathäusern kollaborieren Parteien schon fleißig mit der AfD. *Focus online*, 28. 05. 2021. URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/kooperationen-mit-der-afd-ich-sehe-damit-keinen-angriffspunkt_id_13337972.html (31. 10. 2022).
- Schulze, Christoph (2021). *Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte*. Wiesbaden: S. Marix Verlag.
- Sparrer, Thomas (2020). Kulturkampf um den Döbelner Treibhausverein. *LVZ online*. URL: https://www.lvz.de/lokales/mittelsachsen/doebeln/kulturkampf-um-den-doeblener-treibhausverein-RRYVR52EE6D3RNZUJEVIU2_PNPQ.html (31. 10. 2022).
- Stadt Chemnitz (2019a). Beschlussvorlage Stadtrat B-180/2019.
- Stadt Chemnitz (2019b). Beschlussvorlage Stadtrat B-180/2019 – Änderung der Verwaltung.
- Stadt Chemnitz (2019c). Beschluss Stadtrat B-180/2019.
- Stadt Döbeln (2020a). Beschlussvorlage Stadtrat VSR/086/2020.
- Stadt Döbeln (2020b). Beschlüsse Stadtrat VSR/086/2020.
- Stadt Döbeln (2019a). Beschlussvorlage Stadtrat VSR/23/2019.
- Stadt Döbeln (2019b). Beschlüsse Stadtrat VSR/23/2019.
- Stöss, Richard (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Treibhaus (o. J.). Über uns. URL: <https://treibhaus-doebeln.de/selbstverstaendnis> (31. 10. 2022).
- Treibhaus (2019). Stellungnahme des Treibhaus e. V. – Wer wir sind und was gerade los ist. URL:

<https://treibhaus-doebeln.de/stellungnahme-des-treibhaus-e-v-wer-wir-sind-und-was-gerade-los-ist> (31. 10. 2022).

- Virchow, Fabian (2020). *Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten? Notes du Cerfa Nr. 152*. Paris: Ilfri.
- Ziemiak, Paul (2019). „Die AfD ist eine Anti-Deutschland-Partei“. *SpiegelOnline*, 06. 11. 2019. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/paul-ziemiak-cdu-generalsekretaer-afd-ist-anti-deutschland-partei-gastbeitrag-a-1295061.html> (31. 10. 2022).





Die letzte Rettung

Eine Narrationsanalyse der Einstellungen sächsischer AfD-WählerInnen und deren Wahlentscheidungen

SACHSEN, HOCHBURG DER AfD

Würde am kommenden Sonntag gewählt, stünden der extrem rechten, populistischen¹ *Alternative für Deutschland* (AfD) nach aktuellen Umfragen mehr als ein Viertel der Sitze im sächsischen Landtag zu – sie wäre stärkste Kraft.² Wer im Freistaat Sachsen unterwegs ist, begegnet AfD-WählerInnen damit statistisch gesehen häufiger als irgendwo sonst in Deutschland. Hier, schrieb der Spiegel bereits 1991, hat „der häßliche Deutsche sein Coming-out“ (Matussek, 1991). Er steckt Flüchtlingsunterkünfte in Brand (Zeit Online, 2015), macht in Gruppen Jagd auf „anders Aussehende“ (Tagesspiegel, 2019), demonstriert „trotz Verboten“ gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung und attackiert Impfzentren (Loch, 2021; Ärzte Zeitung, 2019). Am Ende dieser Liste von Pauschalisierungen steht: Sachsen, Hochburg der ImpfgegnerInnen und RechtsextremistInnen – Sachsen, Hochburg der AfD?

Im Zuge der Covid-19-Pandemie hatte es zunächst den Anschein, dass diese den Aufstieg der sächsischen AfD ausbremse, doch nun ist die Partei erfolgreicher als zuvor. Und sie ist damit nicht allein: Weltweit beteiligen sich heute so viele rechtspopulistische Parteien an politischen Entscheidungsprozessen, dass ForscherInnen uns den Eintritt in eine „era of global populism“ diagnostizieren (Stengel et al., 2019, 1; Wajner, 2022, 353). Eine Ära, in der mehr BürgerInnen denn je einen nationalistisch und autoritär ausgerichteten Populismus unterstützen, und in der nicht nur PolitikwissenschaftlerInnen um den Erhalt der liberalen

1) „Populismus“ sei für den Zweck dieses Beitrags als „dünne Ideologie“ nach Mudde definiert (Mudde/Kaltwasser, 2017). Im Kern dieser Ideologie steht ein gesellschaftliches Machtgefüge: PopulistInnen konstruieren ein homogenes „Volk“, das von einer unverhältnismäßig mächtigen „Elite“ unterdrückt wird (ebd., 13). Extrem rechts wird Populismus erst durch die Ideologien, die seinem Kern anhaften. Deswegen begreift Mudde Populismus als dünne Ideologie – sie ist, so argumentiert er, notwendigerweise mit anderen ideologischen Elementen kombiniert (ebd., 6). Im Folgenden bezeichne ich die extrem rechte, populistische Ideologie der AfD (und ihrer PolitikerInnen) auch als rechtspopulistisch.

2) Siehe aktuelle Sonntagsumfrage für Sachsen (www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm, 25.11.2022).

Demokratie mit ihren pluralistischen Prinzipien bangen (Zielonka, 2018). ForscherInnen beschäftigen sich schon seit Jahrzehnten mit den Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD. So wissen wir mittlerweile viel über die soziodemografischen Merkmale von AfD-WählerInnen; diese allein können jedoch Wahlentscheidungen für die rechtspopulistische Partei nicht erklären (Giebler/Regel, 2017, 21). Wirklich weiter führen uns qualitative Studien, in denen Wahlentscheidungen für die AfD als „ein komplexes Ganzes [...] im Zusammenhang mit der jeweiligen Umwelt betrachtet“ (Häder, 2015, 358) werden. Der vorliegende Beitrag soll hier einen neuen Impuls setzen: Er zeichnet die Ergebnisse einer Narrationsanalyse nach, mit der ich die Einstellungen und Wahlentscheidungen von vier sächsischen AfD-WählerInnen untersucht habe. Dabei war es mein Anliegen, keine Fremdzuschreibungen (wie „Globalisierungsverlierer“ oder „kulturell Abgehängte“) zu reproduzieren. Stattdessen behandle ich in diesem Beitrag, wie sächsische AfD-WählerInnen ihre politische und soziale Identität individuell und gruppenintern verhandeln.

Um die Forschungsergebnisse in den politikwissenschaftlichen Diskurs einzuordnen, gebe ich im nächsten Abschnitt einen kurzen Überblick der relevanten bestehenden Erklärungsansätze. Anschließend gehe ich darauf ein, welche methodischen Prinzipien mich in der Durchführung der Fallstudie und der zugehörigen Narrationsanalyse geleitet haben, bevor ich deren Ergebnisse diskutiere. Es zeigt sich, dass alle ForschungsteilnehmerInnen mehrdimensionale Notstände konstruieren: auf leiblicher, sozioökonomischer, soziokultureller und politischer Ebene. Die AfD wird in den Erzählungen zu dem Akteur gemacht, der sich dieser Notstände annimmt und – als einzige politische Kraft – die ForschungsteilnehmerInnen von diesen befreien kann.

GLOBALISIERUNGSVERLIERER, KULTURELL ABGEHÄNGTE, UNTERREPRÄSENTIERTE

Die für meine Forschungsfrage relevanten Studien lassen sich drei verschiedenen Erklärungsansätzen zuordnen, mit denen WissenschaftlerInnen Wahlentscheidungen entweder anhand sozioökonomischer, soziokultureller oder politischer Faktoren erklären. Der im wissenschaftlichen Diskurs am häufigsten vorgebrachte Ansatz erklärt den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien mit der Theorie des „ökonomi-

schen Wahlverhaltens“: Demnach „werden die Regierungsparteien von den Wählern belohnt, wenn es [ihnen] wirtschaftlich gut geht“ (Kriesi, 2014, 580), und ansonsten mit der Wahl anderer (eben auch extrem rechter, populistischer) Parteien bestraft. Insbesondere diejenigen Wählerschichten, die nicht von Globalisierungsprozessen profitieren, gelten als materiell depriviert – und damit als besonders geneigt, rechtspopulistische Parteien zu wählen. Die ökonomischen Erklärungsansätze werden deswegen auch unter dem Stichwort „Globalisierungsverlierer-These“ (manchmal auch „Modernisierungsverlierer-These“) zusammengefasst.

Norris und Inglehart (2019) gehen davon aus, dass die Wahlerfolge der extrem rechten PopulistInnen weniger das Symptom eines ökonomischen, sondern vielmehr eines neuen kulturellen Konflikts sind, des sogenannten *cultural backlash*. Die WählerInnen rechtspopulistischer Parteien erleben die neue postmaterialistische Werteordnung³ ihrer Gesellschaften demnach nicht als Befreiung, sondern möchten sich von ihr befreien. Sie erkennen ihre Lebenswelten nicht mehr, sind in ihnen orientierungslos, fühlen sich überfordert und vernachlässigt (Norris/Inglehart, 2019, 29). Die AfD zu wählen, bedeutet in diesem Kontext, ein nationalistisches und traditionalistisches Programm zu unterstützen, um die eigene soziokulturelle Abgehängtheit zu bekämpfen.

Der Philosoph Didier Eribon diskutiert unabhängig davon, inwiefern ein „Fehler im System“ den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien begünstigt. Genauer: ob die Erfolge der RechtspopulistInnen auf eine Krise der Repräsentation (auch „Repräsentationslücke“) in liberalen Demokratien hinweisen. Eribon zufolge wählen Angehörige der Arbeiterschichten Parteien wie die AfD aus einem „Akt der politischen Notwehr“ heraus (Eribon, 2016, 59), da es keine (linke) Partei mehr gebe, die sie und ihre Einstellungen vertrete; kurz: aus Protest. Ziel dieses Protestes sei es, die linken Parteien mit dem Verlust von Wählerstimmen zu zwingen, sich wieder den Interessen der Arbeiterschicht zuzuwenden. Darüber hinaus können aus einer Repräsentationslücke heraus jedoch auch langfristige Parteibindungen entstehen – wenn sich WählerInnen einer Partei aus Überzeugung (und nicht aus Protest) zuwenden, weil

3) Postmaterialistisch heißt hier, dass sich Individuen und Gesellschaften aus ihrer ökonomischen Sicherheit heraus von „Traditionen und überkommenen Normen“ befreit haben (Rippl/Seipel 2018, 239). In liberalen Demokratien sind postmaterialistische Werteordnungen offen für unkonventionelle Lebensstile und kulturelle Vielfalt (ebd.).

sich diese Partei mit ihrem Programm einer ebensolchen Repräsentationslücke annimmt (Best/Salheiser, 2022, 345). Die Erfolge der AfD wären demnach an die extrem rechten und populistischen Einstellungen ihrer WählerInnen geknüpft, die so von keiner anderen Parlamentspartei in Deutschland repräsentiert werden.

Allen drei diskutierten Erklärungsansätzen ist gemein, dass sie Wahlentscheidungen für rechtspopulistische Parteien auf Verlusterfahrungen bei den WählerInnen zurückführen. WissenschaftlerInnen haben AfD-WählerInnen in empirischen Studien entsprechend als (teilweise zugleich) ökonomisch depriviert, sozial desintegriert, kulturell abgehängt oder politisch unterrepräsentiert beschrieben.

Rippl und Seipel zufolge ist die These eines *cultural backlash* empirisch am aussagekräftigsten: Die subjektiv wahrgenommene kulturelle Bedrohung sei der stärkste Prädiktor für die Absicht, die AfD zu wählen (Rippl/Seipel, 2018, 247). „Subjektiv wahrgenommen“ ist hier das Stichwort: Mit Blick auf Verlusterfahrungen, die individuell wahrgenommen, aber nicht unbedingt von außen feststellbar sind, zeigen AfD-WählerInnen ebenfalls „bei den ökonomischen [...] Bedrohungen deutlich höhere Werte als die Vergleichsgruppe“ (ebd., 246 f.). Doch auch weitere Faktoren, wie sie in den anderen beiden Erklärungsansätzen beschrieben werden, spielen eine Rolle: Laut Niedermeyer und Hofrichter erhielt die AfD im Vergleich zu anderen Parteien auch überdurchschnittlich viele Stimmen von sogenannten „ProtestwählerInnen“ (Niedermeyer/Hofrichter, 2016, 283). Daneben bildet sich seit sechs Jahren eine AfD-Stammwählerschaft heraus (Klein et al., 2022, 215), die das Programm der extrem rechten Partei aus ideologischen und nicht strategischen Gründen unterstützt.

Es gibt eine Vielzahl von weiteren Studien und theoretischen Überlegungen, welche die oben beschriebenen empirischen Befunde anfechten oder als zu oberflächlich zurückweisen.⁴ Aber auch ohne den Einbezug dieser Einwände zeigen die bereits diskutierten Erklärungsansätze, dass es die „typischen“ sächsischen AfD-WählerInnen nicht gibt. Weder bundesweit noch in einzelnen regionalen Kontexten handelt es sich um eine homogene Gruppe von WählerInnen, die sich gemeinsam politisch mobilisieren: WählerInnen rechtspopulistischer Parteien sind arm, sie sind reich, jung, alt, haben vorher links gewählt oder rechts.

4) Siehe zum Beispiel Lengfeld (2017) zur Globalisierungsverlierer-These, Manow (2019) zur *cultural-backlash-Theorie*, und Müller (2017) zur „Krise der Repräsentation“.

Von dieser Beobachtung ausgehend arbeite ich in der folgenden Narrationsanalyse heraus, was die vier sächsischen AfD-WählerInnen in ihren Lebenserfahrungen eint, trotz ihrer unterschiedlichen Biografien: die Konstruktion sich gleichender Notstände auf leiblicher, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene.

FORSCHEN AUF FACEBOOK

Qualitativen Fallstudien wird zuweilen immer noch nachgesagt, nicht generalisierbar zu sein. Dabei ist kontextabhängiges Wissen für die Politikforschung wie für Akteure der politischen Praxis häufig wertvoller als die Suche nach scheinbar universellen Theorien (Flyvbjerg, 2006, 224) – und oft lässt sich Wissen über einzelne Fälle eben doch auf größere Zusammenhänge übertragen (ebd., 225). Durch fünf narrative, nicht standardisierte Interviews, die ich mit den vier in Sachsen wohnhaften AfD-WählerInnen geführt habe,⁵ konnte ich mich intensiv mit deren spezifischen Lebensläufen, Wahrnehmungen und Ideen auseinandersetzen, ohne ihren Aussagen durch theoriegeleitete Interviewfragen vorgefertigte Kategorien „überzustülpen“.

Pandemiebedingt bin ich für die Datenerhebung kurz nach Beginn meiner Feldforschung in digitale Räume ausgewichen. Vier der fünf Interviews habe ich über die Nachrichtenfunktion des sozialen Netzwerks *Facebook* geführt. Indem ich über drei bis vier Monate mit den ForschungsteilnehmerInnen Chat-Nachrichten austauschte, entwickelte sich ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen ihnen und mir. Dieses erhöhte die Wahrscheinlichkeit, dass sich die ForschungsteilnehmerInnen während unserer Gespräche im Sinne ihrer tatsächlichen Meinung äußerten.

Um bisher unbeachtete Faktoren, die eine Wahlentscheidung für die AfD im regionspezifischen Kontext Sachsens beeinflussen können, in meine Analyse einzubeziehen, habe ich die Chat-Gespräche nach den Prinzipien der *grounded-theory-Methode* ausgewertet. Dazu habe ich den Datensatz auf gemeinsame Narrative der ForschungsteilnehmerInnen untersucht, ohne mich vorsätzlich von den existierenden Erklärungsansätzen leiten zu lassen. Auch wenn die von mir entwickelten

5) Mit einem der Forschungsteilnehmer, Helmut Kinz, habe ich zwei narrative Interviews geführt: eines im Frühling und Sommer 2020, das andere zwei Jahre später, im Sommer 2022.

Kategorien letztlich denen der oben behandelten Erklärungsansätze ähneln, sind sie tiefer in den Lebenswirklichkeiten der ForschungsteilnehmerInnen verwurzelt. Die Kategorien reflektieren, wie die ForschungsteilnehmerInnen ihre Wirklichkeiten verstehen; sie sind mit ihrem Wissen ausgefüllt – nicht mit dem der ForscherInnen, die den Forschungsgegenstand von „außen“ betrachten.

Jedes narrative Interview begann mit einem Erzählstimulus, der offen nach prägenden Erfahrungen im Leben fragte, und folgte dann den Inhalten und der Struktur, die die ForschungsteilnehmerInnen für das Gespräch vorgaben. Die TeilnehmerInnen – Helmut Kinz, Martin Sinn, Rebekka Nowak und Henrik Döll⁶ – unterscheiden sich in Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen und Familienstand. Trotzdem konstruierten sie alle individuell und kollektiv erlebte Notstände, die ich aufgrund ihrer Dominanz in den Erzählungen zum Gegenstand meiner Narrationsanalyse machte.

ERGEBNISSE DER NARRATIONSANALYSE: NARRATIVE DES NOTSTANDS

Zu analytischen Zwecken unterscheide ich im Folgenden zwischen vier Notstandstypen, die ich in den Erzählungen identifizieren konnte – Gefahr für Leib und Leben (1), soziale und politische Hilflosigkeit (2), demokratischer (3) sowie ökonomischer Notstand (4) –, wobei sich die zugehörigen Narrative überlappen und gegenseitig beeinflussen. Auch wenn ich die ForschungsteilnehmerInnen im Folgenden nicht individuell mit ihren Erzählungen vorstellen kann (dafür ist in diesem Beitrag schlichtweg kein Platz), so wird doch deutlich, dass sie ein krisenhaftes Verständnis der eigenen Biografien teilen – das eng mit muslimenfeindlichen, populistischen und autoritären Positionen verbunden ist.

GEFAHR FÜR LEIB UND LEBEN

Laut den Erzählungen aller ForschungsteilnehmerInnen kommen MigrantInnen „aus wesentlich gewalttätigeren Kulturen“⁷ (Henrik Döll) nach

6) Die Namen wurden geändert, um die Anonymität der ForschungsteilnehmerInnen zu gewährleisten.

7) Rechtschreib- und Syntaxfehler aus den Chats mit den ForschungsteilnehmerInnen wurden in den Text übernommen.

Deutschland. Stammen sie nicht aus dem Kriegsland Syrien, hätten sie sich „druntergemogelt“ (Martin Sinn) und Deutschland als Gesetzesbrecher betreten. Verantwortlich sei die Asylpolitik der etablierten Parteien, mit der „im Endeffekt auch Mörder, Vergewaltiger und andere Straftäter in's Land“ kämen (Rebekka Nowak). Ihr Glaube, der Islam, propagiere den „sexuellen Missbrauch von kleinen Mädchen, das Steinigen von Frauen, [...] oder eben so genannte Ehrenmorde“ (Helmut Kinz). Wenn Helmut Kinz „in der Dämmerung [...] solch dunklen Gestalten [Muslimen] begegne“, biege er „schon mal in einen Seitenweg ein“.

Die Gefahr, die in den Erzählungen der ForschungsteilnehmerInnen von „muslimischen MigrantInnen“ in Deutschland ausgeht, ist weniger an ein Narrativ der „Überfremdung“ gekoppelt als vielmehr an die Konstruktion eines Notstands der leiblichen Sicherheit. Basierend auf muslimenfeindlichen Einstellungen entsteht in den Gesprächen ein Bild kulturalisierter „Anderer“ – einer homogenen Gruppe von Akteuren, die aufgrund ihrer „menschenfeindlichen Ideologie“ (Helmut Kinz) Leib und Leben der hier geborenen deutschen Menschen gefährden.

Henrik Döll zeigt sich in unserem Gespräch erleichtert, weil die Covid-19-Pandemie „dem ganzen einen Strich durch die Rechnung“ gemacht hat. „[K]einem“, schreibt er, „ist geholfen wenn wir in Europa das aufgeben was über Jahrhunderte geschaffen wurde“, und meint damit Frieden und Wohlstand. Frieden ist eine Voraussetzung für leibliche Sicherheit: Wer um Frieden fürchtet, fürchtet um sein Leben. Der Ukraine-Krieg wird in Kinz' Erzählung zu einer zusätzlichen Gefahr, sollte er sich ausdehnen. Schuld wäre nicht Russland, schrieb Kinz, sondern die „Kriegstreiberampel Bärbock Habeck und CoSorten [sic!]“.

Eine zusätzliche Gefahr für Leib und Leben identifizieren Nowak, Döll und Kinz in einem Teil ihrer eigenen Gesellschaft, konkreter: in linksextremistisch eingestellten EinwohnerInnen Deutschlands. Autos neben Wohnhäusern von AfD-PolitikerInnen würden angezündet und Büros angegriffen. Man könne nicht öffentlich zugeben, AfD zu wählen, ohne davon betroffen zu sein, meint Henrik Döll. Trotz dieser Bedrohung werde, so Rebekka Nowak, „sofort immer nur der Blick nach rechts gewandt“, anstatt zu links orientierten, „mit Hass erfüllten Leuten“.

Die ForschungsteilnehmerInnen viktimisieren sich in dieser Notstandskonstruktion selbst und legitimieren damit ihre von der (angeblich) linksliberalen Gesellschaft abgelehnte Muslimenfeindlichkeit.

Sie setzen sich in den Erzählungen gewissermaßen „zur Wehr“ – nicht zuletzt da sie meinen, die politischen Verantwortlichen würden sie vor dieser Bedrohung von Leib und Leben nicht schützen. Die ForschungsteilnehmerInnen sehen sich von den etablierten Parteien und ihren WählerInnen hilflos zurückgelassen.

SOZIALE UND POLITISCHE HILFLOSIGKEIT

Rebekka Nowak erzählte mir von ihren Konflikten mit FreundInnen, Bekannten und sich selbst, weil diese ihre politischen Positionen nicht akzeptierten. Sie habe das Gefühl, „brenzlige Themen“ vermeiden zu müssen, und wisse nicht mehr, wie sie sich nach „den neuen Standards“ definieren solle – „rechts“ wolle sie nicht sein, „rechts“ werde sie gemacht. Meinungsfreiheit, schrieb sie, „scheint für manche nur so lange eine tolle Sache zu sein solange es die eigene ist“. Nowak empfindet die Kritik an ihren politischen Standpunkten als so einschränkend, dass sie anzweifelt, eines ihrer Grundrechte frei ausüben zu können.

Auch Henrik Döll und Helmut Kinz erzählten mir, dass ein großer Teil der Gesellschaft Deutschlands sie marginalisiere, diskriminiere und stigmatisiere. „Jeder der eine andere Meinung vertritt, wird zum Nazi erklärt und diffamiert“, schrieb Kinz und meint mit „eine andere Meinung“ die Standpunkte derer, die sich von den „etablierten Parteien“ abgewendet haben. Seiner Auffassung nach ist die Gesellschaft in zwei Teile geteilt: AfD-WählerInnen stehen den Nicht-AfD-WählerInnen gegenüber, wobei Letztere als Mehrheit die politische Stimme der Minderheit (AfD-WählerInnen) unterdrücken. Nowak, Kinz und Döll fühlen sich nicht nur ausgeschlossen, sondern auch hilflos in dieser gesellschaftlichen Position.

Es ist bemerkenswert, dass sich keiner der ForschungsteilnehmerInnen selbst auf der rechten Seite des Parteienspektrums verortet. Sie wählen eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, argumentieren in ihren Erzählungen aber, die Gesellschaft allein würde sie zu „Rechten“ machen. Helmut Kinz begegnet solchen Zuschreibungen mit dem Einwand, dass „diese Bande alle Lügen und selber die schlimmsten Faschisten sind“. Die etablierten Parteien seien, schrieb er, verantwortlich für das „Elend“. Henrik Döll stilisiert die von den ForschungsteilnehmerInnen konstruierte Opferrolle, indem er seine Position mit der jüdischer Menschen zur Zeit des Holocaust in Deutschland vergleicht

(womit er diesen gleichsam relativiert): „Die größte oppositionspartei in deutschland [AfD] wird sukzessive ausgegrenzt. Man möchte ihnen schon fast einen blauen stern aufkleben, damit man sie besser in der öffentlichkeit erkennt und ächten kann.“

In den Erzählungen der ForschungsteilnehmerInnen vertreten die „etablierten“ Parteien nicht (mehr) alle gesellschaftlichen Interessen und Positionen. Sie seien vielmehr Teil einer machthungrigen Elite, die „Politik gegen das Volk“ (Helmut Kinz) mache. Das entspricht dem ideologischen Kern des Populismus (vgl. Mudde/Kaltwasser, 2017). Dass es sich um einen extrem rechten Populismus handelt, wird u. a. an Henrik Dölls Relativierung des Holocaust deutlich. Er ist hier nicht nur Ausdruck seiner konstruierten Opferrolle, sondern eines Antisemitismus nach Auschwitz.

DEMOKRATISCHER NOTSTAND

In der Erzählung von Helmut Kinz führt das Versagen der „etablierten Parteien“ zu einer Diktatur, „wie sie schlimmer weder bei Honecker noch bei Hitler war“. Aus seiner Perspektive war der Systemwechsel von der DDR zur BRD im Jahr 1990 wirkungslos. Die „Diktatur der Arbeiterklasse“ sei eingetauscht worden „gegen die Diktatur von Beamten und öffentlich Bediensteten“. Zwei Jahre später schrieb mir Kinz, Corona sei „ein geplantes Manöver der Eliten um die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen“; ängstliche Menschen seien „nun einmal leichter zu lenken und zu leiten“. Ihn habe auch „die Berichterstattung zum Thema gestört. Immer wieder die selbe Angst-mache“.

Neben der Politik der „etablierten Parteien“ seien auch der „Propagandarundfunk“ und die „Lügenblätter“ (Helmut Kinz) – also die öffentlich-rechtlichen Medien sowie viele Zeitungen – als „erfüllungsgelilfe rot-grüner politik“ (Henrik Döll) zentrale Elemente des „demokratischen Notstands“, den die ForschungsteilnehmerInnen konstruieren. Nowak, Kinz und Döll argumentierten in ihren Erzählungen, dass diese ihre demokratischen Pflichten nicht wahrnehmen, da sie weder „überparteilich, objektiv“ noch „informativ“ berichten würden (Henrik Döll). Stattdessen führe die „Gleichschaltung der Medien“ zu einem „mediale[n] sperrfeuer gegen die afd“ (Henrik Döll). Außerdem, so Rebekka Nowak, werde zu wenig oder gar nicht über „Morde, Vergewaltigungen [und] auch kleinere Delikte“ durch Flüchtlinge berichtet.

Helmut Kinz zufolge werde die Demokratie in Deutschland auch durch die Justiz gefährdet. Diese trete „die Prinzipien unseres Rechtsstaates [...] mit Füßen [...], wenn Mörder und Vergewaltiger mit Bewährungsstrafen davon kommen“. Kinz bezieht sich hier auf eine „importierte Kriminalität“ durch muslimische Migranten; auch Döll und Nowak kritisieren in ihren Erzählungen den „Umgang mit solchen Straftäter[n]“ als zu nachgiebig (Rebekka Nowak).

Der von den ForschungsteilnehmerInnen beschriebene „Linksruck“ der „etablierten Parteien“ weist ebenfalls auf den von ihnen erlebten demokratischen Notstand hin. Insbesondere Henrik Döll und Martin Sinn attestierten der CDU, sie habe ihre Werte „verkauft und verloren“ (Henrik Döll). Die AfD, so erzählten beide unabhängig voneinander, habe sie ersetzt und damit den „Raum [gefüllt], den die Leute vermissen, und das ist dieser konservative [...] Raum“ (Martin Sinn).

Zusammengenommen ist der in den Erzählungen konstruierte demokratische Notstand eine Folge einer Politik der „etablierten Parteien“ gegen das „Volk“, eines Verlusts „konservativer“ Werte im parteipolitischen Diskurs, eines Versagens der Medien als parteiische und subjektiv berichtende Institution sowie „schiefer“ und zu nachgiebiger Urteile der Justiz gegenüber „muslimischen Migranten“. Der letzte Punkt macht deutlich, dass zumindest ein Teil dieser Notstandskonstruktion auf klassisch autoritären Positionen basiert, die auch Teil des AfD-Parteiprogramms sind.

ÖKONOMISCHER NOTSTAND

Der Fokus der Politik, schrieb Henrik Döll, liege heute nicht auf dem Wohlergehen der deutschen Wirtschaft: Seit der Ära Merkel plätschere dieses Land „ziellos vor sich hin, getrieben von den moralisten der grünen, welche aufgrund ihrer ständig verbreitenden untergangstheorien angst und schrecken säen“. Döll will keinen „ausufernden sozialstaat“, sondern Investitionen in die Automobilindustrie und Ausbildungsplätze. Der ökonomische Notstand durch einen möglichen Arbeitsplatzverlust, den Döll in seiner Erzählung konstruiert, ist noch nicht eingetreten. Dieser scheint ihm jedoch unausweichlich, wenn die Regierenden weiterhin politische Entscheidungen treffen, die zwar den „ganzen zirkus am laufen halten“, aber nicht die deutsche Wirtschaft.

Während seiner Zeit als Hartz-IV-Empfänger, erzählte Helmut Kinz, habe er „wegen jeder Reperatur bei dieser Verwaltung betteln“ müssen, die versucht habe, möglichst wenig Geld an ihn als Bedürftigen auszugeben. Für ihn war jedoch der eigene ökonomische Notstand als Teil seiner Erfahrungen mit der Sozialhilfe weniger problematisch, als der Identitätskonflikt, der sich aus seiner von ihm so wahrgenommenen Benachteiligung ergab. Zwei Jahre später schrieb Kinz mir, er sehe die „gnadenlose Inflation“ als eine der größten Bedrohungen für sich selbst. „Ich habe heute erst einen Be[i]trag geteilt wo einem Verbraucher die Vorauszahlung für Gas von ca € 300 auf deutlich über € 2000 erhöht wurde. [...] Ehrlich, ich habe Angst um unser Land.“

ANGST VOR DER ZUKUNFT

Es ist auffällig, dass nicht alle konstruierten Notstände von den ForschungsteilnehmerInnen zur gleichen Zeit gleich stark wahrgenommen werden. Ein Beispiel: Während Henrik Döll den ökonomischen Notstand in seiner Erzählung jetzt gerade erlebt, verortet Helmut Kinz seine Erfahrungen finanzieller Deprivation in der Vergangenheit (Sozialhilfeempfang), vor allem aber in der Zukunft (sich verstärkende Inflation). Auch die anderen Notstandskonstruktionen lassen sich bestimmten Zeiträumen zuordnen. Hatten die ForschungsteilnehmerInnen diese Zeiträume nicht explizit benannt, ließen sie sich dem Kontext ihrer Narrative entnehmen.

In chronologischer Reihenfolge konstituiert die DDR-Zeit (1949–1990) den ersten Abschnitt, dem Notstandskonstruktionen anhaften. Es folgen die politische „Wende“ (Vereinigung Deutschlands), der 11. September 2001, das Jahr 2015 und die Zukunft. Jedes dieser Ereignisse markiert einen besonderen Zeitpunkt in den Lebensgeschichten der ForschungsteilnehmerInnen und den Anfang oder das Ende einer Zeitspanne, in der bestimmte Notstände ihre Lebenswelten geprägt haben.

DDR-Zeit und Wende sind nur in Kinz' Erzählung an einen (demokratischen) Notstand geknüpft; die anderen ForschungsteilnehmerInnen beziehen sich in unseren Gesprächen ausschließlich auf ihre Lebenserfahrungen im vereinigten Deutschland. Der Tag, an dem islamistische Terroristen der Organisation Al-Qaida einen Anschlag auf das World-Trade-Center in New York verübten, ist insbesondere in Martin Sinns Biografie ein entscheidender Wendepunkt. In den folgenden Jahren

politisierte er sich und entwickelte ein Bewusstsein für die Bedrohung durch terroristische (auch rechtsextreme) Gruppen. Das Jahr 2015 ist in den Erzählungen aller ForschungsteilnehmerInnen verbunden mit einer zunehmenden Gefahr für Leib und Leben durch „muslimische Migranten“. Auffällig ist auch, dass sich die gefühlten Bedrohungen durch alle anderen konstruierten Notstände zu diesem Zeitpunkt verstärken. Beispielsweise haben die ForschungsteilnehmerInnen das politische System Deutschlands seither als besonders undemokratisch und ungerecht wahrgenommen.

Die Zukunft konstituiert den Teil der kommenden Zeit, den die ForschungsteilnehmerInnen schon jetzt erfahren, indem sie ihn antizipieren. Viele der Notstandskonstruktionen wirken in diesen Abschnitt der Chronologie hinein und werden hier als am bedrohlichsten wahrgenommen. Beispiele hierfür sind die von Helmut Kinz befürchtete Ausdehnung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland und die von Rebekka Nowak als lebensbedrohlich konstruierte Gefahr, die von muslimischen Männern ausgehe.

WIE WEITER?

Zusammengefasst sind sechs Aspekte der oben dargestellten Narrationsanalyse besonders bemerkenswert: Erstens sind die ForschungsteilnehmerInnen in ihren Erzählungen immer von mehreren Notständen gleichzeitig betroffen. Dabei greifen die Notstandskonstruktionen nicht nur ineinander, sie unterstützen und verstärken sich gegenseitig. Hier zeigt sich, wie oben angedeutet, dass die bestehenden theoretischen Erklärungsansätze mit ihrem jeweiligen Fokus auf spezifische Ursachenbündel zu kurz greifen. Erst in Abhängigkeit voneinander werden sie der Komplexität individueller Wahlentscheidungen gerecht.

Zweitens ist auffällig, dass die ForschungsteilnehmerInnen Notstände, die seit 2015 oder erst in der Zukunft stattfinden, als besonders bedrohlich erleben. Drittens ist ein rein kultureller Notstand (wie beispielsweise die „Überfremdung“ durch Migranten) nur in Helmut Kinz' und in Ansätzen in Rebekka Nowaks Erzählung erkennbar; ansonsten spielt er eine untergeordnete Rolle. Viertens konnte ich nur einen Hinweis auf lokalspezifische Notstandskonstruktionen erkennen (in Kinz' „Wende“-Enttäuschung). Fünftens identifizieren die ForschungsteilnehmerInnen die „etablierten Parteien“ als Verantwortliche für jeden ihrer

konstruierten Notstände, die AfD hingegen als „letzte Rettung“. Sechstens, und das mag offensichtlich sein, legt aber den Grundstein für weiterführende Forschung und muss deswegen an dieser Stelle erwähnt werden: Die oben diskutierten Notstandskonstruktionen haben sich nicht aus beliebigen Nebensätzen der ForschungsteilnehmerInnen ergeben – sie haben deren Erzählungen dominiert – und sind damit ein konstituierendes Element ihrer Lebenswelten.

Eine Reihe von Fragen bleiben hier unbeantwortet: Warum erklären die ForschungsteilnehmerInnen ausgerechnet die AfD zur letzten Rettung? Gibt es einen Zusammenhang zwischen den jüngsten Erfolgen der sächsischen AfD und der verstärkten Krisenhaftigkeit der Gegenwart? Lassen sich in den Erzählungen anderer sächsischer AfD-WählerInnen auch lokalspezifische Gründe für den Erfolg der rechtspopulistischen Partei finden und wenn ja, welche? Welche weiteren Faktoren sorgen dafür, dass die AfD in Sachsen erfolgreicher ist als in jedem anderen Bundesland?

Auf Basis der vorgestellten Ergebnisse schlage ich für folgende Forschungsbemühungen vor, biografische Ursprungspunkte für das Narrativ der AfD als „letzte Rettung“ (und die zugehörigen Notstandskonstruktionen) systematisch zu untersuchen. Indem wir die individuellen Lebensgeschichten von AfD-WählerInnen in den Vordergrund des Erkenntnisinteresses an ihrer Wahlentscheidung rücken, können wir den Entstehungskontext der Notstandskonstruktionen dichter beschreiben. So entstünde nicht nur ein tieferes Verständnis für die (autoritären, populistischen und muslimenfeindlichen) Einstellungen der WählerInnen – es ließen sich möglicherweise gemeinsame Bedingungen für das Narrativ der AfD als „letzte Rettung“ finden, die bisher nicht kommuniziert oder erkannt wurden.

In der politischen Praxis aber müssen wir uns verstärkt mit der Beschaffenheit der oben diskutierten Notstandskonstruktionen auseinandersetzen, um herauszufinden, was wir ihnen entgegensetzen können. Es ist nicht ratsam, Diskussionen mit AfD-WählerInnen zu vermeiden und die Legitimität ihrer Wahrnehmungen abzustreiten. Dabei ist zu differenzieren zwischen ihrem Erleben von Bedrohung selbst und den damit aufs Engste verknüpften politischen Positionen. Ideen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dürfen niemals verharmlost werden und machen eindeutigen Widerspruch notwendig. Einigen Notstandskonstruktionen aber könnte die (empfundene) Notwendigkeit

genommen werden, indem PolitikerInnen transparenter machen, wie sie sich bemühen, den Wohlstand der gesamtdeutschen Gesellschaft durch konkrete und wirksame Maßnahmen auch in Zukunft zu sichern. Indem Parteien, Vereine, Stiftungen und Bewegungen mit unterschiedlichem gesellschaftlichen Hintergrund Meinungsfreiheit leben, ohne einander zu stigmatisieren, beispielsweise durch gemeinsame Projekte. Ein faires Gespräch ist ein guter Weg, demokratische Prinzipien wertzuschätzen und politisch deprivierte WählerInnen zu erreichen – so war Kinz zu Ende meiner Forschung sehr interessiert an meiner Einschätzung seiner politischen Position. Gleichzeitig wurde in meiner Analyse jedoch deutlich, dass AfD-WählerInnen wie Helmut Kinz, Rebekka Nowak, Martin Sinn und Henrik Döll zwar angeben, die Demokratie als Idee zu unterstützen, darunter jedoch etwas anderes verstehen, als in unserer Verfassung festgeschrieben ist. Wenn es nach ihnen ginge, wären nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich – und darüber lässt sich auf dem Boden des Grundgesetzes nicht diskutieren.

LITERATUR

- Ärzte Zeitung (2021). Brandanschlag auf Corona-Impfzentrum in Sachsen. *Ärzte Zeitung*, 15.09.2021. URL: www.aerztezeitung.de/Nachrichten/Brandanschlag-auf-Corona-Impfzentrum-in-Sachsen-422805.html (30.09.2022).
- Best, Heinrich/Salheiser, Axel (2022). Regionale und individuelle Einflussfaktoren auf den Rechtspopulismus. Eine Analyse auf der Basis des „Thüringen-Monitors“. In Heinz Ulrich Brinkmann et al. (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland* (S. 335–367). Wiesbaden: Springer VS.
- Eribon, Didier (2016). Wie aus Linken Rechte wurden. Der vermeidbare Aufstieg des Front National. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), 55–63.
- Flyvbjerg, Bent (2006). Five misunderstandings about case-study research. *Qualitative Inquiry* 12 (2), 219–245.
- Giebler, Heiko/Regel, Sven (2017). Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen. *WISO Diskurs*, Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/13935.pdf> (30.09.2022).
- Häder, Michael (2015). *Empirische Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Klein, Markus/Kühling, Christoph/Springer, Frederik (2022). Die Wählerschaft der Alternative für Deutschland (AfD). In Heinz Ulrich Brinkmann et al. (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland* (S. 193–225). Wiesbaden: Springer VS.
- Kriesi, Hanspeter (2014). Die Auswirkungen der Großen Rezession auf die europäischen Parteiensysteme. *WSI-Mitteilungen* 67 (8), 580.
- Lengfeld, Holger (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS* 69 (2), 209–232.
- Loch, René (2021). Querdenker demonstrieren trotz Verboten in ganz Sachsen. *Leipziger Zeitung*, 23.11.2021. URL: www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2021/11/querdenker-demonstrieren-trotz-verboten-in-ganz-sachsen-422053 (30.09.2022).
- Manow, Philip (2019). Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex. *APuZ* 69 (9–11), 33–40.
- Matussek, Matthias (1991). Jagdzeit in Sachsen. *Der Spiegel*, 29.09.1991. URL: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13492516.html (30.09.2022).
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017). *Populism. A very short introduction*. New York: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner (2017). *What Is Populism?* London: Penguin Books.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (2), 267–285.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. New York: Cambridge University Press.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019). Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel. bpb.de. 17.06.2019. URL: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel> (25.11.2022).
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *KZfSS* 70 (2), 237–254.
- Stengel, Frank A./MacDonald, David B./Nabers, Dirk (2019). Introduction: Analyzing the Nexus Between Populism and International Relations. In Frank A. Stengel et al. (Hrsg.), *Populism and World Politics* (S. 1–22). Cham: Springer International Publishing.
- Tagesspiegel (2019). Chatprotokolle aus Chemnitz: Rechte verabredeten sich zu Hetzjagden auf Ausländer. *tagesspiegel.de*, 26.08.2019. URL: www.tagesspiegel.de/politik/rechte-verabreden-sich-zu-hetzjagden-auf-auslander-5558902.html (30.09.2022).
- Wajner, Daniel F. (2022). Global Populism. In Michael Oswald (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Populism* (S. 351–367). Cham: Springer International Publishing.
- Zeit Online (2015). Hoyerswerda: Versuchter Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft. *Zeit Online*, 03.06.2015. URL: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-06/hoyerswerda-asylbewerberheim-brandanschlag (30.09.2022).
- Zielonka, Jan (2018). *Counter-revolution. Liberal Europe in retreat*. Oxford: Oxford University Press.



Konzertabend in Braun

Rechte Konzertstandorte und ihre Bedeutung in Sachsen

EINLEITUNG

Vor über zehn Jahren kam der Dokumentarfilm „Blut muss fließen“ in die deutschen Kinos. Der Investigativjournalist Thomas Kuban war über mehrere Jahre in der Neonazi-Szene unterwegs, fuhr zu Konzerten und filmte mit einer versteckten Kamera. Seine Berichte zeigten, wie auf den Konzerten unverhohlen der Hitlergruß gezeigt wird, wie eine aufgepeitschte Menge hinter verschlossenen Türen „Siegheil“ brüllt, wie Hakenkreuze und SS-Runen offen zur Schau getragen werden. Der Film hat viele, die sich sonst nicht intensiv mit der extremen Rechten beschäftigt haben, schockiert. Es wurde offenbar, wie Rechtsrock-Konzerte dazu dienen, Gesetze und Vorschriften zu brechen und Freiräume für NS- und Gewaltverherrlichung, für offenen Antisemitismus und Rassismus zu bieten. Zehn Jahre später ist der Dokumentarfilm von Thomas Kuban in Vergessenheit geraten. Die Konzerte finden jedoch nach wie vor statt: Seit dem Erscheinen von „Blut muss fließen“ gab es in der Bundesrepublik tausende weitere Rechtsrock-Veranstaltungen.

In Anlehnung an die Ausführungen von Jan Raabe werden unter dem Begriff „Rechtsrock“ in diesem Artikel „alle musikalischen Ausdrucksformen“ verstanden, „mit denen extrem rechte Inhalte transportiert werden“ (Raabe, 2019, 20). Rechtsrock lässt sich somit nicht auf ein bestimmtes Musikgenre begrenzen. Vielmehr wird mit dem Begriff ein politisches Feld umrissen, in welchem insbesondere Rassismus, Antisemitismus, die Verherrlichung des Nationalsozialismus, Homophobie, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und andere Ideologiefragmente der extremen Rechten musikalisch verbreitet werden. Gewalt wird dabei oft verherrlicht oder zu ihrer Anwendung aufgerufen. Rechtsrock ist gleichzeitig als eine permanente „Kampfansage an die aktuelle gesellschaftspolitische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland“ (Hindrichs,

2017, 10) zu verstehen. Der Vertrieb der Musik läuft über eigens geschaffene Label, Versände, Internetplattformen und Ladengeschäfte.

Im vorliegenden Beitrag wird mit einem spezifischen Blick auf das Bundesland Sachsen die Bedeutung des Rechtsrock für die extrem rechten Szenen aufgezeigt und erläutert, welche Funktion das Konzertgeschehen besitzt. Anschließend werden vier sehr unterschiedliche Konzertstandorte in Sachsen exemplarisch vorgestellt. Schließlich präsentiert das Fazit erste Ansätze, um der Verbreitung von Rechtsrock entgegenzuwirken.

DIE BEDEUTUNG DES RECHTSROCK IN SACHSEN

Der Brite Ian Stuart Donaldson, Gründer des extrem rechten Netzwerkes *Blood & Honour*, sagte „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.“ (Zitiert nach Kreter, 2020, 320) Der in diesem Ausspruch formulierte Ansatz ist für die extrem rechte Szene bis heute von zentraler Bedeutung. Unterdessen ist die Rechtsrockszene aber keine reine Jugendkultur (mehr), sondern erreicht Menschen aller Altersgruppen gleichermaßen. Zudem hat sich extrem rechte Musik in den letzten 30 Jahren weiterentwickelt und bewegt sich heute in einem breiten musikalischen Spektrum von Rock, Hardrock und (Black) Metal über Punk und Rap bis hin zu Liedermachern und Volksmusik. Durch seine extrem rechten politischen Inhalte ist Rechtsrock zentraler Botschafter der menschenfeindlichen und antidemokratischen Ideologie in einer besonders radikalen Form und damit ein tragendes Element der neonazistischen und extrem rechten Szenen in Deutschland. Zusammen mit seiner Verbreitung durch Labels und Konzerte, die wichtige Kulturangebote für die Szene darstellen, prägt er ein Angebot für eine extrem rechte Lebenswelt. Hindrichs (2017) verweist in diesem Zusammenhang auf die sozialen Funktionen, die Rechtsrock erfüllt. Die Musik und die dazugehörigen Veranstaltungen wirken szenestabilisierend und szenenaktivierend.

In vielen ländlichen Regionen in Sachsen hat der Rechtsextremismus in den letzten Jahrzehnten spürbare Normalisierungsgewinne zu verzeichnen. Extrem rechtes Gedankengut, neonazistische Akteure oder Gruppen, rassistische Sprüche in der Kneipe oder ein Handwerker, der

bei rechten Aufmärschen spricht, gehören längst zu einer unwidersprochenen Alltagswelt in vielen kleineren oder mittelgroßen Ortschaften. Diese scheinbare Normalität des Rechtsextremismus wird zu einem sozialisierenden Element, den nachwachsende Generationen in diesen Regionen teilweise nicht mehr infrage stellen. Der Konsum von Rechtsrock stellt in diesem Kontext eine allgemein akzeptierte Lebenswelt dar, die oft keinen nennenswerten Widerspruch erzeugt.

Das Bundesland Sachsen war bereits in den 1990er Jahren ein Eldorado für die neonazistische Konzert- und Musikszene. Die erste ostdeutsche Rechtsrock-Produktion stammt von der Band *Bomber* aus dem sächsischen Meerane im Jahr 1991. In den 1990er Jahren entwickelten sich im Bundesland ausdifferenzierte Rechtsrock-Szenen mit zahlreichen Labels, Fanzines, Konzerten und Bands. Einige Akteure sind inzwischen seit mehr als 20 Jahren im Konzertgeschehen in Sachsen aktiv und hoch professionalisiert. Mit den Pressefesten des *Deutsche Stimme*-Verlages wurden 2004 und 2007 Großevents mit mehr als 5.000 Teilnehmenden organisiert. Durch *PC Records* in Chemnitz existiert in Sachsen auch heute noch das bundesweit aktivste Rechtsrock-Label, das in den letzten 20 Jahren mehrere hundert Tonträger produziert hat (vgl. u.a. Raabe, 2019, 37). Über den *PC-Records*-Versand werden darüber hinaus knapp 1.000 unterschiedliche Tonträger mit extrem rechter Musik vertrieben (Stand: August 2022). Auf seiner Website wirbt *PC-Records* mit dem Schriftzug „support your local nazi-konsum!“. Mit *Neuer Deutscher Standard (NDS)* existiert in Ostsachsen zudem eines der derzeit wichtigsten Label für extrem rechten Rap im deutschsprachigen Raum.

Nicht zu vernachlässigen sind dabei die finanziellen Vorteile, die durch den Verkauf von Tonträgern oder Konzertkarten entstehen. So wurden bei einem Rechtsrock-Festival im sächsischen Ostritz im April 2018 mindestens 42.000 Euro allein über die Eintrittsgelder eingenommen.¹ Mit hohen Beträgen ist zudem aus dem Verkauf von Tonträgern, Bekleidung sowie Essen und Getränken zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass durch den Rechtsrock hohe finanzielle Gewinne erwirtschaftet werden, die zu Teilen auch wieder in die Organisation der extremen Rechten zurückfließen (vgl. u.a. Büchner, 2021, 63 ff.; Hindrichs, 2017, 12; Mobit, 2017, 33 ff.; Raabe, 2019, 39 ff.).

1) Die Höhe der Einnahmen basiert auf eigenen Berechnungen anhand der Eintrittspreise und der Anzahl der Teilnehmenden.

Das Rechtsrock-Label nicht nur Musik produzieren, sondern auch andere Funktionen erfüllen, zeigen unter anderem die Verbindungen von Personen aus dem Umfeld von *PC Records* zur rechtsterroristischen Vereinigung *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU) in seiner Chemnitzer Zeit (Kulturbüro Sachsen, 2018, 31). Laut antifaschistischen Recherchen soll *PC Records* zudem gute und gefestigte Verbindungen zu bewaffneten rechtsextremen Gruppen, wie z. B. Teilen des Asow-Regiments in der Ukraine unterhalten (Antifaschistisches Infoblatt, 2022). In der Regel existiert eine enge Verbindung oder Überschneidung der Rechtsrockszene mit anderen organisierten neonazistischen Strukturen, wie z. B. rechtsextremer Kampfsportszenen, Parteien wie der NPD oder dem III. Weg oder wichtigen politischen Kadern (vgl. u.a. Raabe, 2019, 19 ff.). Durch Konzerte, deren Organisation und die Zusammenarbeit bei der Produktion der Musik werden Netzwerke geschaffen und gepflegt. Die wichtigsten Netzwerke innerhalb der extrem rechten Konzertszenen sind das *Blood-&-Honour*-Netzwerk (*B & H*) und die *Hammerskins* (vgl. u.a. Büchner, 2021, 50 ff.). Dabei nimmt in Sachsen insbesondere *B & H* eine herausragende Rolle ein: Bevor *B & H* im Jahr 2000 bundesweit verboten wurde, war die sächsische Sektion aus der *Blood & Honour Division Deutschland* ausgetreten, wodurch sie teilweise ungestört in den bestehenden Strukturen weiterarbeiten konnte (Kulturbüro Sachsen, 2018, 17). Wichtige *B & H*-Akteure gelten als frühe Unterstützer*innen des NSU, ohne deren Hilfe es Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nicht möglich gewesen wäre, ihre Sprengstoffanschläge und Morde in die Tat umzusetzen (Laabs, 2017, 189 ff.).

DIE FUNKTION VON KONZERTEN

Durch die gemeinsame Durchführung und den Prozess der Organisation von Konzerten findet eine praktische Zusammenarbeit von extrem rechten Szeneakteuren statt, was die genannten Netzwerke fördert und Zusammenhänge stärkt. Im Gegensatz zu einem kleinen Liederabend mit Akustikgitarre erfordert die Durchführung von Konzerten mit einer dreistelligen Zahl von Besucher*innen neben der notwendigen Technik auch Personal mit den entsprechenden Kompetenzen. Auch hier können die extrem rechten Szenen in Sachsen auf hoch professionalisierte Strukturen zurückgreifen, die seit vielen Jahren Erfahrungen gesammelt haben.

In den 1990er Jahren waren extrem rechte Konzerte Untergrundveranstaltungen. Die Anreise erfolgte über Schleusungspunkte und die Konzertorte wurden in der Regel zum Schutz vor staatlicher Repression geheim gehalten. Die zunehmende Etablierung einer extrem rechten Lebenswelt wird an der Veränderung deutlich, die sich in den letzten 20 Jahren vollzogen hat: So gibt es neben dieser „traditionellen“ Durchführungsform mittlerweile eine ganze Reihe von Konzerten, die vorher bei den zuständigen Behörden in der Region angezeigt werden. Die Orte, an denen diese Konzerte stattfinden, befinden sich in der Regel im Privatbesitz von extrem rechten Akteur*innen und werden regelmäßig genutzt. Die baurechtlichen Auflagen für die Durchführung von Veranstaltungen werden an diesen Orten penibel eingehalten. Diese Veränderung bildet einen Lernprozess innerhalb der extrem rechten Szenen ab, der sich aus der zunehmenden Professionalisierung und den kommerziellen Erfolgen des Konzertgeschehens erklären lässt. Die Veranstalter*innen der Konzerte minimieren damit das finanzielle Ausfallrisiko, das bei illegalen Veranstaltungen gegeben ist, und können die Events im Vorfeld bewerben. Außerdem gab es in den letzten Jahren eine Reihe von Konzerten, die als Versammlungen angemeldet worden sind und bei denen zwischen den einzelnen Musikdarbietungen politische Reden gehalten wurden (vgl. u.a. Raabe, 2019, 34).

Konzerte und die damit verbundenen Live-Auftritte einschlägiger Bands oder Musiker haben einen hohen Stellenwert innerhalb einer extrem rechten Erlebniswelt. „Sie sind Momente höchster Emotionalität und Intensität, der Vergemeinschaftung, des Erlebens eines gemeinsamen Willens, der Stärke der eigenen Gruppe oder Szene, der Festigung ideologischer Orientierung.“ (Raabe, 2019, 32)

Durch die Konzerte werden Räume der Selbstinszenierung geschaffen, in denen man sich von anderen abgrenzt, über die Nutzungs- und Aufenthaltsbedingungen entscheidet und damit auch eine Situationskontrolle erlangt. Diese Orte werden für andere, insbesondere für Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus oder sonstigen Abwertungen betroffen sind, zu Räumen des Ausschlusses und der Gefahr. Das Umfeld dieser Orte wird damit zu einer Angstzone für alle, die von rechtsmotivierter Gewalt potenziell oder tatsächlich betroffen sind (Döring, 2008, 265 f.).

Die Zahl der durchgeführten Rechtsrock-Konzerte in Sachsen stieg ab 2017 massiv an und hatte vor Beginn der Covid-19-Pandemie einen

neuen Höchstwert erreicht. So wurden den staatlichen Sicherheitsbehörden im Jahr 2019 mindestens 50 solcher Veranstaltungen bekannt (Koeditz, 2020). Der Freistaat Sachsen hält damit einen der bundesweiten Spitzenplätze bei der Anzahl der jährlich durchgeführten Rechtsrock-Konzerte. Darüber hinaus finden Konzerte auch in den angrenzenden Bundesländern sowie in Tschechien und Polen statt. Den Anhänger*innen der Szene bietet sich damit eine breite Auswahl an Möglichkeiten, um sich mit Gleichgesinnten zu treffen, gemeinsam zu feiern, sich zu vernetzen und die eigene Ideologie immer wieder aufs Neue in einer besonders radikalen Form zu reproduzieren.

AUSGEWÄHLTE KONZERTSTANDORTE IN SACHSEN

STAUPITZ

Das Dorf Staupitz hat etwa 300 Einwohner*innen. Nach mehreren Eingemeindungen gehört es seit 2009 als ein Ortsteil zur Großen Kreisstadt Torgau, dem Zentrum des Landkreises Nordsachsen. Seit 2008 lässt sich belegen, dass das Gelände des ehemaligen Gasthofes im Ort von dessen Eigentümer an Neonazis vermietet wird, die an dem Ort einschlägige Konzerte durchführen. Bei einem durchschnittlichen Konzert kommen in Staupitz zwischen 150 und 200 Gäste. In der Vergangenheit fanden aber auch einzelne Veranstaltungen mit deutlich mehr Teilnehmenden statt. Diese kommen vor allem aus Sachsen und Südbrandenburg, aber darüber hinaus auch aus allen anderen Bundesländern und teilweise sogar aus Österreich oder der Schweiz angereist. In den letzten 15 Jahren haben im Alten Gasthof in Staupitz alle Rechtsrockbands gespielt, die in der Szene einen Namen haben. Beispiele sind u.a. die *Lunikoff-Verschörung* des Berliner Neonazis Michael Regener. Die Band *Landser*, in welcher Regener zuvor gespielt hatte, wurde wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit der Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, der Billigung von Straftaten, der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und anderer Delikte rechtskräftig verurteilt. Im Umfeld von *Landser* haben sich zahlreiche Neonazis befunden, die in den Untersuchungsausschüssen rund um die Rechtsterrorist*innen des NSU eine wichtige Rolle gespielt haben. Außerdem stand in Staupitz mit *Endstufe* eine der dienstältesten

Rechtsrockbands auf der Bühne. Nach Recherchen von *Chronik.LE* sollen allein in Staupitz seit 2008 bis Mitte 2022 insgesamt 187 verschiedene Bands aufgetreten sein und mindestens 112 Rechtsrock-Konzerte stattgefunden haben (Hummel, 2022). Der Konzertstandort Staupitz gilt als einer der bundesweit wichtigsten Orte dieser Art für die extrem rechte Szene. Möglich werden die Aktivitäten in Nordsachsen vor allem durch eine formal-juristische Einigung zwischen dem Besitzer des Gasthofes auf der einen Seite und der Kommunal- und Landkreisverwaltung sowie den Sicherheitsbehörden auf der anderen Seite. Zwischen dem Eigentümer und den Behörden gibt es eine Vereinbarung, die besagt, dass pro Jahr bis zu zehn Konzerte durchgeführt werden dürfen. Diese Vorgabe wird außerhalb von Pandemiezeiten jedes Jahr voll ausgereizt. Der Eigentümer und die Veranstalter*innen der Konzerte achten penibel darauf, dass die Auflagen der Behörden eingehalten werden. Die Polizei führt außerhalb des Gasthofes bei einigen Konzerten stichprobenartige Kontrollen der Fahrzeuge der Konzertbesucher*innen durch und konnte nur eine sehr geringe Zahl von Straftatbeständen feststellen. Es ist bisher nicht bekannt, dass die Sicherheitsbehörden auch innerhalb des Gasthofes bei den Konzertveranstaltungen anwesend waren und Kontrollen zur Einhaltung von Auflagen oder Rechtsnormen durchgeführt haben.²

MÜCKA

Die kleine Ortschaft Mücka in der Oberlausitz mit ihren knapp 1.000 Einwohner*innen hat eine lange Geschichte hinsichtlich der Durchführung von Rechtsrock-Konzerten. Seit den 1990er Jahren bis zum Jahr 2005 existierte in dem Ort die Diskothek „Wodan“, in welcher regelmäßig Rechtsrock-Konzerte und Feiern unter Beteiligung extrem rechter Gruppen stattgefunden haben. Im Jahr 2004 veranstaltete die NPD dort ihr *Deutsche-Stimme*-Pressefest. Mehr als 5.000 Neonazis nahmen daran teil. Bekannte Bands wie *Sleipnir*, *Radikahl*, *Kraftschlag* und *Youngland* traten bei diesem Pressefest auf (Antifaschistisches Infoblatt, 2004). Seit dem Jahr 2017 betreibt die neonazistische Bruderschaft *Brigade 8* auf einem Privatgelände in Mücka ein eigenes Clubhaus. Die Bruderschaft funktioniert ähnlich wie ein Rockerclub mit entsprechender

²) Nach Redaktionsschluss kam es zu behördlichem Handeln. Der Konzertbetrieb wurde damit erstmalig unterbunden.

Kleidung, martialischem Auftreten und einer streng hierarchischen Rangordnung. Spätestens seit 2018 arbeitet die Bruderschaft mit dem *Combat-18-Deutschland*-Netzwerk zusammen, für das seit Januar 2020 eine Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums vorliegt (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2020). Dieses Verbot hatte allerdings bisher keine sichtbaren Konsequenzen für die *Brigade 8*. Das Privatgelände in Mücka wurde in der Vergangenheit regelmäßig als Konzertstandort oder als Treffpunkt genutzt. So kamen laut der Berichterstattung der antifaschistischen Rechercheplattform *Exif* im März 2019 rund 200 Neonazis in Mücka zu einer Veranstaltung zusammen, die als „Geburtstagssause“ angekündigt war. Aufgetreten waren dabei u. a. die Rechtsrock-Bands *Oidoxie*, *Nordglanz* und *Treue Orden*. Bei dem Konzert waren die führenden Köpfe von *Combat 18 Deutschland* aus der gesamten Bundesrepublik sowie einige *Combat-18*-Aktivisten aus Polen angereist (*Exif*, 2019).

Die Konzerte in Mücka finden in besonderem Maße unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit statt. Neben der Binnenintegration der Szene durch diese ungestörten Gemeinschaftserlebnisse und Riten, bei denen der Nationalsozialismus und Gewalt verherrlicht werden, dient Mücka damit als ein Knotenpunkt der Vernetzung von extrem rechten bis rechtsterroristischen Gruppen und Personen. Im Sommer 2022 nahmen mehr als 50 Neonazis an einer Trauerfeier mit Konzert des Liedermachers *Reichstrunkenbold* für einen verstorbenen Mitstreiter teil. Dies zeigt auch, dass der Ort nach wie vor durch die extrem rechten Szenen aktiv genutzt wird. Das *Brigade-8*-Gelände in Mücka steht exemplarisch für Veranstaltungsorte, die extrem rechte Bruderschaften für Rechtsrock-Konzerte zur Verfügung stellen. Auch andere rechte Rockergruppen oder neonazistische Bruderschaften haben in der Vergangenheit ihre Liegenschaften für Rechtsrock-Konzerte zur Verfügung gestellt. Prominente Beispiele dafür sind das Clubhaus der *Aryan Brotherhood* in Bautzen, die Räume der *Turonen/Garde 20* („Bruderschaft Thüringen“) oder der *Crew 38* in Brandenburg.

OSTRITZ

Am 20./21. April 2018 – anlässlich des sogenannten „Führergeburtstag“ – fand im ostsächsischen Ostritz, auf dem Gelände des Hotels „Neißeblick“, nahe der polnischen Grenze, das Rechtsrock-Festival „Schild &

Schwert“ mit mindestens 1.200 Teilnehmenden statt. Es war eines der ersten Festivals dieser Art und bot neben den Auftritten namhafter Rechtsrock-Bands auch Kampfsport, eine Tattoo-Convention, ein Politikforum mit Vertreter*innen extrem rechter Parteien sowie Stände von Labels, Bekleidungsmarken und Szene-Verlagen (Büchner, 2021, 41 ff.; Raabe, 2019, 35). Bis zum Ende des Jahres 2022 haben in Ostritz mindestens drei weitere Veranstaltungen auf dem Gelände des Hotels „Neißeblick“ stattgefunden. Das Hotel ist im Besitz eines Unternehmers, der in der Vergangenheit eine gewisse Nähe zur rechten Szene gezeigt und der kein Problem mit den extrem rechten Einmietungen hat (Budler, 2021). Die Veranstaltungen in Ostritz sind meistens zweitägig und finden teilweise unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes als politische Kundgebungen mit Musik statt. Eingeladen beim oben erwähnten „Schild & Schwert-Festival“ (in der Szene abgekürzt als SS-Festival) waren die bekanntesten Bands der deutschen Rechtsrockszene. So spielten in Ostritz inzwischen z. B. *Endstufe*, *Kraft durch Froide* oder *Lunikoff Verschwörung*. Die bekannte extrem rechte Hooligan-Band *Kategorie C* spielte auf dem Gelände ihr Abschlusskonzert.

An den Teilnehmenden bei den Konzerten in Ostritz kann man sehr gut beobachten, dass es falsch wäre, Rechtsrock als eine Jugendkultur zu bezeichnen. Neben jungen Menschen reisten Neonazis jeden Alters aus der gesamten Bundesrepublik zu den Veranstaltungen an. Als Organisator in Ostritz fungierte in der Vergangenheit mehrfach der bundesweit bekannte Neonazi Thorsten Heise. Dieser war bereits in den 1980er Jahren mit rechtsmotivierten Gewalttaten in Erscheinung getreten und wurde später ein wichtiger Funktionär der schließlich vom Bundesinnenministerium verbotenen *Freiheitlichen Arbeiter Partei (FAP)*. Seit Mitte der 1990er Jahre ist Heise mit der Organisation und Durchführung von Rechtsrock-Veranstaltungen befasst und arbeitete dabei bis zum Verbot auch eng mit dem *B & H*-Netzwerk zusammen. Inzwischen hat Heise ein Firmengeflecht aus kleinen Unternehmen, rechten Versandhäusern und Zeitschriften um sich herum errichtet und verdient scheinbar einen Teil seines Lebensunterhaltes mit dem rechten Musikbusiness. Politisch gilt der in Thüringen lebende Heise als eine wichtige Verbindung zwischen militanter, parteiunabhängiger Neonazi-Szene, *NPD* und freien Kameradschaften (Budler, 2018). Er steht exemplarisch für einen hoch professionalisierten und erfahrenen Rechtsrock-Unternehmer, der das Hotel „Neißeblick“ in Ostritz für sein Geschäft nutzt.

Anders als in den anderen hier genannten Orten gibt es in Ostritz eine breite zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Die Ostritzer Bürger*innen haben mehrere Friedensfeste als Gegenentwurf zu den extrem rechten Konzerten durchgeführt und darüber hinaus Aktionen und Veranstaltungen organisiert, um sich für eine demokratische und offene Gesellschaft zu positionieren und sich auszutauschen.

LANGENHENNERSDORF

„Wie oft hab ich bei mir gedacht, ich bin zu spät geboren, wie gerne hätt ich damals noch den Treueeid geschworen, [...] Wenn alles hier der Teufel holt, ich steh zum Kampf bereit [...] wie gerne hätt ich ihn gehört, mit meinen eigenen Ohren. Die Kraft und seine Stärke in mich aufgenommen, voller Treue ihm gefolgt [...]“. So besingt und verherrlicht die Band *Uwocest* in einem Liedtext den Nationalsozialismus und Adolf Hitler. Der Sänger der Band, Uwe Menzel, ist eine zentrale Figur in der deutschen Neonazi- und Rechtsrockszene. Seit den 1990er Jahren spielte er in unterschiedlichen rechtsextremen Bandprojekten und trat u.a. bei Konzerten des *B&H*-Netzwerkes auf. Auch war er in den letzten Jahren in Brandenburg dafür bekannt, dass er rechtsextreme Nachwuchsbands fördert. Der Bandname *Uwocest* ist eine Anspielung an die Vernichtung der Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. Laut einem Bericht der *taz* soll Uwe Menzel die Gaskammern als die „nützlichste Erfindung der Menschheit“ bezeichnet haben (Kleffner 2001).

Die Band *Uwocest* ist nur eine von mehreren Rechtsrock-Bands die in Langenhennersdorf, einem Ortsteil von Bad Gottleuba-Berggießhübel, aufgetreten sind. Darüber hinaus standen dort in der Vergangenheit auch Bands wie *Heiliger Krieg*, *Legion S* oder *Katastrof* auf der Bühne.³ Langenhennersdorf liegt inmitten der Sächsischen Schweiz. In dem kleinen Dorf am Rande eines Felsenlabyrinths leben etwas mehr als 500 Menschen. Anders als z. B. in Ostritz oder Staupitz werden die Räume, in denen das rechte Konzertgeschehen stattfindet, nicht ausschließlich für dieses genutzt. Das Gasthaus, das zur Waldburg Immobilien GmbH gehört, steht in erster Linie für unterschiedliche Feiern zur Verfügung und kann angemietet werden. Mehrmals im Monat finden

3) Staatsministerium des Innern, Drucksache 6/16886 vom 29. März 2019.

Partys und Diskotheken in dem Gebäude statt, die keinen rechtsextremen Charakter haben. Laut Berichten von Besucher*innen dieser Veranstaltungen werden Personen mit Kleidungsstücken, die in der Neonazi-Szene beliebt sind, jedoch auch bei diesen Veranstaltungen geduldet. Durch die mehrfache Durchführung von Rechtsrockkonzerten in den Räumlichkeiten zeigt sich die fehlende Abgrenzung zur organisierten rechtsextremen Szene in besonderem Maße. Zu den Konzerten waren vor allem Neonazis aus der Region Sächsische Schweiz, aber einige auch überregional angereist.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FAZIT

Rechtsrock – sowohl durch Konzerte als auch durch die Präsenz von Labels und Merchandise – trägt zur Etablierung einer extrem rechten Lebenswelt bei. Er wirkt reproduzierend und sozialstabilisierend in die organisierten extrem rechten Szenen. Durch den Rechtsrock wird eine wichtige Erlebniswelt in diesen Szenen geschaffen. Diese wird in der lokalen Alltagswelt in einigen Regionen in Sachsen nicht mehr kritisch hinterfragt. Zudem werden politische Netzwerke aufgebaut, die die Szenen verbinden und teilweise bis in den Rechtsterrorismus reichen. Durch den Rechtsrock wird Geld akquiriert und verdient, dass zu Teilen wieder in die extrem rechten Szenen zurückfließt. Das Bundesland Sachsen bildet dabei seit Jahrzehnten ein wichtiges Zentrum der bundesdeutschen Rechtsrockszene. Dies wird nicht zuletzt an den unterschiedlichen Konzertstandorten deutlich, die von den Szenen in Sachsen genutzt werden. Nach eigenen Zählungen haben der extremen Rechten in Sachsen seit 2018 bis heute mindestens 38 verschiedene Orte in Sachsen dafür zur Verfügung gestanden.

In der Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Konzertgeschehen und ihren Umfeldern waren staatliche Behörden in der Vergangenheit in einigen Fällen selbst Teil des Problems, wenn z. B. V-Leute von Verfassungsschutzämtern gleichzeitig zentrale Unternehmer*innen oder Produzent*innen im Rechtsrock, Mitglieder aktiver Rechtsrock-Bands oder zentrale Figuren von *Blood & Honour* gewesen waren (vgl. u.a. Botsch, 2019, 165 ff.; Büchner, 2021, 73; Raabe, 2019, 41 f.; Laabs, 2017, 190). Aus diesem Grund ist insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rechtsrock ein alleiniges Setzen auf die Kompetenzen staatlichen Handelns kritisch zu betrachten.

Trotz dieses Missstandes ist das staatliche Handeln eines der notwendigen Puzzleteile in der Auseinandersetzung mit Rechtsrock in Sachsen. Staatliche Maßnahmen finden auf einer formal-juristischen Ebene, z. B. im Handeln der zuständigen Verwaltung statt. Es existieren eine ganze Reihe von Gesetzen, Vorschriften und Verfahren, die dabei zur Anwendung kommen und die Durchführung von Rechtsrock-Konzerten erschweren oder verhindern können. In Sachsen existiert ein sogenannter Expertenpool in der Landesdirektion, der die Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Auslegung und Anwendung des rechtlichen Rahmens unterstützen soll. Allerdings wurden bei der Schaffung dieses Expertenpools durch das Land Sachsen keine zusätzlichen personellen Ressourcen bei den Behörden geschaffen, sondern lediglich zusätzliche Aufgaben verteilt. Dies sind keine optimalen Bedingungen, um der Problemlage zu begegnen. Neben den fehlenden zusätzlichen Zeit- und Personalressourcen sind im Expertenpool zudem die zivilgesellschaftliche Sicht und ihre Ressourcen eine Leerstelle. Bisher sind dort die Erfahrungen, zum Beispiel der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, noch nicht hinreichend einbezogen worden.

Neben dem Verwaltungshandeln, das den rechtlichen Rahmen definiert und durchsetzt, und dem Handeln der Polizei und Justiz im Falle von Straftaten oder Verstößen gegen diesen Rahmen, werden die Potenziale der Zivilgesellschaft oft nicht mitbedacht. Dabei ist allen Beteiligten bewusst, dass Verwaltungshandeln schnell an Grenzen kommt und daher das Problem in Sachsen nicht allein lösen kann. Auch wenn es gegen einen Konzertstandort keine rechtliche Handhabe für die Behörden gibt, bedeutet dies nicht, dass die Politik und die vor Ort zuständigen Stellen in Zusammenarbeit mit der regionalen Zivilgesellschaft nichts tun können.

Es gibt eine ganze Reihe von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Immobilien, die durch die extrem rechten Szenen genutzt werden (Kulturbüro Sachsen, 2021, 23 ff.). Rechtsextreme agieren in der Regel gern ungestört. Das Informieren der lokalen Öffentlichkeit, also der Bürger*innen in den entsprechenden Orten, ein Aufklären über die Situation und ein Agieren als gemeinsames Netzwerk aus Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Politik und Zivilgesellschaft kann weitere Ideen freisetzen. Dass die Würde aller Menschen, egal welcher Herkunft, unantastbar ist und rassistische sowie andere Diskriminierungen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben, ist elementarer Bestandteil

des deutschen Grundgesetzes. Sich entsprechend zu positionieren ist demokratisch. Auch bei Dorf- oder Stadtfesten, Sport- oder Kulturveranstaltungen können klare Zeichen für demokratische Werte und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung gesetzt werden. Mit diversen Formaten, Protest- und Aktionsformen können unterschiedliche Menschen in den Orten erreicht werden. Die Verschiedenheit der Herangehensweisen einer breiten Zivilgesellschaft muss daher als Chance und nicht als ein Gegeneinander oder eine Konkurrenz verstanden werden. Zu einem Demokratiefest auf dem Markt kommen andere Menschen als zu einem Informationsabend im Verein oder einem Friedensgebet in der Kirche. Mit einem dauerhaften und permanenten Eintreten für menschliche Werte macht die Region deutlich, dass sich die demokratische Gesellschaft nicht zurückdrängen lässt.

LITERATUR

- Antifaschistisches Infoblatt (2022). Neonazis in den ukrainischen Kampfverbänden. In *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 135, Sommer 2022, S. 6–9.
- Antifaschistisches Infoblatt (2004). Festival des Neonazismus. Das Deutsche Stimme Pressefest in Mücka. In *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 64, Herbst 2004.
- Botsch, Gideon (2019). „Es sind Feinde unter uns“. Zur V-Mann-Problematik im brandenburgischen Rechtsrock. In Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hrsg.), *Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs* S. 165–1789. Berlin: Bebra-Verlag.
- Büchner, Timo (2021). *Rechtsrock. Business, Ideologie & militante Netzwerke*. Münster: Unrast-Verlag.
- Budler, Kai (2021). Ein „Dorf in Germanien“. *Neues Deutschland* vom 11.04.2021. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1150627-hans-peter-fischer-ein-dorf-in-germanien.html> (07.12.2022).
- Budler, Kai (2018). Gewalt, RechtsRock und Kommerz. Justizwunder Thorsten Heise. *Der Rechte Rand*, Ausgabe 175, November/Dezember 2018. URL: <https://www.der-rechte-rand.de/archiv/4183/portrait-thorsten-heise> (07.12.2022).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2020). Bundesinnenminister verbietet „Combat 18 Deutschland“, Pressemitteilung vom 23.01.2020.
- Döring, Uta (2008). *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Exif – Recherche & Analyse (2019). Rechtsterroristische Allianzen, 03.04.2019. URL: <https://exif-recherche.org/?p=5546> (07.10.2022).
- Hindrichs, Thorsten (2017). Funktionen von Musik für die extreme Rechte. In Mobit – Mobile Beratung in Thüringen (Hrsg.), *Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen* (S. 9–12). Erfurt: Eigenverlag.
- Hummel, Steven (2022): Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren. Dossier von Chronik.LE vom 30.08.2022.
- Kleffner, Heike (2001). Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung. *taz* vom 12. Februar 2001. URL: <https://taz.de/!1188334> (Stand: 07.12.22).
- Koeditz, Kerstin (2020). Sachsen 2019: Mehr extrem rechte Konzerte, 02.04.2020, <https://kerstin-koeditz.de/?p=3688> (07.10.2022).
- Kreter, Maximilian (2020). Sachsen und Thüringen – Hochburgen des Rechtsrock? In Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* (S. 315–337). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kulturbüro Sachsen (2021): *Das ist unser Haus. Handreichung zum Umgang mit Immobiliennutzungen durch die extreme Rechte*. Dresden: Eigenverlag.
- Kulturbüro Sachsen (2018). *Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen*. Dresden: Eigenverlag. 2. Aufl.
- Laabs, Dirk (2017). „Wir arbeiten weiter“. Der „Nationalsozialistische Untergrund“ in Sachsen. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen* (S. 184–198). Berlin: Christoph Links-Verlag. 2. Aufl.
- Mobit – Mobile Beratung in Thüringen (Hrsg.) (2017). *Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen*. Erfurt: Eigenverlag.
- Raabe, Jan (2019). Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hrsg.), *Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs* (S. 19–44). Berlin: Bebra-Verlag.





„Ein Vakuum wird immer durch etwas besetzt“

Sphären rechter Raumnahme in Sachsen

Der Kampf um (Lebens-)Räume ist fester Bestandteil historischer nationalsozialistischer Politik (Heitmeyer, 2020, 7). Debatten innerhalb der extremen Rechten, welche Strategien „Geländegewinne“ und „gesellschaftliche Wirkungsmacht“ (Geisler/Braun/Gerster, 2016, 24) versprechen, sind kein neues Phänomen. Der Blick in einschlägige, aktuelle Publikationen zeigt aber, dass das Thema für die extreme Rechte gegenwärtig eine hohe Relevanz besitzt und damit ein ausgeprägter Diskussionsbedarf einhergeht (vgl. u.a. Sellner, 2021a; Kositzka, 2021; Sommerfeld, 2021). Insgesamt orientiert sich die Besetzung des öffentlichen Raums dabei bis heute am Konzept der „national befreiten Zonen“, das unter anderem in den frühen 1990er Jahren durch den *Nationaldemokratischen Hochschulbund*, der Studentenorganisation der NPD, in Deutschland verbreitet wurde. Das Konzept definiert Raumgewinne nicht nur geografisch, sondern umfasst den Kampf um politische, soziale und virtuelle Räume (Bundschuh, 2004).

Der Aufbau völkischer Netzwerke und Strukturen intensivierte sich in den letzten Jahren, vor allem in Ostdeutschland. Die langfristige Strategie besteht darin, vorhandene soziale Gefüge zu unterwandern, vor Ort eine Vormachtstellung und daraus resultierend politischen Einfluss zu erlangen (Hellwig, 2020, 6). So wirbt die Initiative *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* seit Februar 2020 offensiv und kampagnenartig für den Zuzug westdeutscher Neonazis sowie den Ankauf von Immobilien in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands und will diese zielgenau in passende Siedlungsprojekte vor Ort vermitteln (Hammer, 2022). Dabei versucht die Initiative einen Nutzen aus den Folgen des strukturellen Wandels – wie den Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands – zu ziehen. Bereits vor 15 Jahren prognos-

tizierte Götz Kubitschek, Gründer der rechtsextremen Denkfabrik *Institut für Staatspolitik* und Herausgeber der Zeitschrift *Sezession*, in einem Essay die bevorstehende Verödung ganzer Landstriche Mitteldeutschlands, die sich aus Abwanderung und Kinderlosigkeit ergeben würde. Das zu erwartende Szenario der Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum biete wiederum eine Chance zur Entfaltung gesellschaftlicher Wirkungsmacht, die es strategisch zu nutzen gelte:

Etliche kleine mitteldeutsche Siedlungen werden in den nächsten Jahrzehnten ganz oder teilweise veröden, ohne dass vertrieben oder getötet würde. Abwanderung und Kinderlosigkeit leisten ganze Arbeit. Es wird einsamer und männlicher werden und sehr deutsch bleiben. Teufel auch! Es wird doch in Deutschland Familien und junge Leute genug geben, die sich die leeren Häuser und die jungen Männer vornehmen und etwas aufbauen. Im Kern nämlich heißt Leben tatkräftig sein.

Kubitschek, 2007

Dass es dabei keineswegs um die Bildung geschlossener Strukturen und sogenannter Parallelwelten geht, sondern vielmehr darum, sich in den ländlichen Strukturen aktiv zu engagieren, verdeutlicht die Situation in der mittelsächsischen Kleinstadt Leisnig. Dort vollzieht sich seit mindestens 2015 eine offenbar systematische Ansiedlung völkischer Siedlerfamilien, die ihre ehemaligen Wohnsitze in Westdeutschland aufgeben, um ihren Lebensmittelpunkt nach Sachsen zu verlagern und sich seit einigen Jahren im zivilgesellschaftlichen Leben der Kleinstadt aktiv zu engagieren (Hammer, 2022). 2018 suchten engagierte Stadtbewohnerinnen und -bewohner erstmals den Kontakt zu Beratungsstellen. 2020 informierte der Verfassungsschutz die lokale Öffentlichkeit über die Ansiedlungen westdeutscher Rechtsextremer in der Region Leisnig (Landesamt für Verfassungsschutz, 2021; vgl. Kulturbüro Sachsen, 2021a). Im April 2021 wagten die Völkischen den ersten Schritt in die Öffentlichkeit. Bei insgesamt zehn Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen am Leisniger Marktplatz traten die völkischen Siedler als Organisatoren auf und versuchten ihre völkische Ideologie gezielt zur Geltung zu bringen.¹

1) Eine ausführliche Analyse der völkischen Corona-Protestkundgebungen in Leisnig sowie ihrer Inhalte bietet bereits Hammer (2022).

Dieser Beitrag analysiert die Raumnahme der völkischen Siedler in einer öffentlichen, digitalen sowie privaten Sphäre anhand eines entworfenen Modells, stellt deren Spezifika heraus und kontrastiert Brückenschläge zwischen diesen Sphären. Die Materialbasis dafür bieten Interviews, die in Leisnig mit in unterschiedlichen Vereinen und Initiativen engagierten Personen der demokratischen Zivilgesellschaft im Rahmen einer kleinräumlichen Fallstudie zwischen Januar und Juni 2022 geführt wurden und diesem Beitrag zugrunde liegen.² Der Fokus dieser Fallstudie lag auf den Wahrnehmungen und Erfahrungen der demokratischen Zivilgesellschaft hinsichtlich des lokalen Rechtsextremismus sowie seines Auftretens anhand spezifischer Kontextfaktoren. Im Vordergrund standen die Sichtbarmachung und Phänomenbeschreibung rechtsextremer Raumergreifungsstrategien und hegemonialer Bestrebungen im Verhältnis zu ihren Entwicklungslinien und Bedingungsfaktoren (Salheiser, 2021, 9; Berg/Üblacker, 2020). Ziel der Untersuchung war es, über lokale Wissensbestände Erstarkungsprozesse der extremen Rechten zu verstehen, so dass ihnen entgegengewirkt und eine lokale Öffentlichkeit angesprochen werden kann (vgl. Quent, 2017).

EINE MITTELSÄCHSISCHE KLEINSTADT IM FOKUS

Leisnig ist eine Kleinstadt mit 8.246 Einwohnern (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 30. November 2021) im Landkreis Mittelsachsen des Freistaates Sachsen. Sie liegt inmitten des Dreiecks der sächsischen Großstädte Leipzig, Chemnitz und Dresden im sächsischen Burgenland direkt an der Freiburger Mulde. Die Stadt setzt sich aus einem Ortskern und 40 weiteren, kleinteiligen Ortsteilen zusammen. Im Nordwesten grenzt Leisnig an die große Kreisstadt Grimma (Landkreis Leipzig) und im Osten an die große Kreisstadt Döbeln (Landkreis Mittelsachsen). Für Leisnig charakteristisch ist der erhöht gelegene Ortskern mit dem historischen Stadtzentrum. Aus den steilen Felsen steigt die im 10. Jahrhundert errichtete Burg Mildenstein empor. Die Stadt kennzeichnet eine traditionsreiche Handwerksgeschichte, an die der 1996 geschaffene Leisniger Riesenstiefel erinnert. Neben dem

2) Um die Anonymität der interviewten Personen weitestgehend zu ermöglichen, wurden in vorheriger Absprache mit den Gesprächspartnern im vorliegenden Beitrag Namen und Zugehörigkeiten geändert.

Handwerk sind die verarbeitende Industrie und der Obstanbau für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zentral. Zu DDR-Zeiten war Leisnig eine Garnisonsstadt, in der etwa 1.500 sowjetische Soldaten stationiert waren. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im Jahr 1993 bekam die Stadt die wirtschaftlichen und demografischen Folgen der Wiedervereinigung deutlich zu spüren. Infolge der Deindustrialisierung ging die Einwohnerzahl deutlich zurück, zahlreiche Betriebe und Geschäfte meldeten Konkurs an. Der Leerstand in der Stadt fällt bis heute auf. Neben den mit rötlichem Porphyrgeschmückten Vorzeigehäusern am Marktplatz prägen geschlossene Cafés, Restaurants, Ladengeschäfte und leerstehende Wohnhäuser das Stadtbild.

Während der 1990er Jahre berichtete die überregionale Presse aufgrund rassistischer Angriffe auf die Bewohner einer Asylunterkunft über die rechte Gewalt in der Kleinstadt (u.a. Spiegel, 1991; Krell, 1991). 1991 starb ein Afghane infolge von Verletzungen, die er bei einem Brandanschlag auf seine Unterkunft erlitt (Internationaler Bund, 2001, 7). Laut der 48-jährigen Denise B., die sich vor Ort seit mehr als 25 Jahren demokratisch engagiert, mahnten Aktive der demokratischen Zivilgesellschaft damals an, dass die Stadtverwaltung das Problem des lokalen Rechtsextremismus ignoriere und die öffentliche Auseinandersetzung kleinhalte. Die Entwicklung einer beständigen und etablierten Neonazi-Szene schritt in den 2000er Jahren weiter voran und war von einer Reihe an gewalttätigen Aktionen gekennzeichnet. Trotz dieser Kontinuitäten kann die Stadt heutzutage nicht (mehr) als Hochburg des Rechtsextremismus beschrieben werden. Das Aktionsniveau und der Organisationsgrad der Rechtsextremen gingen über die Jahre zurück. In Leisnig gibt es keine ausgebaute Angebotsstruktur extremer Rechter oder anhaltend hohe Wahlerfolge für extrem rechte Parteien. Der bundesweite Aufstieg der AfD lässt die lokalen Stimmenanteile der NPD von Wahl zu Wahl weiter sinken. Zwar sind die NPD-Wahlergebnisse in Leisnig und den umliegenden Gemeinden leicht höher als die Anteilswerte für Sachsen und den Landkreis Mittelsachsen. Die Zustimmungswerte für die AfD aber liegen niedriger als im Landkreis. Bei den letzten Stadtratswahlen kandidierte weder die AfD noch die NPD für Sitze im Kommunalparlament. Anstelle von sichtbaren Strukturen, Organisationen und Aktivitäten lasse sich der Rechtsextremismus eher durch eine Verbreitung rechter bis rechtsextremer Mentalitäten wahrnehmen, die innerhalb der Stadtgesellschaft vorherrschen und kaum problematisiert

werden, beschreibt die 28-jährige Sozialarbeiterin Kaya H. die Lage innerhalb der Kleinstadt.

Eine solche vorherrschende Mentalität bildet wiederum den perfekten Ansatzpunkt für extrem rechte Siedlungsinitiativen. Und tatsächlich geriet Leisnig zwischen Mai und August 2021 (erneut) in die Schlagzeilen. Mehrere Beiträge berichteten, dass sich in den vergangenen Jahren extrem rechte, völkische Siedlerfamilien aus Westdeutschland rund um die Kleinstadt niedergelassen hatten (u.a. Becker, 2021; MDR, 2021a; Helm, 2021; Weber, 2021). Seit dem öffentlichen Bekanntwerden des Zuzugs der völkischen Siedler in die Region Leisnig hat sich in der Kleinstadt viel getan. Die Corona-Proteste endeten am 13. Juni 2021 und die öffentlichen Auftritte der Völkischen gingen seither zurück. Die Medienberichterstattung hielt jedoch an (u.a. Wurzel, 2021; MDR, 2021b; MDR Investigativ, 2021). Aus den Reihen der demokratischen Zivilgesellschaft hat sich das *Leisniger Bürger*innen-Bündnis* gegründet, um sich der völkischen Raumergreifung entgegenzustellen.

SPHÄREN DER RECHTEN RAUMNAHME

Das Lokale ist zentraler Ort gesellschaftlicher Praxis und dabei sowohl deren Produkt als auch Ausgangspunkt. Das Forschungsdesign, das der kleinräumlichen Untersuchung zugrunde lag, versucht deshalb, das Lokale gleichermaßen als produziert wie produktiv sichtbar zu machen, nimmt die lokalbezogene Gesellschaft und Subjektivierung in den Blick und unterstreicht die Bedeutung struktureller sowie materieller Dimensionen (Miggelbrink/Mullis, 2022, 33). Das vorgestellte Modell der völkischen Raumnahme in Leisnig ist zwar lokal situiert, darf dabei aber nicht als singulär fehlinterpretiert, sondern muss in seiner Relevanz für die Konstruktion eines Wir-Verständnisses von Milieus verstanden werden. Das bedeutet, dass die völkische Raumnahme trotz ihres Lokalbezugs somit keinen Einzelfall darstellt, sondern in einen strukturellen Kontext eingebunden ist, wodurch eine gewisse Übertragbarkeit entsteht (ebd.; Varga, 2021; Heitmeyer/Freiheit/Sitzer, 2020). Drei Sphären der rechten Raumnahme lassen sich aus der Auswertung der problemzentrierten Leitfadenterviews und unter Einbezug weiterer Aggregatdaten analytisch unterscheiden. Die Sphären weisen jeweils spezifische Schwerpunkte auf und zeichnen sich durch eine eigene Charakteristik aus. Unterschieden werden kann in eine *öffentliche*

Sphäre, eine private Sphäre und eine digitale Sphäre. Dabei stehen die Sphären in einem interdependenten Verhältnis zueinander, bilden untereinander Brücken und bedingen sich gegenseitig.

ÖFFENTLICHE SPHÄRE

Die völkischen Siedler setzen in der Öffentlichkeit und dem alltäglichen Leben innerhalb Leisnigs darauf, als ziviler Teil der Stadtbevölkerung aufzutreten und nicht als identifizierbare Gruppe Rechtsextremer wahrgenommen zu werden. Die 56-jährige Eva L., die berufsbedingt mit vielen Einwohnern der Kleinstadt in persönlichem Kontakt steht, teilt folgende Beobachtung:

Die wollen ja nicht wahrgenommen werden, also nicht bewusst. Also die, die sind ja so, dass sie eher im Stillen da einfach wirken. Also Aufmerksamkeit wollen die ja nicht unbedingt, dass man weiß: „Aha, da ist es und was macht der jetzt hier?“. Sondern das funktioniert eben anders. Nicht, dass sie einfach mal wieder streuen. Also einfach mal wieder was was Negatives sagen und so nach und nach und überall sich festsetzen und so im Unterbewussten, im Untergrund da ihr's machen. Und so nach dem Motto: „Was unsere Generation nicht schafft, schafft die nächste.“ Und das ist so eine, so eine besondere Strategie, die sie da auch haben.

Eva L.

Damit verfolgen die Völkischen das Ziel, sich anschlussfähig innerhalb der Stadtgesellschaft zu zeigen und sich dieser zu öffnen, so dass mit der lokalen Bevölkerung Kontakte entstehen können. Dabei lasse sich laut Denise B. ein gewaltloses und freundliches Auftreten beobachten: „Das sind Leute im Wollpulli, die halt im Kindergarten freundlich sind.“ Der Aufbau sozialer Kontrolle vor Ort ist einer der strategischen Kernbereiche Rechtsextremer für die Aneignung von Räumen (vgl. Bundschuh, 2004, 11). So organisierte man aus dem Kreis der völkischen Siedler und ihrer Unterstützer heraus im Sommer 2021 unter anderem eine Spendenaktion bezüglich der Flutkatastrophe im Ahrtal (Rafael, 2021). Die soziale Unterstützung soll die soziale Kontrolle vor Ort stabilisieren (ebd.). Man wolle damit den Eindruck erwecken, die vermeintlich Ein-

zigen zu sein, die sich der Probleme der Bevölkerung annehmen und sich so gezielt als „Kümmerer“ im öffentlichen Raum präsentieren (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer, 2022, 73; Quent, 2014, 50). Leerstellen, die durch die völkischen Siedler besetzt werden können, ließen sich überall im Ort finden, stellt die 39-jährige Ariane T. fest, die sich in einem Leisniger Verein engagiert: „Hier in dem Ort fehlt generell ein Angebot, hier gibt es nix.“ Alle Interviewpartnerinnen und -partner beschreiben die Raumnahme der völkischen Siedler als eine Strategie, die auf den Aufbau einer breiten Basisstruktur setzt und soziale Netze innerhalb der lokalen Stadtbevölkerung spinnen will, ohne dabei als ordinär rechtsextrem wahrgenommen zu werden. Der 27-jährige Robin M., der in Leisnig wohnt und sich in einem lokalen Bündnis demokratisch organisiert, kommt zu folgendem Schluss:

Ich denke, das ist auch genau deren Strategie. [...] Das sind ja alles vorbestrafte, gewalttätige Menschen tatsächlich. [...] wie sie nicht alle heißen und man weiß genau, im Zweifel, die scheuen sich nicht, da irgendwie zu Gewalt zu- zu- zugreifen. Aber das ist nicht deren Strategie hier. Die wollen genau in die Zivilgesellschaft rein. Die sind teilweise im Elternbeirat in den Schulen und Kindergärten, ne. Die wollen irgendwie freundlich auftreten. Die wollen, dass alle sich denken: „Was für ein freundlicher junger Mann, der wird ja, der ist ja voll höflich zu mir.“ Die wollen genau nicht negativ auffallen, was ich finde, was man auch sehr gut merkt.

Robin M.

Die völkischen Siedler nutzen den öffentlichen Raum aber auch, um politische Themen zu platzieren. Notwendig sei der Schritt in die Öffentlichkeit und das Auftreten als politisch-sichtbarer Akteur durch die Organisation der Corona-Proteste ab April 2021 geworden, da sich die völkischen Siedler durch die staatlichen Eingriffe in ihren propagierten Rückzugsraum bedroht gesehen hätten und gezwungen wurden, ihren angestrebten Gesellschaftsentwurf zu verteidigen (vgl. Hammer, 2022, 228). Nicht zuletzt wurde mittels der Corona-Proteste der Versuch unternommen, in die lokale Gesellschaft zu diffundieren und völkisch-nationalistische Ideologie zu verbreiten. Der 30-jährige Mario A., der seit mehreren Jahren in einem Leisniger Verein angestellt ist, vertritt

die Auffassung, dass die völkischen Siedler die Proteste nutzen wollten, um innerhalb der lokalen Bevölkerung Anklang zu finden: „Aber hier wird schon versucht, aufgrund von Corona einzusteigen und die Leute zu mobilisieren und [...] über eine Hintertür an die rechte Seite zu ziehen.“

An die bundesweiten beobachtbaren rechten Mobilisierungserfolge der letzten Jahre konnten die Proteste in Leisnig lokal allerdings vorerst nicht anknüpfen. Nachdem die stationären Kundgebungen auf dem Leisniger Marktplatz im April 2021 starteten, versandeten sie – ohne weitreichende Beteiligung der lokalen Bevölkerung – bereits im Juni 2021 wieder. Sozialarbeiterin Kaya H. vermutet, dass das mediale Interesse an den völkischen Siedlern und das Aufdecken ihres Zuzugs nach Leisnig dafür gesorgt hat, dass die wöchentlichen Protestveranstaltungen eingestellt wurden: „Das wird auch bewusst so gemacht worden sein, dass die erstmal aufhören und gar keinen weiteren Trubel um sich wollen mit den Montagsdemos.“

DIGITALE SPHÄRE

Mit Beginn der Corona-Proteste im April 2021 entstand die Website und der gleichnamige Telegramkanal *leisnig.info*, die dem völkischen Netzwerk als primäre Darstellungsplattform dient. Im März 2022 zählte *leisnig.info* zu den größten regionalen Telegramkanälen in Sachsen (Kiess et al., 2022). Anfang Dezember 2022 hatten den Kanal 752 Personen abonniert. Innerhalb der digitalen Sphäre setzen die Siedler auf eine inszenierte Außendarstellung, um nicht als ordinäre Rechtsextreme erkennbar zu sein. Stattdessen soll ein alternatives Informationsmedium entstehen, das sich die Ausdünnung der lokalen Kommunikationskanäle im ländlichen Raum zunutze macht und, so die Einschätzung von Ariane T., „dieses Vakuum besetzt“. Den spezifischen Fokus bildet hier der Verweis auf ein vermeintlich geteiltes Alltagsleben und ein Kollektivinteresse, ohne damit einen explizit politischen Bezug zu schaffen. So inszeniert sich das völkische Netzwerk auf dem Telegramkanal *leisnig.info* als Gestalter des gesellschaftlichen Lebens in Leisnig und bewirbt lokale Veranstaltungen und Feste im Ort. Die Plattform dient laut Eigenangabe dazu, über das normale Leben innerhalb der Kleinstadt zu berichten (*leisnig.info*, 2022a).

Auch die aktuelle Forschung zeigt, dass das Besetzen leerer Räume in der öffentlichen Kommunikations- und Informationsinfra-

struktur eine der wesentlichsten Gelegenheitsstrukturen für rechte Bedrohungsallianzen im ländlichen und kleinstädtischen Raum darstellt (Dietze, 2022; Freiheit/Sitzer/Heitmeyer, 2022, 78 f.). Im Hintergrund steht letztlich der demografisch-soziale Wandel und damit einhergehend eine umfassende Veränderung kleinstädtischer Sozialräume. Die völkischen Siedler nutzen *leisnig.info*, um in zivilgesellschaftliche Bereiche, die spärlich oder gar nicht (mehr) durch demokratische Strukturen ausgefüllt werden, vorzudringen, diese zu besetzen und sich so in der lokalen Bevölkerung als „Kümmerer“ zu etablieren (Quent/Schulz, 2015, 154). Des Weiteren bewirbt der Kanal unter anderem Corona-Protestkundgebungen in Leisnig und benachbarten Gemeinden, verbreitet Verschwörungserzählungen bezüglich des Pandemiegeschehens und dient als Multiplikator für Inhalte aus weiteren Telegramkanälen wie u. a. der extrem rechten Kleinstpartei *Freie Sachsen*. Im Bürgermeisterwahlkampf 2022 rief die Seite explizit dazu auf, dem rot-rot-grünen Kandidaten keine Stimmen zu schenken, und bedauerte, dass kein Kandidat der *Freien Sachsen* zur Wahl antrete (*leisnig.info*, 2022b).

Das Fallbeispiel *leisnig.info* bestätigt aktuelle Forschungsergebnisse zu Online-Strategien der extremen Rechten: Die digitale Sphäre ist von einer Kommunikation geprägt, in der eine starke Eigendarstellung und Repräsentation über dem Wahrheitsgehalt steht, mit emotionalisierenden Inhalten gearbeitet wird und die Reproduktion von Verschwörungsmmythen seit der Corona-Pandemie zentral geworden ist (Müller, 2022, 95). Wie ambivalent das Wahrheitsverhältnis der völkischen Siedler ist, wird anhand der Ereignisse des Leisniger Spendenlaufs 2021 sichtbar, der jährlich durch einen großen Verein der Zivilgesellschaft organisiert wird. Dieser wurde durch die völkischen Siedler über *leisnig.info* im Vorfeld beworben und zur Teilnahme aufgerufen. Vor Ort hätten die völkischen Siedler auf ein seitens der Organisatoren ausgesprochenes Beteiligungsverbot mit Gewaltandrohungen reagiert und versucht, einzelne Veranstalter gezielt einzuschüchtern, berichten Betroffene. Im Nachgang stellte *leisnig.info* den Spendenlauf als „vollen Erfolg“ dar (*leisnig.info*, 2021a). Die Eigendarstellung und Repräsentation als ziviler Bestandteil der lokalen Bevölkerung ist für die Online-Strategie der völkischen Siedler entscheidend.

Mittlerweile gibt es mit *Leben in Mitteldeutschland* seit 2022 einen weiteren Telegramkanal, der sich der gleichen Strategie bedient und auf

dem ebenfalls der Versuch unternommen wird, langfristige Sozialisationsprozesse auszulösen, die den Grundstein für extrem rechte Normalisierungsgewinne bilden. Die Ergebnisse einer durchgeführten Netzwerkanalyse zeigen, dass die Werbefunktion des Telegramkanals *leisnig.info* in überregionalen Telegramkanälen tatsächlich gering ausfällt, während der Einfluss von *leisnig.info* in regionale Kanäle wesentlich stärker zu bemessen ist und eine regionale Online-Vernetzung mit extrem rechten Kanälen mit Bezug auf Mitteldeutschland zu beobachten ist (Dietze, 2022, 12).³

PRIVATE SPHÄRE

Den dritten Bereich der völkischen Raumergreifung bildet die private Sphäre. Diese erfüllt die Funktion, frei von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Intervention eine unabhängige Basisstruktur zu schaffen, welche die völkische Gemeinschaft stärken und miteinander vernetzen sowie vor staatlichen Eingriffen schützen soll. Die völkischen Siedler streben die Etablierung „ökonomische[r] Autarkie“ an (Bundschuh, 2004, 12), um als extrem rechtes Netzwerk von staatlichen Geldern und Strukturen unabhängig zu werden. Praktisch geschieht dies – neben dem Erwerb von Immobilien – durch die Gründung von Unternehmen wie Druckereien oder im Versandhandel, die das Netzwerk einerseits finanzieren und zudem politische Inhalte verbreiten (ebd.). Lokale Recherchen bestätigen Unternehmensgründungen dieser Art in Leisnig (vgl. Runter von der Karte, 2021).

Dieser Prozess fand sowohl für die überregionale Öffentlichkeit als auch für die lokale Stadtgesellschaft weitestgehend im Verborgenen statt. Zeitlich lässt sich dies in Leisnig seit mindestens 2015 nachvollziehen. Sozialarbeiterin Kaya H. erinnert sich schockiert daran zurück, wie sie die Ansiedlung der völkischen Siedler erlebt hat:

Aber da gab es einen, der hat jetzt einen Hof hier in der Umgebung. Der vertreibt Bücher und Flaggen und alte Landkarten [Anm. d. Verf.: gemeint ist der extrem rechte Adoria-Verlag, der seinen Sitz seit 2015 in Leisnig hat]. Wo ich mir denke, krass, der ist schon seit Jahren hier und ich habe das

3) Hierfür gebührt Gideon Wetzel Dank, der das den Ergebnissen zugrunde liegende Netzwerkdiagramm technisch umgesetzt und entsprechend aufbereitet hat.

nicht mitgeschnitten, die machen das halt im Untergrund. Und gut ja, spätestens wo die hier halt aufgekreuzt sind. Wo ich dem [...] das erste Mal in die Augen geguckt habe, wusste ich, der Scheiß ist real. Das gibt's wirklich.

Kaya H.

Darüber hinaus vernetzte sich die völkische Szene in Mittelsachsen in der Vergangenheit in und um Leisnig auf verschiedenen privaten Veranstaltungen, die klandestin organisiert wurden und sich ausschließlich an den Personenkreis der völkischen Siedler richteten. Die private Sphäre stellt hierbei einen nicht-öffentlichen Bereich dar und beschreibt einen Raum, der exklusiv von Rechtsextremen dominiert wird. Bekannt gewordene Beispiele sind hierbei das Zeltlager des Jugendbundes *Sturm-vogel* 2017 in Cossen sowie die Wintersonnenwende-Feier am 21. Dezember 2021, die durch einen Mitschnitt auf *leisnig.info* einsehbar und dokumentiert ist (leisnig.info, 2021b). Im Mai 2022 fand in der nahe gelegenen Gemeinde Lunzenau ein sogenannter Maitanz statt, an dem eine Vielzahl völkischer Aktivistinnen und Aktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahm (vgl. Endstation Rechts, 2022).

ZWISCHENRÄUME UND BRÜCKENSCHLÄGE

Der Zwischenraum von öffentlicher und privater Sphäre ist durch eine Abwehrstrategie charakterisiert, die sich gegen eine reflexive Stadtgesellschaft richtet (Heitmeyer/Grau, 2013, 33) und als fester Bestandteil der extrem echten Raumergreifungstaktik in Leisnig betrachtet werden kann. Das Netzwerk der völkischen Siedler verfolgt damit das Ziel, diejenigen Akteurinnen und Akteure der demokratischen Zivilgesellschaft zu diffamieren und einzuschüchtern, die die Völkischen als Problem auf die öffentliche Agenda heben wollen (ebd.). Interviewpartnerinnen und -partner berichten von Einschüchterungsversuchen, die es seitens des völkischen Netzwerks gegenüber einzelnen Privatpersonen gegeben habe: „Ich kenne euch und ich finde euch“, zitiert Denise B. die Drohung eines völkischen Siedlers sinngemäß.

Das gewaltvolle und bedrohliche Verhalten der völkischen Siedler ist zwar durchaus in der Stadtbevölkerung wahrnehmbar, richtet sich aber explizit an einzelne Privatpersonen, Zusammenschlüsse sowie diejenigen Akteurinnen und Akteure, die eine völkische Raumergreifung

problematisieren. Um die inszenierte öffentliche Eigendarstellung der völkischen Siedler als ziviler und gewaltloser Teil der Leisniger Stadtbevölkerung nicht zu gefährden, kommuniziert das völkische Netzwerk diese aggressive Abwehrstrategie nicht in die öffentliche Sphäre hinein, wie am Beispiel des Spendenlaufs dargestellt wurde. Offenbar rechnen die Siedler mit einer stärkeren Abgrenzung der Leisniger Zivilgesellschaft, sollte man sie als gewalttätig wahrnehmen. Dies steht im Einklang mit der gesellschaftlich weit verbreiteten Klassifizierung des „Nazi“, dessen Merkmal die „Kopplung aus gewalttätigem Handeln und ideologischen Aussagen“ sei, „von denen man sich leicht distanzieren könne“ (Pates, 2011, 223). Dennoch wirken die zielgenau adressierten Einschüchterungsversuche in eine öffentliche Sphäre hinein und können als Methode der Abschreckung interpretiert und als Warnung an diejenigen verstanden werden, die versuchen, sich der völkischen Raumnahme in den Weg zu stellen.

Die völkischen Siedler benutzen außerdem die digitale Sphäre, um in die öffentliche Sphäre hineinzuwirken. Infolgedessen käme es laut der befragten Interviewpartnerinnen und -partner zu gezielten Tatsachenverdrehungen und falschen Darstellungen, die über *leisnig.info* verbreitet werden. Dieses Vorgehen ist Baustein einer digitalen Raumstrategie, deren Ziel es ist, gesellschaftliche Wirkungsmacht zu entfalten (vgl. Fernholz, 2022; Müller, 2022; Fielitz/Marcks, 2020). Laut der Interviewten würden sich die völkischen Siedler im digitalen Raum mit fremden Federn schmücken und das Engagement anderer als ihr eigenes darstellen. Die 56-jährige Eva L. erinnert sich an ein konkretes Beispiel:

Und jetzt war diese 975-Jahre-Feier von Leisnig, wo wir gesagt haben, das können wir nicht groß feiern durch Corona, aber es haben halt Leute trotzdem schön ihren Garten gestaltet und so. Und dass dann eben einige von den völkischen Siedlern das fotografiert haben und dann eben irgendwie ins Netz gestellt haben, als wären das so ihre Initiativen, [...] dass sie immer dabei sind, die Sachen zu vereinnahmen.

Eva L.

Die Inszenierung der völkischen Siedler als aktiver und integraler Teil der Stadtgesellschaft findet maßgeblich im digitalen Raum statt. Durch

die digitale Darstellung als „Kümmerer“ (Quent/Schulz, 2015, 154) soll ihnen eine Wertschätzung zuteilwerden, die zu einer Akzeptanz auch in der breiteren öffentlichen Sphäre beitragen soll und das Ziel anstrebt, soziale Hegemonie und Kontrolle innerhalb Leisnigs und der lokalen Bevölkerung zu erlangen (Bundschuh, 2004, 13).

Die Region Mittelsachsen rund um die Kleinstadt Leisnig war in der Vergangenheit mehrfach Austragungsort von Veranstaltungen und Aktivitäten, die sich explizit an die völkische Szene richteten und von dieser organisiert wurden. Von einzelnen, bereits erwähnten Ausnahmen abgesehen, gewährt das Leisniger Siedlernetzwerk wenig dezidierte Einblicke in ihre völkisch-nationalistische Lebenswelt. Dass es dennoch hin und wieder zu einer solchen Darstellung kommt, liegt darin begründet, dass potenziell interessierte, ansiedlungswillige Personen der extrem rechten Szene von der angeblichen Strahlkraft des völkischen Siedlungsprojekts überzeugt werden sollen. Dennoch wird die explizite Darstellung der völkischen Lebenswelt durch die Siedler bewusst kleingehalten, um das Image des freundlich-höflichen Nachbarn, mit dem man ein gemeinsames Alltagsleben teilt, innerhalb der Kleinstadt aufrechtzuerhalten und nicht zu gefährden. Allerdings nimmt die Werbung für ein „Zusammenrücken“ in Mittelsachsen auf *leisnig.info* seit Sommer 2022 zu. Die Kleinstadt wird dabei öffentlich als völkisches Vorzeigeprojekt präsentiert:

Leisnig ist ein gutes Beispiel dafür, dass ein Zusammenrücken funktioniert. [...] Alte und neue Aktivisten setzen zusammen neue Akzente, geben Impulse. So kann in Mitteldeutschland verhindert werden, dass westdeutsche Verhältnisse in den Städten einkehren, und unsere Kinder artgerecht unter Deutschen aufwachsen können.

leisnig.info, 2022c

Der innerhalb der digitalen Sphäre zu beobachtende Trend, ihr Gründungsvorhaben eines völkischen Siedlungsprojektes mittlerweile offener zu präsentieren, könnte darauf hindeuten, dass die völkischen Siedler in ihrem Auftreten sicherer werden. Hierbei gilt es, künftig darauf achtzugeben, ob diese Verschiebungen auch in den anderen Sphären zu beobachten sind und was dies für die Gesamtentwicklung vor Ort bedeutet.

FAZIT

Die Raumaneignung der völkischen Siedler in Leisnig findet nicht nur physisch durch den Ankauf von Höfen statt. Ihre Strategie lässt sich analytisch in mindestens drei Sphären unterteilen. Die öffentliche, die digitale und die private Sphäre der Raumnahme verfügen über jeweils spezifische Charakteristika. Gleichmaßen sind die Aktivitäten in den Sphären von Interdependenzen und Brückenschlägen gekennzeichnet. Das völkische Netzwerk greift bei seiner Aneignung des öffentlichen Raums einerseits auf Gelegenheitsstrukturen zurück, die den ländlichen Raum für rechte Bedrohungsallianzen anfällig werden lassen (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer, 2022, 78 f.) und orientieren sich andererseits am bewährten Säulenkonzept der NPD zur Schaffung sogenannter „national befreiter Zonen“ (u.a. Schulze, 2016; Döring 2007; Bundschuh, 2004). Die Raumaneignung verfolgt das langfristige Ziel, Sozialisationsprozesse zu bewirken, die extrem rechte Normalisierungsgewinne in Sozialräumen ermöglichen sollen. Mitnichten geht es dabei um die Erschaffung sogenannter Parallelwelten und den Verbleib in geschlossenen Strukturen, hingegen vielmehr um das aktive Engagement und die hegemoniale Übernahme ländlicher Strukturen.

Die völkischen Siedler betreiben einen „organisierten und ideologisch gefestigten Rückzug“ (Fielitz/Wallmeier, 2019), indem sie Projekte wie in der Region Leisnig ins Leben rufen. Der Blick auf die Kleinstadt unterstreicht, dass dieser Rückzug keiner politischen Loslösung gleichkommt, sondern einen langfristigen Plan verfolgt, der vielmehr einen *exit from democracy* als Akt der Radikalisierung beschreibt. Das Fallbeispiel Leisnig legt die Vermutung nahe, dass ein Verhältnis zwischen der strategisch-theoretischen Überlegung zur Schaffung sogenannter „national befreiter Zonen“ und der tatsächlichen Existenzgründung solcher Räume besteht. Unklar bleibt indes, ob strategische Überlegungen direkte Taten anleiten oder ob versucht wird, spontane und zufällige Aktionen im Nachhinein strategisch zu begründen und zu systematisieren. Ein strategischer Entwurf mit konkreten Anweisungen, wie ihn die Initiative *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* oder auch Martin Sellner in „Die Strategie der Sammlung“ (Sellner, 2021b) propagiert, kann und sollte jedenfalls nicht als unmittelbar wirksame Anleitung zur Handlung interpretiert werden (Bundschuh, 2004, 18). Dies würde dazu beitragen, das Verhältnis von Theorie und Praxis zu

vereinfachen und den Anschein eines Grades der politischen Geschlossenheit und Organisierung der extremen Rechten erwecken, der in einem solchen Maße – ungeachtet dessen, dass Akteure der extremen Rechten dies so darstellen und gerne selbst so sehen wollen – nicht existiert (ebd.). Dennoch führt die Verknüpfung strategisch-theoretischer Diskurse um Lebensraum und die praktische Erprobung der Raumnahme in Leisnig dazu, dass die mittelsächsische Kleinstadt in der rechten Eigendarstellung als völkisches Vorzeigeprojekt mit Strahlkraft dargestellt wird. Insofern ist es umso wichtiger, dass die demokratische Zivilgesellschaft dem völkischen Siedlungsprojekt entgegentritt, wie es ein demokratisches Bündnis bereits tut. Doch die Aufgabe liegt gleichermaßen bei lokaler Stadtverwaltung und Sicherheitsbehörden. Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Erfolgchancen rechter Bedrohungsallianzen weniger von der geografischen Lage oder Gemeindegröße, sondern vielmehr von der Konfliktfähigkeit der Stadtgesellschaft und Gemeinde abhängen (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer, 2022, 77).

Anfang Oktober 2022 fand in Leisnig unter dem gleichen Motto der damaligen Corona-Proteste, „Wir wollen leben“, wieder eine durch das völkische Siedlernetzwerk organisierte Kundgebung statt, die unter anderem die aktuelle Energiekrise zum Thema machte. Es ist die erste seit Juni 2021 und ein erneuter Versuch, Resonanzräume für ihre völkisch-nationalistische Ideologie innerhalb der Lokalbevölkerung zu schaffen. Wieder zeigt sich, dass die extreme Rechte ihre Narrative an gesellschaftliche Dynamiken anpasst und dass die Krise bevorzugtes Biotop und willkommenes Szenario als solches ist, das für ihre Strategie von essenzieller Bedeutung ist: Gewollt wird der Kollaps des handlungsunfähig werdenden Staates sowie die Abschaffung der liberalen und pluralistischen Demokratie, wobei die extreme Rechte als greifbare Alternative im kommenden Aufstand wahrgenommen werden soll.

LITERATUR

- Becker, Lea (2021). Kulturbüro: Mittelsachsen zieht völkische Siedler an. *Freie Presse*, 12.08.2021. URL: <https://www.freiepresse.de/mittelsachsen/floeha/kulturbuero-mittelsachsen-zieht-voelkische-siedler-an-artikel11653690> (30.09.2022).
- Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hrsg.) (2020). *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. Bielefeld: transcript.
- Bundschuh, Stephan (2004). Aneignung von Räumen als rechtsextreme Strategie. Über das Konzept der so genannten „national befreiten Zonen“. In Deutsches Jugendinstitut Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.), *Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit* (S. 10–21). Halle.
- Dietrich, Kai/Schuhmacher, Nils (2022). „Eigensinn“ zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. In Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (S. 183–200). Bielefeld: transcript.
- Dietze, Nikolas (2022). Der digitale Raum als Teil rechter Raumergreifung am Beispiel Leisnig. In Johannes Kiess/Gideon Wetzel (Hrsg.), *Ausstieg aus der Demokratie. Extrem rechte Parallelstrukturen in Sachsen*. *EFBI Digital Report 2-2022* (S. 11–13). Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Döring, Ute (2007). *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ein Prozent (2017). Kulturräum Land: Investoren und Pioniere gesucht. URL: <https://www.ein-prozent.de/blog/aktiv/kulturräum-land-investoren-und-pioniere-gesucht/2103> (30.09.2022).
- Endstation Rechts (2022). Völkischer Maitanz. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/voelkischer-maitanz-o> (30.09.2022).
- Fernholz, Tobias (2022). *Die rechtsradikale Bewegung und ihr digitaler Kampf um Identität. Inhalte, Dynamiken und Resonanzräume rechtsradikaler Alternativ-Öffentlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fielitz, Maik/Marcks, Holger (2020). *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Dudenverlag.
- Fielitz, Maik/Wallmeier, Philip (2019). Exit als Radikalisierung. Zur Radikalität rechtsextremer Rückzugsbewegungen. *Behemoth – A Journal on Civilisation* 12, 49–62.
- Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (2022). Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse. In Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (S. 61–84). Bielefeld: transcript.
- Geisler, Alexander/Braun, Stephan/Gerster, Martin (2016). Strategien der extremen Rechten – Einleitende Betrachtungen. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (S. 11–38). 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.
- Hammer, Franz (2022). Protest im angestammten Gebiet. Ideologische Landnahme der Völkischen Bewegung in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2021* (S. 223–236). Leipzig: edition überland.
- Heitmeyer, Wilhelm (2020). Kampf um Räume. Ein Geleitwort zum Band. In Lynn Berg/Jan Üblacker (Hrsg.), *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Einstellungen und ihre ländlichen Kontexte* (S. 7–8). Bielefeld: transcript.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020). *Rechte Bedrohungsallianzen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Grau, Andreas (2013). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement. In Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Menschen-feindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 11–33). Weinheim: Beltz Juventa.
- Hellwig, Marius (2020). Land unter? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Siedler*innen. Publikation der Amadeu Antonio Stiftung. URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/02/Land-unter-Internet.pdf> (30.09.2022).
- Helm, Stephanie (2021). Völkische Siedler rund um Leisnig: Was kann die Stadt tun? *Leipziger Volkszeitung*, 17.08.2021. URL: <https://www.lvz.de/lokales/mittelsachsen/doebeln/voelkische-siedler-rund-um-leisnig-was-kann-die-stadt-tun-FIRUPXAPHBO7DLAN5OSAPHJVFQ.html> (30.09.2022).
- Internationaler Bund (2001). Materialien für den politischen Unterricht in der beruflichen Bildung. Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Internationaler Bund – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.
- Kiess, Johannes/Nissen, Sophia/Wetzel, Gideon/Winkler, Benjamin (2022). Pilotausgabe. *EFBI Digital Report*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kositzka, Ellen (2021). Wir bleiben hier. *Sezession*, 01.09.2021. URL: <https://sezession.de/64578/wir-bleiben-hier> (30.09.2022).
- Kubitschek, Götz (2007). Leere Räume – junge Männer. *Sezession*, 2007/20. URL: <https://sezession.de/3506/leere-raeume-junge-maenner> (30.09.2022).
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2021a). Stille Landnahme. *Sachsen rechts unten, Heft 7*, 26–30.

- Kulturbüro Sachsen e.V. (2021b). Völkische Siedler*innen in Sachsen. *Monitorium Rechts, Heft 4*.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2021). Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2020. URL: <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/jahresberichte-4103.html> (30.09.2022).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022). Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021. URL: <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer-Verfassungsschutzbericht-2021.pdf> (30.09.2022).
- Leisnig.info (2021a). Beitrag vom 04.09.2021. *Telegram*, 04.09.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/308> (20.09.2022).
- Leisnig.info (2021b). Beitrag vom 22.12.2021. *Telegram*, 22.12.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/575> (20.09.2022).
- Leisnig.info (2022a). Hallo und herzlich Willkommen auf leisnig.info! URL: leisnig.info (25.09.2022).
- Leisnig.info (2022b). Beitrag vom 12.06.2022. *Telegram*, 12.06.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/1324> (20.09.2022).
- Leisnig.info (2022c). Beitrag vom 05.11.2022. *Telegram*, 05.11.2022. URL: <https://t.me/Leisnig/1841> (10.11.2022).
- MDR (2021a). Immer mehr Rechtsextremisten siedeln nach Sachsen. *MDR*, 25.02.2021. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimma-oschatz-wurzen/rechtsextreme-siedler-sachsen-100.html> (30.09.2022).
- MDR (2021b). Völkische Siedler: Rechtsextreme besiedeln mitteldeutsche Dörfer. *MDR*, 10.08.2021. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/rechtsextremismus-voelkische-siedlungsprojekte-mitteldeutschland-100.html> (30.09.2022).
- MDR Investigativ (2021). Rechte Landnahme – wie Nazikader nach Sachsen ziehen. *youtube*, 05.06.2021. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=8pehLczFvnl> (30.09.2022).
- Miggelbrink, Judith/ Mullis, Daniel (2022). Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte. In Judith Miggelbrink/Daniel Mullis (Hrsg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (S. 19–42). Bielefeld: transcript.
- Müller, Pia (2022). Extrem rechte Influencer*innen auf Telegram. Normalisierungsstrategien in der Corona-Pandemie. *Z-Rex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 2(2022)1, 91–109.
- Nachtwey, Oliver (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Pates, Rebecca (2011). Die Hölle sind immer die anderen. Moralische Ordnungen in Trainings gegen „Rechtsextremisten“. In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 212–239). Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichen-de Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias (2017). Eine Fallstudie aus dem Saale-Holzland-Kreis: Zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? *Wissen schafft Demokratie*, 2017/1, 268–286.
- Rafael, Simone (2021). Rechtsradikale Fluthelfer: Klicke mein Flut-Elends-Bild auf Social Media! *Belltower News*, 29.07.2021. URL: <https://www.belltower.news/rechtsradikale-fluthelfer-klicke-mein-flut-elends-bild-auf-social-media-119213> (30.09.2022).
- Revolution auf Sendung (2020). Podcast Revolution auf Sendung #029. Gespräch mit der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“. 19.03.2020. URL: <https://www.spreaker.com/user/revolutionaufsendung/revolution-auf-sendung-029-im-gespraech-> (30.09.2022).
- Runter von der Karte (2021). Leisnig, völkische Siedler. 31.12.2021. URL: <https://www.runter-vonderkarte.jetzt/leisnig-voelkische-siedler> (30.09.2022).
- Salheiser, Axel (2021). *Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme*. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.
- Schmidt, Anna (2014). *Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf (30.09.2022).
- Schulze, Christoph (2016). Das Säulenkonzept der NPD. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (S. 77–101). 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.
- Sellner, Martin (2021a). Sezession oder Reconquista – nach der „Stunde null“. *Sezession*, 21.09.2021.: <https://sezession.de/64731/sezession-oder-reconquista-nach-der-stunde-null> (30.09.2022).
- Sellner, Martin (2021b). Die Strategie der Sammlung. *Sezession*, 01.10.2021. <https://sezession.de/64805/die-strategie-der-sammlung> (30.09.2022).
- Sommerfeld, Carolin (2021). Wirklichkeit und Weltordnung – Antwort auf Martin Sellner. *Sezession*, 06.10.2021. URL: <https://sezession.de/64814/wirklichkeit-und-weltordnung-antwort-auf-martin-sellner> (30.09.2022)
- Spiegel (1991). Anhaltender Terror. *Der Spiegel*, 10.03.1991. URL: <https://www.spiegel.de/politik/anhaltender-terror-a-15bod3b2-0002-0001-0000-000013488261?context=issue> (25.09.2022).
- Krell, Detlev (1991). Die Welt-Baracke in der Provinzstadt. *tageszeitung*, 12.03.1991. URL: <https://taz.de/Die-Welt-Baracke-in-der-Provinzstadt/1728329> (25.09.2022).
- Varga, Mihai (2021). The return of economic nationalism to East Central Europe: Right-wing intellectual milieus and anti-liberal resentment. *Nations and Nationalism*, 27(2021), 1, 206–222.
- Weber, Antonia (2021). Kulturbüro stellt „Sachsen rechts unten 2021“-Bericht vor. „Die Gefahr, die von rechten Räumen ausgeht, kann gar nicht

hoch genug eingeschätzt werden“. *Leipziger Zeitung*, 08.05.2021. URL: <https://www.l-iz.de/politik/2021/05/kulturbuero-stellt-sachsen-rechts-unten-2021-bericht-vor-die-gefahr-die-von-rechten-raeumen-ausgeht-kann-gar-nicht-hoch-genug-ingeschaetzt-werden-389531> (30.09.2022).

– Wurzel, Dirk (2021). Brutale Attacke in Leisnig: Bürgermeister Goth verurteilt Gewalt bei Spendenlauf. *Leipziger Volkszeitung*, 17.09.2021. URL: https://www.lvz.de/lokales/mittelsachsen/dobeln/brutale-attacke-in-leisnig-buergermeister-goth-verurteilt-gewalttat-bei-spendenlauf-7VWRQ456QTGAKCP2W7EMNGRAJU.html?outputType=valid_amp (30.09.2022).





170

DEMOKRATIE IN SACHSEN



171

RECHTE LEBENSWELTEN UND RAUMNAHME



172

DEMOKRATIE IN SACHSEN



173

RECHTE LEBENSWELTEN UND RAUMNAHME



174

DEMOKRATIE IN SACHSEN



175

RECHTE LEBENSWELTEN UND RAUMNAHME



176

DEMOKRATIE IN SACHSEN



177

RECHTE LEBENSWELTEN UND RAUMNAHME



Heute wie damals?

Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Protteste

Seit dem Frühjahr 2020, als die ersten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie beschlossen wurden, regten sich auch in Deutschland dagegen Proteste. Diese in ihren Zielen, Zusammensetzungen, Inhalten und in ihrer Dynamik zu verstehen, stellte und stellt Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft vor Herausforderungen – nicht zuletzt, weil die Mobilisierungsfähigkeit der Proteste zumindest zeitweise sehr hoch war und sie gesellschaftliche Konflikte in einem besonderen Ausmaß sichtbar gemacht haben. Die bundesweite Protestdynamik war anfänglich durch zentrale Protestzüge in Großstädten gekennzeichnet und erreichte am 29. August 2020 in Berlin mit bis zu 40.000 Protestierenden ihren vorläufigen Höhepunkt. Um die Jahreswende 2020/21 entschleunigte und verlagerte sich das Protestgeschehen (Quent/Richter, 2021). Die am Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland gelegene südliche Oberlausitz zählte zu den ersten ländlich geprägten Regionen Deutschlands, in denen bereits zu Beginn der Pandemie Proteste fernab der Großstädte stattfanden und überraschend viele Teilnehmende mobilisiert werden konnten. Gleichzeitig hält dort in Städten wie Zittau der Protest an – wenn auch mit schwankenden Teilnehmerzahlen. Aber nicht nur Zittau war und ist ein Hotspot der Corona-Demonstrationen, Proteste formierten sich auch in Görlitz und Bautzen, den beiden bevölkerungsreichsten Städten der Oberlausitz, sowie entlang der Bundesstraße B 96.

Die Protestierenden – sei es auf dem „Grünen Ring“ in Zittau oder beim „stillen Protest“ an der B 96 – verorten sich und ihre Anliegen in der Tradition der Friedlichen Revolution von 1989. In ihren Verlautbarungen geben sie an, diese fortführen bzw. gar vollenden zu wollen sowie gegen eine erneute „Diktatur“ und für Freiheit und Demokratie auf die Straße zu gehen. Tatsächlich waren die Oberlausitz im Allgemeinen und Zittau im Speziellen seit Ende der 1970er Jahre wichtige Zentren einer sich formierenden kirchlichen wie außerkirchlichen Friedens-, Umwelt- und Oppositionsbewegung, die 1989 in Demons-

trationen mit bis zu 10.000 Teilnehmenden gipfelte (Liszka, 2009).¹ Mediale und wissenschaftliche Einschätzungen verweisen aber darauf, dass sich die aktuellen Proteste in der Zusammensetzung ihrer Teilnehmenden, den ihnen zugrunde liegenden Forderungen sowie nicht zuletzt in der politischen Ausrichtung sehr deutlich von der Oppositionsbewegung in der DDR unterscheiden (Brieger/Panreck, 2022; Warda, 2021). So sind die Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen mindestens offen für rechte und extrem rechte Symbole und Teilnehmende (Warda, 2021; Bangel, 2021), wobei in diesem Zusammenhang auch auf die antisemitischen Inhalte, die Teil des verschwörungsideologischen Kitts der Proteste sind, zu verweisen ist (Grande et al., 2021, Frei et al., 2021). Aus diesen Gründen wird die Protestbewegung auch als eine sich formierende autoritäre Bewegung eingeschätzt (Quent/Richter, 2021; Amlinger/Nachtwey, 2022; Dilling et al., 2022). Gleichzeitig ist die Bewegung vielfältig und uneindeutig (Frei/Nachtwey, 2021).

Im Forschungsprojekt *Politischer Protest in der Oberlausitz* verfolgt das Else-Frenkel-Brunswik-Institut das Ziel, mit Teilnehmenden des Protestes ins Gespräch zu kommen und über Gruppendiskussionen und Einzelinterviews das von Verschwörungserzählungen durchdrungene Protestgeschehen vor Ort zu verstehen: Wieso entstehen gerade in dieser Region vergleichsweise starke Proteste? Welche Motive, Bedürfnisse und Erfahrungen, aber auch soziale Lagen werden dabei verarbeitet? Was für Erfahrungen machen die Protestierenden auf den Demonstrationen und wie wirken diese auf ihr Selbstverständnis als politische Subjekte zurück?

Die Forscher*innen verfolgen dabei einen sozialraumnahen Ansatz, der den Aufstieg (rechts-)autoritärer Bewegungen weder lediglich als Folge „ökonomischer Klassenkonflikte“ (siehe auch „Modernisierungsverliererthese“) noch allein als Folge kultureller Polarisierung (siehe auch „Cultural-Backlash-These“; Inglehard/Norris, 2016) versteht. Stattdessen sollen mithilfe „lokal situierte[r] Forschung“ (Mullis/Zschocke, 2019, 25) an konkreten Orten die Wechselwirkungen verschiedener Faktoren und Motivationen verstanden werden, die regressive Bewegungen begünstigen.

1) Die 1987 aus oppositionellen Zusammenhängen gegründete Umweltbibliothek in Großhennersdorf archiviert Dokumente aus dieser Zeit und organisiert Ausstellungen zum Thema (Liszka, 2009).

Im Folgenden charakterisieren wir zunächst die Region Oberlausitz als sozialstrukturellen Raum mit seinen eklatanten Veränderungen seit der Wiedervereinigung. Anschließend skizzieren wir die Region als politischen Raum, gehen auf die lokalen Proteste ein, zu denen hier selbst im Vergleich zu anderen sächsischen Regionen überdurchschnittlich erfolgreich mobilisiert werden kann, und beleuchten die bestehenden Zusammenhänge zu rechtspopulistischen Bestrebungen sowie die Tendenz der Bezugnahme auf die Friedliche Revolution von 1989. Im darauffolgenden Abschnitt stellen wir den allgemeinen Forschungsstand über die Corona-Demonstrationen vor, bevor wir schließlich die sich daraus ergebenden Fragestellungen für unser Forschungsprojekt formulieren.

SOZIOSTRUKTURELLER RAUM DER OBERLAUSITZ: STRUKTURBRUCH UND -WANDEL

Die Lausitz ist eine Region in Deutschland und Polen. In Deutschland erstreckt sie sich über die beiden Bundesländer Brandenburg (Niederlausitz) und Sachsen (Oberlausitz). In Brandenburg umfasst sie vier Landkreise sowie die kreisfreie Stadt Cottbus. Die sächsische Oberlausitz setzt sich aus den Landkreisen Bautzen und Görlitz zusammen (Abbildung 1) und teilt nach Osten hin eine knapp 100 Kilometer lange Grenze zu Polen, im Süden grenzt sie an Tschechien. Mit gut 560.000 Einwohner*innen stellt der sächsische Teil etwa ein Drittel der Lausitzer Bevölkerung, deren Dichte mit 99 Einwohner*innen pro Quadratkilometer deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt (230 EW/km²; Zukunftswerkstatt Lausitz, 2018, 4). Die Diversität der Oberlausitz kann einerseits auf die geografischen Begebenheiten im Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland und die sich daraus ergebenden kulturellen Eigenheiten (Besonderheit der sorbischen Minderheit, Mehrsprachigkeit der Grenzregion, Nebeneinander von stark katholischen und evangelischen bzw. säkularisierten Gebieten) sowie andererseits auf unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen zurückgeführt werden. Zwar war die gesamte Lausitz in ihren ländlichen Gebieten immer auch von Agrar- und Forstwirtschaft geprägt, ihre Bodenschätze, ihr Wasserreichtum und ihre Lage machten sie jedoch schon früh für die Ansiedlung von Gewerbe und später auch Industrie interessant.

ABBILDUNG 1

Sächsische Oberlausitz



Freistaat Sachsen

Der südliche Teil der Oberlausitz wurde in der Vergangenheit stark von der Textilproduktion geprägt, die auch zu DDR-Zeiten ein zentraler Wirtschaftszweig war. Dazu kamen die Glasmanufaktur – insbesondere in Weißwasser in der nördlichen Oberlausitz – sowie ab der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der Maschinen- und Fahrzeugbau. Der Braunkohleabbau im Norden der Oberlausitz prägt die Region seit Ende des 18. Jahrhunderts² und wurde zu DDR-Zeiten – wie auch in der brandenburgischen Niederlausitz – deutlich ausgebaut. Für die Energieversorgung der DDR war die gesamte Lausitz zentral, sie deckte den Strombedarf des Landes fast vollständig (Gürtler et al., 2020). Damit einher ging ein hoher Bedarf an Arbeitskräften und entsprechendem Wohn- und Lebensraum, dessen sichtbarstes Zeichen die Planstadt Hoyerswerda darstellt. Bis heute sind Ober- und Niederlausitz stark mit dem Braunkohletagebau assoziiert.

Nach der Wiedervereinigung durchlief die Region eine abrupte Phase der Deindustrialisierung („Strukturbruch“), mit teils gravierenden Folgen für die Bevölkerung vor Ort. Besonders stark waren die Tagebaue betroffen, durch deren Schließung Zehntausende ihre Arbeit verloren. Heute sind in der Oberlausitz noch zwei Braunkohletagebaue aktiv, Nochten und Reichwalde. Ferner kam es nach 1990 zur raschen Abwicklung der Textilproduktion sowie anderer Volkseigener Betriebe (VEB): 92 Prozent der Beschäftigten der Textilindustrie in der Oberlausitz verloren in den Jahren nach der Wiedervereinigung ihren Arbeitsplatz (vgl. Morawe, 2021). Die Oberlausitz entwickelte sich in kürzester Zeit von einem bedeutenden Industriestandort der DDR, der hunderttausende Menschen in Arbeit gesetzt hatte, zu einer der strukturschwächsten Regionen der gesamten Bundesrepublik. 2005 erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höchststand: In den Oberlausitzer Landkreisen lag die Arbeitslosenquote zwischen 17,4 Prozent im ehemaligen Landkreis Kamenz und 26,7 Prozent in der ehemals kreisfreien Stadt Görlitz (StÄBuL, 2022).

Darüber hinaus führte der mit der Transformation der 1990er Jahre verbundene Mangel an Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern insgesamt zu einer starken Abwanderung: Zwischen 1991 und 2013 verließen 1,8 Millionen Menschen das Gebiet der ehemaligen DDR – bei rund 16 Millionen Einwohner*innen. Bei diesen Menschen handelte es

2) Bereits 1789 wurde im brandenburgischen Lauchhammer ein angebohrter Kohleflöz dokumentiert.

sich vor allem um jüngere, häufig hochqualifizierte Menschen (Mau, 2019; siehe auch Gosch, 2003). Der Fortzug junger Menschen aus Ostdeutschland führt einerseits zu einer vergleichsweise alten Bevölkerungsstruktur, andererseits geht mit der Abwanderung auch eine geschlechterspezifische Schieflage einher, die „so großflächig in der Europäischen Union sonst nicht vorkommt“ (Kröhnert, 2009, 92): Zwei Drittel der unter 30-Jährigen, die zwischen 1991 und 2005 Ostdeutschland verließen, waren Frauen (vgl. Mau, 2019; Geis/Orth, 2017).

Diese Abwanderung schlug sich auch in der Bevölkerungsentwicklung der Oberlausitz nieder: Die Bevölkerung des heutigen Landkreises Bautzen ist zwischen 1990 und 2018 um circa 30 Prozent zurückgegangen (StaLAS, 2020a, 9) – im heutigen Landkreis Görlitz um mehr als 40 Prozent (StaLAS, 2020b, 9). In Hoyerswerda begann 1999 – keine zehn Jahre nach Fertigstellung der letzten baulichen Stadterweiterung – aufgrund der stetig sinkenden Einwohnerzahlen der großflächige Abriss ganzer Wohnkomplexe. Die noch immer andauernde Abwanderung ist nach wie vor eines der Hauptprobleme der Region (vgl. Morawe, 2021). Dem Landkreis Bautzen wird in den zehn Jahren

TABELLE 1
Ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale der sächsischen Oberlausitz

Sozialstrukturelle Merkmale	Bautzen	Görlitz	Freistaat Sachsen	Deutschland
Zu-/ Abnahme der Bevölkerung je 1.000 ^a	- 5,8	- 9,2	- 3,4	1,0
Verhältnis Geborene/Gestorbene je 1.000 ^a	- 9,7	- 12,5	- 7,9	- 2,7
Arbeitslosenquote in % (Dezember 2022) ^b	5,5	8,0	5,8	5,4
Ausländerinnen- und Ausländeranteil in % ^c	2,3	4,6	5,1	12,5
Frauenanteil 20 bis unter 40 Jahre in % ^c	46,9	47,6	47,4	48,4
Durchschnittsalter ^c	48,1	49,2	46,5	44,1

a) StaLAS (2022a; 2022b); Eurostat (2022), 31.12.2021 gegenüber dem 31.12.2020.
b) Bundesagentur für Arbeit (2022).
c) BBSR (2019).

zwischen 2020 und 2030 ein Bevölkerungsrückgang von weiteren sieben Prozent prognostiziert, dem Landkreis Görlitz sogar über zehn Prozent (Zukunftswerkstatt Lausitz, 2018).

Folge der Abwanderung sowie der Überalterung ist ein eklatanter Fachkräftemangel: Ein Drittel der Belegschaften ist heute über 55 Jahre alt und geht in gut zehn Jahren in Rente, ohne dass eine neue, ausgebildete Generation vorhanden ist, die sie ersetzen könnte (Hermann et al., 2018). Der prognostizierte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials für die Oberlausitz beträgt 35 Prozent im Zeitraum von 2012 bis 2032 (Seibert et al., 2018).

So problematisch der Fachkräftemangel für die Zukunft der Region ist, hat er zumindest eine positive Konsequenz: Er sorgt für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Heute liegt der Landkreis Bautzen etwa mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent (12/2022) unterhalb des sächsischen (5,8 Prozent, siehe Tabelle 1) und knapp oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts (5,4 Prozent). Der Landkreis Görlitz liegt mit 8 Prozent etwas höher, aber auch hier hat sich die Lage im Vergleich zu den 2000er Jahren deutlich entspannt. Zwar zeigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine Erholung vom Strukturbruch der 1990er Jahre, gleichwohl weist die Region bis heute einmalig niedrige durchschnittliche Nettoeinkommen auf: Im Landkreis Görlitz etwa liegt dies bei 1.212 Euro, im Landkreis Bautzen bei 1.247 Euro (zum Vergleich: in Gesamtdeutschland liegt es bei durchschnittlich 1.890 Euro; vgl. Morawe 2021).

Während der Strukturbruch der 1990er Jahre noch seine Schatten wirft, steht in der Region bereits ein weiterer „Strukturwandel“ an: die endgültige Stilllegung der verbleibenden drei Braunkohlekraftwerke der Lausitz im Rahmen des bundesweit beschlossenen Kohleausstiegs bis 2038, darunter die Oberlausitzer Tagebaue Nochten und Reichenwalde. Vor Ort ist man teilweise misstrauisch, ob es ausreichend politische Begleitmaßnahmen geben wird. Ohne diese wird erneut mit negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gerechnet – wie eine höhere Arbeitslosigkeit sowie eine geringere Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Seibert et al., 2018). Zwar sind im Rahmen der Strukturwandelförderungen vom Bund zahlreiche Investitionen – unter anderem die Ansiedlung wissenschaftlicher Institute und nachhaltiger Energiewirtschaft sowie der Infrastrukturausbau – geplant, die durch Bürgerbeteiligungsformate flankiert werden, Studien schätzen die Mit-

gestaltungsmöglichkeiten für Bürger*innen jedoch bisher als begrenzt ein und kritisieren die fehlende Nachhaltigkeit der Lösungen des Strukturwandels (Gürtler et al., 2020).

Die dargestellten Faktoren zeigen eine Region, die nicht nur mit den Folgen des vergangenen Strukturbruchs zu kämpfen, sondern mit dem bevorstehenden Strukturwandel auch erneute Herausforderungen zu bewältigen hat. Die Kohleindustrie bot – „neben guten Löhnen – [...] einer verunsicherten Region Bedeutung, Orientierung und Selbstbewusstsein“ (Haas, 2020, 161). Das Vertrauen, dass die Politik den Strukturwandel der Region tatsächlich wirksam unterstützt, ist aufgrund der negativen Erfahrungen aus den 1990er Jahren eher gering. Vor diesem Hintergrund ist die Oberlausitz als spezifischer soziostruktureller sowie als politischer Raum zu verstehen.

CORONA-PROTESTE, MONTAGSSPAZIERGÄNGE UND KONSTRUIERTE KONTINUITÄTEN

Heute ist die sächsische Oberlausitz eine Hochburg der AfD und der Corona-Proteste. Es wäre falsch, die Region auf diese Merkmale zu reduzieren, da es ebenfalls viele Menschen gibt, die das Weltbild der AfD nicht teilen und sich gegen die Partei und andere extrem rechte Bewegungen engagieren. Sie verdienen jedoch deshalb Beachtung, da ein Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg der AfD und der Häufigkeit der Corona-Proteste in Sachsen besteht (Reuband, 2022). Hinzu kommt, dass Merkmale strukturschwacher Regionen, wie sie für die Oberlausitz zutreffen (z.B. niedrige durchschnittliche Nettoeinkommen, weniger Geburten als Sterbefälle, Abwanderung, schlecht ausgebaute Infrastruktur) rechtspopulistische Mobilisierung begünstigen – und damit eine Wahlpräferenz für die extrem rechte AfD (vgl. Dilling/Kiess, 2021). Beide sächsischen Landkreise der Lausitz stechen mit Blick auf die Anzahl der Corona-Proteste heraus: Mit 478 (Bautzen) und 443 (Görlitz) Protestveranstaltungen zwischen März 2020 und August 2021 bilden sie die Hochburgen des Protests in Sachsen – erst mit größerem Abstand folgt der Landkreis Zwickau mit 230 Protestveranstaltungen (Reuband, 2022, 70). Für den Wahlerfolg der AfD gilt: Bereits bei den Landtagswahlen 2019 holte die Partei in beiden Landkreisen einen überdurchschnittlich hohen Stimmenanteil (Lorenz/Träger, 2020). Bei der Bundestagswahl 2021 konnte sie darauf aufbauen und erzielte im

Wahlkreis Görlitz mit 32,5 Prozent bundesweit ihr stärkstes Ergebnis auf Wahlkreisebene – Bautzen I lag mit 31,9 Prozent nur knapp dahinter (StaLAS, 2021). Die AfD greift neben Rassismus und Migration auch das Thema des Kohleausstiegs in der Region auf – ein Thema, das aus den Erfahrungen der Vergangenheit bereits mit Ängsten und negativen Erfahrungen besetzt ist und sich deshalb für extrem rechte Mobilisierung gut eignet. Dabei prangert sie den Kohleausstieg an und zweifelt gleichzeitig am menschengemachten Klimawandel (Haas, 2020). Die Partei rückte somit bereits vor den Corona-Protesten in die Nähe von Argumentationsmustern, die anschlussfähig an Verschwörungserzählungen sind. Hier zeigt sich ein erster Anhaltspunkt für die frühe und kontinuierliche Entstehung der Corona-Proteste in der Region.

Wie eingangs erwähnt, verorten die Protestierenden sich und ihre Anliegen in der Tradition einer „mystifizierten“ Friedlichen Revolution (Warda, 2021, 156) und betrachten die heutigen Protestzüge als deren Fortführung: Protestiert wird nicht allein gegen einen vermeintlichen „Impfzwang“, sondern auch gegen „Fremdbestimmung“ und eine erneute „Diktatur“ sowie für „Freiheit“ und „Demokratie“. Wissenschaftlich untersucht wurden die Proteste in der Region bisher nicht, doch schon aus den medialen Informationen wird deutlich, dass die behauptete Kontinuität maximal subjektiv bleibt. Die folgende Darstellung begrenzt sich exemplarisch auf den vermeintlich „stillen Protest“ entlang der B 96, auf die Ringspaziergänge in Zittau und die Proteste in Bautzen.

Der Protestzug entlang der B 96 trifft sich jeden Sonntag zwischen zehn und elf Uhr vormittags. Die Menschen, die dort zwischen Bautzen und Zittau stehen, nehmen ihrerseits direkt Bezug auf den „stillen Protest“ von 1989, der ebenfalls entlang der Bundesstraße B 96 verlief. Beschrieben werden sie jedoch als Melange aus „Wutbürgern, Rechts-extremen, Virusleugnern und Reichsbürgern“ (Leber, 2021, 49). Der Protest sei vorrangig von extremen Rechten (mit-)getragen; Menschen, vor allem Männer, die ihre Reichskriegsflaggen herausholen, sowie Hitlergrüße seien an der sonntäglichen Tagesordnung (Degeling et al., 2021). Die Presse wird teilweise gezielt eingeschüchert (ebd.; Schönian, 2020). Organisiert wird sich über Facebookgruppen, in denen offen rechtsextreme Inhalte geteilt werden (Degeling et al., 2021) – während Anwohner*innen, die sich an den Protesten beteiligen, keine Nazis weit und breit sehen wollen (Leber, 2021). Lokale Expert*innen aus Politik und Zivilgesellschaft, die sich ebenfalls gezielt mit den Protesten

befassen, berichten uns allerdings auch, dass der Protest je nach Dorf unterschiedliche Milieus erfasst und uneinheitlich sei: In bestimmten Dörfern könne man auch Eltern der regionalen SCHKOLAS³ beobachten, die an der Straße stehen und nicht wollen, dass ihre Kinder geimpft werden. Diese seien zwar Impfverweigerer, aber keine Rechtsextremen. Alles in allem ist der Protest jedoch deutlich von rechts geprägt.

In Zittau organisiert das dortige Bürgerbündnis „Grüner Ring“ – benannt nach dem ringförmigen Grünstreifen um die historische Innenstadt – sogenannte Ringspaziergänge. Diese verzeichnen oberlausitzweit regelmäßig die meisten Teilnehmenden (Christmann, 2022) und sind enorm beständig: Seit Frühjahr 2020 finden die „Spaziergänge“ jeden Montag statt – seit nunmehr zweieinhalb Jahren. Über die Zusammensetzung der Corona-Proteste vor Ort finden sich wenig Informationen, man findet jedoch einige Videoaufzeichnungen. Rechtsextreme Symbole, Reichsflaggen und die AfD sind dort weniger präsent als bei ähnlichen Protestzügen in der Region. Der Protest gilt als vergleichsweise friedlich. Dies bestätigen auch Menschen aus der Region, die die Proteste vor Ort kritisch begleiten und mit denen wir reden konnten.

Bautzen, die zweitgrößte Stadt der Region, ist der dritte Ort des regionalen Protestes, der es verschiedentlich in die regionale wie überregionale Presse schaffte. Montags, 18 Uhr, fanden immer die „Mahnwachen“ statt. Auch hier wurden die Proteste maßgeblich von der rechtsextremen Kleinstpartei *Freie Sachsen* getragen. Von Beginn an konnten die Proteste außerdem Strukturen des „weit rechts stehenden“ Unternehmers Jörg Drews nutzen (Bartsch, 2021). Für den Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens (SPD) war dies jedoch kein Grund, sich klar von den Protesten zu distanzieren. Dies geschah erst, als am 27. Dezember 2021 eine solche montägliche Corona-Demonstration eskalierte und mehrere Polizisten durch die Demonstranten angegriffen und verletzt wurden (ZeitOnline, 2021) – vor der Gewalttätigkeit der Demonstranten war zuvor (z.B. in den sozialen Medien) schon länger gewarnt worden. Die *Freien Sachsen* posteten später ein Video mit den Ausschreitungen. Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass Gewalt von den Demonstrierenden ausging, auch im Jahr 2022 kam es zu Gewaltausbrüchen bei Corona-Protesten in Bautzen (Süddeutsche Zeitung, 2022).

3) SCHKOLAS sind Schulen im Dreiländereck, die aktiv die Begegnungen mit Kindern aus den Nachbarländern Polen und Tschechien fördern und auch von Beginn an eine der beiden Sprachen als Zweitsprache unterrichten.

Dass Proteste von rechtsextremen Akteuren getragen werden, bedeutet nicht, dass der Großteil der Teilnehmenden Rechtsextreme sind. Die Forschung geht derzeit davon aus, dass es sich bei den Corona-Protesten weniger um rechtsextreme als vielmehr um autoritäre Proteste handelt (Amlinger/Nachtwey, 2022; Quent/Richter, 2021; Hanloser, 2021). Deutlich wird jedoch auch, dass die selbst hergestellte Kontinuität zu den Demonstrationen im Zuge der Friedlichen Revolution nicht viel mehr als ein verzerrtes Wunschbild ist.

In der Region formiert sich auch immer wieder Gegenprotest – und hier sind etliche Akteure der Umwelt-, Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der 1980er Jahre versammelt. Vor allem in den Städten Bautzen, Zittau und Görlitz kommen zivilgesellschaftliche engagierte Bürger*innen und Kulturinstitutionen, teilweise in Kooperation mit Gewerkschaften und Politik, zusammen, um dem rechts-autoritären Vereinnahmung der Demonstrationen entgegenzutreten. Neben der – zahlenmäßig allerdings geringer ausfallenden – Gegenmobilisierung auf der Straße, gab es auch andere Aktionen wie einen Autokonvoi auf der B 96 oder offene Briefe gegen die Corona-Demonstrationen, u.a. in Zittau und Bautzen, um sich gegen eine Unterwanderung von rechts und für ein „solidarisches Miteinander“ auszusprechen und zu versuchen, den Ruf der Region als politisch regressive Hochburg zu entkräften (Reinhard, 2021).

DIE CORONA-PROTESTE UND IHRE SPEZIFIK IN OSTDEUTSCHLAND

In den letzten zwei Jahren hat eine rege allgemeine Forschungsarbeit zu den Protesten in Deutschland (sowie Österreich und Schweiz) begonnen (u.a. Schäller et al., 2021; Teune, 2021; Grande et al., 2021; Kleffner/Meisner, 2021; Reuband, 2022; Frei et al., 2021; Amlinger/Nachtwey, 2022). Allgemein werden die Corona-Proteste als Reaktion auf die Krisenhaftigkeit der letzten Jahrzehnte sowie auf eine Krise der Demokratie verstanden – häufig zusammengefasst unter dem Stichwort der „Postdemokratie“ (Crouch, 2008). Der Ruf nach „Demokratisierung“ ist zentraler Orientierungspunkt und auch „Legitimationsressource“ (Ullrich, 2017, 231) der Proteste. Die Teilnehmenden erleben sich nicht selten in „fundamentale[m] Gegensatz zu politischen Repräsentationseliten“ (Schäller et al., 2021, 334), denen sie in populistischer Manier vorhalten, lediglich ihre eigenen Interessen und nicht den Willen der

Massen („des Volkes“) umzusetzen. Damit einher gehen Misstrauen und zunehmende Entfremdung gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen sowie den Medien. Zentrales Vehikel der Kritik sind Verschwörungserzählungen über geheime Machenschaften böser Eliten, die Machtungleichgewichte thematisieren, ohne jedoch eine realitätsbezogene Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen zu leisten. Welche Verschwörungserzählungen jeweils vorherrschen, ist dabei nicht entscheidend. Auch sich widersprechende Verschwörungen werden akzeptiert. Der Protest gilt dabei als der Protest derjenigen, die die Situation durchschaut haben und aufstehen, um sich dagegen zu wehren. Die Proteste können weitestgehend als soziale Bewegung ohne konkrete, geteilte Ziele und Organisationsstruktur verstanden werden. Stattdessen steht der Ausdruck von erlebten Missständen, Desintegrationserfahrungen, fehlender Teilhabe, Ängsten und Ohnmacht im Zentrum. Sind sie in ihrer Ausrichtung an der Wiederherstellung von als bedroht oder beschädigt wahrgenommenen Freiheiten orientiert (Holzer et al., 2021, 11) und können so als Wunsch nach „regressiven Politiken“ (vgl. Mullis/Zschocke, 2019) verstanden werden. Rechtspopulistische oder extrem rechte Narrative und Akteure können in diesem Klima leicht verfangen. Sie profitieren vom verbreiteten Verschwörungsglauben und forcieren das vorhandene Unbehagen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Regressive politische Forderungen (vgl. Mullis/Zschocke, 2019) sowie ressentimentgeladene und autoritäre Lösungen erhalten so Aufwind. Die Corona-Proteste fallen zudem durch das breite Mobilisierungspotenzial auch bei solchen Menschen auf, die bisher nicht oder lange nicht mehr politisch aktiv waren (Teune, 2021).

Allerdings zeichnen sich durchaus regionale Unterschiede ab, wobei bisher vorrangig jene zwischen Ost und West im Fokus standen (Nachtwey et al., 2020; Quent/Richter, 2021). So sind die Corona-Proteste vor allem in den alten Bundesländern aus einer sehr heterogenen Mischung von Teilnehmenden aus einem bürgerlich-libertären, alternativen, friedens- oder umweltbewegten sowie rechtspopulistischen Spektrum zusammengesetzt (Grande et al., 2021; Frei et al., 2021; Quent/Richter, 2021), während der Protest in den neuen Bundesländern deutlicher von protesterfahrenen Neonazis, der rechtsextremen AfD (Teune, 2021) sowie den Freien Sachsen geprägt ist. Typisch für die ostdeutschen Corona-Proteste sind die expliziten Bezugnahmen auf die Friedliche Revolution von 1989 (Leistner/Garitz, 2022). Die AfD greift

dieses Narrativ auf und gibt sich als Partei eines widerständigen Ostens. Auf den diskursiven – und ideologisch dünnen (vgl. Leistner, 2022; Mudde, 2004) – Brückenschlag zwischen aktuellen Corona-Protesten und den Protesten von 1989 hat sie aktiv hingewirkt und von Beginn an die Nähe zu Corona-Leugner*innen gesucht: Mit Parolen wie „Vollende die Wende“, „DDR 2.0“ und dem Vorwurf einer angeblichen „Merkel-Diktatur“ (vgl. Leistner, 2022, 37) greift sie Frustrationen auf, welche in den nicht eingelösten Versprechen der Wiedervereinigung („blühender Osten“) und den damit einhergehenden Brüchen in Bezug auf ostdeutsche Institutionen und Wirtschaft sowie in den Biografien vieler Ostdeutscher begründet sind. Motive rund um „1989“ sind jedoch auch für westdeutsche Protestierende attraktiv, bieten sie doch das Gefühl Teil einer historisch wichtigen und vor allem politisch wirksamen Bewegung zu sein, deren Legitimation bisher zwar verweigert wurde, deren heroisches Moment jedoch in der Zukunft anerkannt werden wird.

Montagsdemonstrationen wie auch die „Straße als politische Arena“ (Leistner, 2022, 36) sind im Osten Deutschlands seit 1989 eine zentrale Ausdrucksform des politischen Protestes (Rink, 2017). Seit ihrer Entstehung als politisch erfolgreiches und mobilisierungsstarkes Instrument erkannt, wurde in den Folgejahren immer wieder der Montag genutzt – sowohl von den Arbeitsprotesten in den frühen 1990er Jahren gegen den Wirtschaftsombau und die Politik der Treuhand als auch bei den Hartz-IV-Protesten ab 2004 gegen den Abbau sozialstaatlicher Hilfen (ebd.). Versuche, Montagsdemos, Wende-Narrative und -Symboliken von rechts zu vereinnahmen, ließen sich das erste Mal teilweise in den Hartz-IV-Protesten 2004 (Philipps, 2005), später jedoch deutlicher bei den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ und final bei den Pegida-Protesten und ihren lokalen Ablegern beobachten. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen führen dies konsequent fort. Versucht wurde, an das Selbstermächtigungserlebnis der Straßendemokratie (als eine Art kollektives Gefühl der Handlungsfähigkeit) und mithin an das Gefühl, einen Systemsturz (mit-)bewirkt zu haben (vgl. Leistner, 2022), anzuknüpfen. In Teilen der Bevölkerung trifft das einen Nerv, vor allem, wenn der Frustration über die weiterhin lückenhafte Angleichung von Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West und dem Gefühl, nach wie vor „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, durch ressentimentgeladene Argumentationen gegen scheinbare „Überfremdung“, „Meinungsdiktatur“ und „Corona-Lügen“ von rechts ein regressives Ventil geboten wird.

Laut der Soziologin Katharina Warda knüpfen die (in Teilen der Bevölkerung erfolgreichen) Vereinnahmungsversuche auch an „unaufgearbeitete Erinnerung“ (Warda, 2021, 156) an. Es können erlebte Gefühle aktiviert werden, die für die Einzelnen unverarbeitet sind. Zu den Gefühlen unverarbeiteter Erlebnisse kann keine zeitliche Distanz eingenommen werden, sodass sie als aktuell hochrelevant und als Teil der Gegenwart erlebt werden. Die Friedliche Revolution wird so zum Mythos: „In den Erzählungen um eine ‚friedliche Revolution‘ vermischt er sich mit dem emotionalisierten Nationalismus der Wendejahre, der Euphorie über den Systemsturz, einem erlernten und in Familien und sozialen Bezügen weitergegebenen Misstrauen gegen ‚die Regierenden‘, der Rolle der Ostdeutschen als – oft vermeintliche – Widerständlerinnen und einem erstarkenden ostdeutschen Selbstbewusstsein. [...] So können die Abwertungserfahrungen der Wendejahre nur mit Größenwahn kompensiert werden.“ (Ebd., 155) Auch die Corona-Proteste werden „künstlich überhöht zu Protesten für die ‚Freiheitsrechte‘“ (ebd.). Erst vor diesem Hintergrund könnten einfache Maskenverweiger*innen zu „selbsternannten Revolutionäre[n] und Revolutionärinnen“ (ebd., 156) werden.

Steffen Mau (2019, 2021) argumentiert in eine ähnliche Richtung, wenn er über heutige „Frakturen“ als Brüche des gesellschaftlichen Zusammenhangs in der ostdeutschen Gesellschaft spricht. Die Anfälligkeit für (rechts-)populistische Mobilisierung betrachtet Mau sowohl als Folge des Zusammenbruchs der DDR sowie als Folge des Ablaufs des Einigungsprozesses und der Folgejahre (Mau, 2019). Er rückt damit die bis heute bestehenden Ungleichheiten zwischen Ost und West in den Fokus: eine Mitgliederschwäche ostdeutscher Parteien und ein damit einhergehender Repräsentationsmangel ostdeutscher Interessen in der Politik, die Überschichtung der DDR-Gesellschaft durch westdeutsche Transfereliten sowie kulturelle und faktisch ökonomische Deklassierungen, die viele Bürger*innen der DDR im Zuge der Wiedervereinigung erlebten. Hinzu treten bis heute extreme Vermögensunterschiede, was auch mit der Privatisierung des Produktivvermögens der DDR zusammenhängt, von der vor allem Westdeutsche profitierten. Auf der Subjektebene begünstigen entsprechende Brüche eine nachhaltig erlebte Distanz zwischen den „einfachen Leuten“ und dem System. Sowohl diese ökonomischen und kulturellen „Frakturen“ in Ostdeutschland als auch eine „Sanktions- und Restriktionsarmut und -unfähigkeit [der]

staatlichen Strukturen“ (Quent, 2016, 113 f.) gegenüber rechtsextremen Strukturen haben bereits in den 1990er Jahren in einigen Orten eine rechtsextreme Hegemonie mitbefördert, die sich nicht zuletzt in den Pogromen von Hoyerswerda 1991 oder Rostock-Lichtenhagen ausdrückte und deren Prägung bis heute wirkt.

(Rechts-)populistische Angebote „versprechen den vermeintlichen Verlierern nicht nur materielle Kompensationen, sondern auch Respekt, symbolischen Status und Selbstwertgefühl. [...] Populistischer Protest auf der Straße wird von vielen als Selbstermächtigung erlebt, als erfolgreiche Gegenwehr gegen übermächtige Verhältnisse. Schnell werden dann auch Vorwürfe in Richtung derer laut, die man als Profiteure des Systems identifiziert – kulturelle Eliten, Meinungsführer, Arrivierte, ökonomische Gewinner, etablierte Parteien, herausgehobene Funktionsträger“ (Mau, 2021, 125). Dabei sind in besonderer Weise einige sozialstrukturelle Merkmale als „Frakturen“ auch heute noch in der Oberlausitz sichtbar (z.B. Überalterung, „Männerüberschuss“⁴, Bevölkerungsrückgang), und auch eine gewisse „Veränderungerschöpfung“ (ebd., 371) trifft vermutlich für die sächsische Oberlausitz besonders zu.

Die Ansprechbarkeit für (rechts-)populistische Bewegung besteht laut Warda (2021) und Mau (2019, 2021) im ostdeutschen Raum also aufgrund von Abwertungs- und Deklassierungserfahrungen sowie den langen Schatten derselben. Es ist davon auszugehen, dass die Corona-Proteste entsprechend Ohnmachts- und Minderwertigkeitsgefühle kompensieren und Wut, Hass und Ärger sich dabei an vermeintlich Schuldigen entladen und frei flottieren können (vgl. Kalkstein/Höcker, 2023; Schließler et al., 2020).

FORSCHUNGSPROJEKT: POLITISCHER PROTEST IN DER OBERLAUSITZ

Die obigen Charakterisierungen beschreiben zentrale Aspekte einer Spielart der Corona-Demonstrationen und liefern wichtige Erklärungsangebote, indem sie auf die Erfahrungen der Friedlichen Revolution, der Strukturbrüche der Wendejahre sowie auf die empfundene Deklas-

4) Es gibt Hinweise darauf, dass ein „Männerüberschuss“ in einer Region auch mit dem Gefühl einhergehen kann, demografisch „abgehängt“ zu sein (Salomo, 2019; Kroehnert/Klingholz, 2007), was sich wiederum in autoritären Einstellungen manifestieren kann (Heller et al., 2022).

sierung und Abwertung rekurren. Ihnen gemein ist die Analyse, dass die Proteste zur Kompensation real erlebter Ohnmachtserfahrungen und „unaufgearbeiteter Erinnerungen“ (Warda, 2021, 156) dienen. In unserem Forschungsprojekt zu den Corona-Protesten in der Oberlausitz arbeiten wir mit dem Ansatz psychoanalytisch orientierter Sozialforschung (Lorenzer, 1986). Diese Perspektive berücksichtigt auch unbewusste Bedeutungen und Konflikte ihres Forschungsgegenstandes, welche sich durch gesellschaftlich bedingte Sozialisationserfahrungen ergeben und mit der Methode der Tiefenhermeneutik herausgearbeitet und verstanden werden können. Damit wird es möglich, uns auch solchen unaufgearbeiteten Erfahrungen – und unter Umständen auch verdrängten Gefühlen und Wünschen – zu nähern, die aufgrund ihrer Widersprüchlichkeit oder Konflikthaftigkeit nicht bewusst zugänglich sind. Denn sie sind das Sediment eines autoritären Potenzials, wenn anstelle einer realitätsbezogenen Kritik – beispielsweise an ökonomischen Ungleichheiten, fehlender Repräsentation und Teilhabechancen – sowie deren politischer Analyse auf regressive Verarbeitungsweisen zurückgegriffen wird: Komplexitätsreduktion, Schwarz-Weiß-Denken und affektive Entladungen stellen solche regressiven (und auch autoritären) Verarbeitungsweisen dar (Decker et al., 2020; Dilling et al., 2022).

Mit Blick auf die Oberlausitz bleibt zunächst offen, warum sich dort eine so starke und langatmige Bewegung etablieren konnte. So stellen sich für den weiteren Projektverlauf folgende Fragen:

- Welche Rolle spielt die Verarbeitung von regionsspezifischen Umbrüchen, Krisen und überregionalen gesellschaftlichen Widersprüchen in den Protesten?
- Welche Bedürfnisse und Motive treiben die Teilnehmenden an und welche Hoffnungen auf eine kollektive Identität oder (politische) Handlungsfähigkeit sind damit verknüpft?
- Inwieweit finden sich unter den Protestierenden auch heterogene Bedürfnisse, Motive und Erfahrungen in Abhängigkeit ihrer jeweiligen sozio-ökonomischen Lage und wie wird diese Heterogenität innerhalb der Protestgemeinschaft verhandelt?
- Welche Rolle spielt hierbei das autoritäre Syndrom (Decker, 2018), vor allem in Form der Verschwörungsmentalität?

Ein genereller Verschwörungsglaube oder, sozialpsychologisch gesprochen, eine Verschwörungsmentalität bildet – folgt man ersten Forschungsergebnissen und journalistischen Artikeln – eine Konstante der Corona-Proteste. Hinzu kommt eine diffuse Systemkritik. Doch warum ist das so? Neben der Diagnose, dass die Proteste häufig von rechts unterwandert oder organisiert sind und dass Wendenarrative und Verschwörungserzählungen als Gegenwehr gegen Ohnmachtsgefühle breiten Anklang finden, gibt es noch wenig Verständnis für die spezifische Zusammensetzung und Ansprechbarkeit der Teilnehmenden vor Ort, deren sozioökonomische Position und deren konkrete Verarbeitungsweisen der regionsspezifischen Konflikte, Umbrüche oder Krisen sowie der überregionalen gesellschaftlichen Widersprüche, welche sich auch in den Protesten zeigen. Ein genauerer Blick in die Oberlausitz soll helfen, die Mobilisierungserfolge, die Protestmotivation und die Protesterfahrungen vor dem Hintergrund der lokalen objektiv-materiellen Bedingungen als auch der subjektiven Deutungen dieser Bedingungen zu verstehen.

LITERATUR

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bangel, Christian (2021). „Das sind Leute mit Gewalterfahrung“. Interview mit David Begrich. *ZeitOnline*, 23.12.2021. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-12/rechts-extremismus-corona-proteste-ostdeutschland-david-begrich> (21.10.2022).
- Bartsch, Michael (2021). Bautzens gar nicht so heimlicher Dominator. *neues deutschland*, 05.05.2021. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1151639.joerg-drewns-bautzens-gar-nicht-so-heimlicher-dominator.html> (21.10.2022).
- Brieger, Stefan/Panreck, Isabelle-Christine (2022). „Friedliche Revolution 2.0“. Rückgriffe auf den Systemwechsel 1989/90 als Kitt im Corona-Protestgeschehen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 119–138). Leipzig: edition überland.
- Bundesagentur für Arbeit (2022). Statistik. Statistik nach Regionen. Bund, Länder und Kreise. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html> (12.09.2022).
- Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019). INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. URL: <https://www.inkar.de> (12.09.2022).
- Christmann, Thomas (2022). Corona-Demos: Zittau zieht die meisten Protestler an. *Sächsische Zeitung*, 31.05.2022. URL: <https://www.saechsische.de/polizei/corona-protest-demo-zittau-goerlitz-loebau-niesky-ebersbach-neugersdorf-rothenburg-weisswasser-5697454-plus.html> (21.10.2022).
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Oliver (2018). Flucht in Autoritäre. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Yendell, Alexander/Schließler, Clara/Brähler, Elmar (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratiefeindlichkeit. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Degeling, Jasmin/Hoffmann, Hilde/Strick, Simon (2021). „Mein Handy hat schon COVID-19!“ Überlegungen zu Digitalem Faschismus unter Bedingungen der Corona-Pandemie. *onlinejournal kultur & geschlecht* 15(26), 1–23.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2021). Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene. *EFBI Policy Paper* 2021–3.
- Dilling, Marius/Schliessler, Clara/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2022). Wer sind die Verschwörungsgläubigen? Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 209–244). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Eurostat (2022b). Bevölkerungsveränderung – Bevölkerungsveränderungsrate, Rate der natürlichen und Rate des Wanderungssaldos einschließlich Anpassungen. URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/TPS00019/default/table?lang=de&category=demo.demo_ind (11.01.2023).
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021). Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Universität Basel, Fachbereich Soziologie. URL: <https://www.boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden> (12.09.2022).
- Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34(2), 249–258.
- Geis, Wido/Orth, Anja Katrin (2017). Weniger Frauen gehen, Männerüberschuss bleibt bestehen. *IW-Kurzberichte* 3. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/wido-geis-thoene-anja-katrin-orth-weniger-frauen-gehen-maennerueberschuss-bleibt-bestehen-302444.html> (12.09.2022).
- Gosch, Sabine (2003). Ergebnisse der sächsischen Wanderungsanalyse. *Statistik in Sachsen* 3, 60–62.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021). Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. *Discussion Paper des WZB. ZZ 2021–601*. URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> (08.12.2022).
- Gürtler, Konrad/Lub, Victoria/Staemmler, Johannes (2020). Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (6/7), 32–39.
- Haas, Tobias (2020). *Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung*. *PROKLA* 50(198/1), 151–169.
- Hanloser, Gerhard (2021). „Nicht rechts, nicht links“? Ideologien und Aktionsformen der „Corona-Rebellen“. *Sozial.Geschichte Online* 29, 175–217.
- Heller, Ayline/Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2022). Autoritarismus im sozio-ökonomischen Kontext. Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In Oliver Decker et al.

- (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 161–184). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Hermann, Hauke/Schumacher, Katja/Förster, Hannah (2018). Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohleindustrie: Status quo und Projektion (Zwischenbericht). In Umweltbundesamt, *Climate Change 18/2018*. Berlin.
- Holzer, Boris/Koos, Sebastian/Meyer, Chistian/Otto, Isabelle/Panreck, Isabelle-Christin/Reichardt, Sven (2021). Einleitung: Protest in der Pandemie. In Sven Reichardt (Hrsg.), *Die Missbrauchsgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 7–28). Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2016). Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Haves and Cultural Backlash. *HKS Working Paper RWP16-026*.
- Kalkstein, Fiona/Höcker, Charlotte (2023). „Ich habe Besseres zu tun“. Autoritäre Rebellion und die Hoffnung auf moralischen Zusammenhalt als zwei fehlgeschlagene Bewältigungsversuche der Covid-19 Pandemie. *Freie Assoziation* 26(1).
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.) (2021). *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*. Freiburg: Herder.
- Kröhnert, Steffen (2009). Analysen zur geschlechtsspezifisch geprägten Abwanderung Jugendlicher. In Wilfried Schubarth/Karsten Speck (Hrsg.), *Regionale Abwanderung Jugendlicher* (S. 91–110). Weinheim: Juventa.
- Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner (2006). *Not am Mann: von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Leber, Sebastian (2021). Die Wutbürger von der B96. Bautzen als Hotspot. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 48–55). Freiburg: Herder.
- Leistner, Alexander (2022). Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost-) Deutschlands. In Alexander Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.), *Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs* (S. 11–61). Wien/Köln: Böhlau.
- Leistner, Alexander/Garitz, Josephine (2022). Zwischen Umsturzeuphorie und Fatalismus: DDR-Bezüge in extrem rechten Telegram-Kanälen. In Johannes Kiess/Gideon Wetzels (Hrsg.), *EFBI Digital Report 2022-3* (S. 12–15). Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Liszka, Arnaud (2009). Versuche, in der Wahrheit zu leben. DDR-Südost – Nichtanpassung und Opposition in der Oberlausitz. *Umweltbibliothek Großhennersdorf*. Dresden: Neisse Verlag.
- Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik (2020). Die Landtagswahlen 2019: Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70(6/7), 23–31.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Hans-Dieter König et al. (Hrsg.), *Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur* (S. 11–98). Frankfurt a. M.: Fischer.
- Mau, Steffen (2019). *Lüthen Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen (2021). Ostdeutsche Frakturen für immer? Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen – Welche Wege führen heraus? In Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hrsg.), *(Ost)Deutschlands Weg. Teil I: 1989 bis heute – 45 Studien & Essays zur Lage des Landes* (S. 363–376). Berlin/Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Morawe, Petra (2021). Die Oberlausitz – eine abgehängte Region? In Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hrsg.), *(Ost)Deutschlands Weg. Teil II: Gegenwart und Zukunft – 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews* (S. 121–130). Berlin/Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Governance and Opposition* 39(4), 541–563.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019). *Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachen-suche im Dickicht einer kontroversen Debatte. PRIF-Report 5/2019*. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste*. Grundausswertung. Universität Basel.
- Philipps, Axel (2005). „Weg mit Hartz IV!“ *Die Montagsdemonstrationen in Leipzig zwischen 30. August und 4. Oktober 2004*. Berliner Debatte INITIAL 16(5), 93–104.
- Quent, Matthias (2016). *Sonderfall Ost – Normalfall West? In Wolfgang Frindte et al. (Hrsg.), Rechts-extremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen* (S. 99–117). Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph (2021). „Gegen den Mainstream.“ Ost und West im Protest vereint. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 292–300). Freiburg: Herder.
- Reinhard, Doreen (2021). Leiser Protest gegen laute Wut. *Die Zeit*, 18.12.2021. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-12/petition-gegen-corona-protestler-zittau-sachsen> (08.12.2022).
- Reuband, Karl-Heinz (2022). Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsgedanken und Ortsgröße. *Zeitschrift für Politik* 69(1), 56–77.
- Rink, Dieter (2017). Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991

- bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen. *Protest in Bewegung*, 282–305.
- Salomo, Katja (2019). The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography* 69, 103–117.
 - Schäller, Steven/Kollmorgen, Raj/Schütz, Johannes (2021). Umkämpfte Mitte in den Krisen der Gegenwart: Von der Nouvelle Droite zum Coronavirus-Protest. In Johannes Schütz/Steven Schäller/Raj Kollmorgen (Hrsg.), *Die neue Mitte?* (S. 405–438). Köln: Böhlau.
 - Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 283–308). Gießen: Psychosozial-Verlag.
 - Schönian, Valerie (2020). Straße der Wut. *Die Zeit*, 26.07.2020. URL: <https://www.zeit.de/2020/31/b-96-demonstration-corona-massnahmen-weigsdorf-koebnitz-sachsen> (21.10.2022).
 - Seibert, Holger/Weyh, Antje/Jost, Oskar/Sujata, Uwe/Wiethölter, Doris/Carstensen, Jeanette (2018). *Die Lausitz. Eine Region im Wandel (IAB Regional Nr. 3)*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
 - StÄBuL (Statistische Ämter des Bundes und der Länder) (2022). Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten – Jahresdurchschnitt – (bis 2005) regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte. URL: <https://www.regionalstatistik.de/genesis//online?operation=table&code=13211-02-02-4&by=pass=true&levelindex=1&level=166402828986#abreadcrumb> (04.10.2022).
 - StaLaS (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2020a). 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2019 bis 2035. Datenblatt Landkreis Bautzen. URL: https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20Kreise/rbv_landkreis_bautzen.pdf (11.01.2023).
 - StaLaS (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2020b). 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2019 bis 2035. Datenblatt Landkreis Görlitz. URL: https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20Kreise/rbv_landkreis_goerlitz.pdf (11.01.2023).
 - StaLaS (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2022b). Regionaldaten Kreisstatistik Sachsen. Kreisstatistik 2021 für Landkreis Görlitz. URL: <https://www.statistik.sachsen.de/Kreis/tabelle/jsp/KREISAGS.jsp?Jahr=2022&Ags=14626000> (11.01.2023).
 - StaLaS (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2022a). Regionaldaten Kreisstatistik Sachsen. Kreisstatistik 2021 für Landkreis Bautzen. URL: <https://www.statistik.sachsen.de/Kreis/tabelle/jsp/KREISAGS.jsp?Jahr=2022&Ags=14625000> (11.01.2023).
 - StaLaS (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2021). Bundestagswahl 2021 – Wahlergebnisse. URL: <https://wahlen.sachsen.de/bundestagswahl-2021-wahlergebnisse.php?wahlkreis=156> (06.10.2022).
 - Süddeutsche Zeitung (2022). Ausschreitung bei Corona-Demo: Auch Gegenproteste. *Süddeutsche Zeitung*, 11.01.2022. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-bautzen-ausschreitungen-bei-corona-demo-auch-gegen-proteste-dpa-urn-newsml-dpa-com-2009-0101-220110-99-660835> (21.10.2022).
 - Teune, Simon (2021). Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34(2), 326–334.
 - Ullrich, Peter (2017). Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In Tino Heim (Hrsg.), *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche* (S. 217–251). Wiesbaden: Springer VS.
 - Warda, Katharina (2021). Friedliche Revolution 2.0? Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemiapolitik gemacht. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 149–157). Freiburg: Herder.
 - ZeitOnline (2021). Proteste gegen Corona-Massnahmen: Ausschreitungen in Bautzen. *ZeitOnline*, 28.12.2021. URL: <https://www.zeit.de/news/2021-12/27/proteste-gegen-corona-massnahmen-ausschreitungen-in-bautzen> (21.10.2022).
 - Zukunftswerkstatt Lausitz (2018). DIE LAUSITZ: Zahlen & Fakten. URL: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/lausitzbroschuere-zwl-o818.pdf (21.10.2022).



„Hello from the other side“

Oberlausitzer Geschichten, politische Bildung und aktuelle Herausforderungen in Ostsachsen. Ein Projektbericht¹

Die Bundesstraße 96 beginnt in Zittau, durchquert die Lausitz über Hoyerswerda, Finsterwalde und Luckau und führt bis nach Rügen. Sie ist eine der wichtigsten Fernverkehrsstraßen Sachsens. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie formierten sich seit Mai 2020 entlang dieser Straße Proteste, welche neben legitimer Kritik an den Maßnahmen des Lockdowns, allgemeiner struktureller Unzufriedenheit und dem latenten Gefühl, abgehängt zu sein, einem breiten Spektrum demokratiefeindlicher Positionen zunehmend Raum gaben. Gleichzeitig wurde der Duktus vieler Auseinandersetzungen schärfer, die Positionen verhärteter und die Debatten erbitterter. Die Kommunen im ländlichen Raum stellte dies vor besondere Herausforderungen. Neben der notwendigen Abgrenzung zu demokratiefeindlichen Positionen, versiegte auch die übliche Kommunikation in alltäglichen Begegnungssituationen: Die Gastronomie konnte nicht öffnen, das Vereinsleben lag brach und auch die Schulen waren zwischenzeitlich geschlossen.

An dem sich hier abzeichnenden Spannungsfeld setzt das Projekt „Zwischen Wut und stillem Protest – Der Umgang mit gesellschaftlichen Wertekonflikten am Beispiel der Fernverkehrsstraße B 96“ des *Instituts für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.* (im folgenden Institut B3) an. Das Team arbeitet mit Methoden der politischen Bildung und erkundet den Austausch und die Diskurse vor Ort. Zudem bestärken wir Multiplikator:innen und Verantwortungsträger:innen, wie beispielsweise Bürgermeister:innen, in ihren Handlungsspielräumen.

1) Die Autorinnen sind Bestandteil des Projektteams des Instituts B3, welches die verschiedenen Maßnahmen der Modellprojekte des Trägers und die damit verbundenen Prozesse sowie Coaches im Feld koordiniert und die Umsetzung des Projekts in seinem Gesamtverlauf sicherstellt. Für diesen praxisorientierten Werkstatt- und Erfahrungsbericht führten wir mit den vier hauptsächlich inhaltlich tätigen Akteuren des Projekts Interviews, welche die Grundlage für den aktuellen Bericht bilden. Wir danken Projektleiter Bernd Stracke (Institut B3) und den Mitgliedern des Kompetenzteams Susann Christoph (trafo3), Norbert Poppe (transformhaus) und Dr. Jörg Heidig (die Prozesspsychologen) für die freundliche Genehmigung zur Verwendung der Interviews.



Der vorliegende Artikel beleuchtet die Vorteile, aber auch die Herausforderungen für unsere praktische Arbeit im Landkreis Görlitz. Anhand des Spannungsfelds der verschiedenen Perspektiven auf die gesellschaftlichen Diskurse beschreiben wir in diesem Artikel, mit welcher Haltung es unserer Ansicht nach gelingen kann, politische Bildung und Demokratieförderung im ländlichen Raum umzusetzen.

(UN)GELIEBTES HEIMATLAND? – SPANNUNGSFELDER IM PROJEKT

*Oberlausitz, geliebtes Heimatland,
Glück und Reichtum bist du mir!
Wär's auch noch so schön,
so schön im fremden Land,
stets gehört mein Herz nur dir!*

Es mag zunächst befremdlich anmuten, hier diese Zeilen eines Volksliedes² aus dem Jahr 1929 zu zitieren, doch das Lied zeigt einen der Blicke auf die Oberlausitz und kann dazu beitragen, die lokalen Gegebenheiten besser zu verstehen. Es steht einerseits für die Ambivalenz, die in dem Projekt steckt, und andererseits für den Mehrwert des diese Vielschichtigkeit wertschätzenden, zugrundeliegenden systemischen Ansatzes. So fiel im Kontakt mit den Menschen in der Region auf, dass sie sehr selbstverständlich den Begriff Heimat verwenden und ihre Liebe zur Heimatregion artikulieren. Und gerade auch bei Kritik von außen betonen sie leidenschaftlich das Positive und Einzigartige der Region. Die Wortwahl mag variieren und es ist deutlich weniger Pathos in den zeitgenössischen Selbstaussagen, und doch ist die Verbindung zur Region, ihrer Landschaft und ihren Menschen ein wesentlicher Grund, warum die Personen, die in der Oberlausitz leben, nicht weggegangen oder sogar wieder zurückgekommen sind (Heidig, 2021) und warum sie ihren Raum gestalten und aufbauen – schwierigen strukturellen Begebenheiten und gesellschaftlich rauem Klima zum Trotz. Denn (und darin steckt die angesprochene Ambivalenz) mit ebensolcher Leidenschaft meckern die Bewohner:innen der Lausitz über ihre Heimat – die Leute, die Bedingungen, das Abgehängt-Sein.

2) Das Lied wurde 1929 von Kurt Piehler, Lehrer in der Oberlausitz, geschrieben.

Die Lausitz steht vor großen Herausforderungen: Neben jenen des sich gerade vollziehenden Strukturwandels (Gürtler/Luh/Staemmler, 2021) sind dies die gut vernetzten Strukturen der extremen Rechten (Kulturbüro Sachsen, 2022) sowie die großen Verunsicherungen in breiten Bevölkerungsschichten nach den mehrfachen Belastungen der kommunalen Verwaltung in den letzten Jahren, wie sie die vermehrte Aufnahme von Geflüchteten mit sich brachte (von Bullion, 2022). Und es gibt antidemokratische Radikalisierungstendenzen in der Altersstufe der über 50-Jährigen, die die Gesellschaft in Gänze, die politische Bildung und die lokale Zivilgesellschaft vor langfristige Aufgaben stellen (Heidig, 2022). So sind auch die Proteste an der B 96 an verschiedene Strömungen und Haltungen andockfähig. Die vagen Ziele und die dezentrale Struktur bieten jenen einen Ansatzpunkt, die menschenfeindliche Argumentationsmuster und Verschwörungstheorien verbreiten wollen. Diese Topoi gewinnen zunehmend Raum bei den Protesten, kanalisieren die Demonstrationsenergie und beschleunigen die Polarisierung der Gesellschaft vor Ort. Denn während es in der Lausitz auch viele Ressourcen zu entdecken gibt – Dinge, die in Bewegung kommen, Gestaltungslust und Menschen, die aufeinander zugehen –, verläuft die gefühlte Trennlinie mittlerweile mitten durch die verschiedenen Vereine, die Nachbarschaften und Familien. An dieser sich abzeichnenden Polarisierung vor Ort setzt das Projekt an.

DAS PROJEKT BEGANN MIT ZWEI AUFTRÄGEN

Als im Spätsommer 2020 die ersten unangemeldeten „Spaziergänge“ gegen die Corona-Maßnahmen entlang der B 96 begannen, traten alle Bürgermeister:innen der Anrainerkommunen im Landkreis Görlitz zusammen, um sich zu beratschlagen, wie sie mit diesem Phänomen umgehen sollten. Aufgrund früherer Erfahrungen mit dem Institut B3³ war dessen Projektleiter Bernd Stracke als Gast geladen. Hier wurden die Bedarfe der Bürgermeister:innen deutlich formuliert und es lag im Auftrag vom Institut B3, konkrete Möglichkeiten der Unterstützung zu finden.

3) In den Jahren 2015 bis 2019 wurde das Institut B3 im Projekt „mobile Beratung“ durch das Landesdemokratiezentrum Sachsen sowie den sächsischen Landespräventionsrat gefördert. Die Begleitung kommunaler Verantwortlicher:innen, wie Verwaltungsmitarbeiter:innen und Bürgermeister:innen, erfolgt zudem im Dienstleistungsauftrag Coaching, den das Institut B3 für den sächsischen Landespräventionsrat im Rahmen der Landesstrategie Allianz Sichere Sächsische Kommune (ASSKomm) durchführt.

Einige der zivilgesellschaftlichen Gegenproteste gegen die „Spaziergänge“ verstärkten die polarisierte Stimmung vor Ort. Aus diesem Grund kamen mehrere Landtagsabgeordnete auf das Institut B3 zu und fragten an, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, die Dialoge außerhalb der konfrontativen Demonstrationssituation zu bestärken und Wege zu suchen, der Spaltung, die sich durch Familien, Betriebe, Vereine, Verwaltungen und Kirchgemeinden der Region zog, etwas entgegenzusetzen. Infolgedessen entwickelten wir das mittlerweile seit anderthalb Jahren laufende Projekt „Zwischen Wut und stillem Protest“, das das Ziel verfolgt, die Situation vor Ort zu beobachten, zu begleiten und den Kommunen beratend deeskalierend zur Seite zu stehen.

DAS SELBSTVERSTÄNDNIS: „ZWISCHEN WUT UND STILLEM PROTEST“

Das Projekt „Zwischen Wut und stillem Protest“ versteht die Proteste als Symptome von tiefer liegenden Wertekonflikten, die bearbeitet und sichtbar gemacht werden sollten. Dabei setzen wir als Institut B3 bei der Arbeit mit jenen Menschen an, die uns um Begleitung gebeten haben. Sie wohnen und arbeiten vor Ort und müssen sich bei demokratiefeindlichen Äußerungen, die auch im Alltag außerhalb der Proteste fallen, positionieren und verhalten. Bestärkung, Begleitung und Vernetzung sind daher Kernprinzipien des Projekts.

Unsere Aufgabe ist vor allem zu verstehen, wo unsere Kooperationspartner:innen vor Ort Druck verspüren und Handlungsbedarf sehen. Wir bringen in der Regel keine eigenen Themen ins Feld und nutzen auch das Label „politische Bildung“ nur sparsam, da dieser Begriff für manche Menschen befremdlich ist. Wir sprechen die Leute gerade nicht in konfrontativen Demonstrationssituationen an, sondern dort, wo sie anerkannt sind und sich konstruktiv einsetzen: in ihrer Lebenswelt, in den Vereinen, Ehrenämtern und Gestaltungsräumen.⁴ Durch die Bearbeitung alltäglicher Konflikte und anhand lokal relevanter Themen, z. B. ob vor Ort eine Windkraftanlage gebaut werden sollte oder nicht, werden schnell unterschiedliche Wertekoordinaten sichtbar.

4) Dabei ist die Vereinslandschaft entlang der B 96 vielfältig. Allein in den Anrainerkommunen von Oppach bis Zittau konnten wir im Rahmen des Projekts 342 eingetragene Vereine identifizieren, vom Angelverein über Kultur- oder auch Sportverein bis hin zum Zuchtverein.

Das Modellprojekt unterstützt in der Koordination von mehreren Teilprojekten in den Anrainerkommunen Akteure vor Ort darin, auf einer menschlichen Ebene in Kontakt zu kommen und das gesellschaftliche Miteinander in den Ortschaften zu befördern, indem darauf geschaut wird, was sie Positives als Zivilgesellschaft gestalten können. Das bessere Miteinander und das gemeinsame Gestalten führt zu mehr Selbstvertrauen in der aktiven Zivilgesellschaft. Dies hilft den Anwohner:innen auch, sich gegenüber den teilweise sehr präsenten und von Verschwörungserzählungen durchdrungenen Ideen- und Gedankenwelten ihrer Mitmenschen abzugrenzen. Denn speziell im ländlichen Raum, der wenig Anonymität bietet und wo gefühlt „jeder jeden kennt“, erfordert eine solche Abgrenzung Mut. Und es bedarf einer Bestärkung der Akteure und konstruktiven Kräfte vor Ort, also der Bürgermeister:innen und der Gemeinderatsmitglieder sowie der entsprechenden Strukturen und Vereine. Eine Bestärkung des Austausches und der Meinungsbildung mündet so in eine Bestärkung demokratischer Prozesse.

OSTSACHSEN – EINE ANNÄHERUNG

*Wo der Neiße silbernes Band sich schlingt
um der Berge grünen Kranz,
wo aus blauer Ferne der Jeschken winkt
in der Abendsonne Glanz,
wo der Bergwald rauscht an der Lausche Hang,
wo der Hochwald grüßend ragt,
wo der Abendwind wie verscholl'ner Sang
um verfallenes Gemäuer klagt.*

Wer einmal die Chance hat, durch das Zittauer Oberland zu reisen oder die Lausitz mit dem Fahrrad zu erkunden, wird möglicherweise verstehen, dass die Landschaft und die Natur für viele Lausitzer:innen atemberaubend schön sind. Man denke allein an die Berge des Zittauer Gebirges und das Lausitzer Seenland. Allerdings prägen auch Industrieburgen und durch die Deindustrialisierung freigewordene Flächen die Landschaft. Von Anwohner:innen werden diese bisweilen als „Narben“ wahrgenommen, als Zeichen, dass die Zeiten prosperierender wirtschaftlicher Produktion vergangen sind. Andererseits sind gerade diese Freiräume durchaus eine Ressource der Region, auch für die

demografische Entwicklung, bieten sie doch günstige Konditionen und Raum für kreative Projekte und Neuansiedlungen.⁵

Die Identifikation mit der Heimat ist vielschichtig (Sampedro/Merten-Hommel, 2022) und durchaus ambivalent. In der Oberlausitz spielen dabei verschiedene Erfahrungen der gesellschaftlichen Transformation eine wichtige Rolle, von denen viele bisher nicht genügend aufgearbeitet worden sind. So besteht in der Region schnell die Gefahr, dass Haltungen von Außenstehenden als besserwisserische Arroganz wahrgenommen werden. Daher unterstützen wir unsere Kooperationspartner:innen darin, den verschiedenen Dimensionen von Heimat nachzuspüren – auch, da eine Vereinnahmung dieses Begriffes durch Rechte nicht von der Hand zu weisen ist. Für Herablassungen haben die Leute vor Ort eine sensible Feinfühligkeit entwickelt. Die manchmal paternalistische Auseinandersetzung mit Ostdeutschland im Allgemeinen und Ostsachsen im Besonderen, welche auch in den Medien bisweilen mit großer Lust betrieben wird, hat viel Verbitterung wachsen lassen. Wir begegnen dem in unserem Projekt „Zwischen Wut und stillem Protest“, indem wir partizipativ vorgehen, also versuchen, *gemeinsam* mit den Leuten vor Ort zu sprechen, statt nur über sie zu berichten, und uns auf die Suche zu machen, statt fertige Lösungen zu präsentieren. Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit des Teilprojekts „Oberlausitzer Geschichten“.

In Kooperation mit dem Projekt O-Ton⁶ sammeln wir in der Region in Anlehnung an die Methode der Oral History in qualitativen Interviews biografische Schätze. Wir befragen Menschen, die in der DDR-Zeit in der Region gelebt und gewirkt haben, und bilden lokale Gesprächsführer:innen darin aus, wertschätzend und aktiv zuhörend die biografischen Gespräche zu leiten. Wir unterstützen sie auch bei der Organisation und Akquise von Zeitzeug:innen.

Dies hat eine zweifache Wirkung im Sinne des Projekts: Einerseits auf die Gesprächsführer:innen selbst, indem sie dabei unterstützt werden, sich auf das biografische Erzählen einzulassen und Stereotype gegenüber den Menschen, die in der DDR sozialisiert worden sind, kritisch zu hinterfragen. Die Biografien der Menschen vor Ort werden

5) Vgl. z. B. die Aktivitäten zur kulturellen Wiederbelebung der ehemaligen Fabrik „Lina Koch“ des *Gründerzeiten e. V.* in Ebersbach-Neugersdorf. URL: <https://www.lina-koch.de> (05. 12. 2022).

6) Unter der Trägerschaft der Stiftung Friedliche Revolution in Leipzig. URL: <https://o-ton.org> (26. 10. 2022).

manchmal erneut, oft erstmals erzählt und dadurch (wieder-)entdeckt. Hinzu kommt andererseits, dass diese Form des intensiven Zuhörens und die damit verbundene erfahrene Wertschätzung dabei helfen können, bestimmte Kränkungen und Frustrationen der vergangenen Jahrzehnte bei den Interviewten zu mindern und damit in die Region hineinzuwirken. Oral History kann Impulse dafür setzen, dass die Gesprächspartner:innen beim Erzählen ihrer Biografie Ressourcen entdecken und als solche wahrnehmen. Exemplarisch hierfür ist die doppelte Systemerfahrung: Diese wurde bisher eher unter dem Gesichtspunkt des Defizits wahrgenommen, sie kann aber auch als Bewältigung der massiven Transformationsprozesse der Nachwendezeit verstanden und somit als persönliche Ressource und Kompetenz sichtbar gemacht werden. Ferner bietet das Projekt über die auf dem O-Ton-Portal gesammelten Audiosequenzen die Möglichkeit, weitere Veranstaltungen und Formate aus den Erzählungen zu schaffen (z. B. als Schulprojekt o. Ä.).

Es ist unbestreitbar, dass es problematische Entwicklungen im Meinungsklima vor Ort gibt: Rechtsextreme Netzwerke besitzen hohe Mobilisierungspotenziale und überwinden – insbesondere in den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen – Grenzen zu esoterischen und bürgerlichen Spektren. In der Region besteht Ratlosigkeit über die zunehmende Radikalisierung, die Bereitschaft, Verschwörungserzählungen zu glauben, und über die ritualisierten Widerständigkeiten. Darüber hinaus führt jedoch die mediale Berichterstattung über die Region teilweise zu weiterer Verbitterung, setzt sie doch ihrerseits eine Dynamik in Gang, die die Polarisierung noch zusätzlich verstärkt. Um unnötige Verzerrungen in der Berichterstattung nicht ungewollt zu befeuern, bestärkt das Modellprojekt beispielsweise durch das Angebot von Weiterbildungen Verantwortungsträger:innen darin, mit Vertreter:innen der Presse- und Medienlandschaft souverän und proaktiv umzugehen.

Als Projektträger brauchen wir gute und belastbare Kontakte und Kooperationspartner:innen im Feld. Zu groß ist die Befürchtung in breiten Teilen der Bevölkerung, im öffentlichen Diskurs dominiert oder benutzt zu werden bzw. dass Probleme in ihre Region hineingetragen werden. Wir kooperieren daher mit Initiativen, Vereinen und Akteuren vor Ort und agieren oft „mittelbar“ in der Region. Deren Vielfalt bildet den Ausgangspunkt für das Modellprojekt. Als Schwerpunkt der Soziokultur ist die Hillersche Villa in Zittau zu nennen, welche zugleich als

externer Koordinator der *Partnerschaften für Demokratie* (Stadt Zittau und Stadt Görlitz) einen wichtigen Multiplikator bildet. Auch Akteure der politischen Bildung, beispielsweise Volkshochschulen, aber auch die Hochschule Zittau/Görlitz werden involviert, wie auch Strukturen und Akteure der Demokratieförderung, zum Beispiel die „Orte der Demokratie“. Darüber hinaus ist der LausitzMonitor⁷, der bestehende Ambivalenzen in den Einstellungen der Bevölkerung sichtbar macht und die Haltung zu anstehenden Herausforderungen misst, ein wichtiger Partner unseres Projekts.

PROZESSE, STRUKTUREN UND RESSOURCEN – POLITISCHE BILDUNG OHNE ERHOBENEN ZEIGEFINGER

*Wo daheim ein trefflicher Menschenschlag,
rauh von Art, doch treu wie Gold,
der die Heimat liebt bis zum letzten Tag,
alter Sitte Ehrfurcht zollt*

Fremdheit und Zugehörigkeit in der Lausitz definieren sich über verschiedene Dimensionen. Eine gewisse Skepsis gegenüber Projekten, die von außen kommen, ist durchaus zu spüren. Dabei scheint oft schon die Landeshauptstadt Dresden weit weg zu sein. Gleiches gilt für die persönliche Ebene: Mit der Lausitz verhaftet zu sein, „eine oder einer von hier“ zu sein oder zumindest familiäre Wurzeln in der Region zu haben, so unsere Erfahrungen im Projekt, öffnet immer wieder Türen zu einem Miteinander.

Im Modellprojektverlauf konnten wir bisher immer wieder feststellen, dass wir und unsere Kooperationspartner:innen aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Situation vor Ort schauen. Wir machten die Erfahrung, dass wir „von außen“ mitunter einen leicht defizitären Blick mitbringen, während unsere Partner:innen vor Ort eher die Chancen und Möglichkeiten sehen. Bei ihnen liegt der Fokus darauf, jenes, was vor Ort gut läuft, stärker zu machen. Andererseits ist von anderen Kooperationspartner:innen vor Ort auch eine gewisse Müdigkeit in der Auseinandersetzung geäußert worden, die die Leute müde macht.

7) Ein kurzer Überblick über die Ergebnisse der jüngsten Befragungswelle 2022 findet sich auf der Website <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2022> (24. 10. 2022).

Eine Sehnsucht, die uns in den Gesprächen vor Ort immer wieder begegnet, ist die nach einem funktionierenden Miteinander: So gründete sich beispielsweise in Ebersbach-Neugersdorf während der Corona-Proteste die Initiative „Sprichst du mit mir?“⁸, die entstandene Gräben überwinden will. Sie gestaltet mittlerweile regelmäßig Gesprächsabende zu Themen wie „Heimat: Wo fühle ich mich zu Hause?“ oder „Wie begrenzt ist unsere Freiheit?“, bei denen sich die Gäste ausgehend von ihren biografischen Erfahrungen zu verschiedenen Themen austauschen. Als lokale Initiative ist sie aktuell sehr erfolgreich. Wenn sie durch externe Akteure initiiert worden wäre, hätte sie wohl niemals eine solche Akzeptanz erfahren.

Generell ist der Bedarf vor Ort groß, Orte der Begegnung und des Austauschs zu schaffen. Denn neben der zunehmenden Polarisierung hat die Covid-19-Pandemie auch weite Schneisen in die ehrenamtlichen Landschaften geschlagen: Das lokale Vereinsleben sowie viele Kommunikationswege und Begegnungsmöglichkeiten – wie z.B. die vielen Dorf- und Stadtfeste – kamen zeitweise zum Erliegen. Hier ist es unsere Aufgabe, ebendiese Vereine, Initiativen und Kooperationspartner:innen dabei zu unterstützen, die Region bestmöglich zu stärken. Das kann unterschiedliche Formen annehmen: Neben der Begleitung von Projekten, in der wir gemeinsam überlegen, welche Akteure aus der Kommune möglicherweise noch mit eingebunden werden sollten, gibt es auch handfeste Unterstützung in Form von Weiterbildungen und Workshops für Initiativen vor Ort.

Das Phänomen, dass man mit Formaten der politischen Bildung in den klassischen Kommunikationsstrukturen⁹ oft nur die erreicht, die schon ein relativ hohes Maß an solcher besitzen bzw. sich für dieses Themenfeld interessieren, verstehen wir als Dilemma der politischen Bildung. Das Wort „politische Bildung“ – so unsere Erfahrung – wird bisweilen bereits als stigmatisierend und moralisierend wahrgenommen. Es suggeriert: Wer politische Bildung braucht, dem fehlt diese. Hinzu kommt, dass politische Bildung auch als quasi staatliche Angelegenheit

8) Ein kurzer Überblick über die Veranstaltungen findet sich hier: <https://spreequellen.org/info> (25. 10. 2022).

9) Üblicherweise ist die politische Bildung so strukturiert, dass in bestimmten Lernorten (z. B. Volkshochschulen, Bibliotheken etc.) Formate angeboten werden, die von interessierten Personen aufgesucht werden. Auf diese Weise werden jedoch meist jene erreicht, die an sich schon ein Interesse und damit verbunden ein Vorwissen politischer Bildung haben. Bildungsferne Schichten und Menschen aus strukturell benachteiligten Sozialräumen werden durch diese Angebote nicht bzw. nur selten erreicht.

verstanden wird, welche über die Landes- oder Bundeszentralen und Volkshochschulen gestreut und damit von den Milieus, die vornehmlich erreicht werden sollen, kritisch gesehen wird.

In diesem Spannungsfeld suchen wir daher nach geeigneten Zugängen. In der Oberlausitz finden sich zahlreiche Initiativen und Strukturen, welche sich mit den klassischen Methoden der politischen Bildung – „Wie kommen wir zu einer Meinungsbildung?“ oder „Wie können wir im Dialog bleiben?“ – beschäftigen.¹⁰ Dies passiert aber selten über das Etikett „politische Bildung“ oder entsprechend formulierte Angebote, sondern beispielsweise über Veranstaltungen wie Kinderfeste, Stadtfeste oder eine Ausstellung zu lokalen Handwerksberufen (Sampedro/Merten-Hommel, 2022). Diese werden gemeinsam mit Vereinen vor Ort und in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung auf die Beine gestellt und trainieren ebensolche Kernkompetenzen politischer Bildung.

Seitdem das Modellprojekt angelaufen ist, wurde vonseiten einzelner protestierender Gruppen wiederholt ein großes Interesse an öffentlichen Dialogformaten geäußert. Hier gilt es abzuwägen, in welcher Form Dialogformate über das Projekt durchgeführt werden können. Es besteht in den aktuell stark polarisierten und emotionalisierten Debatten mitunter die Gefahr, dass Formate mit großer Reichweite durch eine oder mehrere der teilnehmenden Gruppen instrumentalisiert werden. Daher ist es in diesem Zusammenhang wichtig, mit Sensibilität herauszufinden, ob nicht auch ein Format mit einer „kleineren Öffentlichkeit“ zielführender sein kann, um im Dialog nicht Agitator:innen eine Bühne zu bieten, sondern vielmehr einen konstruktiven Diskurs zu ermöglichen.

10) Besonders ist aktuell die Initiative „Löbau lebt!“ zu erwähnen, die zum einen die externe Koordination der *Partnerschaft für Demokratie* im Landkreis Görlitz übernimmt und sich zum anderen als *Ort der Demokratie* für Frauen und queeren Lebensalltag in Ostsachsen einsetzt: <https://loebaulebt.de> (25. 10. 2022).

FAZIT

Politische Bildung muss sich auf den Weg machen, muss hingehen zu den Menschen, ganz gezielt auch zu denen, die bisher von solchen Angeboten nicht erreicht werden oder nicht erreicht werden wollen: weil sie sich ‚der Politik‘ fern, entfremdet oder abgehängt fühlen, weil sie sozial benachteiligt sind [...]. Diese Gruppen sind deshalb nicht gleich Verächter der Demokratie, aber sie fehlen der Demokratie. Demokratie braucht alle!

Frank-Walter Steinmeier¹¹

Das Zugehen auf die Menschen vor Ort und das Einbinden in die Meinungsbildungsdiskurse, wie es der Bundespräsident 2019 für die politische Bildung forderte, ist Ansatz und Aufgabe des Modellprojektes „Zwischen Wut und stillem Protest“. Dabei muss der Impuls zur Einbindung innerhalb des Systems entstehen und kann nicht von außerhalb gegeben werden. Im Rahmen des Projekts konnten wir viele engagierte Menschen und spannende Initiativen in der Oberlausitz, im Landkreis Görlitz, kennenlernen, die genau dies tun.

Es bleibt bei aller Wertschätzung wichtig, nichts schönzureden, sondern vielmehr klar zu benennen, was gut läuft und was nicht. Es ist wichtig, diese Ambivalenz auszuhalten und mit ihr umzugehen. Die Herausforderungen im Landkreis sind da. Und dennoch ist es für den gesellschaftlichen Diskurs genauso elementar, der Versuchung zu widerstehen, sich in Verallgemeinerungen und moralisierender Schwarzmalerei zu erschöpfen. Erst der differenzierte Blick ermöglicht es, Konstruktives zu bestärken und gut aufzustellen, um den destruktiven Kräften, die es vor Ort gibt, etwas entgegenzusetzen.

Aus unserer Sicht ergibt sich daraus für künftige Projekte der Demokratieförderung im ländlichen Raum die Notwendigkeit, die bisherige *projektzentrierte* Finanzierung um eine *prozessorientierte* Förderstruktur zu ergänzen. Es bedarf eines Vertrauens und belastbarer Zugänge, welche mühsam erarbeitet werden müssen. Die Herausforderungen werden bestehen bleiben, wenngleich sich die konkrete Ausge-

11) Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am 2. Februar 2019 in Krefeld beim Empfang für Aktive der politischen Bildung und Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratie ganz nah – Wie gelingt aufsuchende politische Bildung?“. Steinmeier, 2019.

staltung ändern mag. Es braucht die Prozessorientierung, damit komplexe und langfristige Methoden angewandt werden und belastbare Beziehungen wachsen können. Dazu braucht es Begegnungsorte, in denen Menschen aufeinandertreffen – sei es in Kneipen, Bibliotheken, Vereinen oder Kirchen –, und es braucht Raum, um gemeinsam Dinge zu gestalten und umzusetzen. Progressive und hemmende Impulse werden immer vorhanden sein. Diese miteinander in Einklang zu bringen, ist Kern des demokratischen Prozesses. Dies kann durch Miteinander geschehen, wenn die Meinungsbildung auch vor der eigenen Wohnungstür geschieht, nicht nur dahinter:

*Wo aus hundert Schloten zum Himmel auf
harter Arbeit Atem haucht,
wo der Landmann froh nach des Tages Lauf
vor der Tür sein Pfeifchen schmaucht.*

LITERATUR

- von Bullion, Constanze (2022). Wie ein Dorf in Sachsen mit der deutschen Flüchtlingspolitik ringt. *Süddeutsche Zeitung*, 11.12.2022. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-gefluechtete-sachsen-balkanroute-1.5713463?reduced=true> (12.12.2022).
- Heidig, Jörg (2022). *Heimat, Wut und Trauma. Sachsen und der „gefühlte Krieg“*. Norderstedt: Verlag Jörg Heidig.
- Heidig, Jörg (2021). Das sorbische Weltkulturerbe gehört zu den drei stärksten, die gesamte Lausitz verbindenden Faktoren. URL: <https://lausitz-monitor.de/artikel/sorbische-kultur> (08.10.2022).
- Hetze, Willi (2020). Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In Cathleen Bochmann/Helge Döring (Hrsg.), *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten* (S. 139–166). Wiesbaden: Springer VS.
- Gürtler, Konrad/Luh, Victoria/Staemmler, Johannes (2021). Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz* (S. 215–229). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kulturbüro Sachsen (2022). Immer wieder montags. In Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.), *Sachsen rechts unten 2022*. Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.
- Sampedro, Rafael/Merten-Hommel, Heike (2022). *Die Kunst des Handwerks. 19 Porträts aus der Oberlausitz*. 1. Aufl. Zittau OT Dittelsdorf: Oberlausitzer Verlag.
- Steinmeier, Frank Walter (2019). Empfang für Aktive der politischen Bildung und Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratie ganz nah – Wie gelingt aufsuchende politische Bildung?“ Krefeld. URL: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190202-Krefeld-Gelebtes-GG.html?sessionId=878B082DD81D253F6EA5A-C3561BFFB2E.1_cid393 (25.10.2022).
- Stölzel, Franziska (2021). Die Sicht der jüngeren Frauen auf die Lausitz. URL: <https://lausitz-monitor.de/artikel/die-sicht-der-juengeren-frauen-auf-die-lausitz> (08.10.2022).



Hoffnungsschimmer im Erzgebirge

Einblicke in das Forschungsprojekt Geschlechterdemokratie
im Erzgebirge

EINLEITUNG

„Es gibt trotzdem Hoffnungsschimmer“ – die Sozialarbeiterin Melanie (GD4, Z. 787) blickt auf die mühsame Arbeit der Geschlechterdemokratie und erinnert sich zugleich an einen progressiven Umgang mit queeren Menschen in ihrem familiären Umfeld, den sie als Hoffnungsschimmer wahrnimmt. Auch der Lichterglanz der Schwibbögen, die zur Weihnachtszeit in vielen Fenstern stehen, gilt im Erzgebirge als Symbol für Hoffnung und Zuversicht. Das klassische Motiv der aus Holz oder Metall gefertigten erzgebirgischen Kerzenbögen zeigt zwei Bergleute, einen Spielwarenschnitzer und eine Klöpplerin. Es nimmt Bezug auf die erzgebirgische Arbeitsrealität des 18. und 19. Jahrhunderts. Ebenso wie sich seitdem ein Strukturwandel der Arbeit von Bergbau und Handwerk hin zu kleinen und mittelständigen Unternehmen, Dienstleistungen und Tourismus vollzog, veränderte sich im Verlauf der Geschichte auch das Geschlechterverhältnis im Erzgebirgskreis. Betrachtet man allein die vergangenen 50 Jahre, so war zu Zeiten der DDR beispielsweise noch die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen im Berufsleben rechtlich garantiert, eine kostenlose Kinderbetreuung zugänglich und Schwangerschaftsabbrüche legal, während sich heute die Situation für Frauen auf diesen Ebenen schwieriger gestaltet. Die politischen, soziodemografischen und ökonomischen Umbrüche, die im Zuge der Wiedervereinigung mit einem Abbau von Frauenrechten einhergingen, sind allerdings kein regionales Spezifikum, sondern ereigneten sich in ganz Ostdeutschland. Im Erzgebirgskreis sind jedoch spezifische antifeministische Mobilisierungen erkennbar, zudem fällt eine Häufung rechts-autoritärer und christlich-dogmatischer Hegemonien auf, die sich in vielen Orten etablieren konnten. Gleichzeitig wandern vor allem jüngere und gut ausgebildete Frauen aus der Region ab.

Fest steht: An geschlechterdemokratischen Herausforderungen mangelt es im Erzgebirge nicht. Bereits im Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts 2021 sind wir den Fragen nachgegangen, wodurch im Erzgebirgskreis die Anschlussfähigkeit antifeministischer Positionen begünstigt wird und warum demokratisches und feministisches Engagement vor Ort so wenig Unterstützung erfährt. Wir werteten Experteninterviews aus, die wir vor Ort mit Personen aus den Bereichen Kommunalpolitik, Journalismus, Beratungsarbeit und politischer Bildungsarbeit geführt hatten (Höcker/Niendorf, 2022). Dabei stellte sich heraus, dass die feministischen Ziele und die Gleichstellungsforderungen unserer Interviewpartner*innen in ihrem (zivil-)gesellschaftlichen Umfeld teilweise als etwas ‚Modernes‘ oder ‚Unpassendes‘ verstanden werden, denen mit einem Unbehagen begegnet wird. Auch zeigte sich, dass die Mobilisierungen von Antifeminist*innen, etwa zum sogenannten „Schweigemarsch für das Leben“, relativ ungestört erfolgen können. Zusätzlich wurde deutlich, dass ein heterosexuelles Familienideal als Symbol für Geborgenheit, Tradition und Sicherheit Anschlüsse für Brückenbildungen von bürgerlichen und christlich-fundamentalistischen in extrem rechte und völkische Zusammenhänge bietet. In dieser Stimmung wird Gewalt gegen Frauen und Queers geleugnet und das Sprechen über geschlechtliche Vielfalt und sexuelles Begehren tabuisiert.

Im aktuellen Beitrag soll diese erste Problemskizze zu den sozialräumlichen Bedingungen für Emanzipation und Demokratisierung mit Ergebnissen unserer tiefenhermeneutischen Gruppendiskussionsstudie weiter vertieft werden, die wir 2022 im Rahmen des partizipativen Forschungsprojekts „Geschlechterdemokratie im Erzgebirge“ durchgeführt haben. Mit dem Begriff der Geschlechterdemokratie nach Halina Bendkowski (1992) werden alle Möglichkeiten der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse als politisches Ziel und gesellschaftliche Vision identifiziert. In unserer Forschung möchten wir demzufolge materielle und symbolische, aber auch psychodynamische Bedingungen reflektieren, die der geschlechtlichen Demokratisierung von Rechten und Chancen, politischer Partizipation und Ressourcenverteilung förderlich oder hinderlich sind. Mit unserer psychoanalytischen Interpretationsmethode beleuchten wir Spannungen und Konflikte, die in den Aushandlungen um die klassisch feministischen Themen Gewaltschutz und reproduktive Gerechtigkeit im Erzgebirge nicht explizit benannt, aber dennoch latent wirksam werden. Dabei sollen im

aktuellen Beitrag sozialraumtypische Stimmungen sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen betrachtet werden, die die Bedingungen für die Aushandlung geschlechterdemokratischer Fragen illustrieren sollen.

METHODE: GRUPPENDISKUSSIONEN UND TIEFEN-HERMENEUTISCHE INTERPRETATION

Im sozialraumnahen Forschungsprojekt „Geschlechterdemokratie im Erzgebirge“ werden geschlechterdemokratische Fragestellungen mit verschiedenen methodischen Zugängen untersucht. Im Dezember 2021 führte das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) einen Fachtag zum Thema „Antifeminismus im Erzgebirge“ durch.¹ Vorab wurden mit einem Ansatz der aktivierenden Befragung die bereits angesprochenen Experteninterviews durchgeführt. Sowohl die Erhebungs- als auch die Auswertungsmethode der tiefenhermeneutischen Gruppendiskussionsstudie, die hier vorgestellt wird, orientieren sich am Vorgehen im Berlin-Monitor (Höcker et al., 2022) und soll nachfolgend kurz dargestellt werden.

ERHEBUNG: ABLAUF DER GRUPPENDISKUSSIONEN

Im Zeitraum von Februar bis Juni 2022 wurden fünf Gruppen (teils ‚natürlich‘ bestehend, teils ‚künstlich‘ zusammengestellt) zu Diskussionsrunden an verschiedene Orte im Erzgebirgskreis eingeladen. Unter den Teilnehmenden waren Mitarbeiter*innen aus den Bereichen Frauengewaltschutz und Schwangerschaftskonfliktberatung, demokratisch engagierte Frauen und eine Jugendgruppe einer christlichen Gemeinde. Die 90-minütigen Gruppendiskussionen wurden jeweils von zwei EFBI-Mitarbeiterinnen geführt.

In den Diskussionsrunden wurde sich zunächst nach der allgemeinen Lebenssituation im Erzgebirge erkundigt und schließlich spezifischer nach Erfahrungen und Wahrnehmungen von beruflichen und familiären Konflikten, politischen Dynamiken und der Rolle von Geschlecht gefragt. Im Anschluss an jede Diskussion wurden Gedankenprotokolle durch die Moderierenden erstellt. Die Audioaufnahmen der

1) An dieser Stelle möchten wir uns nochmal bei den beiden freien Journalistinnen Anna Vosgerau und Eva Weber bedanken, die in einer gleichnamigen Audiodokumentation den Fachtag dokumentieren und reflektieren: <https://efbi.de/details/audiodokumentation-zu-antifeminismus-im-erzgebirge.html> (21. 11. 2022).

Gruppendiskussionen wurden transkribiert und pseudonymisiert (personenbezogene Angaben wie Name, Alter, Berufsbezeichnung, Wohnort etc. wurden so verändert, dass eine Zuordnung und Wiedererkennung verhindert wird).

Verlauf der Gruppendiskussionsstudie im Projekt Geschlechterdemokratie im Erzgebirge: Erhebung, vertikale und horizontale Analyse (adaptiert nach Höcker et al., 2022, 10 f.)

- ▼ Definition relevanter Teilnehmender
- ▼ Telefonische Kontaktaufnahme und Einladung
- ▼ Durchführung der Gruppendiskussion im Erzgebirge
- ▼ Transkription und Pseudonymisierung
- ▼ Auswertung in Interpretationsgruppe
- ▼ Themen, Irritationen und Gruppendynamik
- ▼ Individueller Sinn und soziale Konflikte
- ▼ Vergleich und Kontrast der verschiedenen Gruppendiskussionen
- ▼ Dichte Interpretation

AUSWERTUNG: TIEFENHERMENEUTISCHE INTERPRETATION

Die transkribierten Gruppendiskussionen wurden schließlich in Interpretationsrunden von drei bis sieben Personen unterschiedlichen Geschlechts, Ausbildungsstands, Alters und unterschiedlicher Erfahrung mit der tiefenhermeneutischen Methode ausgewertet.² Methodisch schloss die Interpretationsgruppe dabei an die tiefenhermeneutische Kulturanalyse Alfred Lorenzers (2006) an, mit der manifeste und latente Bedeutungsebenen von Gruppendiskussionen untersucht werden können. Das Latente ist dabei die „nicht anerkannte, nicht konsens- und deshalb auch nicht bewusstseinsfähige“ (ebd., 190) Sinnenebene einer Aussage. Also sozusagen der doppelte Boden einer sozialen Interaktion,

2) Kern der Interpretationsgruppe bildete das Forschungsteam des Projekts „Geschlechterdemokratie im Erzgebirge“ (Fiona Kalkstein, Charlotte Höcker, Johanna Niendorf, Tabea Falk, Nina Scherer und Henriette Rodemerik). An dieser Stelle möchten wir auch einen herzlichen Dank an Clara Schließler, Kazim Celik, Marius Dilling, Nele Hellweg, Nikolas Dietze, Sophie Bose, Hannah Skaletzka, Hannah Hoffmann und Fabian Hess aussprechen, die durch ihre Perspektiven die Interpretationsgruppen wesentlich bereicherten.

die neben einer manifesten, sichtbaren auch eine unsichtbare, latente Sinnenebene entfaltet (König, 2000, 557). Von der Erkundung des Latenten versprechen wir uns ein vertieftes Verständnis der demokratischen Aushandlungsprozesse im Sozialraum Erzgebirge. Wir gehen davon aus, dass es nicht nur rationale Interessen, sondern auch Wünsche, Ängste, Fantasien, traditionelle und tabuisierte Lebensentwürfe sind, die sowohl politische Konflikte auslösen als auch soziale Gefüge aufrechterhalten. Um die Dynamik innerhalb der Interpretationsgruppe sowie mögliche Gegenübertragungen³ zu reflektieren, wurde der Prozess durch eine externe psychoanalytische Forschungssupervision begleitet.⁴

ERZGEBIRGISCHES IDYLL ZWISCHEN REPRESSIVER HARMONIE UND EMANZIPATIVEN HOFFNUNGSSCHIMMERN

Um zu verstehen, unter welchen Bedingungen das Leben, die Beratungsarbeit und das politische Engagement unserer Gesprächspartner*innen stattfinden, braucht es ein Verständnis der vorherrschenden Wahrnehmung und Darstellung des Sozialraums Erzgebirge. Nachfolgend sollen einige der dominanten Motive hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Geschlechterdemokratie ausgeführt und interpretiert werden.

LEBEN UND ARBEITEN IM ERZGEBIRGE

Kaum ein kulturelles Symbol scheint bedeutsamer für den erzgebirgischen Sozialraum als der Schwibbogen. Genauso wie Räuchermännchen und Nussknacker, Engel und Bergmann kommt dem alltäglichen Entzünden der Schwibbögen zur Weihnachtszeit eine wichtige Bedeutung für die lokale Identität zu. Wie das Innenleben eines Schwibbogens wirken auch die Schilderungen zum sozialen Gefüge im Erzgebirge stabil, geborgen und geschützt, aber zugleich unbeweglich und schablonenhaft. In der Interpretationsgruppe wird der auffällige und häufige Bezug zum erzgebirgischen und weihnachtlichen Idyll, zu stark vernetzten Familiengefügen und wichtigen Traditionen, der sich in allen Gruppendiskussionen wiederfindet, mitunter als „Erzgebirgsrefrain“

3) Löchel (2002) betont die Bedeutung von Gefühlen, Irritationen und Szenen in der Interpretationsgruppe, die als Anzeichen von „Gegenübertragungen“ (sic!) als Reaktionen auf im Interviewtext enthaltene Übertragungen oder Beziehungsangebote verstanden werden können (ebd., 4).

4) An dieser Stelle möchten wir uns für die Supervision bei Frau Dr. Johnne bedanken.

bezeichnet. Dieser Refrain ist immer untermauert von einem Konsens: Im Erzgebirge ist es „schön“. Was das Leben im Erzgebirge „schön“ und zum Leben attraktiv macht, dafür finden die Interviewten in unseren Gruppendiskussionen sehr unterschiedliche Bilder. Thorsten, der um die 50 Jahre alt und im sozialen Bereich tätig ist, beschreibt, dass er da wohnt, „wo andere Urlaub machen“ (GD1, Z. 245–246). Die 19-jährige Clara findet es „sehr schön, hier zu leben“, vor allem weil es „so traditionsverbunden ist“ (GD5, Z. 30–31). Für die 40-jährige Juliane sind die vielen Singekreise „was total schönes“ (GD1, Z. 401–402), genauso wie die „Spatzennestangebote“ (GD1, Z. 1012), wo junge Mütter mit ihren Kindern gemeinsam frühstücken, spielen und singen können. Insbesondere Weihnachten im Erzgebirge sei „schön“, so der 19-jährige Anton (GD5, Z. 45). Bianca, eine 18-jährige Zugezogene, stimmt dem zu und meint auf der anderen Elbseite, wo es keine Schwibbögen gebe, sei es allerdings „nicht schön“ (GD5, Z. 51). Insgesamt findet sie es „eigentlich schön hier“ (GD5, Z. 19–20), insbesondere wegen der „Landschaft“. „Und ich denk schon, dass es n *schönes* Lebensumfeld ist, wie gesagt, auch wenn ma *Familie* hat“ (GD2, Z. 517–518), schließt die 40-jährige Anja ihren Erzählbogen über das Leben im Erzgebirge ab. Diese Betonung des „Schönen“ erscheint uns in der Interpretationsgruppe seltsam leer und abstrakt, eher phrasenhaft, insbesondere da nur diese eine leblose Schablone des „Schönen“ zur Beschreibung des emotionalen Bezugs zum Erzgebirge genutzt wird.

Es wird jedoch ebenso deutlich, dass dieses beschriebene schöne Lebensumfeld im Erzgebirge nicht für jeden garantiert ist. Eine Bedingung für Zugehörigkeit ist die Eingebundenheit in Familie, Kirchengemeinde, Nachbarschaft, Vereine oder ein Kollegium. So beschreibt Anja, dass es für Zugezogene durchaus schwierig sein könne, sich wohlzufühlen: „wenn dort jemand Neues ins Dorf zieht. Also der quasi nicht mit dazugehört. Die Erzgebirger sagen, das ist ein Uhies’scher“ (Anja, GD2, Z. 475–477). Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, dass die erzgebirgischen Sozialgefüge für „Fremde“ einen eigenen, äußeren Platz vorsehen, wie er sich in dem Begriff des „Uhies’schen“ (fremd, nicht ansässig, auswärtig, vgl. Göbel 2018) auch sprachlich niederschlägt. Vor Ort geboren worden zu sein, ist jedoch nicht der einzige Zugang zur erzgebirgischen Zugehörigkeit. So sei es vor allem die Beziehung zur Arbeit, die einen echten „Erzgebirger“ ausmache und auch Hinzugezogenen irgendwann eine Aufnahme ermögliche: „Denk dran, 15 [Jahre]

brauchst, dann bist du eingebürgert“ (Anita, GD1, Z. 293) – unter der Prämisse, du „musst auch jede Arbeit bereit sein zu machen“ (Thorsten, GD1, Z. 723). So führen auch Anja und Ines ihr Durchhaltevermögen und ihre hohe Arbeitsmoral in der Beratungstätigkeit nicht primär auf erlittene Disziplinierungserfahrungen, erworbene Fähigkeiten und Strategien im Umgang mit prekären Arbeitsanforderungen in ihrem Sozialen Träger zurück, sondern sehen darin ihre typisch erzgebirgischen Eigenschaften aufgehen:

Anja: Ich würde jetzt mal behaupten, dass wir [...] sehr viel Durchhaltevermögen bei gewissen Sachen haben. Also auch bei eher widrigen Umständen, na ich denk, das is auch so bisschen Bergbau spezifisch- / Ines: Durchhalten / Anja: Machen wir trotzdem weiter- / Ines: Orsch zamkneifen heißt das bei uns (Iw2: Wie?) Arsch zusammenkneifen (Iw2: Ah). Ja, das ist einfach so.

GD2, Z. 547–554

Ein Preis für den Erhalt des harmonischen Zusammenlebens ist das Einfügen in das soziale Gefüge, wozu neben der starken protestantischen Arbeitsethik auch die Anpassung an traditionelle Konventionen gehört, etwa die Installierung des weihnachtlichen Schwibbogens im Fenster, wie Anton schildert:

Anton: Und das geht gar nicht, wenn die Lichter zwischen-durch ausgehen und wir fahren zum Beispiel auch nach der Kirche bei uns durch das Dorf und werten aus, wer nicht anlassen kann. Genau also sowas – aber das ist halt mehr auf lustig, es ist halt keine strenge Tradition, dass es heißt, wenn der das nicht macht, dann müssen wir dem das Fenster einwerfen oder sonst irgendwas, sondern „Mensch, der macht das halt nicht, sowas aber auch.“

GD5, Z. 677–683

Auch wenn Anton hier beschreibt, dass es sich beim Anzünden der Schwibbögen um keine „strenge Tradition“ handelt, so irritierte in der Interpretationsgruppe wiederum, wie assoziativ naheliegend die Sanktion des Fenstereinwerfens für die Nichteinhaltung dieser Tradition für

ihn schien, sodass er sich extra betont davon abgrenzen musste. Damit stehen den weihnachtlichen Lichtern, wenn auch ungewollt, Bilder von Angriffen und Gewalt gegenüber. In der Interpretationsgruppe weckt dies Erinnerungen an die Gewalt gegen Geflüchtete im Erzgebirge im Zuge des Sommers der Migration 2015. Die hier angedeutete Erwartung an Anpassungen an und Einhaltung von Traditionen, die im Erzgebirge offenbar dazugehören, sollen im nächsten Abschnitt weiter ausgeführt werden.

REPRESSIVE HARMONIE

Um die Vorstellung eines idyllischen und in sich bruchlos harmonischen Landlebens als einen imaginären Zufluchtsort zu kritisieren, führte Thorsten Mense (2021) den Begriff der „repressiven Harmonie“ ein. Freiheit und Selbstbestimmung seien in dem idyllischen Postkartenbild des Landlebens nur durch die Unterwerfung unter ein repressives Kollektiv erfüllbar. Das Motiv der Idylle dient aber nicht nur dazu, den Schein einer Wunscherfüllung nach Harmonie und Geborgenheit aufrechtzuerhalten, sondern eigne sich im deutschen Kontext auch dazu, eine kollektive deutsche Identität zu reparieren und sie von der Erinnerung an Kriegsschuld, Nationalsozialismus und Holocaust zu befreien (ebd.). Und tatsächlich ist eines der bekanntesten Motive des erzgebirgischen Schwibbogens, welches immer wieder zur Illustration des erzgebirgischen Idylls und einer überhistorischen lokalen Identität herangezogen wird, eng verwoben mit der Geschichte des Nationalsozialismus im Erzgebirge. Das oben beschriebene und heute bekannteste Schwibbogenmotiv wurde 1937 für einen Wettbewerb des nationalsozialistischen Vereins *Heimatwerk Sachsen* entwickelt. Diese historische Dimension ist jedoch nicht Teil der Erzählungen über Schwibbögen oder Weihnachtstraditionen und wird in keiner Gruppendiskussion thematisiert. Die nationalsozialistische Entstehungsgeschichte des beliebten Weihnachtssymbolen wird nahezu vollständig unterdrückt. Nur so kann er unhinterfragt als Inbegriff der Idylle und Heimeligkeit stehen.

Auch im Motiv der Bergmänner und Engel kommen Bergarbeit und christliche Symbolik zusammen. In traditionellen erzgebirgischen Familien werden den Kindern entsprechende Holzfiguren je nach Geschlecht zur Geburt geschenkt. Jede Generation bekommt aufs Neue die immergleichen Sozialrollen in die Wiege gelegt: männlich, mutig

und robust oder weiblich, beschützend, körper- und bedürfnislos. Die Figuren sind Sinnbild eines Stolzes auf die Schnitzkunst, mit der das Erzgebirge Weltruhm erlangt hat, zugleich stehen sie für regionale Identitäten, die wenig Raum lassen für eine Entfaltung subjektiver Kreativität und Eigensinnigkeit. Die Weitergabe der immergleichen hölzernen Figuren von Generation zu Generation kann als Symbol der Einschränkungen der individuellen Entwicklung und Entfaltung interpretiert werden.

Die sozial-repressive Komponente der Harmonie findet sich in zahlreichen Schilderungen unserer Gesprächsteilnehmer*innen. Vera, eine Sozialarbeiterin im Erzgebirge, beschreibt beispielsweise: „Jeder kennt jeden und dann wird ja doch bisschen drauf- / Marlene: Ja wird geguckt“ (GD4, Z. 816 f.). Die 25-jährige Janina erzählt Ähnliches:

Janina: Ja, das ist dann schon so ein Stück weit auch Interpretationssache. Also jetzt im städtischen Raum würde man das vermutlich primär erstmal so als Neugier / Thorsten: Stalking. / Janina: Oder Stalking auslegen. Jetzt so bei uns im ländlichen Raum ist das eher was relativ Normales, dass man sich so nach seinen Nachbarn erkundigt und diese Nachbarschaftshilfe halt praktiziert ne.

GD1, Z. 344–348

Beide beziehen sich positiv auf die Sozialgefüge, die auch Unterstützung und Fürsorge darstellen. Die Beschreibungen lösen jedoch Unbehagen in der Interpretationsgruppe aus: Die Normalisierung und Bagatellisierung des Stalkingbegriffs irritiert, gleichzeitig wirken die nachbarschaftlichen Blicke tatsächlich stark kontrollierend und übergriffig. Zur Kontrastierung der idyllisch und aufeinander bezogen gezeichneten familiären und nachbarschaftlichen Verhältnisse im Erzgebirge wird in den Gruppendiskussionen immer wieder die Großstadt herangezogen. Diese ist zwar aufgrund ihrer kulturellen Angebote teilweise verlockend, aber vor allem bedrohlich. So zieht Anja zur Legitimation der sozialen Kontrolle im Erzgebirge das Motiv einer unentdeckten, verwesenden Leiche heran, mit dem die Angst aufgerufen wird, allein und unentdeckt zu sterben: „Ne und ich übertreib jetzt mal, die müssen dann halt nicht vier oder acht Wochen dort liegen, bis vielleicht irgendjemand mal sagt, hier riecht es aber ganz komisch, was ist denn hier los?“ (GD2, Z.

423–425). Das Bild begegnet der Interpretationsgruppe noch in einer weiteren Gruppendiskussion und wirkt als brutale Mahnung vor der Einsamkeit und Ignoranz der städtischen Lebenswelt. Wo allerdings ein Schwibbogen im Fenster brennt, scheint alles in Ordnung zu sein, sodass ein Blick hinter die Gardine nicht notwendig ist. Die Grenze, die der Lichterglanz im Fenster zwischen kalter Straße und warmer Stube, Privatheit und Öffentlichkeit symbolisiert, wird als etwas Schützenswertes verstanden. Ein Blick hinter die Gardinen, zum Beispiel im Kontext der Beratung von Frauen zum Schutz vor häuslicher Gewalt, kann hier schnell zu einer spannungsreichen Angelegenheit werden. Insbesondere kritische Nachfragen können dabei verhängnisvoll sein, wie für Ines in der Vergangenheit deutlich wurde:

Ines: Ich mein, wir hatten ja auch schon mal Fälle, wo vielleicht die Beratung oder der Kontakt jetzt nicht so glimpflich abgegangen ist, weil man vielleicht auch was Unangenehmes gesagt hat oder eine andere Wahrheit auf den Tisch gehauen hat, als der Mensch hören wollte, den es eigentlich betraf, dann kann dir das auch Jahre später immer nochmal um die Ohren fliegen. Das darf man auch nicht vergessen.

GD2, Z. 889–895

Dass jeder jeden kenne, wie nahezu alle unsere Gesprächspartner*innen betonen und wertschätzen, bekommt spätestens hier einen anderen Beigeschmack, wirkt nicht stützend-familiär, sondern kontrollierend-einengend und scheint eine restriktive und hemmende Wirkung zu entfalten.

Anton beschreibt ferner, wie schwierig Veränderungen durch eine junge Generation seien. Dabei sei es im Erzgebirge einfacher „zum Beispiel auch ne neue Tradition einzuführen als ne alte Tradition abzuändern zum Beispiel. Also zu sagen, wir machen jetzt keine Ahnung Döner statt Klöße oder sowas ist schwieriger, als wenn wir halt sagen würden, gut wir singen noch Weihnachtslieder zusätzlich“ (GD5, Z. 653–657). Die Marge an Veränderungsmöglichkeiten ist hier denkbar klein und zeigt, wie starr die Traditionsvorstellungen sein können. Die durch die Traditionen zementierte Enge findet sich auch in der Starrheit von Geschlechterrollen sowie in Bezug auf die (fehlende) Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wieder, wie die Jugendlichen

am Ende ihrer Diskussion beschreiben: „Wenn man bei der Kirche arbeitet, sollte man sich nicht outen“ (Daniel, GD5, Z. 1285). Der Gesprächspartner nimmt hier Bezug auf die Geschichte eines homosexuellen Kirchenmitarbeiters vor Ort, der nach seinem Outing aus der Kirchengemeinde ausgeschlossen wurde. Dies entfachte in der Kirchengemeinde eine Diskussion, ob Homosexualität Sünde sei. In diesem Meinungsklima positionieren sich die Jugendlichen demonstrativ offen („Kann doch jeder machen, was er möchte“; Daniel, GD5, Z. 1342), bleiben aber ihrerseits bei sehr stereotypen und starren Vorstellungen von Homosexualität verhaftet („[...] kann er auch den ganzen Tag in Latex rumlaufen“; Anton, GD5, Z. 1347).

Um die repressive Harmonie und damit das idyllische Bild des Erzgebirges zu schützen, müssen nicht nur „fremde“ Menschen, sondern auch moderne Diskurse ferngehalten werden. Dies zeigt sich in den Diskussionen, wenn sich etwa Ines durchaus positiv auf die „quere Bewegung“ (GD2, Z. 645) bezieht, aber auch hinzufügt: „die Diskussion kommt immer mehr, da ist natürlich auch das ganze Mediale, was von außen reingetragen, auch ein Thema“ (GD2, Z. 648–650). Ganz ähnlich verfährt Jutta, wenn sie erzählt, dass sowohl die in Annaberg-Buchholz stattfindenden Demonstrationen gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche (der sogenannte „Marsch für das Leben“; vgl. Höcker/Niendorf, 2022) als auch die Gegenproteste von außen in die Region getragen würden:

Jutta: [...] am Anfang wurde nur im kleineren Rahmen und jetzt wird das alles von außen, da kommen sie aus Berlin und Leipzig und sonst woher und die machen das in Annaberg, das sind Annaberger die wenigsten Leute [...] sowohl gegenpro und kontra, also beide Richtungen. [...] Da tun bloß die zwei Richtungen aufeinandertreffen, aber das tangiert dann die Umgebung nicht.

GD4, Z. 1194–1203

Wie Shulamit Volkov (2001, 1978) beschreibt, liegt eine Gemeinsamkeit zwischen Antifeminismus und Antisemitismus in einem antimodernen Abwehrkampf gegen eine wahrgenommene Bedrohung durch die neue, moderne Welt. Im Ressentiment werden die Angst und Feindseligkeit gegenüber der Moderne projektiv verarbeitet. Wie Melanie Hermann

(2020) ausführt, wird „die emanzipierte Frau“ von rechtsextremen Antifeminist*innen ähnlich wie „der Jude“ als Bedrohung der herrschenden Ordnung wahrgenommen, da sie die Ordnung einer „Gemeinschaft“ von innen heraus durch „Abstraktheit, Uneindeutigkeit, Künstlichkeit und ‚Degeneration‘“ zu bedrohen scheint (vgl. auch Hessel/Misiewicz, 2020). Ähnliches gilt auch für die projektiv wahrgenommene Bedrohung durch geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (Stögner, 2020; Winter, 2022). Die Gesprächspartner*innen in unseren Gruppendiskussionen stehen feministischen Emanzipationsbewegungen zwar teilweise sehr offen gegenüber und sind nicht antifeministisch organisiert. Dennoch äußern sie teilweise antifeministische Ressentiments und ihre Gespräche transportieren eine lokal vorherrschende Atmosphäre eines Idylls, eines geschützten, aber bedrohten Innenraums, wobei nicht nur Bedrohliches, sondern auch Politisches in die Großstadt externalisiert wird. In diesem Außen, dem großstädtischen Anderen, finden sich Sehnsucht und Furcht zusammen: Die Großstadt reizt durch Vielfalt und Angebote und schreckt durch Anonymität und Einsamkeit. Julia Kristeva beschreibt in ihrem Buch „Fremde sind wir uns selbst“ (1990) in Rekursion auf Freuds Text „Das Unheimliche“ (1919), dass das Unheimliche die „Widerkehr des Verdrängten“ (Kristeva, 1990, 200) darstellt und letztlich das, was dem Anderen zugeschrieben wird, das wiederkehrende Eigene ist: „Die Verdrängung und ihre Durchlässigkeit selbst sind [es], die das andere und letztlich das Fremde konstruieren“ (ebd., 201). Mit dieser Perspektive lassen sich die Bezüge zur unheimlichen Großstadt besser verstehen. In der Latenz liegen hier Angst vor der individuellen Selbstbestimmung mit dem Preis der Loslösung aus der Gemeinschaft, dargestellt im Bild des (einsamen) Todes, vor dem nur die soziale Kontrolle schützt. Bemerkenswert ist schließlich, dass in den Gruppendiskussionen der unbemerkte Tod einer Frau in der Nachbarschaft imaginiert wird. Die vor Ort häufig negierte, tabuisierte und nur unzureichend politisch adressierte Gewalt gegen Frauen und die gleichzeitige Verhinderung feministischer Emanzipationsbestrebungen scheint in die Großstadt verlegt leichter thematisierbar. Kristeva macht aber auch unser großstädtisches Erleben mancher Schilderungen des Erzgebirges als unheimlich verstehbar.

BEDINGUNGEN FÜR ENGAGEMENT UND EMANZIPATION

Im letzten Abschnitt der Analyse soll schließlich beleuchtet werden, welche Bedingungen für Geschlechterdemokratie sich in der beschriebenen Atmosphäre vorfinden. Die repressive Harmonie im Erzgebirge bietet kaum Räume für individuelle Bestrebungen nach Selbstbestimmung oder für kollektive Emanzipationsbewegungen. Hinsichtlich der geschlechterdemokratischen Perspektiven vor Ort äußert sich die Beraterin einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle dennoch hoffnungsvoll:

Melanie: Aber ich denk, das ist trotzdem kleinschnittiger und mühsamer bei uns im Erzgebirgskreis als in ner Großstadt oder eben – was weiß ich in Leipzig oder sowas, aber es gibt trotzdem Hoffnungsschimmer. Also ich denk an meine 87-jährige Oma, der das total wurscht ist, und die von ihrer Cousine erzählt, die auch lesbisch war.

GD 4, Z. 785–789

Geschlechterdemokratie und feministische Forderungen werden oft mit dem Begriff der Emanzipation assoziiert. Um zu verstehen, warum auch wir uns darauf beziehen, lohnt sich ein Blick auf die verschiedenen Bedeutungsebenen des Begriffs.

EMANZIPATION UND DEMOKRATIE

Die ersten Emanzipationsbewegungen entstanden gemeinsam mit den modernen Demokratien zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert. Insbesondere Juden und Frauen forderten im Zuge der politischen, kulturellen und sozialen Revolutionen gesellschaftliche Gleichberechtigung und Teilhabe ein, da diese ihnen etwa in den USA und in England, Frankreich, Polen oder in Deutschland nicht gleichermaßen zugestanden wurden. Auch heute noch weisen Emanzipationsbewegungen auf Benachteiligungen und Ausschlüsse sozialer Gruppen hin und bringen sie damit ins kollektive Bewusstsein, verbunden mit der Forderung nach mehr Zugewinn an Freiheit oder Gleichheit.

KOLLEKTIVE EMANZIPATION

Feministische Emanzipationsbestrebungen verfolgen die Ziele der Aufhebung der Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen, die Kritik männlicher Herrschaft und die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse (vgl. Höcker et al., 2020). Emanzipationsbewegungen basieren auf einer kritischen Gesellschaftsanalyse mit *kollektiven Forderungen* und ihrer Umsetzung in solidarischen Beziehungsweisen. Feministische Kämpfe sind eng verwoben mit anderen sozialen und antifaschistischen Bewegungen, insbesondere mit queeren, da Trans-, Inter- und Homofeindlichkeit eng mit Antifeminismus, Sexismus und Misogynie zusammenhängen. Mit Forderungen nach der Ausweitung der körperlichen Selbstbestimmung oder der reproduktiven Gerechtigkeit werden nicht alleine politische Forderungen an eine gerechtere Geschlechterordnung formuliert, sondern auch ökonomische Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich infrage gestellt (Becker-Schmidt, 2003; Federici, 2017).

SELBSTBEFREIUNG ALS EMANZIPATION

Die feministische Emanzipation umfasst neben den kollektiven Prozessen auch eine *Selbstbefreiung aus verinnerlichten Zwängen*. Die kapitalistische und patriarchale Struktur von Gesellschaften, soziale Normen und weltanschauliche Zwänge strukturieren bei jedem Menschen die Psyche, also auch die Wahrnehmung von Rollen und Beziehungen, sowie die Gestaltungsräume der sozialen Identität und Teilhabe mit. Subjektivierung bedeutet, sich der eigenen Involviertheit in Herrschafts-, Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnissen bewusst zu werden und die eigenen Möglichkeiten zu entdecken, in der Gesellschaft verantwortungsvoller und selbstbestimmter zu handeln.

Der geschilderte Hoffnungsschimmer der offen lesbisch lebenden Cousine muss in dem Bewusstsein rezipiert werden, dass Homofeindlichkeit und Antifeminismus – ebenso wie andere menschenfeindliche Ideologien – im Erzgebirge nach wie vor weit verbreitet sind (vgl. Höcker/Niendorf, 2022). Während staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Organisationen in dem Vorhaben versagen, den rechten und anti-

feministischen Mobilisierungen nachhaltig etwas entgegenzuhalten, sind es aktuell Einzelpersonen, die sich engagieren und zugleich in der beängstigenden Erkenntnis leben, „dass Menschen, die sich hier für die Demokratie engagieren, es nicht schaffen, sich so zu organisieren, wie das die Rechten tun“ (Alex, GD3, Z. 187–189).

Im Erzgebirgskreis finden sich erschwerte politische, kulturelle und ökonomische Bedingungen für Emanzipation. Wo sich mit dem organisierten Antifeminismus antimoderne und misogynen Abwehrkämpfe etablieren können und damit alles abwerten, was nicht „traditionell“ oder „männlich“ ist, wo autoritäre Dynamiken hegemonial zu werden drohen sowie die ökonomischen Ressourcen und Räume zum Austragen politischer Konflikte fehlen, herrschen schwierige Bedingungen für die Demokratie im Allgemeinen und für emanzipatorische Transformationen im Besonderen. Eine Ausweitung von Partizipation und Gerechtigkeit für marginalisierte Gruppen wird gehindert und die Vielfalt an denkbaren Lebensentwürfen und akzeptierten Geschlechtsrollen eingegrenzt. Das zeigt sich auch in der Aussage einer politisch engagierten Frau, die hofft, dass sie „noch lange die Kraft aufbringen kann, [sich] hier im Erzgebirge zu engagieren“ (Nadja, GD3, Z. 149 f.), weil sie als junge Frau in ihrem lokalpolitischen Engagement ständig mit Ignoranz, Missachtung und Bedrohungen zu kämpfen habe. Das demokratische Engagement unserer Gesprächspartner*innen erfordert hohe Motivation und Durchhaltevermögen, ähnlich wie die Arbeit der Berater*innen, für die sie mit einer Referenz auf die arbeitsamen Bergleute („Das Bergwerk ruft“, Anja, GD2, Z. 575) den vorgesehenen und bezahlten Arbeitsumfang überschreiten und sich beispielsweise auch nach Feierabend oder am Wochenende einsatzbereit zeigen. Alles in Allem wird deutlich, dass das Engagement der bestehenden demokratischen Strukturen und der politisch Aktiven im Erzgebirge alleine kaum genügen kann, um dem Anspruch der Emanzipation und Demokratisierung gerecht zu werden.

FAZIT UND IMPLIKATIONEN

Mit den brennenden Kerzen der Schwibbögen wird an die harte Arbeit der Bergleute unter Tage erinnert und an ihre Sehnsucht nach Tageslicht, das sie in den Wintermonaten kaum zu sehen bekamen. Der Schimmer der leuchtenden Fenster erinnert an den Heimweg in die Bergdörfer und

verspricht Hoffnung, so heißt es im Erzgebirge. Die Erinnerung an die mühsame Arbeit der erzgebirgischen Bergleute wird in den Gruppendiskussionen nicht alleine durch die Benennung traditioneller Berufsgruppen und der geschnitzten Bergwerksmotive wachgehalten, sondern auch durch die Demonstration einer hohen Einsatzbereitschaft und eines arbeitsamen Durchhaltevermögens. Im Widerspruch zu einer post-fordistischen Anforderung an Arbeitnehmer*innen, ihr Arbeitsglück und ihre Selbstverwirklichung in einer ausgewogenen Work-Life-Balance zu finden (Senghaas-Knobloch, 2008), die jedoch niemals erfüllbar ist, sind sich die Erzgebirger*innen in unseren Gruppendiskussionen der Mühsal der Arbeit mit Rekurs auf die Bergarbeit durchaus bewusst. Emanzipations- wie auch Rückzugsbestrebungen aus den familiären und kollektiven Gefügen und dem kulturellen Wiederholungszwang sind tabu. An dieser Stelle werden unheimliche Angst- und Feindbilder wirksam, die sich in den Bildern des einsamen Todes oder der Vereinzelungserfahrung der politisch aktiven Frauen ausdrücken. Anliegen der Emanzipation und Geschlechterdemokratie kommen nur in zart formulierten Hoffnungsschimmern zum Ausdruck, die zugleich von einer Düsternis autoritärer Dynamiken umgeben sind. Diese Atmosphäre illustriert den demokratischen Handlungsbedarf im Erzgebirge, gilt Emanzipation doch eigentlich als ein zentrales Ziel demokratischer Gesellschaften (Schubert/Klein, 2020).

Erst vor Kurzem wiesen die Journalistinnen Emma Mach, Chiara Raber und Lena Wensch (2022) nach, dass die offiziellen Vorgaben des als *Istanbul Konvention* bekannten „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Europarat, 2011) nur in vier von zehn sächsischen Landkreisen erfüllt werden können. Frauenhäuser und Schutzkonzepte für Frauen und Mädchen sind an vielen Orten Sachsens kaum vorhanden oder schwer erreichbar, die Prävention und Verfolgung von Gewalt und Diskriminierung sowie die Stärkung von Frauenrechten sind noch nicht nachhaltig etabliert. Auch im Erzgebirgskreis fehlt es an einer effektiven Umsetzung der *politischen und rechtlichen Maßnahmen* des Übereinkommens. Doch der *politische Druck* der antifeministischen Akteure, das sozialräumliche Klima der *repressiven Harmonie* und eine *protestantische Arbeitsethik* hindern die Berater*innen in Schwangerschaftskonfliktberatungen oder im Gewaltschutz im Erzgebirge daran, die prekären ökonomischen Rahmenbedingungen und den knappen Per-

sonalschlüssel stärker zu thematisieren und Unterstützung zu fordern. Stattdessen findet sich eine Bagatellisierung der Überlastungssituation und eine Leugnung der Versorgungsengpässe. Bereits Jugendliche nehmen die Dominanz starrer Traditionsvorstellungen wahr; ihnen fehlen Möglichkeiten zur Partizipation, Räume der politischen Bildung und Ansprechpersonen zu Fragestellungen der Identitäts- und Sexualitätentwicklung. Die politisch engagierten Frauen in unseren Gruppendiskussionen scheinen erschöpft und gesellschaftlich isoliert. Sie sehen sich rechtsextremen und christlich-konservativen Männerbünden gegenüber, und für ihren Ausbruch aus Geschlechtsrollen und Meinungshegemonien werden sie mit Bedrohungen und Ignoranz bestraft.

Um wirksam gegen geschlechtsbezogene Gewalt und autoritäre Dynamiken im Erzgebirge vorzugehen und die Emanzipation marginalisierter Gruppen zu ermöglichen, braucht es zunächst umfassende ökonomische Umstrukturierungen und eine gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme für notwendige Demokratisierungsprozesse. Nur dann wird es langfristig möglich sein, Reflexionsräume zu einem Verständnis des Begehrens und Schreckens zu eröffnen, die hinter der symbolischen Ordnung der Holzfiguren und der repressiven Harmonie der sozialen Beziehungen verborgen liegen.

LITERATUR

- Becker-Schmidt, Regina (2003). Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. *gender...politik...online*, Juli 2003. URL: https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_doppelte_Vergesellschaftung_von_Frauen/becker_schmidt_ohne.pdf (21.12.2022).
- Bendkowski, Halina (1992). Test the West! Geschlechterdemokratie und Gewalt. *tageszeitung*, 13.11.1992. URL: <https://taz.de/!1643780> (02.01.2023).
- Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. URL: <https://rm.coe.int/168046235> (21.12.2022).
- Federici, Silvia (2017). *Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien/Berlin: mandelbaum kritik & utopie.
- Freud, Sigmund (1919). *Das Unheimliche. Imago. Zeitschrift für die Anwendung der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften*, Heft 5/6, 298–324. URL: https://archive.org/details/Imago-ZeitschriftFuumlrAnwendungDerPsychoanalyseAufDie_464/page/n1/mode/zup (08.12.2022).
- Göbel, Andreas (2018). *Interaktives Wörterbuch der erzgebirgischen Mundart. Erzgebirgisch – Deutsch*. URL: erzgebirgisch.de (20.12.2022).
- Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna (2022). Feminismus – ein Fremdwort? Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 103–118). Leipzig: edition überland.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Höcker, Charlotte/Schuler, Julia/Decker, Oliver (2022). Berlin verstehen. Einleitung in die Ergebnisse der Gruppendiskussionsstudie im Rahmen des Berlin-Monitor. In Oliver Decker/Charlotte Höcker/Julia Schuler (Hrsg.), *„Ich hab noch nie auf einer ruhigen Insel gelebt“. Berlin als Interaktions- und Konfliktraum in den Gruppendiskussionen des Berlin-Monitors* (S. 8–26). Springer: zu Klampen.
- Hermann, Melanie (2020). Antimoderner Abwehrkampf – zum Zusammenhang von Antifeminismus und Antisemitismus. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Kontinuitäten, Band 7* (S. 26–35). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Hessel, Florian/Misiewicz, Janne (2020). Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart. Bemerkungen zu Verschränkung und kultureller Codierung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8* (S. 156–167). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- König, Hans-Dieter (2000). Tiefenhermeneutik. In Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 556–569). Reinbek: Rowohlt.
- Kristeva, Julia (1990). *Fremde sind wir uns selbst*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Löchel, Elfriede (2005). *Das Unbewusste im Text. Anmerkungen zur tiefenhermeneutischen Interpretation von Interviewtexten*. Bremen: Unveröffentlichtes Skript.
- Lorenzer, Alfred (2006). *Szenisches Verstehen. Zur Erkenntnis des Unbewußten*. Baden-Baden: Tectum.
- Mach, Emma/Raber, Chiara/Wensch, Lena (2022). Frauenhäuser in Sachsen: So schwer finden bedrohte Frauen Schutz. *Freie Presse*, 21.09.2022. URL: <https://www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/frauenhaeuser-in-sachsen-so-schwer-finden-bedrohte-frauen-schutz-artikel12439204> (21.12.2022).
- Mense, Thorsten (2022). Repressive Harmonie. Das Lob der Provinz als regressive Antwort auf die Zumutungen der Moderne. In *Freie Assoziation. Landlust*. (S.11–28). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2020). Emanzipation. In *Das Politiklexikon. 7. Auflage*. Bonn: Dietz 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17396/emanzipation> (21.12.2022).
- Senghaas-Knobloch, Eva (2008). *Wohin driftet die Arbeitswelt?* Wiesbaden: Springer VS.
- Stögner, Karin (2020). Von „Geldjuden“ und „Huren“ – Kritik der antisemitisch-sexistischen Ideologie. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8* (S. 86–93). Jena: IDZ.
- Volkov, Shulamit (2001). *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*. München: C. H. Beck.
- Volkov, Shulamit (1978). *The Rise of Popular Antimodernism in Germany: The Urban Master Artists, 1873–1896*. Princeton University Press.
- Winter, Sebastian (2022). Die Geschlechtlichkeit zwischen sexueller Malaise und autoritärer Identität. Zur affektiven Funktion des antigenderistischen Wahns. In Karin Stögner/Alexandra Colligs (Hrsg.), *Kritische Theorie und Feminismus* (S. 345–366). Berlin: Suhrkamp.





„Politische Neutralität“ im Erzgebirge

Das Drängen der kommunalen Verwaltung auf politische Neutralität und die Haltungslosigkeit der Lokalpolitik

EINLEITUNG

Das im südlichen Sachsen gelegene Erzgebirge wird gerne als das „Weihnachtsland“ beschrieben. Wer einmal im Dezember am frühen Abend durch die kleinen Orte in der Region fährt und vielleicht sogar das Glück hat, dass frischer Schnee vom Himmel fällt, wird beim Anblick der leuchtenden Schwibbögen und Räucherfiguren schnell verstehen, dass diese Bezeichnung mehr ist als ein Marketingspruch. Auch Menschen, die das Erzgebirge verließen und mitunter nicht nur in guter Erinnerung haben, verbinden mit Weihnachten im Erzgebirge oft etwas Schönes.

Wer wiederum mit politisch interessierten Menschen spricht, erntet bei dem Satz „Ich komme aus dem Erzgebirge“ häufig mitleidige Blicke. Wesentliche Unterstützer*innen des sogenannten *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) wohnten und wohnen nach wie vor hier. Wahlergebnisse spiegeln seit Jahren eine hohe Zustimmung zu rechten Positionen wider (vgl. z. B. Rafael, 2022) und Vereinigungen wie die extrem rechte Partei *Freie Sachsen* (sowie deren Vorgängerverein *Freigeist e. V.*) mobilisieren teilweise an die 1.000 Menschen für ihre Demonstrationen. Die Partei arbeitet sich, mit Verweis auf aktuelle Themenlagen, im Wesentlichen an der populistischen Polarisierung zwischen dem „wahren Volk hier unten“ und den „korrupten Eliten da oben“ samt den entsprechenden Feindbildern ab. Weiterhin vertreten die *Freien Sachsen* eine Vielzahl an antidemokratischen und menschenfeindlichen Positionen,¹ die im Erzgebirge nicht nur ohne nennenswer-

1) Im EFBI Policy Paper 2022-3 gehen Johannes Grunert und Anna-Louise Lang unter anderem auch auf die ideologischen und personellen Hintergründe der Freien Sachsen ein (Grunert/Lang, 2022, 8). Die Partei gründete sich in Schwarzenberg (Wölfel, 2021; Kindt-Matuschek, 2021) und fungiert als ein zentraler Akteur, der für antidemokratische Proteste in Sachsen mobilisiert. Ein erklärtes Ziel der Partei ist der „Säxit“ (Merker, 2021).

ten Widerspruch verbreitet werden, sondern auch auf breite Zustimmung stoßen. Nach Erfahrung des Vereins *Agenda Alternativ e. V.* sorgt die Selbstverständlichkeit, mit der diese Positionen in der Breite vertreten werden, nicht selten für Entsetzen bei Besucher*innen der Region.

Für Menschen, die andere Meinungen vertreten, kann die Situation vor Ort mitunter bedrohlich werden. So erfahren junge Menschen mit humanistischem Menschenbild und klarer Haltung gegen Rechts im Erzgebirge nicht nur verbale Anfeindungen. Volksfeste und andere öffentliche Anlässe werden für sie und Menschen mit dem „falschen Aussehen“ oder der „falschen Kleidung“ nicht selten zu No-Go-Areas. Denjenigen, die auf die Bedrohung hinweisen oder Angriffe öffentlich machen, wird die Schuld an der Misere häufig selbst zugewiesen oder sie werden regelrecht zu unerwünschten Personen, da sie den Ruf der Region schädigen würden. Führte diese Lage bei vielen Betroffenen zunächst zu einem Gefühl der Ohnmacht, erwuchs schließlich die Idee eines Vereins, um den beschriebenen Strukturen etwas entgegenzusetzen und die Zivilgesellschaft demokratisch zu stärken.

So hat es sich der Verein *Agenda Alternativ* zur Aufgabe gemacht, mit politischen Bildungsangeboten und alternativer Kultur vor allem junge Menschen im Erzgebirge zu erreichen. Seit der Gründung 2007 wurden über 60 Veranstaltungen und weitere Aktionen organisiert – wie z. B. eine Lesung mit Manja Präkels zu ihrem Buch „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ und Bildungsreisen (u. a. in das ehemalige Konzentrationslager Mittelbau-Dora). Ziel der Vereinsarbeit ist es, Mechanismen der Ausgrenzung zu beleuchten und Reflexionsprozesse anzustoßen. Daneben wurde aus der Erfahrung heraus, dass es auch vielen anderen jungen Menschen in der Region so ergeht wie den bei *Agenda Alternativ* Engagierten, mit dem Verein eine emanzipative Struktur geschaffen. Diese sollte einerseits der Möglichkeit zur Umsetzung der eigenen Ideen wie einem kleinen Festival mit politischem Anspruch dienen, andererseits das Interesse an Demokratie, Teilhabe und Diskussion bei jungen Menschen weiter fördern.

Die Organisation solcher Veranstaltungen im ländlichen Raum ist allein schon aufgrund mangelnder Infrastruktur und möglicher neonazistischer Bedrohungen alles andere als leicht. Erschwerend hinzu kommt für *Agenda Alternativ* oftmals eine fehlende Offenheit der lokalen, meist konservativen Politiker*innen gegenüber dem Verein, der aufgrund seiner Arbeit gegen rechte Ideologien als links wahrgenommen

wird. Darüber hinaus und damit verknüpft ergeben sich für *Agenda Alternativ* und andere Engagierte der demokratischen Zivilgesellschaft zwei weitere Herausforderungen: das Drängen der kommunalen Verwaltung auf politische Neutralität sowie die Haltungslosigkeit der Lokalpolitik. Letztere handelt gegen rechte Aktivitäten weitestgehend nicht aus einer antifaschistischen bzw. antirassistischen Haltung heraus, sondern aus Sorge vor Imageproblemen. Aus Sicht des Vereins haben sich beide Tendenzen in den vergangenen Jahren verstärkt und führen zu einer Reihe von Problemen.

Das Erzgebirge ist eine Region der Extreme: extreme Idylle, extreme Heimatliebe, extreme Strukturschwäche – und ein breites Feld an extrem rechten Strukturen und Weltbildern. In persönlichen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern wird das Problem von Rechts zwar selten geleugnet, aber meist verharmlost. So wird den Engagierten oft erklärt, man stehe generell gegen jede Form von Extremismus und wolle diesen aus der eigenen Stadt heraushalten. Politische Auseinandersetzungen sollen im gesellschaftlichen Zusammenleben außen vor bleiben und allein „neutrale“ Akteur*innen und Veranstaltungen unterstützt werden – für alles andere gebe es das Demonstrationsrecht.

Diese Haltung der Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft orientiert sich am „Hufeisen-Modell“² und hat fatale Auswirkungen auf die Lage vor Ort. So ist trotz der Verbreitung extrem rechter Strukturen die Zivilgesellschaft extrem entpolitisiert oder kaum vorhanden, symbolisiert die Mitte des Hufeisens doch eine gesellschaftliche Mitte, die paradoxerweise sowohl als Gradmesser demokratischer Kultur stilisiert als auch zum Garanten politischer Neutralität auserkoren wird.

Für die extreme Rechte bietet die Region den idealen Nährboden: Auf der einen Seite das Politikverständnis zwei extremer Pole, die abgelehnt werden. Auf der anderen Seite eine Gesellschaft, die sich zum großen Teil in der Mitte des Hufeisens verortet und als „politisch neutral“ bezeichnet, jedoch teilweise selbst von rechtsoffenen Positionen durchzogen ist. Antifaschistische Arbeit wird als linksextrem abgestempelt und damit nicht als Handlungsoption für die gesellschaftliche Mitte in Betracht gezogen. Was bleibt, sind Haltungslosigkeit und

2) Die allgemeine Kritik am Extremismus-Begriff und auch an der „Extremismus-Klausel“ und deren unzureichende Aussagekraft und Anwendbarkeit wurde bereits vielfältig ausformuliert und kann in diesem Text nicht vollumfänglich wiedergegeben werden, exemplarisch siehe Kiess (2011), Liebscher (2013), Keil (2020) und Seidel (2020).

ein Zurückziehen aus öffentlichen Diskursen, sodass es rechten Akteur*innen leichter gemacht wird, diese zu bestimmen. Das wirft Fragen auf: Wie kann auf Weltbilder neutral reagiert werden, die nicht nur menschenverachtend, sondern auch lebensfeindlich sind? Ist antifaschistische Arbeit linksextrem, weil sie sich gegen Rechtsextremismus engagiert?³

Diese Problemlagen sollen im Folgenden anhand eines Beispiels aus der Vereinsarbeit von *Agenda Alternativ* illustriert werden. Außerdem werden wir auf Lösungsansätze für diese Problematik eingehen.

DEMOKRATIE MIT „POLITISCHEM CHARAKTER“

Seit 2012 veranstaltet *Agenda Alternativ* das Festival „Stains in the Sun“, dessen Konzept auf drei Säulen basiert: politische Bildung, alternative Musik und Kreativangebote. Bevor das Festival im Jahr 2018 zu einem Wechsel des Veranstaltungsortes gezwungen war, fand es in seinen ersten Jahren auf dem Gelände des Naturtheaters Schwarzenberg statt. Nach fünf Jahren weitestgehend guter Zusammenarbeit mit der Stadt Schwarzenberg, in deren Hand sich das Gelände befindet, sollte das Festival 2018 abermals im Naturtheater stattfinden und dank einer Förderung durch das Programm „Weltoffenes Sachsen“ des Freistaats ausgebaut und auf eine neue Stufe gehoben werden. Es wurde eine Themenwoche samt einer Diskussion, einer Filmvorführung und einem Poetry Slam organisiert und für das Konzert u. a. die bekannte Band „Turbostaat“ gewonnen, wodurch auch die überregionale Aufmerksamkeit für das kleine Festival erhöht werden konnte. Frühzeitig wurde mit der Stadt das Gespräch gesucht, um im Sinne der Planungssicherheit einen Nutzungsvertrag für das Naturtheater zu erhalten. Zwar erhielt der Verein am 23. April 2018 zunächst die Zulassung zur Nutzung des Veranstaltungsgeländes, jedoch ließ der Nutzungsvertrag mit Verweis auf eine ausstehende erneute Prüfung, die durch den Stadtrat beantragt wurde, auf sich warten. Schließlich wurde die Zulassung der Veranstaltung am 19. Juli und damit gerade einmal sieben Wochen vor der Veranstaltung zurückgezogen.

3) Ähnliche Fragen stellte sich auch Kira Ayyadi in Bezug auf das #wirsindmehr-Konzert 2018 in Chemnitz. Ihr Resümee lautet: „Wenn das Rufen der Parole ‚Nazis raus!‘ schon ein Zeichen von Linksextremismus ist, dann gibt es ein gesellschaftliches Problem, schließlich sollte es demokratischer Konsens sein, dass Nazis in der Gesellschaft nicht geduldet werden.“ (Ayyadi, 2020)

Hintergrund der erneuten Prüfung, die nach jahrelanger guter Zusammenarbeit zwischen Verein und Stadt zu der Ablehnung führte, war eine Änderung der Nutzungssatzung des Geländes im Februar desselben Jahres. Die wiederum führt die eingangs angesprochene, problematische Haltung der Kommunalpolitik im Erzgebirge exemplarisch vor Augen:

Nachdem es dem (mittlerweile aufgelösten) extrem rechten Verein *Freigeist e. V.* 2017 nicht gelungen war, das Gelände des Naturtheaters eine Woche vor dem damaligen „Stains in the Sun“-Festival zu bekommen, unternahm man 2018 einen weiteren Anlauf. Die Aktivität von *Freigeist e. V.* und die Mobilisierungswirkung für ihre Veranstaltungen hatten bereits überregionale Aufmerksamkeit erregt (u. a. Merker, 2018). In der Berichterstattung über die Ereignisse wurden Äußerungen der damaligen Oberbürgermeisterin wiedergegeben, in denen sie die Darstellung von der rechten Hegemonie auf Schwarzenbergs Straßen als „Rufmord“ bezeichnete, den sie nicht zulassen wolle (Wiegers, 2018). Ob in der Öffentlichkeit oder bei Gesprächen hinter verschlossenen Türen: Es herrschte große Aufregung in der Stadt bezüglich der Aktivitäten von Rechts und dem damit verbundenen Imageproblem.

Nach der Erfahrung von 2017 und einer gerichtlichen Auseinandersetzung über die nicht erteilte Genehmigung (Kindt-Matuschek, 2017) schlug das Rathaus Anfang 2018 eine Änderung der Nutzungssatzung des Naturtheaters und der Waldbühne vor. In diese sollte ein Verbot von Veranstaltungen mit „politischem Charakter“ aufgenommen werden. Nach Zustimmung durch den Stadtrat ist dieses Verbot seit dem 26. Februar 2018 nun Teil der Nutzungssatzung (Hiemer/Große Kreisstadt Schwarzenberg, 2018). Auf Grundlage der neuen Satzung konnte verhindert werden, dass der Verein *Freigeist e. V.* das Naturtheater für seine Veranstaltungen nutzt.

Auch wenn *Agenda Alternativ e. V.* als demokratiefördernder Verein keine parteipolitische Zuordnung hat und das Festival in diesem Sinne über Themen informiert sowie für keine Partei oder Bewegung wirbt und darüber hinaus bereits eine mehrjährige gute Zusammenarbeit mit der Stadt vorweisen konnte, wurde nach der erneuten Prüfung auch dem Festival „Stains in the Sun“ mit Verweis auf dessen politischen Charakter die Nutzung verweigert.⁴ Im Bescheid über die Ablehnung heißt es:

4) Mit der Satzungsänderung wurden weiterhin auch Veranstaltungen demokratischer Parteien ausgeschlossen.

Bereits die Ausrichtung des Vereins[...]lässt darauf schließen, dass hier der Verein eine eigene politische Position und ein eigenes Vorstellungsbild von der Gesellschaft hat, das gegebenenfalls vermittelt wird, wonach rassistischen, antisemitischen, sexistischen, nationalistischen und anderen demokratiefeindlichen Einstellungen innerhalb der Gesellschaft entgegengewirkt und über diese aufgeklärt werden soll.

Als Begründung werden Kooperationen⁵ angeführt, die der Verein in der Vergangenheit u. a. mit *Bündnis 90/Die Grünen* bzw. der *Linken* eingegangen war; darunter auch ein „Argumentationstraining gegen Rechts“, welches nach Ansicht der Stadt Schwarzenberg als besonders kritisch zu betrachten sei. Auch ein Aufruf des Vereins, sich an den Demonstrationen gegen den von christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen jährlich organisierten „Schweigemarsch für das Leben“ in Annaberg-Buchholz zu beteiligen, wird durch die Stadt Schwarzenberg so beurteilt: „Eine solche klare und eindeutige Stellungnahme zu einem allgemeinpolitischen Thema, ist keineswegs neutral.“ In der Bezugnahme auf Sportveranstaltungen wie „Kicken ohne Rechts“ gipfelt das Ablehnungsschreiben schließlich in der Formulierung, dass diese „[t]endenziell problematisch [seien], weil Ausdruck eines eigenen Gesellschaftsbildes und Gesellschaftsmodells, [...] weil sie von vornherein ein bestimmtes politisches Spektrum ausklammern“.

Wie an diesem Beispiel deutlich wird, dient das Postulat politischer Neutralität nicht allein dazu, Aktivitäten der extrem rechten Szene zu verhindern – der *Freigeist e. V.* konnte das Konzert mit Frank Rennicke als angemeldete Kundgebung letztlich auf einem öffentlichen Platz doch stattfinden lassen. Tatsächlich führt es eher dazu, dass nicht zuletzt Akteur*innen der Demokratiewerkstatt mit ähnlichen Argumentationsmustern Steine in den Weg gelegt werden. So ist es beispielsweise zusehends schwieriger, Räume für Veranstaltungen anzumieten. Auch wenn die Ablehnung unterschiedlich motiviert sein mag (zum Beispiel durch die Angst vor Angriffen von Rechts oder die Ablehnung der Arbeit des Vereins), argumentiert wird mit dem Verweis auf fehlende politische Neutralität. Dies ist umso gefährlicher, da jungen Menschen, die sich

⁵⁾ Die genannten Parteien haben den Verein bei der Durchführung einzelner Veranstaltungen finanziell unterstützt.

engagieren wollen, vorgegeben wird, sie dürften dies nur in einem „neutralen“ Rahmen tun – ohne diesen zu definieren.

DIE ENTPOLITISIERTE (ERZGEBIRGISCHE) ÖFFENTLICHKEIT

Das vorangegangene Beispiel aus der Vereinsarbeit von *Agenda Alternativ* vermittelt einen Eindruck von den Problemen, vor denen engagierte Gruppen im Bereich der Demokratiewerkstatt im Erzgebirge und anderen ländlichen Gegenden stehen. Um die Argumentationslinie zur politischen Neutralität nachzuvollziehen, ist eine Analyse des Kontextes, in dem sich die Arbeit des Vereins *Agenda Alternativ* bewegt, notwendig. Dies soll einerseits zur Diskussion über die vermeintlich unpolitische Grundhaltung beitragen und andererseits Ansätze für Beratungen und öffentlichen Diskurs liefern.

ABGEWEHRTE EMANZIPATION UND REFLEXION

Das Vorgehen zur Änderung der Nutzungsordnung für das Naturtheater Schwarzenberg und das darin wirkende Postulat nach politischer Neutralität berührt im Grunde ebenso die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Parteien, werden doch auch sie durch die neue Nutzungssatzung aus den darin definierten städtischen Räumlichkeiten ausgeschlossen. Dennoch sind es besonders gesellschaftlich engagierte Gruppen mit einer klaren Positionierung gegen menschenfeindliche Ansichten und dem Ziel, jungen Menschen Beteiligung und Gestaltung an ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu ermöglichen, die vom Drängen nach politischer Neutralität betroffen sind. Diesen fehlt es – im Gegensatz zu Parteien – in der Regel an eigenen Räumen, an Ressourcen und häufig an einem gesellschaftlichen Rückhalt. Sie werden damit konfrontiert, dass ihr Engagement gegen Rechts als linksextrem bewertet wird, weil es nicht dem Neutralitätsgebot entspricht. Wie im vorangegangenen Beispiel deutlich wurde, eignet sich Neutralität jedoch nicht, um auf rechte Aktivitäten zu reagieren, sondern führt im Gegenteil dazu, dass demokratisches Engagement behindert wird. Wenn jegliches politisches Engagement abseits der parlamentarischen Parteipolitik dem jeweils einen oder anderen Ende des „Hufeisens“ zugeordnet wird, verengen sich demokratische Diskurse. Vermeintlich lässt sich das Postulat der politischen Neutralität damit umsetzen, weil klar einzugrenzen ist, was

in den Bereich des Politischen fällt und was nicht. Konkret heißt dies jedoch, dass außerparlamentarische und emanzipatorische Bestrebungen abgewertet und verhindert werden. Diese Stimmen sind allerdings von großer Bedeutung für eine reflektierte Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien, da diesen besonders auch auf einer gesellschaftlich-politischen Ebene widersprochen werden muss.

Diese Fehlstellen lassen sich besonders prominent u. a. an der fehlenden innererzgebirgischen Auseinandersetzung mit dem NSU und den personellen Verstrickungen in der Region ablesen. Neben der bundesweiten mangelhaften politischen und juristischen Aufarbeitung der mörderischen Taten des NSU und seines Unterstützungsnetzwerkes hat im Erzgebirge bis heute keine Reflexion darüber stattgefunden, dass ein wesentlicher Teil der Personen, die das NSU-Trio vor allem im Untergrund unterstützten, aus dem Erzgebirge kommt, teilweise weiterhin dort lebt und breit vernetzt ist mit der deutschen und europäischen Neonazi-Szene (Kulturbüro Sachsen e. V., 2017). Es wird sich seitens der erzgebirgischen Bevölkerung und der Kommunalpolitik damit begnügt, dass die Taten an anderen Orten und nicht im Erzgebirge stattgefunden haben und dass das Kern-Trio nicht gebürtig aus dem Erzgebirge stammt, womit der gesamte Komplex zu einer auswärtigen Angelegenheit gemacht wird. Vielmehr sollten aber die Verbindungen des NSU mit dem Erzgebirge akzeptiert und die Bedingungen, die zur organisierten Neonazi-Szene damals wie heute beigetragen haben, in den Blick genommen werden.

Demokratische und emanzipatorische Akteur*innen, die sich mit diesen Zusammenhängen auseinandersetzen, müssen jedoch auf einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt verzichten und sind darüber hinaus damit konfrontiert, dass eine Umdeutung der Problematiken stattfindet. Problematisiert werden nicht rechte Aktivitäten oder die Verbreitung nazistischer Ideologien, sondern diejenigen, die auf sie aufmerksam machen. Das Nestbeschmutzer-Narrativ wird dabei nicht nur bei Menschen angewandt, die nicht ihr ganzes bisheriges Leben im Erzgebirge verbracht haben („Uhies’sche“)⁶, sondern auch bei denjenigen, die mit dieser Realität täglich konfrontiert sind und sich damit schlicht nicht abfinden wollen.

6) So lautet der häufig verwendete erzgebirgische Begriff für nicht im Erzgebirge geborene und ansässige – d. h. nicht-hiesige – Menschen.

NEONAZISTISCHE WELTBILDER ALS ERZGEBIRGISCHE TRADITION

Es gibt im Erzgebirge zu wenig Bewusstsein darüber, dass die extreme Rechte schon lange nicht mehr an Bomberjacken und Springerstiefeln zu erkennen ist – und es genau genommen nie war. Teilweise verbirgt sich genau dahinter eine rechte Strategie, bei der Heimatvereine einen harmlosen, unpolitischen Eindruck vermitteln sollen, während die in diesen Vereinen agierenden Akteur*innen klar dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Damit wirken extrem rechte Akteure in allen Teilen der Gesellschaft, wodurch wiederum rechte Ideologien anschlussfähig werden. Das Drängen auf politische Neutralität führt so in Verbindung mit einer Ignoranz gegenüber der Verbreitung von rechtem Gedankengut, die sich aus der Angst vor Imageschäden speist, zu einem Modus Operandi, der durch Relativierung und Normalisierung antidemokratischer Ideologien geprägt ist.

Wie weit diese Normalisierung bereits fortgeschritten ist, lässt sich nicht nur in einer kürzlich veröffentlichten Situationsanalyse nachlesen (Grunert/Lang, 2022), sondern sie drückt sich auch in den Wahlergebnissen des Erzgebirgskreises aus. So erhielten beispielsweise die *Freien Sachsen* in Aue-Bad Schlema bei den Landratswahlen im Jahr 2022 16,8 Prozent der Stimmen (Freistaat Sachsen, 2022). Daneben deutet auch die geringe Wahlbeteiligung von gerade mal 38,1 Prozent (ebd.) auf ein allgemeines Desinteresse an Politik oder eine aktive Ablehnung bzw. ein Misstrauen gegenüber den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie hin. Hier zeigt sich ebenfalls, dass antidemokratische Ideologien im erzgebirgischen Milieu auf fruchtbaren Boden treffen.

Ein Grund dafür ist möglicherweise auch die stark auf Traditionen ausgerichtete erzgebirgische Kultur, deren bekanntester Teil die Pflege traditioneller Handwerkspraktiken ist. Mit ihr ist jedoch auch die diffuse Angst verbunden, „Uhies’sche“ im Allgemeinen und Einwander*innen im Speziellen könnten ein Verschwinden von Traditionen auslösen. In der Folge ist der Umgang mit den erzgebirgischen Traditionen tendenziell ausschließend: Entspricht etwas oder jemand nicht den tradierten und klassischen Gewissheiten, gehört es oder er oder sie nicht dazu. Daran wird deutlich, dass extrem rechte Strukturen im Erzgebirge nicht als Perversion der heimatliebenden Idylle, sondern mitunter als eine strikte Konsequenz der mit ihr verbundenen Mechanismen verstanden werden können. Den einzigen Ausweg, den Bürger*innen und besonders

Kommunalpolitiker*innen aus dieser Misere sehen, ist das Beharren auf einer realitätsfernen Neutralität, die verspricht, die Idylle nicht mit Reibungen zu belasten.

Das Drängen nach Neutralität hat folglich zwei wesentliche Auswirkungen auf die Situation vor Ort: Zum einen werden antidemokratische Bestrebungen normalisiert und zum anderen wird demokratisches Engagement torpediert. Beide Mechanismen lassen sich keineswegs nur im Erzgebirge beobachten. Sie sind auch keine Phänomene, die ausschließlich auf den ländlichen Raum zutreffen. Entscheidend ist, dass sich beide Aspekte in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander befinden, und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits rückt das Postulat politischer Neutralität samt der dahinterstehenden „Hufeisen“-Idee jedwedes Engagement gegen antidemokratische und menschenfeindliche Strukturen in das Licht einer abzulehnenden Radikalität („Linksextremismus“). Andererseits wird aber auch das Engagement gegen Rechts seiner argumentativen Grundlage beraubt, wenn der existierende Neonazismus verharmlost und gezeugnet wird. Dadurch werden demokratischer Arbeit zusätzliche Hürden in den Weg gestellt und dessen Akteur*innen als Nestbeschmutzer*innen stigmatisiert.

„DIESE JUNGEN LEUTE“

Daneben ist noch ein weiterer Aspekt bedeutsam, der eine Folge der vorangegangenen Schilderungen ist und zugleich deren Bewältigung erschwert: In ländlichen Regionen werden die Meinungen junger Menschen, die generell viel zu oft belächelt werden, von der Kommunalpolitik teilweise gänzlich ignoriert. Die Überalterung der Gesellschaft – im Erzgebirge lag das Durchschnittsalter 2018 bei 48,9 Jahren und wird 2035 wohl über 51 Jahren liegen (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2020, 8) – sorgt dafür, dass junge Menschen allein durch die Bevölkerungsstruktur immer stärker marginalisiert werden. Dazu kommt eine fehlende Beteiligungskultur, die echte Chancen zur Umsetzung eigener Ideen bietet.

Allerdings verfügen gerade junge Menschen heute über ein ausgeprägtes Bewusstsein für ihre Umwelt. Sie wollen nicht an der Seitenlinie stehen und beobachten, wie Entscheidungen getroffen werden, die auch für sie bereits jetzt oder spätestens in ein paar Jahren relevant werden. Dieses Bedürfnis wird unter anderem an der *Fridays-for-Future-*

Bewegung sichtbar und muss unbedingt ernst genommen werden. Doch nicht nur das: Junge Menschen müssen darin bestärkt werden, sich diesen Platz weiterhin einzufordern, und dürfen dabei nicht begrenzt werden – weder von einer resignierten Haltung gegenüber emanzipatorischen Idealen noch von Lehrplänen oder Personen, die jede Veränderung für eine Bedrohung ihrer Werte und Traditionen halten.

DER OFFENE TÜRSPALT: HANDLUNG UND HALTUNG

Demokratiebildende Maßnahmen und Engagement gegen Rechts wären vor dem Hintergrund der beschriebenen Problemstellungen adäquate und naheliegende Handlungsoptionen. Beides wird im Erzgebirge jedoch kaum gefördert bzw. überhaupt als Ansatz ernst genommen. Im Gegenteil: Ein solches Bestreben wird marginalisiert und, wie gezeigt werden konnte, behindert. Es wäre zu wünschen, dass in Zukunft die Prävention antidemokratischer Tendenzen gestärkt wird. Auf dem Weg dahin muss unserer Meinung nach auch mit der zunehmenden Haltungslosigkeit gegen rechtes Gedankengut umgegangen werden – und dies braucht einen langen Atem. Die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Weg ergeben, wurden in diesem Beitrag deutlich gemacht.

Doch es gibt durchaus Möglichkeiten, um die Engagierten im ländlichen Raum zusätzlich bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ein erster Ansatzpunkt ist, erheblich mehr in die politische Bildung zu investieren. Mit einer Podiumsdiskussion oder einem Bürgergespräch ist es nicht getan. Gerade für den ländlichen Raum braucht es attraktive Angebote, die entweder die (oft benötigte) längere Anreise rechtfertigen oder eine Alternative über Digitalformate bieten. Zudem sollte die Zielgruppe der jungen Menschen im ländlichen Raum stärker in den Fokus rücken. Hier muss sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule mehr passieren. Die „politische Neutralität“ dient häufig als Vorwand, Themen in der schulischen Bildung nicht zu besprechen. Dabei findet sich beispielsweise in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz ein deutlicher Widerspruch: Demokratie sei als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule zu begreifen (Kultusministerkonferenz, 2018). Schulen dürfen sich nicht hermetisch von politischen Diskursen abriegeln. Dies ist ohnehin nicht in Gänze möglich und versperrt jungen Menschen den Zugang zu Auseinandersetzung mit und Beteiligung an Themen, die sie selbst betreffen und für

Ausgrenzungsmechanismen gegenüber anderen sensibilisieren. Denn politische Themen und Auseinandersetzungen beschäftigen junge Menschen. Sie werden für Schüler*innen zu Gesprächsthemen in Pausen und bei außerschulischen Aktivitäten.

Daran schließt sich der Wunsch an, dass eine Veränderung der Einstellung von Lokalpolitik gegenüber emanzipatorischen Bestrebungen junger Menschen stattfindet. Es gibt im Erzgebirge bereits Initiativen (wie z. B. den *Kreisjugendring Erzgebirge*), die Beteiligungsformate für junge Menschen entwickeln und durchführen. Sie müssen von der Kommunalpolitik ernst genommen und es müssen Anschlussformate gefunden werden. Gerade in einer Region, die von einem starken Wegzug junger Menschen geprägt ist, kann die Förderung von Partizipation an der Gestaltung des eigenen Umfelds einen wichtigen Beitrag für eine Perspektive und positive Identifikation leisten.

Weiterhin zeigt sich nach wie vor ein großer Beratungsbedarf für Kommunen im Umgang mit rechten Gruppen. Oft stehen auch im Erzgebirge Kommunen hilflos daneben, wenn rechte Gruppierungen Immobilien erwerben (Lenze, 2022), und wissen nicht, wie sie dem begegnen können. Und auch aus einer vermeintlich völlig unverdächtigen Geburtstagsfeier wird schnell ein kleines Konzert mit rechten Bands. Nicht selten gibt es Anzeichen dafür, die aber in einer nicht ausreichend sensibilisierten Verwaltung nicht erkannt werden. Dabei müssen, wie am Beispiel des Naturtheaters Schwarzenberg deutlich wurde, Lösungen gefunden werden, die Nutzung kommunaler Räumlichkeiten durch rechte Akteure zu unterbinden, ohne dass zugleich demokratiefördernde Arbeit wie die von *Agenda Alternativ* verhindert wird.

Abschließend bleibt die Hoffnung auf ein Erstarken der Zivilgesellschaft. Diese Hoffnung kann eine aktive Lokalpolitik nähren, die den Mut besitzt, rechten Meinungsmacher*innen öffentlich zu widersprechen. Es darf nicht wenigen (und oft auch noch ehrenamtlich tätigen) Akteur*innen überlassen werden, gegen menschenfeindliche Positionen öffentlich Stellung zu beziehen. Auch eine Zusammenarbeit mit rechten Parteien führt zu einer schleichenden Normalisierung. Die „Brandmauer gegen Rechts“ darf nicht nur propagiert, sie muss aktiv aufgebaut werden. Ein Festhalten an „politischer Neutralität“ mag auf den ersten Blick und aus der Perspektive vermeintlich Unbeteiligter am einfachsten erscheinen, festigt aber am Ende bestehende Probleme. Leuchtende Schwibbögen oder schöne Natur allein reichen nicht aus, um das Erz-

gebirge zu einem lebenswerten Ort für alle zu machen. Wirklich romantisch und idyllisch wird das Erzgebirge erst, wenn sich alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter oder ihrer Lebensweise hier wohlfühlen können.

LITERATUR

- Ayyadi, Kira (2020). #wirsindmehr: Wer gegen Neonazis demonstriert, ist nicht „linksextrem“, sondern Demokrat*in. In Eva Berendsen et al. (Hrsg.), *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts* (S. 149–154). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Ayyadi, Kira (2019). Erzgebirge in Sachsen. Wie junge Menschen in rechtsextremen Hochburgen dagegen halten. 27. 08. 2019. URL: <https://www.belltower.news/erzgebirge-in-sachsen-wie-junge-menschen-in-rechtsextremen-hochburgen-dagegen-halten-90365> (13. 09. 2022).
- Freistaat Sachsen (2022). Endgültige Ergebnisse der Landratswahlen 2022. 05. 09. 2022. URL: <https://wahlen.sachsen.de/landratswahl-2022-veroeffentlichungen.html> (14. 09. 2022).
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. EFBI Policy Paper 2022-3. URL: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2022-3_Policy%20Paper_final.pdf (04. 11. 2022).
- Hiemer/Große Kreisstadt Schwarzenberg (2018). Satzung zur Benutzung des Naturtheaters Schwarzenberg vom 26. 02. 2018. URL: https://www.schwarzenberg.de/de/datei/anzeige/id/15096_36/naturtheater.pdf (13. 09. 2022).
- Keil, Daniel (2020). Politik(wissenschaft) als Mythos. Die Extremismustheorie und das Hufeisen. In Eva Berendsen et al. (Hrsg.), *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts* (S. 45–57). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Kiess, Johannes (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 240–260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kindt-Matuschek, Beate (2021). Gründung der „Freien Sachsen“ in Bernsgrün stößt auf Kritik. Freie Presse, 02. 03. 2021. URL: <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/schwarzenberg/gruendung-der-freien-sachsen-in-bernsgruen-stoesst-auf-kritik-artikel11372930> (14. 09. 2022).
- Kindt-Matuschek, Beate (2017). Freigeist darf nicht auf die Naturbühne. Rechtes Bündnis scheitert mit Eilantrag vor Gericht. Freie Presse, 29. 08. 2017.
- Kulturbüro Sachsen e. V. (2017). Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen. Broschüre.
- Kultusministerkonferenz (2018). Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06. 03. 2006 i. d. F. vom 11. 10. 2018. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf (13. 09. 2022).
- Liebscher, Doris (2013). Wahnsinn und Wirkungsmacht. In Friedrich Burschel et al. (Hrsg.), *Der Sommer ist vorbei... Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismus-Klausel“*. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen rechts“ (S. 103–118). Münster: edition assemblage.
- Lenze, Dominik (2022). Reichsbürger. Zwei Schlösser für einen falschen König. Zeit Online, 29. 04. 2022. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-04/reichsbuerger-sachsen-schloesser-koenigreich-peter-fitze> (13. 09. 2022).
- Merker, Henrik (2021). Rechte Allianz im Erzgebirge. Störungsmelder (Zeit Online), 28. 03. 2021. URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2021/03/28/rechte-allianz-im-erzgebirge_30696 (14. 09. 2022).
- Merker, Henrik (2018). Im Erzgebirge träumen Neonazis vom eigenen Staat. Störungsmelder (Zeit Online), 02. 07. 2018. URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/07/02/im-erzgebirge-traeumen-neonazis-vom-eigenen-staat_26728?wt_ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F&wt_t=1663069917611 (13. 09. 2022).
- Rafael, Simone (2022). Kommunalwahlen in Sachsen. Die Kandidat:innen der Demokratieskeptiker:innen. 10. 06. 2022. URL: <https://www.belltower.news/kommunalwahlen-in-sachsen-die-kandidatinnen-der-rechten-mitte-132873> (13. 09. 2022).
- Seidel, Ingolf (2020). Extremismus – Ein Konzept zur Lähmung des Kampfes gegen rechts. In Eva Berendsen et al. (Hrsg.), *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts* (S. 87–101). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2020). 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2019 bis 2035. Landkreisinformation Erzgebirgskreis. URL: <https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20Kreise/rbv-landkreisinfor-erzgebirgskreis.pdf> (13. 09. 2022).
- Wiegers, Martin (2018). Wie braun ist Schwarzenberg? Bürgermeisterin wehrt sich gegen Nazi-Vorwürfe. Bild.de, 09. 07. 2018. URL: <https://www.bild.de/regional/chemnitz/schwarzenberg/buergermeisterin-wehrt-sich-gegen-nazi-vorwuerfe-56265776.bild.html> (13. 09. 2022).
- Wölfel, Annett (2021). Neue Partei im Erzgebirge gegründet. Radio Chemnitz, 01. 03. 2021. URL: <https://www.radiochemnitz.de/beitrag/neue-partei-im-erzgebirge-gegruendet-680576/> (14. 09. 2022).





Gehemmte Zivilgesellschaft

Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements

Die große Kreisstadt Wurzen, deren Stadtkern seit den 1990er Jahren aufwendig saniert wurde, liegt mit der Regionalbahn gerade einmal 15 Minuten von Leipzig entfernt. Sie könnte sich zum attraktiven Speckgürtel entwickeln – einige Initiativen und Vereine arbeiten schon länger daran. In der Stadt mit rund 16.000 Einwohner:innen gibt es gegenwärtig eine vielfältige und aktive Zivilgesellschaft, die sich für die Zukunft Wurzens einsetzt, jedoch auch um die Deutung des Vergangenen ringt. Sie eint vor allem, dass ihnen der Ruf der Stadt keineswegs gleichgültig ist – im Gegenteil. Nach wie vor wirken das ‚Erbe‘ der 1990er Jahre wie auch die Kontinuitäten rechtsextremer Aktivitäten¹ in der Stadtgesellschaft – sie prägen Debatten, ‚polarisieren‘ und erschweren einen konstruktiven Austausch. In der Zivilgesellschaft ist die Unzufriedenheit damit genauso groß wie der Drang, ein ‚anderes‘ Wurzen zu zeigen. Jedoch scheiterten Initiativen, den lokalen antidemokratischen Tendenzen effektiv entgegenzuwirken, mehrfach. Ein Versuch, sich gemeinsam für Demokratie und Toleranz einzusetzen und die rechtsextreme Raumnahme zurückzuweisen, wurde zuletzt im November 2019 unternommen (Wurzener Land Nachrichten, 2019). Doch dem Bündnis fehlte es langfristig an Unterstützung in der Stadt.

Im Rahmen der sozialraumnahen Forschung am EFBI wurde das demokratische, zivilgesellschaftliche Engagement in Wurzen in den Blick genommen. Jenseits zaghafter Übereinstimmungen wurden in unseren Gruppendiskussionen politisch-ideologische Konfliktlinien zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren sichtbar, die eine gemeinsame Handlungsfähigkeit gegen die extreme Rechte konterkarierten.

1) Aktuell sitzt mit Benjamin Brinsa ein überregional bekannter extrem rechter Kampfsportler im Stadtrat (Heldt, 2022). Dass die extrem rechte Szene mobilisierungsfähig ist, zeigte sich exemplarisch im Zuge rassistischer Angriffe 2018 auf Geflüchtete (vgl. RAA, 2018).

In einem ersten Analyseschritt konnten wir bereits verschiedene Haltungen in der engagierten Zivilgesellschaft zum lokalen Rechtsextremismus rekonstruieren, die in Form von *Typen* charakterisiert wurden (Gittner et al., 2022).

Im vorliegenden Beitrag wird anhand von Ergebnissen psychoanalytisch orientierter Forschung gezeigt, dass die Konfliktmotive keineswegs nur politisch-ideologischer Art sind. Die gegenseitige Codierung entlang der Pole politisch ‚links‘ und ‚rechts‘ chiffriert – so ein zentrales Ergebnis unserer Forschung – andere wesentliche Konfliktlinien. Bevor wir auf dieses zentrale Ergebnis eingehen, werden wir im nächsten Schritt auf die Eckpfeiler des Projekts und die psychoanalytisch orientierte Methode der Tiefenhermeneutik eingehen, mit der das Forschungsteam gearbeitet hat.

TIEFENHERMENEUTISCHE ANNÄHERUNG AUF BASIS VON GRUPPENDISKUSSIONEN

Im Projekt „Zivilgesellschaft in Wurzeln“ hat das Team aus fünf EFBI-Wissenschaftlern über das Jahr 2021 neun Gruppendiskussionen² (GD) mit lokalen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen aus den Bereichen Kultur, Politik, Wirtschaft und Sport aus der Stadt Wurzeln durchgeführt. An den GDs haben jeweils zwischen zwei und sechs Personen teilgenommen. Diese wurden nach ihrem Alltagserleben und ihrem Engagement in der Stadt befragt. Die GDs wurden per Audio aufgenommen und anschließend transkribiert und anonymisiert, die Transkripte tiefenhermeneutisch ausgewertet (nach Lorenzer, 1986; König, 2019). Ausgangspunkt der Tiefenhermeneutik ist, dass jede Erzählung eine inhaltliche ‚Doppelbödigkeit‘ aufweist: An der Oberfläche befindet sich der *manifeste* Gehalt einer Erzählung – das, was tatsächlich gesagt wird und den thematischen Inhalt des Gesprächs bildet. In der manifesten Erzählung scheinen jedoch auch ungesagte und unsagbare Elemente des eigenen (Er-)Lebens bzw. der Gruppe auf, wie beispielsweise tabuisierte Ängste, ambivalente Wünsche und Phantasien sowie verdrängte Lebensentwürfe. Diese bilden die *latenten*

2) Die Methode der Gruppendiskussion ist eine qualitative Methode der empirischen Sozialforschung (vgl. Przyborski et al. 2018). Eine Einstiegsfrage initiiert das andert-halb-stündige Gruppengespräch, das sich unter den Teilnehmenden frei entwickelt und durch zwei Forscherinnen lediglich unterstützend moderiert wird.

Inhalte. Sie verschaffen sich ihren Weg über die Sprache an die Oberfläche, indem das Individuum sich verspricht, stockt, oder andere Elemente sprachlicher Irritationen aufkommen³ (König, 2019, 31). Irritationen bilden den Ausgangspunkt der Interpretation. Das methodisch abgesicherte, interpretative Erschließen der Latenz, dessen also, was nicht gesagt werden kann und unterdrückt werden muss, kann dazu beitragen, Konfliktursachen zu verstehen, die den Beteiligten selbst nicht bewusst sind. Anders als die klinische Psychoanalyse, die auf das jeweils individuelle Unbewusste abzielt, zielt die Tiefenhermeneutik auf die gesellschaftlichen Verbote und Gebote, die Verdrängtes (mit-) produzieren. Denn Unaussprechbares widerspricht den Normen und Werten einer Gemeinschaft – beispielsweise sozial verpönte Bedürfnisse und Wünsche, tabuisierte Phantasien, kollektiv verdrängte Geschichte (vgl. König et al., 2020, 113). Kollektiv Verdrängtes ist beängstigend und bedrohlich, nicht nur für den Einzelnen, sondern – und das ist, was uns interessiert – für das Sozialgefüge.

BLOCKIERTE KONFLIKTAUSHANDLUNG – OMNIPRÄSENTER ‚RECHTS-LINKS-KONFLIKT‘

Die Aufladung des politischen Raumes entlang einer Links/Rechts-Zuordnung kann exemplarisch anhand der Auseinandersetzung um die Umgestaltung des Wurzener Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs nachvollzogen werden. Das Denkmal auf dem Alten Friedhof war wiederholt Treffpunkt extrem rechter Gruppierungen geworden, woraufhin sich 2012 eine Initiative mit dem Ziel zusammenfand, durch künstlerische Veränderung und kritische Einordnung die Vereinnahmung durch die rechte Szene zu verhindern. In der Wurzener Zivilgesellschaft entfachte darum jedoch eine derart starke Kontroverse, dass die Initiative scheiterte. Tatsächlich trugen die Gruppen hier einen manifesten politisch-ideologischen Konflikt aus (vgl. ausführlich dazu Schuler et al., 2022). Dieser eskalierte so schnell, dass die Befürwortung oder die Ablehnung der Umgestaltung zum unmittelbaren Ausdruck der politischen Haltung wurde. Die politische Codierung ist nicht folgenlos. Denn Teile der konservativen, demokratischen Stadtgesellschaft verfügen über eine ideologische Nähe zur extremen Rechten. So ließen sie sich

3) Das im Alltag geläufige Beispiel solcher Fehlleistungen ist als Freud'scher Versprecher bekannt (Freud, 2009 [1904]).

unwiderrprochen von diesen unterstützen, um die Initiative ‚links‘ codierter demokratisch Engagierter zur Umgestaltung des Kriegerdenkmals zu blockieren (vgl. Chronik.LE, 2012). Von außen werfen solche Szenen die Frage auf, wie es möglich ist, dass demokratisch Gesinnte sich eher von Rechtsextremen unterstützen lassen, als dass sie eine Initiative gegen diese tragfähig machen.

Werden Aktive als ‚links‘ identifiziert, so gelten ihre Forderungen für relevante Teile des Sozialgefüges von vornherein als einseitig. Sie werden als bedrohlich für ein „Gleichgewicht“ wahrgenommen, welches derzeit „verrutscht“ (GD3, Bm, 661) sei. Zeitgleich sind es besonders die ‚links‘ codierten Engagierten, die sich sichtbar gegen Rechts positionieren – als immanenter Bestandteil ihres demokratischen Engagements.

Die gegenseitigen politischen Zuschreibungen werden durch die auf diese Weise Markierten nicht unbedingt geteilt. So heißt es mit etwas Unverständnis in einer Gruppe: „wir werden immer auf jeden Fall links oder extrem links verortet“ (GD8, Bw, 904). In einer anderen Gruppe wehren sich die Teilnehmenden gegen Vorwürfe von außen. Trotz aktiver Bemühungen gäbe es beispielhaft die Rückmeldung: „Schön, dass ihr gemacht habt, aber ihr seid trotzdem Nazis“ (GD3, Am, 718–719). ‚Links‘ markierte Gruppen nehmen sich selbst in der Stadt von der Mehrheit ausgegrenzt wahr:

Und dann ist das durchaus sehr aggressiv. Also zumindest die Leute, die hier arbeiten und die bekannt sind in der Stadt [...], das kann durchaus auch schon passieren, dass da Attacken kommen (..) Ja und das- und da auch nicht nur von Nazis. Das muss man auch sagen (..) mittlerweile. Also auch, ich sag mal so, ich sag jetzt so, rechtskonservative Leute, die hier in der Stadt anerkannt sind.

GD8, Bm, 217–223

Teile der Zivilgesellschaft sind in einen anhaltenden Konflikt verstrickt, der den Forschenden einerseits offen in den GDs vorgetragen wird, andererseits schwierig zu durchdringen bleibt. Denn in der Stadt ist über Jahrzehnte hinweg eine fragile Pattsituation zwischen politisch codierten Gruppen entstanden. Die Gruppen und Einzelpersonen machen die Erfahrung, dass ihre politische Zuschreibung über die Inhalte geht, die sie einbringen. Die Situation führt seitens der Aktiven zu Desillu-

sionierung und zu Rückzug, also zum Fallenlassen von Mitgestaltungswünschen und von politischen Ansprüchen, sowie zur Vermeidung von heiklen Themen in der Öffentlichkeit. An der Oberfläche – in den manifesten Erzählungen aus den Gruppendiskussionen – erscheinen politisch-ideologische Konflikte zwischen den Engagierten. Sie sind jedoch nicht hinreichend, um die Dynamik zu erschließen. Denn die GDs sind von starken Emotionen wie Zynismus und Ärger, aber auch Kränkungen und Enttäuschungen durchzogen. Die Situation scheint für alle Gruppen unangenehm, und die einzelnen ‚Lager‘ betrachten sich gegenseitig als Teil des Problems. Es sind immer wieder gegenseitige Ressentiments in die Debatten eingewoben, denen die Inhalte unterliegen. Tatsächlich bleibt es jedoch eine offene Frage, warum Teile der demokratischen Zivilgesellschaft sich partiell eher den Anliegen der extrem Rechten nah fühlen als jenen der ‚links‘ codierten demokratischen Aktiven. Um dieser Frage nachzugehen, möchte wir uns im Folgenden eine Ebene tiefer wagen: Ebendiese überschüssigen Anteile ergründen, die den politisch-ideologischen Konflikt zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ mitbestimmen, deren Aushandlung jedoch blockiert zu sein scheint.

MANIFESTE BLOCKADE – CHIFFRIERTE MOTIVE

Die gegenseitige politische Verortung hat nicht nur eine Orientierungs- und Ordnungsfunktion (vgl. Fuchs et al., 1989), sie wurde im Verlauf der Analyse auch als Weg der Gruppen sichtbar, weitere Konflikte zu chiffrieren, zu überschreiben oder unsichtbar zu halten. Die Verknüpfung des manifesten ‚Links-Rechts-Konflikts‘ mit weiteren Motiven, die *über ihn* ausgehandelt werden, kann dazu beitragen, die Hintergründe dieser Dynamik besser zu verstehen. Wir werden drei dominante⁴ Motive darstellen, die den politisch-ideologischen Oberflächenkonflikt mitbestimmen und ihn unlösbar gestalten, da die Teilnehmenden diese nicht offen benennen (können) und damit aus dem Bereich des Aushandelbaren verbannen. Um die Konfliktodynamik(en) zu veranschaulichen, wurden Schlüsselszenen⁵ und Textausschnitte ausgewählt und interpretiert.

4) In der Analyse der GD ist eine Fülle von Material entstanden, die aus Platzgründen hier nicht voll entfaltet werden kann. Wir fokussieren deshalb auf die drei zentralen Motive, die u.E.n. die Konfliktodynamik im Wesentlichen konstituieren und damit den Kern zu einem besseren Verständnis bilden.

5) Als Schlüsselszenen werden jene Textabschnitte des Transkripts benannt, die bestimmte gruppenspezifische Prozesse oder Konflikte ‚verdichtet‘ darstellen und damit einen geeigneten Zugang zur Analyse der Latenz ermöglichen.

HOMOGENITÄT, HARMONIE UND DAS ‚FREMDE‘ – AUSGRENZENDE KOLLEKTIVBILDUNGEN

Über die politisch-ideologische Links-Rechts-Achse werden Vorstellungen darüber ausgehandelt, wie viel Differenz die Stadt verträgt. Einzelne Gruppen zeigen dabei ideologische Schnittmengen mit rechtsextremen Einstellungen, die ihnen möglicherweise selbst nicht bewusst sind. Solche Schnittmengen manifestieren sich sowohl im Verhältnis zum ‚Fremden‘ als auch zum ‚Linken‘. Ihr Verhältnis zu jenen, die sie als politisch links wahrnehmen, ist durch den Eindruck geprägt, dass diese der Stadt zu viel ungewollte Pluralität überstülpen. ‚Linke‘ muten der Stadt zu viel ‚Fremdes‘ zu, womit beides – ‚fremd‘ und ‚links‘ – assoziativ verknüpft ist. Dieser Zusammenhang soll in mehreren Schritten veranschaulicht werden. Eingangs haben wir eine etwas längere Szene gewählt, in der das befremdlich-distanzierte Verhältnis gegenüber vermeintlich ‚Anderen‘ – hier in der Konstruktion einer Schwarzen Person – zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig werden hier die eigenen Vorstellungen über die Zusammensetzung der Wurzener Bevölkerung verhandelt:

Das ist doch- das ist doch wohl ganz einfach. Wenn ich jetzt nach New York fliege, hej? Und geh’ dort durch die Stadt und da kommt een Schwarzer. Richtiger Schwarzer, also äh richtig- richtig Schwarz, also nicht bloß- braun, sondern richtig Schwarz um die Ecke, hej, da sagste, okay, ja, gehört hierher. Wenn ich nach Leipzig fahr’ und da kommt eener um die Ecke, sagste, okay, kommt hierher. Wenn du hier unten um die Ecke gehst und da kommt eener entgegen, machste ‚Huh‘. Aw: Ja! (Bw lacht) Bm: ‚Was macht’n der hier.‘ Ne, weil das is- es ist ja völlig ungewohnt! Aw: Mhm Bm: Das ja- is’ einfach ein- ungewohnt, deswegen ist der Mensch nicht weniger wert, um Gottes Willen, hej? Der- der- der- der ist vielleicht noch viel mehr wert wie ich, weil der noch viel intelligenter ist, ne? Also aber- [...] ma erschreckt erstmal! Und sagt erstmal ‚Huh‘ (jemand lacht). Das ist aber völlig ungewohnt, also ja. [...] Weil das ja für ’ne Kleinstadt ist das ja was anderes wie für ’ne Großstadt [...] Und da muss ma des ooch teilweise langsam gestalten.

GD7, Bm, 1738–1768

In der Szene werden Berührungsängste und Irritationen geäußert, die der Teilnehmer Bm stellvertretend für viele Wurzener, im Kontakt mit einer Schwarzen Person spürt. Das Unbehagen wird in Abgrenzung zur Großstadt legitimiert, dort sei dies normal, wohingegen eine derartige Begegnung in einer Kleinstadt ungewohnt sei. Der Mann, dessen Hautfarbe mehrfach wiederholt und scheinbar immer dunkler wird – nicht nur „braun“, sondern „richtig, richtig schwarz“ – ist der Inbegriff des Fremden. Die Irritation des Teilnehmers scheint wie ein Reflex, der nur schwer kontrollierbar ist. Das ‚Fremde‘ ist das Überraschende, noch nicht in den Erfahrungsraum integrierbare. Wir finden hier Vorstellungen darüber, wie die Kleinstadtgemeinschaft aussehen soll, damit sie vertraut bleibt. Bm hebt hervor, man müsse die Integration des ‚Fremden‘ „langsam gestalten“. Hier scheint ein Wunsch nach Gewohnten und Vertrauten durch (im Gegensatz zum Ungewohnten und zum Erschrecken), der vor allem über den Erhalt einer homogenen und überschaubaren Gemeinschaft befriedet werden kann. In der Charakterisierung der Bewohner:innen, denen Änderungen lediglich mit großer Sorgfalt zugemutet werden können, ist auch der eigene Wunsch nach lediglich langsamer Veränderung erkennbar. Dahinter liegt jedoch zwangsläufig auch die Idee, dass das ‚Fremde‘, das *Ungleiche* nur in kleinen Portionen verträglich bleibt. Aber was macht das Schreckhafte am Fremden aus, während das Bestehende konserviert werden soll? Eine Annäherung bringt möglicherweise eine andere Gruppendiskussion.

Die Teilnehmenden berichten über ihre aktive Unterstützung von Geflüchteten, die der Stadt zugeteilt wurden, denn „denen ist zu helfen und wir bieten an, dass die och lernen. Deutsch [...] lernen“ (GD5, Am, 1589). Während die als „menschlich“ (1587) empfundene Pflicht zur Hilfe dargelegt wird, durchbrechen Ressentiments die Oberfläche. Während man lernt „gibt’s eben och Frustration schon im Kleinen, dass da eben kein Erfolg ist, dass die [Geflüchteten] das gar nicht wollen, sondern die wollen ihr Handy haben, die wissen also sofort was ihnen zusteht“ (GD5, Am, 1590–1596).

Hier werden Angstphantasien über eine Bedrohung durch ‚Fremde‘ sichtbar, die ausnutzen, nur nehmen, aber nicht geben wollen. Integration ist immer auch Unterwerfung, die angebotene Hilfe („Deutsch zu lernen“) ist zeitgleich Aufforderung. Wird dieser nicht nachgekommen, bleibt das Fremde fremd und damit bedrohlich. Es kommen dabei Phantasien zum Vorschein, die äußerst anschlussfähig an die extreme

Rechte sind: Geflüchtete mit „Handys“ als Sinnbild für den vermeintlichen Wohlstand, den diese in Deutschland erwartet. Doch in der Abgrenzung dazu bleibt die Idee der menschlichen Verpflichtung, „denen“ – und damit Hilfsbedürftigen und Schwächeren – zu helfen.

Von anderen Engagierten, werden die Ressentiments gegenüber ‚Fremden‘ als problematische Wurzener Normalität beschrieben, der man „ständig“ (GD4, Am, 287) begegne:

Also, um-um da kurz einzuhaken, also diese Sprüche kommen ungefragt, also es ist so, wenn man jemanden auch nur kennenlernt [...] dieses mit den Ausländern, das kommt in der Regel ungefragt. [...] ...und das kommt auch relativ zügig.

GD4, Bm, 294–301

Dieser „Kodex“ (GD4, Am, 325) begründet Zugehörigkeiten: „Wenn du drauf eingehst und mitmachst, gehörst du ganz schnell dazu.“ (GD4, Am, 326) Die Einigung darauf, dass die Stadtgesellschaft gegenüber einer von außen zugemuteten Fremdheit geschützt werden muss, werde über rassistische Aussagen und „n [N-Wort]witz“ (GD4, Aw, 334) codiert. Während vor diesem Hintergrund die einen Rassismus anklagen, wird an anderer Stelle moniert: „Was *heute* alles Rassismus ist.“ (GD5, Am, 1500) Der Konflikt darum, wo Rassismus beginnt, kann als politisch-ideologischer aufgeschlüsselt werden, er überschreitet diese Ebene aber gleichzeitig. Das Ressentiment gegenüber allem, was als fremd gilt, spielt der extremen Rechten eher in die Hände und erschwert hier eine Abgrenzung zu ihr – tatsächlich teilt man das Ressentiment ja auch. Gleichzeitig äußert sich im Ressentiment etwas ‚Gefühlsmäßiges‘, ein Affekt, dessen Ursachen ernst zu nehmen sind. Im Hinblick auf das Verhältnis zu ‚links‘ und ‚rechts‘ manifestiert sich die Thematik in der wiederholten Rede davon, dass Wurzen kein Naziproblem hätte, wenn es keine ‚Linken‘ gäbe: „Wären die in Grimma, hätte Grimma das Problem. [...] Wäre Grimma das braune Herz des Muldentals.“ (GD7, Aw, 1609–1611) ‚Linke‘ werden zur Ursache des unerfüllten Wunsches nach Kleinstadtharmonie. Es wird als ihre Agenda imaginiert, die kleinstädtische Vertrautheit, die gewünschte Homogenität, empfindlich zu stören, und sie scheinen es zu sein, die den ‚braunen Schatten‘ über Wurzen werfen. In der Tat sind es jene als ‚links‘ Kodierten, die dazu auffordern, neue Wege zu gehen, die in die Progression zwingen und Anforderun-

gen repräsentieren, sich mit dem Unbehagen der Pluralität zu befassen. Dabei sind dies Anforderungen, die für einen nicht unwesentlichen Teil der Stadtgesellschaft mindestens ambivalent sind, erfordern sie doch Veränderungen, die ‚zu schnell‘ gehen und als von außen aufgezwungen wahrgenommen werden. Die Überforderung mit dem ‚Fremden‘ scheint die handlichste Formel zu sein, um die Überforderung mit einer sich verändernden Welt zu verdauen.

Gleichzeitig entstehen über das Bedürfnis nach Abschottung – wenn auch zumeist nicht bewusst intendiert – ideologische Schnittmengen zur extremen Rechten. Das Festklammern an regressiven Bedürfnissen nach Sicherheit und Stabilität äußert sich entsprechend nicht nur im Unbehagen gegenüber Zuwanderung, sondern auch in der Haltung zu ‚links‘. Hierüber werden Sehnsüchte nach Harmonie, Homogenität und zum ‚Anderen‘ bestimmt.

NORMALITÄT, ORDNUNG UND VERTRAUTES – ‚LINKE‘ ALS ANTAGONISTEN

Das zweite Motiv, das entlang des Konfliktes zwischen ‚links‘, ‚rechts‘ und ‚normal‘ verhandelt wird, kreist um Bedürfnisse nach Orientierung. Dem Sprechen über ‚links‘ oder ‚rechts‘ liegen bestimmte Normen des Handelns sowie Vorstellungen von Gesellschaft und des Zusammenlebens zugrunde. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die wiederholte Bezugnahme auf die Begriffe ‚normal‘ und politisch ‚neutral‘, die häufig als Selbstbeschreibungen und Gegenentwurf zugleich fungieren. Im Folgenden richten wir den Blick auf die Motivlagen der Gruppen, die sich als ‚neutral‘ bzw. ‚normal‘ verorten und damit eine ‚weder-rechts-noch-links‘-Haltung einnehmen. Dies ist vor allem angezeigt, da der Wunsch nach Normalität den Umgang mit aktuellen Herausforderungen erschweren und antidemokratischen Dynamiken Vorschub leisten kann.

Gemein ist jenen Teilnehmenden, dass sie politisch ‚extreme‘ Haltungen und Praktiken als Anomie wahrnehmen. Daran orientiert sich auch die eigene Verortung im politischen Spektrum, die als „nirgendso weit außen, schon gar nicht fanatisch oder extremistisch“ (GD2, Bm, 1115) oder – wie in einer anderen Gruppendiskussion – als „völlig neutral“ (GD3, Am, 1016) bestimmt wird. Hier zeigt sich die Dominanz des Extremismus-Begriffs und die Lockung von Mitte, Maß und Mäßigung. Die Selbstbeschreibung korrespondiert mit einer Normalverteilung

politischer Einstellungen: Die politischen Extreme – ‚rechts‘ und ‚links‘ gleichermaßen und gleichmachend – werden gemäß ihrer Entfernung zur ‚Mitte‘ abgelehnt. Die implizierte Gleichstellung der ‚Ränder‘ zeigt sich exemplarisch an der Einschätzung eines Teilnehmers, der die politischen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren in Wurzen als Konflikte zwischen vornehmlich ‚linken‘ und ‚rechten‘ Jugendlichen zusammenfasst. Obgleich sie den „3000 Kinder, die normal sind“ (GD3, Am, 375), zahlenmäßig unterlegen gewesen seien, hätten ihre Auseinandersetzungen die Stadt deutlich geprägt. Durch ihre damaligen Aktivitäten, wie das gegenseitige „abfackeln“ (372) der gegnerischen Häuser hätten sie – im Kontrast zu den normalen Kindern – ungerechtfertigter Weise auf Kosten derjenigen, die ‚normal‘ seien, Aufmerksamkeit beansprucht.

Personen, denen normabweichende Positionen zugeschrieben werden, gefährden aus dieser Wahrnehmung heraus mit ihrem Verhalten potenziell das Gemeinwohl. So führt ein Teilnehmer aus: Normal zu handeln bedeute, nicht nur „alles negativ [zu] sehen und schlecht [zu] reden. Und das dann vielleicht noch für ihr politisches Weltbild noch [zu] missbrauchen“ (GD2, Bm, 1124 ff.), stattdessen betont er, dass es „irgendwo ganz normal [geht]“. In der Gruppendiskussion (GD2) wurde auf diese Äußerung zustimmend reagiert, und der Teilnehmer ergänzte: „Und bunt und nicht trübselig.“ (GD2, Bm, 1146) Als ‚normal‘ wird die eigene positiv konnotierte Einstellung beschrieben, die sich von jener des passiven Verharrens abhebe und damit der Stagnation und Antriebslosigkeit gegenüberstellt wird.

Eine andere Facette von Normalität kann anhand der folgenden Szene aus einer Diskussionsrunde (GD3) nachvollzogen werden. Gegenstand ist der Vorwurf einer rassistischen Beleidigung, wobei die Teilnehmer selbst nicht unmittelbar involviert waren. Der Vorfall ereignete sich bei einer sportlichen Begegnung mit einem als ‚links‘ identifizierten Verein, wobei ein Mitglied rassistisch beleidigt worden sei.

Wenn du den Spieler fragst, hast du was zu dem gesagt, ich hab' bloß gesagt, eh du, alter, halt die Knochen eh, der hat das auch wieder-, der hat mich beleidigt so, und das wird durch die aufgebaut, ne [...] Du wirst ja irgendwann mal meschugge.

GD2, Bm, 650–655

Der Teilnehmer Bm äußert seinen Unmut über die Unannehmlichkeiten, die der Vorfall für seinen Verein mit sich brachte, auch sei nicht wirklich erwiesen, was sich genau ereignet habe. Er kritisiert die Umgangsweise des als ‚links‘ wahrgenommenen Vereins, der seiner Ansicht nach die Ereignisse gezielt „aufbaut“ und außerdem auf ein großes Unterstützernetzwerk zurückgreifen könne. Der Teilnehmer wehrt sich gegen den Vorwurf, Rechten bzw. Nazis nahestehen. So äußert er im Anschluss, dass er „weit davon entfernt [ist], ähm äh rechtsradikal [zu sein]“ (GD3, Bm, 665) und fährt fort, „ich bin- bin, ich sage immer, ich bin der Linke, äh trotzdem muss man sich hier als Nazi beschimpfen lassen“ (667). Offenbar empfindet der Teilnehmende einen gewissen Rechtfertigungsdruck, der Bezug auf Normalität wird in diesem Moment als Gegenentwurf reflexartig eingebracht. Spürbar ist der Druck, sich rechtfertigen zu müssen und nicht vereinnahmen zu lassen.

Die Situation veranlasst den Teilnehmer sogar dazu, für einen Augenblick mit dem Normalitätsparadigma zu brechen und sich als „Linker“ zu bezeichnen. Das Label ‚Links‘ dient in erster Linie dazu, den antizipierten Vorwurf mit Nachdruck zurückzuweisen. Der Ausruf „wir sind auch normale Leute!“ (GD3, 658) ist Selbstvergewisserung und Rechtfertigung zugleich:

Wir sind doch och nicht gegen rechts- äh für rechts (Am: Sind aber schon gegen rechts) Bm: für rechts oder denn wir sind auch normale Leute! Aber die wollen dann immer hier, weil sie von allen möglichen Seiten unterstützt werden in ihrem Kampf gegen die Nazis ne, dass du eigentlich das Gefühl hast, also hier stimmt doch was nicht. Hier ist das Gleichgewicht verrutscht.

GD3, Bm, 648–661

Die Irritation in der Gruppe über die scheinbar unübersichtliche Situation verdeutlicht sich auch sprachlich, wenn es im Dialog zwischen Bm und Am zu Unterbrechungen und Versprechern kommt. Die Wendungen „meschugge“ und „Gleichgewicht“ zeigen eine Normabweichung an. Beide sprachlichen Bilder markieren einen Aushandlungsraum, in dem Konflikte verhandelt werden können, aber dienen damit ebenso dem Zweck, bestimmte Anforderungen kategorisch zurückweisen zu können. Der Bezug auf ‚Normalität‘ wird zum zentralen Richtmaß,

nicht nur für die Konfliktartikulation, sondern auch für das menschliche Zusammenleben:

Normal oder unnormale, das ist die (lachend) Unterscheidungsregel, ja und wenn der Ausländer sich nicht benehmen kann, ja dann geht er wieder heim, so einfach ist das, ja.

GD3, Am, 756-758

Bemerkenswert ist, dass an dieses Ordnungsprinzip eine massive Sanktion geknüpft wird. Das harmlose Bild des ‚Nachhause-Gehens‘ verdeckt die Drohung mit dem existenziellen Ausschluss. Das Prinzip der Normalität erfüllt die Funktion eines Gruppenkonsens – an welcher Gruppe der Ausschluss vollzogen wird, ist variabel.

Betroffen sind gleichermaßen die ‚Ausländer‘ wie auch ‚Linke‘. Teilnehmer Am bezieht sich in der folgenden Textpassage auf den links identifizierten Verein, dessen Verhalten er während einer Veranstaltung als ‚unnormale‘ empfindet:

Das war für die völlig normal, dass man eben auf was druff bucht, was kaputt geht. Des is bloß w- wo ich sage, das ist doch unnormale sowas eh. Wenn du des-äh, mir ist das scheißegal, ob die links oder rechts sind. Man haut einfach nicht irgendwas kaputt, des macht man einfach nicht, das ist Schwachsinn, sowas ja.

GD3, Am, 908-912

In die Beurteilung des Fehlverhaltens mischt sich ein deutlicher Affekt von Empörung und Unverständnis. An anderer Stelle kennzeichnet der Teilnehmer Am den eigenen Verein emphatisch als „neutral“: „wir ham das ja dann geschafft, dass ä:h, dass wir hier völlig neutral sind“ (GD3, Am, 1015 f.). Die Erleichterung ist Am dabei anzumerken, wenn er den eigenen Verein in performativer Weise als ‚neutral‘ darstellt.

Der Bezug auf ‚Normalität‘ erfüllt in den Gruppendiskussionen mehrere Funktionen. Die Normalität bzw. Neutralität erscheint den Teilnehmern als Ausweg, um bestimmte politische Anforderungen der Gegenwart abzuwehren, wie sie auch schon unter a) dargestellt wurden. Das Paradigma beschreibt einen Aushandlungsraum, in dem bestimmte Bedürfnisse artikuliert werden können, gleichzeitig können unlieb-

same Themen in den Raum jenseits davon verbannt werden. ‚Normalität‘ ist nicht nur ein passiver Entzug und Indiz mangelnder Konfliktorientierung, sondern kann auch als richtungsgebend aufgefasst werden. Nicht zuletzt verbirgt sich hinter der ‚Normalität‘ ein Regelwerk, dessen Akzeptanz die Gruppenzugehörigkeit bestimmt. Konstitutiv für den Topos der Normalität sind Ausschlusspraktiken – hierin liegt das regressive Moment des Konzepts.

NEID, IDENTIFIKATION UND ANERKENNUNG

Im folgenden Motiv treten vor allem im Verhältnis zu den ‚links‘-kodierte Engagierten vordergründig Affekte zutage, die aber, wie wir später sehen werden, auch jenes nach ‚rechts‘ rahmen. Unter den Teilnehmenden der Gruppendiskussionen gibt es wiederholt Momente des Klagens und Bedauerns, die sich vor allem in Zusammenhang mit der mangelnden Wahrnehmung und Wertschätzung des eigenen Engagements artikulieren. So berichtet ein Teilnehmer, dass es in der Vergangenheit nur vereinzelt Momente gab, in denen diese scheinbar dominante negative Dynamik in der Stadt unterbrochen werden konnte. Zwischen 2011 und 2015 habe es durch eine Reihe von Veranstaltungen eine „richtige Aufbruch-Stimmung“ (GD2, 312) gegeben, „Positivität“ (GD2, 324) wäre spürbar gewesen und der Teilnehmer erlebte viele Menschen als „offener, fröhlicher, offener“ (GD2, 315). Durch die später einsetzende „Asylflut“ (328) seien die ‚Rechten‘ wieder „aktiver und sichtbarer“ (GD2, 315) geworden und haben diese Dynamik zum Abklingen gebracht. Ein weiterer Teilnehmer berichtet von Rechtfertigungsdruck, wenn er darauf angesprochen wird, in Wurzen zu arbeiten (GD5, Bm, 141). Ein anderer Teilnehmer wird im Bekanntenkreis auf seinen Wohnort mit „ah, aus der Nazistadt“ (GD9, 1523) angesprochen. Dieses Image sei nach wie vor „tief verankert“ (GD9, 1519). Möglichkeiten der Veränderung werden in der Gruppe kaum gesehen: „Warum es [das Image] Wurzen jetzt’ nich’ los wird, ich weeiß es nich.“ (GD9, Cm, 1640) Demgegenüber steht die Einschätzung eines Teilnehmers, der jene Akteure in der Verantwortung sieht, die auf dieses vermeintliche Problem zu Unrecht hinweisen würden: „Das wenige Schlechte wird so potenziert dargestellt [...], dass das viele Gute völlig untergeht.“ (GD7, Aw, 779)

Begleitet werden diese Äußerungen von Affekten der Frustration und Enttäuschung. Im Vordergrund steht die als unzureichend empfundene Aufmerksamkeit auf die Situation des Ehrenamts und der Vereinsarbeit, die in einer Gruppendiskussion drastisch geschildert wird: Überalterung, kaum finanzierte Hauptamtliche und Sanierungsmangel. Die fehlende bzw. als unzureichend erlebte (finanzielle) Förderung von Vereinsangelegenheiten wird angesprochen und hierbei wiederholt auch die Stadtverwaltung adressiert. Deutlich wird, dass nicht nur materielle Bedürfnisse verhandelt werden, sondern es auch um Wertschätzung und Anerkennung geht – und um das Gefühl des Allein-gelassen-Werdens, wie ein Teilnehmer resümiert: „Also im Prinzip sind wir hier doch relativ auf uns allein gestellt, muss ma einfach so sagen.“ (GD3, Am, 156 f.) Ein anderer Teilnehmer ergänzt, dass auch anderweitige fachliche Unterstützung notwendig sei:

Wenn sie irgendwo vielleicht mal 100 Euro irgendwo gekriegt haben [...] wo man sagt, ist nett, aber davon geht jetzt halt nichts vorwärts, ne. Das ist so'n ähm- und das sind halt wirklich so die Stellschrauben, wo och Unterstützung notwendig ist, dass einfach da mehr ich nenn's jetzt mal Vereins-Fach-Knowhow äh aufgebaut wird, ja.

GD7, Am, 590–596

Der Neid richtet sich gegen jene, die nicht nur ökonomisch als besser gefördert und ausgestattet empfunden werden. Sie erhalten scheinbar die Anerkennung, die man selbst begehrt. Auffällig ist, dass der Affekt wiederholt gegenüber einem als ‚links‘ identifizierten Verein in der Stadt zum Ausdruck kommt. So empfindet ein Teilnehmer spürbaren Argwohn und Widerwillen gegenüber der ‚linken‘ Initiative: „Ja, und nu geht das weiter. Möchte jetzt gar nicht wissen, wie viel Geld die noch brauchen.“ (GD5, Am, 782–784) Noch deutlicher wird ein anderer Teilnehmer, der eine vermeintliche Schieflage der Finanzierung benennt, aber gleichzeitig auch die Arbeitsweise des Vereins in Zweifel zieht:

Zu der Zeit warn's sieben Leute bezahlt worden [...] Bei 20 Mitgliedern und wir hatten gar keinen und da, wo du sagst, also was denn hier nicht in Ordnung, eh. Wir kümmern uns hier und machen hier und haben Kosten am Hals und die

kriegen einen Raum kostenlos eh und sollen hier eben sozusagen die rechte Szene in Wurzen öh dagegen antreten, wie auch immer. Und kriegen das bezahlt. Und kommen nicht aus ihrer Hütte raus.

GD3, Bm, 1277–1283

In der Passage berichtet der Teilnehmer informiert über die Zuwendung, die der ‚linke‘ Verein erhalten würde. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl seien die bezahlten Hauptamtlichen des betreffenden Vereins überproportional hoch. Die Entwertung gegenüber links speist sich aus dem Eindruck, diese würden ‚zu viel‘ von etwas bekommen, was man selbst begehrt: in diesem Fall die ökonomische Absicherung.

Ganz anders stellt sich in diesem Zusammenhang die Fassung von ‚Rechten‘ der Stadt dar. Extrem rechte Einstellungen gelten eher als Idiotie (GD5, 133), die Teilnehmer auf rechten Aufmärschen als „junge Spinner“ (GD2, Bm, 702). Allgemein kommt ein Blick auf extrem rechte Einstellungen als Kompensationsversuch und als Ausdruck mangelnder Bildung an die Oberfläche: Rechtsextremismus sei „'n strukturelles Problem“ (Bm, 723), geprägt durch das „einfache Arbeiterklientel“ (Bm, 723). Man habe es mit „Wendeverlierer[n]“ (Bm, 728) zu tun, „die eben zu Ost-Zeiten schon unzufrieden waren“ (Bm, 728 f.) und „dann eben ihre Arbeit verloren haben“ (Bm, 731). Schuld daran sei dann „der böse Wessie [...] und die Ausländer sowieso.“ (Bm, 732 f.) Durch die Rechten scheint sich aus dieser Perspektive die Negativdynamik der Stadt zu konservieren, ihrer schämt man sich vielleicht, bemitleidet sie oder fühlt sich ob der mangelnden Anerkennung, die man selbst erhält (GD3), ihnen ein wenig nahe – Missgunst und Neid spielen hier jedoch keine Rolle.

Der Wunsch nach Anerkennung und die empfundene Mangelhaftigkeit der Stadt, mit der man sich identifizieren möchte, tragen dazu bei, diejenigen abzuwerten, die die begehrte Anerkennung erhalten. Die als ‚links‘ kodierten Engagierten repräsentieren den Status der Bessergestellten und werden so zum Adressaten jener abwertenden Empfindung – von jenen wird begehrt, was einem selbst scheinbar versagt bleibt. Dem Motiv liegt eine inhärente Ambivalenz zugrunde: Während sich der Neid vornehmlich als aggressiver Affekt äußert, birgt er gleichzeitig den latenten Wunsch nach Anerkennung und Beziehung. Die destruktive Dynamik, die den Neid begleitet, trägt jedoch dazu bei, dass dieser Wunsch latent bleibt und eine offene und konstruktive

Bearbeitung nur schwer möglich ist. Gleichzeitig bestimmt das Motiv auch das Verhältnis nach rechts: Denn sie scheinen gerade als jene wahrgenommen zu werden, die die Verlierer in der Gesellschaft sind und in der Folge ‚Unterstützung‘ und möglicherweise auch ‚Wertschätzung‘ benötigen.

DISKUSSION UND THEORETISCHE EINORDNUNG DER ERGEBNISSE

Es konnte bisher gezeigt werden, dass der Links-Rechts-Zuordnung, respektive dem Verhältnis zu ‚Linken‘, zu ‚Rechten‘ und zum ‚Normalen‘ drei dominante Motive zugrunde liegen: Wünsche nach Harmonie und Gemeinschaft (a), Vorstellungen über ‚Normalität‘ und Ordnung (b) und Bedürfnisse nach Anerkennung und Identifikation (c). Bedeutsam sind dabei Ressentiments gegen das ‚Linke‘ sowie ein ambivalentes Verhältnis zum Unbekannten, zum ‚Fremden‘. Flankiert wird dies durch die Externalisierung von Rechtsextremismus aus der eigenen Gemeinschaft, während gleichzeitig Elemente extrem rechter Ideologie bewahrt werden. Ihr antidemokratisches Potenzial wird dadurch geleugnet, dass extrem Rechte lediglich zu ‚Idioten‘ oder ‚jungen Spinnern‘ werden, und dadurch, dass die Problematisierung von Rassismus selbst zum Problem gemacht wird. Dieser Logik folgend, kann mit ‚links‘ kodierten Personen keine gemeinsame Handlungsfähigkeit gegen die extreme Rechte vor Ort entstehen. Ferner wird die extreme Rechte in Teilen bündnisfähig.

Für das demokratische Engagement bedeutet dies einen dauerhaften Zustand der Blockade, denn es ist eine komplexe Pattsituation entstanden: Während vermeintlich ‚Linke‘ den Versuch, ein klares Innen zu definieren, empfindlich stören, entsteht hier eine Nähe zur rechten Ideologie, die die Abgrenzung nach innen und die Konstruktion eines Außen in noch deutlich stärkerem Maße forciert. Es findet sich ferner ein Teil der Zivilgesellschaft, der mit den Anforderungen gesellschaftlicher Vielfalt („Pluralisierung“) – zumindest innerhalb der eigenen Lebensverhältnisse – fremdelt und Orientierung in konservativen Normalitäts- und Ordnungsanforderungen sucht. Auch dieses Bedürfnis wird von ‚Links‘ untergraben: Die Maßstäbe sowie die Praxis von ‚Linken‘ fordern das eigene Orientierungssystem heraus und wirken vor diesem Hintergrund ‚unnormale‘. Dies führt zu einer Abwehrhaltung und zu Blockaden im Engagement.

Wir gehen davon aus, dass ein tieferes Verständnis der Konflikt-dynamik dazu beitragen kann, die Abwehrhaltung etwas aufzubrechen. Das Zusammenwirken von Psychodynamik und gesellschaftlicher Dynamik sind hierbei aufschlussreich. Vielerlei dreht sich um Bedürfnisse wie Sicherheit, Anerkennung und Bindung. Sie gehören zwar zu den menschlichen Grundbedürfnissen (Auchter, 2010) – es bleibt jedoch die Frage, wie ein Einzelner oder eine Gesellschaft diese zu befriedigen sucht. Die autoritär-regressiven Elemente der Handlungsfähigkeit, die sich in der dargestellten Konflikt-dynamik offenbaren, sind die Basis dafür, dass sich antidemokratische Kräfte entfalten können. Sie sind dabei als gesellschaftliches und individuelles Phänomen zu betrachten, dessen gesellschaftlicher Seite jedoch das Primat zukommt. Decker et al. (2022b) verweisen in diesem Zusammenhang auf die Totalität der gesellschaftlichen Anforderungen, die Unausweichbarkeit, sich ihnen zu unterwerfen. Denn in der Regel ist es kaum möglich, sich dem stummen Zwang der Verhältnisse zu entziehen, jenen Anforderungen, die nicht den eigenen Wünschen und Bedürfnissen entsprechen bzw. dem Wohlbefinden schaden. Die notwendige Unterdrückung jener Wünsche und Bedürfnisse, die nicht mit dem Bestehenden korrespondieren, birgt Aggressionspotenzial. Unter a) offenbart sich die Projektion jener das Sozialgefüge bedrohenden eigenen Wünsche und Bedürfnisse auf Schwächere und vermeintlich ‚Fremde‘: Menschen mit Fluchtgeschichte. Über sie wird nun phantasiert, sie würden lediglich auf ihre Rechte pochen, ohne dabei ihre Pflichten zu erfüllen. Dahinter liegen eigene verpönte, jedoch eigentlich legitime Wünsche und Begehren, sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu verwehren. Generell bewegt sich der Einzelne im Spannungsfeld „zwischen seiner regressiven Sehnsucht nach Heimkehr [...] und seiner progressiven Sehnsucht nach Freiheit, Lebendigkeit und Neuem.“ (Auchter, 2021, 174) Während Regression im Alltag für Entspannung und Humor sorgt (Auchter, 2021), ist sie aber gerade als Problemlösestrategie ungeeignet. Denn „regressiv“ wird auf zu lösende gesellschaftliche Anforderungen wie Migration, Pluralisierung und modernisierte Arbeitsverhältnisse mit Abschottung, Abwehr von Weiterentwicklung reagiert. Pluralität, Vielfalt und ‚Multikulturelles‘ werden bedrohlich, wenn das regressive Moment überwiegt, wenn Freiheit, Lebendigkeit und Neues vor allem Überforderung auslösen. Und es ist das Konzept der Heimat, des *zu Hause*, das sich besonders eignet, regressive Bedürfnisse zu adressieren, da „Heimat im Unbewussten mit

Sicherheit und Geborgenheit assoziiert ist“ (ebd., 179). Ein Teil der Teilnehmenden adressiert Wurzeln als ‚Heimat‘ in diesem Sinne, also als Refugium und Schutzraum vor gesellschaftlichen Anforderungen, dessen Vertrautheit über Homogenität, über mit sich selbst Identischem, hergestellt wird. Doch der Zustand einer gänzlich ungetrübten Harmonie kann nie erreicht werden, ganz gleich wie homogen eine Gemeinschaft ist: Sie muss Sehnsuchtsort bleiben, da menschliche Bedürfnisse mit gesellschaftlichen Anforderungen nie vollkommen eins werden können. Das kleinstädtische Milieu und die ländliche Umgebung bieten der Illusion seiner Verwirklichungsmöglichkeit durch die eingeschworene Gemeinschaft besonderen Resonanzraum (Mense, 2021; Schmitz, 2021). Es scheinen die ‚Fremden‘ zu sein, die diese Harmonie stören, sowie die ‚Linken‘, indem sie auffordern, die Abschottung zu durchbrechen, und in Progression zwingen wollen. Das rassistische Vorurteil ist lediglich die logische Fortführung.

Die Abschottung einer Gruppe besitzt zweierlei Funktionen: Sie erlaubt die Feindseligkeit nach außen zu richten bei gleichzeitiger Harmonieerhaltung nach innen (Freud, 1930). Aufgehen kann dies nur auf Kosten der Ausgrenzung – die Zugehörigkeit nach innen definiert sich über ihre Ausschlüsse. Dazu bedarf es jedoch der Definition des ‚Innen‘, das, wie wir gesehen haben, hier über ‚Normalität‘ und ‚Neutralität‘ verhandelt wird. Dies korrespondiert mit gesellschaftlichen Vorstellungen: In den 2000er Jahren fanden sich allerhand Bemühungen, auch wissenschaftlicher Art, ein Gesellschaftsbild zu etablieren, dessen Großteil – seine Mitte – als politisch gemäßigt und demokratisch gilt, während die rechten wie linken Ränder, je weiter sie sich von der Mitte entfernen, als extremistisch gelten (wie bspw. Backes/Jesse, 2005, 2006). Linke und rechte Gesinnungen werden hier gleichermaßen zur Bedrohung für die demokratische Mitte. Zur Erfassung der antidemokratischen Bedrohung gilt das Konzept vielen Sozialwissenschaftler:innen als problematisch (Rein/Uhlig, 2017; Stöss, 2015; Butterwegge, 2010, 2018; Kiess, 2011). Im Ruf nach ‚Normalität‘ und ‚Neutralität‘ manifestiert sich der Wunsch nach klaren Verhältnissen: Normalität steht dabei für die Konventionen, während Neutralität hilft, durch die Externalisierung der politischen Extreme, das ‚außen‘ zu definieren. In unserem Beitrag zeigt sich: Wer Vorurteile gegenüber Migrant:innen hegt, tendiert auch dazu, Rechtsextremismus zu verharmlosen und jene, die ihn anprangern, als das eigentliche Problem zu verstehen. Trotz der Abwehr von gesell-

schaftlichen Pluralisierungsanforderungen führen Druck von außen und Wünsche nach Anerkennung zu einer Abgrenzung zur extremen Rechten, die aber schematisch, von außen vorgegeben und deshalb oberflächlich bleibt. Gleichzeitig schlagen sich Wünsche nach Anerkennung in Neidgefühlen gegenüber jenen nieder, die sie vermeintlich erhalten. In die politische Diskrepanz mischt sich somit Neid als affektive Zutat, dessen destruktives Potenzial sich dann entfaltet, wenn er mit „Entwertung, Missgunst, Wut und Hass verbunden ist“ (Kerschgens et al., 2021, 14).

Über das Verhältnis zu ‚links‘ und ‚rechts‘ werden vielschichtige innere und äußere Konflikte verhandelt, wie sie vermutlich nicht nur in Wurzeln in Erscheinung treten. Themen wie Migration bzw. die postmigrantische Gesellschaft, liberale Demokratie und Minderheitenschutz, aber auch die Offenheit für extrem rechte Einstellungen von Teilen der Bevölkerung sind nur einige davon. Die blockierte Aushandlung und die ihr zugrunde liegenden Konflikte – sowie die mit ihnen transportierten Affekte – leisten antidemokratischen Tendenzen Vorschub. Die affektiven Dynamiken sind nicht immer konstruktiv und wirken ‚hemmend‘, jedoch bergen sie auch ein Potenzial: In der Ambivalenz liegt auch eine Chance, das Regressive zurückzuweisen. Für das demokratische Engagement heißt dies unserer Ansicht nach, einen Blick ‚hinter die Kulissen‘ werfen zu müssen. Die Themen, die manifest diskutiert werden, und die hervorgebrachten Argumente können nicht zuletzt Ausdruck eines unverstandenen Affekts sein. Hier gilt es, die Verständigung weiterhin zu suchen und handlungsleitende Affekte zu reflektieren, damit die Blockade nicht weiter verstärkt und Bewegung ermöglicht wird.

LITERATUR

- Auchter, Thomas (2021). Der Mensch im Spannungsfeld zwischen Heimatverlust, Heimatlosigkeit, Heimweh und Heimatsuche. Psychoanalytische und psychosoziale Aspekte. *Journal für Psychoanalyse* 62, 168–183.
- Auchter, Thomas (2010). Die Geschichte vom weißen Zebra – oder: Seelische Ursprünge des Rassismus. *Psychoanalyse-aktuell*, Oktober 2010. URL: https://www.pschoanalyse-aktuell.de/artikel/-detail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=122&cHash=05e768facebhc1576e9c9090102bc922 (14.01.2023).
- Butterwegge, Christoph (2018). Contra Extremismusmodell: „Ein inhaltsleerer Kampfbegriff“. In BpB Debatte: Lässt sich der Extremismus modellhaft abbilden? Und wie steht es um die Partei Die Linke? URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell-ein-inhaltsleerer-kampfbegriff> (14.01.2023).
- Butterwegge, Christoph (2010). Die Entsorgung des Rechtsextremismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10(1), 12–15.
- Chronik.LE (2012). CDU und NPD vereint in Stimmungsmache gegen künstlerische Umgestaltung des Kriegerdenkmals in Wurzen (02.05. 2012). <https://chronikle.org/ereignisse/cdu-npd-vereint-stimmungsmache-gegen-kuenstlerische-umgestaltung-kriegerdenkmals-wurzen> (23.01. 2023).
- Decker, Oliver (Hrsg.) (2011). *Geld: kritische Theorie und psychoanalytische Praxis*. Gießen: Psycho-sozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022a). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – Alte Reaktionen?* (S. 31–90). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2022b). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – Alte Reaktionen? In Dies. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – Alte Reaktionen?* (S. 11–28). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Freud, Sigmund (2009 [1904]). *Zur Psychopathologie des Alltagslebens. Über Vergessen, Versprechen, Vergreifen, Aberglaube und Irrtum*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Freud, Sigmund (1994 [1930]). Das Unbehagen in der Kultur. In Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur und andere kulturtheoretische Schriften*. Mit einer Einleitung von Alfred Lorenzer und Bernard Görlich. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (1989). *Das Links-Rechts-Schema als politischer Code: ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage* (S. 484–498). Frankfurt a.M.: Campus.
- Gittner, Natalie/Schmidt, Andre/Schuler, Julia (2022). Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 67–86). Leipzig: edition überland.
- Heldt, Matthias (2022). Extrem rechter Kampfsport. Der Raum Leipzig im Kontext bundesweiter Entwicklungen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 237–254). Leipzig: edition überland.
- Hübler, Andrea (2022). Zur Lage rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 175–190). Leipzig: edition überland.
- Kerschgens, Anke/Heilmann, Joachim/Kupper-Heilmann, Susanne (Hrsg.) (2021). *Neid, Entwertung, Rivalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kiess, Johannes (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus* (S. 240–260). Wiesbaden: Springer VS.
- König, Hans-Dieter (2019). Dichte Interpretation. In Julia König/Nicole Burgermeister/Markus Brunner/Peter Berg/Hans-Dieter König, *Dichte Interpretation: Tiefenhermeneutik als Methode qualitativer Forschung* (S. 13–86). Wiesbaden: Springer VS.
- König, Hans-Dieter/König, Julia/Lohl, Jan/Winter, Sebastian (2020). *Alfred Lorenzer zur Einführung: Psychoanalyse, Sozialisationstheorie und Tiefenhermeneutik*. Stuttgart: utb.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Ders., *Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur* (S. 11–98). Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Mense, Thorsten (2021). Repressive Harmonie. Das Lob der Provinz als regressive Antwort auf die Zumutungen der Moderne. *Freie Assoziation*, 24(2), 11–28.
- Przyborski, Anja/Riegler, Julia (2018). Gruppendiskussion und Fokusgruppe in der psychologischen Forschung. *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, 1–17.
- RAA Sachsen e.V./support (2018). Wurzen. Angriff auf Wohnhaus von Geflüchteten mit mehreren Verletzten. Vorfall vom 12. Januar 2018 LK Leipzig. URL: <https://www.raa-sachsen.de/support/chronik?landkreis=LK+Leipzig&jahr=2018&page=3> (14.01.2023).

- rbb Kontraste (1998). Schläger, Hetzer und Ideologen in Sachsen: Kulturrevolution von rechts? *rbb Kontraste*, 03.12.1998. URL: <https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber-den-tag-hinaus/extremisten/schlaeger-hetzer.html> (14.01.2023).
- Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (2019) (Hrsg.). *Extrem Unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Schmitz, Luki (2021). Kontinuität der Disharmonie oder: Das Unbehagen an der Landlust. *Freie Assoziation*, 24(2), 49–51.
- Schuler, Julia/Decker, Oliver/Gittner, Natalie/Yendell, Alexander (2022). In Szene gesetzt. Konflikträume in Leipzig und Wurzen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 153–164). Leipzig: edition überland.
- Stöss, Richard (2015). Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften. In BpB Debatte: Extremismustheorie. URL: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften> (13.01.2023).
- Wurzen Land Nachrichten (2019). Runder Tisch für Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit in Wurzen gegründet. Pressemeldung Koordinierungsgruppe „Runder Tisch Wurzen“. *Wurzen Land Nachrichten*, 06.11.2019. URL: <https://wurzen-land-nachrichten.de/?p=1226> (13.01.2023).



„Aufbruch Ost“ in der Arbeitswelt?

Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die
demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen

EINLEITUNG

Seit einigen Jahren ist eine bemerkenswerte Welle von Organisationen und Arbeitskämpfen in ostdeutschen Betrieben zu beobachten, insbesondere in Sachsen. Inwiefern diese Mobilisierungen demokratisierend auf die politische Kultur in Sachsen wirken können, ist Gegenstand eines neuen Forschungsprojekts des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. In einem ersten Forschungsschritt führten wir Interviews mit Hauptamtlichen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Ihre Perspektiven auf die demokratiepolitische Bedeutung der Arbeitskämpfe werden in diesem Artikel dargestellt. Dazu beschreiben wir zunächst die Streikwelle und skizzieren, welche polit-ökonomischen Faktoren die arbeitsweltlichen Mobilisierungen begünstigen. Anschließend diskutieren wir die These, dass den Auseinandersetzungen eine über den Betrieb hinausgehende demokratiepolitische Bedeutung zukommt, und stellen dar, welche Argumente diese Annahme nahelegen und welche gegen sie sprechen. Vor diesem Hintergrund rekonstruieren wir daraufhin, mit welchen politischen Bedingungen sich die hauptamtlichen Gewerkschafter bei ihrer Arbeit in Sachsen konfrontiert sehen und welche demokratiepolitischen Potenziale und Schwierigkeiten sie für die gewerkschaftliche Praxis im Freistaat ausmachen.

DIE GRÖSSTE STREIKBEWEGUNG SEIT DER NACHWENDEZEIT?

Im Winter 2018 gründeten die Beschäftigten des Teigwarenwerks Riesa einen Betriebsrat und traten in den darauffolgenden Jahren wiederholt

in Streiks, die teilweise mehrere Wochen andauerten (NGG, 2020). Die Streiks erregten lokal wie überregional große Aufmerksamkeit. Unter dem Motto „Lohnmauer einreißen“ forderte die Belegschaft des Traditionsbetriebs und Marktführers in Ostdeutschland, der sich seit 1993 in Besitz einer schwäbischen Eigentümerfamilie befindet, die Angleichung der Löhne an das West-Niveau und erstritt zunächst einen Manteltarifvertrag und anschließend sukzessive Lohnerhöhungen. Die zahlreichen Berichte über den Arbeitskampf schildern, wie die Belegschaft offensiv und ausdauernd ihre Interessen vertrat und dafür viel Solidarität aus der Stadtbevölkerung und der Zivilgesellschaft erfuhr (vgl. etwa Heck/Nejezhleba, 2021; Wallrodt, 2019).

Die Arbeitskämpfe bei Teigwaren Riesa sind die öffentlichkeitswirksamste Mobilisierung in einer ganzen Reihe von Auseinandersetzungen, die neben der Nahrungs- und Genussmittelindustrie auch in der Metall- und Elektroindustrie, dem Pflegesektor, dem (Versand-)Handel und im Bereich des ÖPNV stattfanden und -finden. Beobachter*innen zufolge konstituieren sie die größte Streikbewegung in Ostdeutschland seit der Nachwendezeit,¹ mit einem Schwerpunkt in Sachsen. Die Kämpfe entzündeten sich vielerorts an der langjährigen Benachteiligung der ostdeutschen Arbeitnehmer*innen bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Dass sich ein Gelegenheitsfenster für arbeitsweltliche Mobilisierungen geöffnet hat, geht auf tiefergehende Verschiebungen in der politischen Ökonomie Ostdeutschlands zurück: Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Lage haben sich vielerorts konsolidiert. Insbesondere in den traditionellen Industriezentren kam es zu einer erfolgreichen Reindustrialisierung, die mit massivem Beschäftigungsaufbau einherging (Ragnitz, 2017). Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sank ab 2006 und unterschritt schließlich 2016 (in Sachsen sogar schon 2012; Günther, 2020, 52) im Jahresdurchschnitt die 10-Prozent-Marke (Röbenack, 2020). Dies geht zum Teil auch auf den demografischen Wandel zurück. Insbesondere in peripheren Regionen herrscht in manchen Branchen inzwischen Fachkräftemangel (Schmalz et al., 2017, 11 f.; Weyh, 2020, 42). Das stärkt die Durchsetzungskraft der Beschäftigten und die Erfolgsaussichten betrieblicher Kämpfe. Zudem erzeugt die Schere zwischen der

1) Obwohl die ostdeutschen Erwerbstätigen nur 13 Prozent der bundesweiten Erwerbsbevölkerung ausmachen, findet in Ostdeutschland rund ein Viertel aller Arbeitskämpfe statt (Poelchau, 2022). Allein 2020 gab es in Ostdeutschland mehr als 80 Arbeitsniederlegungen: „Belegschaft um Belegschaft [beginnt] sich in einen Arbeitskampf zu stürzen, wie ihn die Ost-Länder noch nicht gesehen haben“ (Heck/Nejezhleba, 2021).

guten wirtschaftlichen Lage der Betriebe einerseits und den stagnierenden Arbeits- und Entlohnungsbedingungen andererseits eine „Gerechtigkeitslücke“ (Röbenack/Artus, 2015, 6, 110), die mobilisierend wirkt.

Auch zeichnet sich ein Wandel des Selbstbewusstseins bei den Beschäftigten ab: Die Generation genügsamer und aufopferungsbereiter „Arbeitsspartaner“ (Behr, 2017, 31), welche die Belegschaften in den ostdeutschen Bundesländern lange geprägt hatte, wird allmählich durch jüngere Beschäftigte mit neuer Anspruchshaltung abgelöst. Diese sind nicht mehr bereit, schlechte Arbeitsbedingungen und Lohnungerechtigkeiten zu akzeptieren (Goes et al., 2015, 24). Um für Fachkräfte attraktiv zu sein, sehen sich deshalb viele Arbeitgeber gezwungen, (zumindest zögerliche) Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu machen und auch stärker auf Gewerkschaften zuzugehen (Günther, 2020, 56 f.). Gewerkschaften wiederum setzen bei der Suche nach Wegen aus ihrer strukturellen Krise seit einigen Jahren verstärkt auf Beteiligungsorientierung und höhere Konfliktbereitschaft. Dabei verabschieden sie sich partiell von wenig partizipativer Stellvertreterpolitik und nähern sich auch den Betriebsräten an. In Ostdeutschland waren diese lange ohne Bindung an die Gewerkschaften geblieben (Goes et al., 2015, 15; Röbenack/Artus, 2015, 14), hatten als Teil betrieblicher „Notgemeinschaften“ alle eigenen Forderungen dem Ziel des Betriebserhalts und der Arbeitsplatzsicherung untergeordnet und arbeiteten eng mit der Geschäftsführung zusammen (Mense-Petermann, 1996, 67; Schmalz et al., 2017, 13). Angesichts der geringen Tarifbindung und der gering ausgeprägten Mitbestimmung in den Betrieben (Kiess, 2020; Schulten et al., 2020; Ellguth/Kohaut, 2022) findet die „nachholende Demokratisierung“ der ostdeutschen Arbeitswelt (Dörre et al., 2017, 87) vor allem in Form von „Häuserkämpfen“ um Betriebsratsgründungen und Haustarifverträge in einzelnen Betrieben statt.

DEMOKRATIEPOLITISCHE BEDEUTUNG DER AUSEINANDERSETZUNGEN?

Die Streikbewegung, die sich vor dem Hintergrund dieser Bedingungen formierte, wurde in Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft jedoch nicht bloß als tarifpolitische Mobilisierung, sondern als „Aufbruch Ost“ mit weitergehender politischer Bedeutung verstanden (vgl. etwa Rubach, 2020; Kapalschinski, 2022). Die Kämpfe in der Arbeitswelt, so die An-

nahme einiger Beobachter*innen, betreffen über die Betriebe hinaus zentrale Probleme der Demokratie in Ostdeutschland. Das gelte insbesondere für das „Billiglohnland“ Sachsen, wo „mitbestimmungsfreie Zonen“ (HBS, 2019) auffällig mit hartnäckigen extrem rechten und antidemokratischen Tendenzen zusammenfallen. Ein Aufbruch in der Arbeitswelt, die mitbestimmungspolitisch lange aufgegeben schien, könne, so die vielfältig geäußerte Hoffnung, die politische Kultur im Freistaat insgesamt positiv beeinflussen. Sie berge das Potenzial, extrem rechte Kräfte zurückzudrängen, welche sich die politischen und sozialen Deprivationserfahrungen breiter Teile der Bevölkerung über viele Jahre fast exklusiv zu eigen machen konnten. Gewerkschaften könnten dabei eine wichtige zivilgesellschaftliche Rolle einnehmen.

Tatsächlich lassen sich auf der Basis des Forschungsstandes eine Reihe von Argumenten formulieren, die diese Annahmen unterstützen: So ist Mitbestimmung in der Arbeitswelt nicht nur eine wohlfahrtstaatliche Institution, sondern als praktische Partizipations- und Konflikt-erfahrung wird ihr auch eine wichtige sozialisierende Funktion zugesprochen (Negt, 1981; Marshall/Rieger, 1992; Brinkmann/Nachtwey, 2013). Studien haben gezeigt, dass Beteiligung in der Arbeitswelt zu mehr politischer Partizipation führt (Timming/Summers, 2020; Budd/Lamare, 2021) und extrem rechten und menschenfeindlichen Einstellungen entgegenwirkt (Kiess/Schmidt, 2020; Hövermann et al., 2021). Wo hingegen Ohnmachts- und Deklassierungsgefühle bestimmend sind, entsteht laut industriesoziologischer Studien ein „arbeitsweltlicher Nährboden“ für extrem rechte Politisierung (Sauer/Detje, 2019).

Es werden jedoch auch relevante Einwände dagegen vorgebracht, von einer weitergehenden Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen für die demokratische Kultur auszugehen. So bleibt die politische Wirkung von Mitbestimmungserfahrungen an spezifische Kontextbedingungen in den Betrieben und im politischen Raum geknüpft (Kim, 2021). Im sächsischen Kontext sind autoritäre und (extrem) rechte Orientierungen verfestigt und gehen außerdem auf vielfältige Einflussfaktoren zurück. Mitunter seien antidemokratische Haltungen nicht primär durch wirtschaftliche und politische Deprivationserfahrungen zu erklären, sondern eine „Folge eines bereits vorhandenen umfassenderen autoritär geprägten Weltbildes“ (Rippl/Seipel, 2021, 28; vgl. Steinhaus et al., 2017). Aus dieser Perspektiven sind Mitbestimmungserfahrungen in der Arbeitswelt für die politische Kultur in Sachsen kaum bedeutsam.

Zweitens muss kritisch gefragt werden, inwieweit Gewerkschaften in Sachsen jene Akteure sind, welche nachhaltig und breit mobilisieren und zwischen Arbeitswelt und politischer Arena vermitteln können, sind sie hier doch weniger verankert und akzeptiert als beispielsweise in westdeutschen Belegschaften (Goes et al., 2015, 9; Röbenack/Artus, 2015, 30). Ein dritter Einwand formuliert vor dem Hintergrund einer „dunkle[n] Seite der Zivilgesellschaft“ (Roth, 2004), dass Erfahrungen von erfolgreichem kollektivem Handeln und einem Zugewinn an politischer Handlungsfähigkeit nicht mit demokratischen Werten verknüpft sein müssen. Bewegungen im Stile von Pegida oder „Corona-Spaziergängen“ zeigen, dass sie auch mit antidemokratischen Zielen verbunden sein können (Geiges et al., 2015; Rippl/Seipel, 2021).

EINE „ADÄQUATE GEWERKSCHAFTLICHE ANTWORT“ AUF „SÄCHSISCHE VERHÄLTNISSE“

In einem ersten Forschungsschritt unseres Projektes wollten wir erörtern, welche demokratiepolitischen Potenziale und Schwierigkeiten der arbeitsweltlichen Mobilisierungen in den beteiligten Gewerkschaften wahrgenommen werden. Dazu haben wir sechs Interviews mit hauptamtlichen Gewerkschaftern in Sachsen geführt (codiert als H1 NGG, H2 NGG, H3 IGM, H4 IGM, H5 Verdi, H6 IGBCE und H7 DGB). Diese betten ihre Arbeit über die reine tarifpolitische Interessenvertretung hinaus explizit in einen breiteren gesellschaftspolitischen Kontext ein. Stärker als einen möglichen „Aufbruch Ost“ thematisieren sie in den Interviews jedoch zunächst die antidemokratischen Beharrungskräfte der politischen Kultur in Sachsen, mit denen sie sich bei ihrer Arbeit konfrontiert sehen. Um diese zu beschreiben, greift ein Hauptamtlicher die Formel der „sächsischen Verhältnisse“ auf (H3 IGM) – ein geflügeltes Wort, das die im Freistaat besonders verfestigten extrem rechten Orientierungen, deren Anschlussfähigkeit auch in der „vermeintlichen Mitte der Gesellschaft“ sowie die Untätigkeit von Politik und Strafverfolgungsbehörden bezeichnen soll (Decker et al., 2022). Die interviewten Gewerkschafter weisen jedoch auf zwei weitere Tendenzen hin, welche die „sächsischen Verhältnisse“ in ihren Augen prägen. So bestimmen sowohl die gewachsene politische Entfremdung und Frust in weiten Teilen der Bevölkerung als auch patriarchales Regieren in Politik und Betrieben die politische Kultur in Sachsen. Beide Phänomene stehen für

die Interviewten in engem Zusammenhang mit der neoliberalen Restrukturierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Nachwende-Jahrzehnten, in denen De-Industrialisierung, soziale Unsicherheit und verschärfte Konkurrenz zu prägenden Erfahrungen wurden, begleitet von den Ideologien des Sachzwangs und der politischen Alternativlosigkeit. So habe sich im Freistaat eine „sozialfeindliche Umgebung“ etabliert, die von den Menschen auch verinnerlicht worden sei (H3 IGM).

EXTREM RECHTE RAUMNAHME GEGEN GEWERKSCHAFTEN

Der weit verbreitete Rechtsextremismus wird für die Gewerkschafter auf verschiedene Weise zum Problem. Erstens berichten sie, dass diejenigen, welche sich als Gewerkschafter öffentlich exponieren oder inklusiv-solidarische Werte vertreten, in manchen sächsischen Regionen Anfeindungen und Einschüchterungen durch die extreme Rechte ausgesetzt sehen. Als konzertierten „Überfall“ der extremen Rechten auf die Gewerkschaft beschreibt der interviewte Hauptamtliche der IG Metall den federführend von extrem Rechten inszenierten „Wutbürger-Protest“ gegen SPD-Bundes- und Lokalpolitiker*innen auf der Maifeier des DGB 2016 in Zwickau. Mit Antimigrationsparolen und „Volksverräter“-Rufen wurden die Redner*innen auf der Kundgebung gestört und bei der Abreise bedrängt. Der Zwischenfall zwang die Veranstalter zu langwierigen und aufreibenden Aushandlungen über angemessene Reaktionen auf die extrem rechte Raumnahme: Sollten sie aus den kommenden Maiveranstaltungen „eine Anti-Nazi-Veranstaltung machen“ (H3 IGM) oder vielmehr offensiv eine eigenständige und auch kritische gewerkschaftliche Agenda vertreten? Inwiefern hatten sie durch die Einladung hochrangiger Politiker*innen am Kampftag der Beschäftigten eine offene Flanke geboten, um als Teil des Establishments angefeindet zu werden?

Zweitens fordert die zunehmende Präsenz extrem rechter Akteure in der Arbeitswelt die Gewerkschaften heraus. So konnten extrem rechte (Tarn-)Listen und Kandidaten bei den Betriebsratswahlen 2018 in Betrieben der sächsischen Automobilindustrie teilweise mit hoher Zustimmung Fuß fassen. Insbesondere bei VW in Zwickau, einem der bedeutendsten und gewerkschaftlich bestorganisierten Betriebe Sachsens, hat das Ergebnis von 20 Prozent für einen Kandidaten von Zentrum Automobil im Jahr 2018 die Hauptamtlichen erschreckt. Denn dem

Erfolg des extrem rechten Vereins, der enge Verbindungen zum neofaschistischen AfD-Flügel pflegt, konnten auch die „besten Arbeitsbedingungen im Osten“, eine „zukunftssicher aufgestellte Produktion“ und antirassistische Bemühungen von Betriebsrat und Geschäftsführung nicht entgegenwirken (H3 IGM). Bei den Betriebsratswahlen in der Automobilindustrie 2022 hat das Zentrum zwar deutlich schlechtere Ergebnisse eingefahren. Zuletzt versuchte der Verein jedoch auch im sächsischen Pflegesektor als „alternative Gewerkschaft“ Fuß zu fassen und den Unmut von Pflegekräften gegen die Belastungen in der Pandemie und die Impfpflicht für Pflegekräfte zu politisieren (H5 Verdi).

Drittens wirkt dies für die Hauptamtlichen besonders bedrohlich, da sie eine weit verbreitete oder sogar hegemoniale Zustimmung zu (extrem) rechten Inhalten in vielen Belegschaften beobachten. Das erschwert ihnen auch, die gesellschaftspolitische Dimension der eigenen Arbeit im Betrieb zur Sprache zu bringen:

Ich habe Betriebe, da weiß ich genau: Hier sitzen mir nur AfDler gegenüber. Und ich habe das dennoch angesprochen im Kontext der Bundestagswahl. Die AfD ist so konservativ und so, wenn die hier was zu sagen hätten, dann würde es uns noch viel schlechter gehen.

H2 NGG

POLITISCHE ENTFREMDUNG UND FRUST IN DEN BELEGSCHAFTEN

Allerdings betonen die Gewerkschafter vehement, dass die Anschlussfähigkeit antidemokratischer Inhalte in Sachsen nur im Kontext einer „tiefen Entfremdung vom politischen System und den etablierten Parteien“ verstanden werden kann, die sich „nicht erst von gestern zu heute aufgebaut“ habe (H1 NGG). Politische Entfremdung und Deprivationserleben sind für sie das zweite zentrale Charakteristikum „sächsischer Verhältnisse“. Exemplarisch schildert ein Hauptamtlicher der NGG, wie sich ganze Regionen „als abgeschrieben erleben“ und Perspektivlosigkeit Wirtschaft, Arbeitswelt und soziales Miteinander präge:

In Bautzen ist das offensichtlich, das weiß jeder, der da wohnt, das wissen auch die Politiker [...]. Dazu kommt dann: ein Unternehmer aus Bayern, der zu den reichsten Deutschen

gehört, hat Bautzner Senf gekauft und die Menschen in Bautzen arbeiten für einen Armutslohn für den Marktführer in Ostdeutschland. Das musst du alles mal zusammenbringen: Du hast eine vernachlässigende Politik, du hast die ganze Hartz-IV-Geschichte, bei den Renten wissen die Leute, sie marschieren in Altersarmut und von der etablierten Politik erfahren sie in den wichtigsten Sachen eigentlich nur: ihr seid uns nichts wert, wir kümmern uns um nichts, ihr kriegt was reingedrückt.

H1 NGG

Das Gefühl, wiederkehrenden Demütigungen und Ungerechtigkeiten ausgeliefert zu sein, weil keine politische Kraft konsequent die eigenen Interessen vertreten könne oder wolle, sei in vielen Belegschaften vorherrschend. Solidarisch-demokratische Deutungsmuster würden hingegen kaum mehr wahrgenommen. In den Betrieben mache dieser Umstand die gewerkschaftlichen Versuche, demokratische Aushandlungsprozesse und solidarische Organisationen anzustoßen, besonders voraussetzungsreich. Gleichzeitig haben einige Hauptamtliche die Erfahrung gemacht, dass betriebliche Politik auch an Frust und Wut ansetzen und diese in Organisationsprozesse kanalisieren kann.

Das ist eigentlich ein Boden, auf dem wir gut aufsetzen können, und es liegt nah beieinander: Frustrationspotenzial und Wut und dann entweder Ohnmachtserfahrungen oder halt Organisation. Die Frage ist: In welche Richtung geht das und das hängt immer von den handelnden Akteuren ab. Es gibt keinen Automatismus.

H1 NGG

Allerdings sei es auch Teil der „sächsischen Kultur“, dass Menschen sich in Apathie und Ohnmachtserleben nahezu „eingrichtet haben“ (H3 IGM). Die Interviewten erleben eine weit verbreitete Passivität in den Belegschaften, in denen nur wenige Beschäftigte bereit seien, über Kritik und Unmut hinaus Ansprüche auf Mitgestaltung zu formulieren und Verantwortung für Veränderungen zu übernehmen. Diese Haltung führen die Gewerkschafter auf die jahrzehntelange Erfahrung von Patriarchalismus in Politik und Arbeitswelt zurück.

PATRIARCHALES SELBSTVERSTÄNDNIS DER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

Die Kritik der Gewerkschafter am sächsischen Patriarchalismus formuliert der Vertreter des DGB wie folgt:

Das Von-oben-herab ist in der politischen Kultur Sachsens unglaublich tief verankert und spiegelt sich dann insbesondere auch im Umgang mit Arbeitern, Arbeiterklasse.

H7 DGB

In der Arbeitswelt bedeute das vor allem, dass Arbeitgeber (und Arbeitgeberverbände) die Ansprüche der Beschäftigten, über ihre Arbeitsbedingungen, Löhne und Arbeitsprozesse im Unternehmen mitzuentcheiden, als illegitimen Affront gegen ihre Autorität und Ausdruck von fehlender Dankbarkeit auffassen. Das zeige insbesondere die verbreitete Ablehnung von Gewerkschaften. Die Hauptamtlichen betonen, wie sich diese Strukturen in der Arbeitswelt vor allem durch Rückendeckung aus der Landespolitik etablieren konnten, die nach gleichem Muster funktioniert habe. Die bis heute andauernde mitbestimmungsfeindliche Kultur gehe maßgeblich auf die ersten Nachwenderegierungen zurück:

Also in Sachsen fällt ja den Arbeitgebern eher die Hand ab, eh die sich mit uns in irgendwelchen Foren zusammensetzen oder Kreisen oder sowas. [...] Und das ist wirklich die Handschrift von ‚König Kurt‘ in den Anfängen, und da hat man nie den Dreh gekriegt.

H6 IGBCE

Auch wenn in der Landespolitik „langsam ein Umdenken“ (H7 DGB) stattfinde und auch die ökonomischen Veränderungen eigentlich kein arbeitnehmerfeindliches „Von-oben-herab“ mehr zulassen, habe diese Haltung als kultureller Überhang insbesondere im ländlichen Raum und Dresden überdauert. In Hinblick auf Politik und Zivilgesellschaft habe sie auch zur Folge gehabt, dass Engagementstrukturen in vielen sächsischen Regionen unterentwickelt seien. Das betrifft auch die Gewerkschaften: Nicht nur in der betrieblichen Sphäre, auch in der Zivilgesell-

schaft habe sich bisher „kaum [ein] gewerkschaftliches Umfeld“ (H3 IGM) verankern können. Im politischen und arbeitsweltlichen Ohnmachtserleben, das durch die „sächsischen Verhältnisse“ für viele Menschen befördert wird, sehen die Gewerkschafter also einen zentralen Grund für den politischen Nihilismus und die Offenheit gegenüber antidemokratischen und exkludierenden Politikvorstellungen, denen sie in den Betrieben begegnen. Ein Hauptamtlicher der IGM fasst diese Wahrnehmung polemisch zusammen:

Wenn du den Leuten über Jahrzehnte staatliche Wirkmächtigkeit aberziehst und sie auch in der Arbeitswelt ständig das Fell über die Ohren gezogen bekommen, dann werden das irgendwann Krämerseelen.

H3 IGM

Die von unseren Interviewpartnern beschriebenen „sächsischen Verhältnisse“ bilden den politisch-kulturellen Kontext gewerkschaftlichen Handelns. In den Interviews wird deutlich, dass sich daraus für die befragten Gewerkschafter zwei demokratiepolitische Aufgabenstellungen ergeben: Erstens sollen die Beschäftigten durch gewerkschaftliche Organisation im Betrieb ermächtigt werden, mitzubestimmen und sich als handlungsfähig zu erfahren. Zweitens begreifen die Hauptamtlichen es darüber hinaus als ihre gesellschaftspolitische Aufgabe, demokratische, solidarische und inklusive Werte zu vermitteln und entsprechend auch gegen die extreme Rechte zu wirken.

DEMOKRATIEPOLITISCHE POTENZIALE UND HERAUSFORDERUNGEN VON GEWERKSCHAFTSARBEIT UND BETRIEBLICHEN KÄMPFEN

BETRIEBLICHE KÄMPFE ALS DEMOKRATISCHER PROZESS: PARTIZIPATION UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Die Befragten von NGG und IGM schildern die betrieblichen Organisationen als einen grundlegend „demokratischen Prozess“ (H3 IGM). Dieser bestehe in erster Linie in einer breiten Partizipation aller Beschäftigten an der Entscheidungsfindung und darin, dass diese selbst Verantwortung für Organisation und Interessenvertretung übernehmen.

Besonders deutlich wird das in Arbeitskämpfen: Statt passiv zu bleiben und die Verhandlungen und Entscheidungsfindung mit einer gewissen Anspruchshaltung allein an Hauptamtliche, Betriebsräte oder gewählte Mitglieder der Tarifkommission zu delegieren, sollen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Perspektiven in die strategische Diskussion einbringen und gemeinsam Entscheidungen treffen, deren Konsequenzen sie zu tragen bereit sind. So berichtet beispielsweise ein Hauptamtlicher der NGG, dass während eines Streiks jeder weitere Schritt mit allen Beschäftigten besprochen und gemeinsam entschieden worden sei, ob man etwa auf ein Angebot des Arbeitgebers eingehen oder stattdessen den Streik fortsetzen solle (H1 NGG). Diese Verantwortungsübernahme fordern die Hauptamtlichen gezielt von den betrieblichen Aktiven ein, wie ein Hauptamtlicher der IG Metall erklärt:

Ich will, dass sie sich entscheiden, und zwar mit der Verantwortung für den Prozess. Und nicht sich auf die Zuschauertribüne verabschieden, sich Popcorn reichen lassen und gucken, wie die in der Manege das mal miteinander ausfechten, und dann Daumen hoch oder runter machen [...].

H3 IGM

Sich aktiv zu beteiligen und als Teil der Belegschaft Verantwortung für das eigene Anliegen zu übernehmen, steht nicht nur im Kontrast zum gewohnten Stellvertreterhandeln der Betriebsräte und Gewerkschaften im Betrieb, sondern auch zur oben beschriebenen, insbesondere in Sachsen verbreiteten Passivität, zu politischen Ohnmachtsgefühlen und Beschwerden über die als untätig kritisierte Politik, denen die Hauptamtlichen in den Betrieben immer wieder begegnen. Bezogen auf die Forderung der Westangleichung der Löhne formuliert ein Gewerkschafter der NGG die Notwendigkeit, selbst tätig zu werden:

Es wurde ja immer geschimpft auf die Frau Merkel, [...] wo ich gesagt hab: Die Frau Merkel wird das niemals bringen. Entweder wir kriegen das gemeinsam hin, und da ist jeder von euch hier gefordert, oder es wird so weitergehen, das wird euch keiner abnehmen, das könnt ihr nur selber machen.

H1 NGG

Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen „ostdeutschen Bescheidenheit“, struktureller Schwäche von Arbeitnehmermacht, tief verwurzelter Angst um Arbeitsplatzverlust sowie angesichts von Einschüchterungsversuchen der Arbeitgeber wie z. B. dem gezielten Abfilmen aller Streikenden, von denen die befragten Gewerkschafter berichten, erfordere die aktive Partizipation auf den Seiten der Beschäftigten viel Mut und Überwindung (H3 IGM). Wo sie gelingt, begannen die Beschäftigten jedoch, sich die Institution Gewerkschaft „neu anzueignen“ und, so ein Hauptamtlicher der NGG, „auf einmal sind die selber die Gewerkschaft“ (H1 NGG). Sie entwickeln nach Ansicht der Gewerkschafter Konfliktfähigkeit und das (Selbst-)Bewusstsein, im kollektiven Zusammenschluss durchsetzungsfähig sein zu können (H2 NGG, H3 IGM, H5 Verdi).

GEWERKSCHAFTSARBEIT ALS KONKURRENZ ZUR EXTREMEN RECHTEN

Aus Sicht der Gewerkschafter werden Arbeitskämpfe von den Beschäftigten auch als politische „Widerstandsmomente“ (H3 IGM) erlebt, in denen diese die seltene Erfahrung machen, sich gegen fortgesetzte Zumutungen „aufbäumen“ zu können (H1 NGG). Wie bedeutsam diese Momente von den Gewerkschaftern eingeschätzt werden, das spiegeln ihre nachdrücklichen Beschreibungen:

Die, die sonst immer nur einstecken, sind die, die auf einmal am längeren Hebel sitzen.

H1 NGG

Sich von der Geschäftsführung „nicht alles gefallen“ zu lassen und etwas verändern zu können, könne eine „total ermutigende Erfahrung“ (H1 NGG) und „Selbstermächtigung“ sein (H2 NGG). Ein Hauptamtlicher der IG Metall geht sogar so weit zu sagen, dass es dabei weniger auf das konkrete Tarifergebnis ankomme als auf den kollektiven Prozess und die Beteiligungserfahrung selbst (H3 IGM).

In der Rolle, Widerstandsmomente und Handlungsfähigkeitserleben zu ermöglichen, sehen sich die befragten Gewerkschafter gerade in Sachsen „genau in Konkurrenz“ (H3 IGM) zur extremen Rechten, die bei ihren gut besuchten Montagsdemonstrationen ebenfalls Gemeinschaft und scheinbare Selbstermächtigung ermöglicht und ein Gefühl von Stärke

und Widerstand des „Volks“ gegen das System vermittelt (H3 IGM; auch: H1 NGG, H2 NGG, H5 Verdi). So bringt ein Hauptamtlicher der IG Metall die Schwäche der extrem rechten Listen bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2022 nicht nur mit einer offensiven und öffentlichen Auseinandersetzung der IG Metall mit den rechten betrieblichen Akteuren, sondern auch mit der Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall und ihrer Beteiligungsstrategie zu Beginn des Jahres in Verbindung: Unter breiter Beteiligung der Beschäftigten an 24-Stunden-Streiks war der IG Metall die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche und somit die Anpassung an westdeutsche Tarifbedingungen zumindest in großen Betrieben gelungen.

BETRIEB UND POLITISCHER RAUM ALS „PARALLELWELTEN“

In Konkurrenz zu extrem rechten exkludierenden Gemeinschafts-, Politik- und Identitätsangeboten verfolgen die Gewerkschafter das Ziel, politische Entfremdung und Ungerechtigkeitserfahrungen auf solidarische und demokratische Weise aufzugreifen. Diese Aufgabe ist allerdings mit großen Herausforderungen verbunden. So berichtet ein Hauptamtlicher der NGG, in konkreten Arbeitskämpfen gelänge es der Gewerkschaft zwar, dass die AfD diese trotz mehrfacher Versuche nicht für sich instrumentalisieren könne und hier keine Rolle spiele; dies bedeute aber auf der Ebene politischer Einstellungen nicht, „dass die Leute dann davon weg sind“ (H2 NGG). Für nicht wenige Beschäftigte bestehe kein Widerspruch zwischen dem „Aufbäumen“ und dem „Widerstand“ im Betrieb mit der Gewerkschaft und in der politischen Sphäre mit der AfD oder Querdenken – im Gegenteil werden beide mitunter als zwei Seiten desselben Kampfs begriffen (H1 NGG, H2 NGG, H3 IGM, H6 IGBCE, H5 Verdi). Politische Entfremdung und Frust verschwinden trotz demokratischer Erfahrung im Betrieb nicht unmittelbar und können mit rechtem Protest eine Verbindung eingehen. Insofern bilden Betrieb und politischer Raum „Parallelwelten“, wie ein Hauptamtlicher der NGG erklärt:

Hier im Betrieb haben wir uns jetzt aufgebäumt gegen das, was die da oben mit uns machen. Und so bäumen wir uns im politischen Raum jetzt auch auf. Sodass es gar kein Widerspruch sein muss, in einer Gewerkschaft aktiv zu sein und zu irgendwelchen Protesten zu gehen, wo AfDler sind.

H1 NGG

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ARBEIT ALS HERAUSFORDERUNG

Zwar gelingt es den Hauptamtlichen also, ermächtigende Handlungsfähigkeitserfahrungen und Widerstandsmomente zu ermöglichen sowie ihrer Kernaufgabe, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen und der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, nachzukommen. Das zweite Ziel, die Vermittlung inklusiv-solidarischer Werte, gestaltet sich in ihrer Wahrnehmung jedoch als ungleich schwieriger. Mitunter fordern Mitglieder sogar ein, dass sich die Gewerkschaften ausschließlich auf Tarif- und Betriebspolitik konzentrieren sollen (H3 IGM, H5 Verdi, H6 IGBCE). Insbesondere die befragten Vertreter von Verdi, der NGG und der IG Metall wollen darauf aber nicht reduziert werden:

Die Auseinandersetzung kennen wir auch, dass uns die Leute sagen: Passt mal auf, ihr seid toll, aber im Betrieb. Und sie sprechen uns erst mal das Mandat ab, dass wir uns auch um Gesellschaft kümmern sollen. So, die Frage ist jetzt, gibst du es jetzt her oder nicht.

H3 IGM

Gewerkschaften agierten nicht einfach nur als politisch beliebige Widerstandsorganisationen, sondern nach einem demokratischen Werte-compass, an dem es festzuhalten gelte und der nicht verhandelbar sei (H3 IGM).

Die konkrete betriebliche Arbeit, das Erleben von Durchsetzungsstärke und Veränderung verschafft den Gewerkschaften dabei eine Legitimation und ein Vertrauen, das sie auch für politische Überzeugungsarbeit und Aufklärung vorrangig in persönlichen Gesprächen nutzen können (H1 NGG, H2 NGG). Dies verlangt den einzelnen Gewerkschaftssekretär*innen viel ab: Sie müssen in der Lage sein, mit sehr unterschiedlichen politischen Ansichten umzugehen, sowie immer wieder unter Beweis stellen, dass sie die Anliegen der Belegschaft ernst nehmen und dass sie „keine Labertaschen“ seien, sondern mit den Beschäftigten zusammen kämpften und „auch wirklich da“ seien (H2 NGG). Der Umgang mit rechten Orientierungen und AfD-Zuneigung unter den Beschäftigten ist, wie oben beschrieben, auch innerhalb der Organisationen Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen (H3 IGM). Diese drehen sich auch um das Problem, dass die Gewerkschaften als

Mitglieder- und Massenorganisationen „halt nur dann wirkungsmächtig sind, wenn wir viele sind, und das ist halt immer wieder so ein [...] übler Kompromiss, den man eingehen muss“ (H5 Verdi): Antifaschismus und Antirassismus deutlich zu vertreten, kann durchaus zu Austritten führen (H5 Verdi, H6 IGBCE). In Regionen mit wenigen Gewerkschaftsmitgliedern kann dies die ohnehin geringe Kampfstärke zusätzlich schwächen. Darin besteht ein reales Dilemma, ist doch der ‚Kampf gegen Rechts‘ eigentlich auch ein Kampf für ein gewerkschaftsfreundlicheres, politisches Klima.

Trotz aller Bemühungen, auch gesellschaftspolitische Orientierung zu geben, sind sich die Befragten der Grenzen der Demokratisierung durch betriebliche Arbeit bewusst und verwehren sich diesbezüglich gegen überzogene Erwartungen. Rassistische Vorurteile oder Verschwörungsdanken, betont einer der Hauptamtlichen beispielhaft, „kannst du als Gewerkschaft alleine nicht auffangen“. Vielmehr brauche es neben den betrieblichen Kämpfen auch eine kämpferische Gesellschaftspolitik von demokratisch und solidarisch orientierten Kräften:

Aber für eine wirkliche Wende muss es gesellschaftlich auch einen stärkeren Aufbruch geben, dass Kritik an der etablierten Politik auch mal von anderen Richtungen, nicht nur von rechts formuliert wird, wenn auch andere mal sagen ‚Wir sind mit den bestehenden Verhältnissen nicht einverstanden‘, weil du kannst das nicht mit einem betrieblichen Kampf ändern und dann ist die Belegschaft ganz anders.

H1 NGG

FAZIT UND AUSBLICK

Die Perspektiven der Gewerkschaftshauptamtlichen liefern interessante Ausgangspunkte zum Verständnis der arbeitsweltlichen Mobilisierungen und der politischen Kultur in Sachsen. In den Interviews wurde deutlich, dass die Hauptamtlichen ihre Arbeit ausdrücklich mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen verbinden und in einem weiteren politischen Kontext sehen. Die besondere demokratiepolitische Bedeutung bekommt gewerkschaftliche Praxis in Sachsen vor dem Hintergrund der politischen Kultur, die sie im Freistaat wahrnehmen: Die „sächsischen Verhältnisse“ – verfestigte extrem rechte Einstellungen, politische Deprivation nach

jahrelanger Benachteiligung und neoliberaler Umstrukturierung sowie eingeübte Passivität durch einen patriarchalen Regierungsstil und eine mitbestimmungsfeindliche Kultur – bereiten der extremen Rechten einen fruchtbaren Boden und stellen die Hauptamtlichen vor die Herausforderung, eine „adäquate gewerkschaftliche Antwort“ (s. o.) auf diese Bedingungen zu finden. Demokratiepolitisch umfasst das zwei Aufgaben: die Ermächtigung der Beschäftigten in den sächsischen Betrieben und, damit verbunden, das Eintreten für demokratische und solidarische gewerkschaftliche Werte und gegen extrem rechte Einstellungen und Aktivitäten.

Das zentrale Potenzial der betrieblichen Auseinandersetzungen sehen die Gewerkschafter in Ersterem: Indem sie Belegschaften bei Betriebsratsgründungen und der Interessensvertretung in Arbeitskämpfen begleiten, können sie Ermächtigungsprozesse anregen und Demokratieerfahrungen ermöglichen. Der Ausbau der in Sachsen wenig ausgeprägten Mitbestimmung in der Arbeitswelt und die Orientierung der Gewerkschaften hin zu Beteiligung und Mobilisierung führen zu einem Zugewinn an alltäglicher demokratischer Praxis.

Zudem bedeuten die Erfahrungen von kollektiver Handlungsfähigkeit, Beteiligung und Konfliktfähigkeit aus Sicht der Befragten einen entscheidenden Bruch mit der autoritären Erfahrungswelt der „sächsischen Verhältnisse“, in welcher sie den Hintergrund des politischen Nihilismus und der verbreiteten antidemokratischen Einstellungen in Sachsen sehen.

Die demokratiepolitische zweite Aufgabe, durch Organisierungen und Kämpfe in den Belegschaften auch im Sinne demokratischer und inklusiv-solidarischer Werte zu wirken, erleben die Gewerkschafter als ungleich schwieriger. Da Betrieb und politischer Raum als „Parallelwelten“ häufig nicht verknüpft werden, ändern auch demokratische Erfahrungen im betrieblichen Organisationsprozess zunächst nicht, dass viele Beschäftigte sich der AfD und extrem rechts dominierten Protesten zuwenden. Entsprechend warnen die engagierten Gewerkschafter vor überzogenen Erwartungen an eine kurzfristige Wirkung betrieblicher Mobilisierungen gegen Rechtsextremismus und fordern zudem politische Unterstützung ein.

Deutlich wird aber auch, dass in der primär betrieblichen Verortung eine Stärke der Gewerkschaften besteht, die sie vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren voraushaben: Sie erlaubt einen Zugang zum

Alltag von Bevölkerungsgruppen, die in Sachsen oftmals als „abgeschrieben“ gelten. Der direkte Kontakt einerseits sowie Konsequenz und Durchsetzungsstärke in der Tarifpolitik andererseits verschaffen den Gewerkschaften in den Belegschaften Legitimität und Vertrauen. Auf dieser Basis können politische Auseinandersetzungen geführt und extrem rechte Akteure situativ zurückgedrängt werden. Darüber hinaus halten die Interviewten an der offensiven Perspektive fest, durch die gewerkschaftliche Praxis extrem rechten Akteuren in Sachsen langfristig ein Stück des „arbeitsweltlichen Nährbodens“ (s. o.) entziehen und zudem deren Monopol auf „Widerstandsmomente“ streitig machen zu wollen.

LITERATUR

- Behr, Michael (2017). Das Ende des ostdeutschen Arbeitspartners. Warum der Umbruch auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitskultur verändern wird. Berliner Debatte Initial 28(3), 29–42.
- Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver (2013). Post-demokratie, Mitbestimmung und industrielle Bürgerrechte. Politische Vierteljahresschrift 54(3), 506–533.
- Budd, John W./Lamare, Ryan J. (2021). Worker Voice and Political Participation in Civil Society. In Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), *Handbook of Labor, Human Resources and Population Economics* (S. 1–20). Cham: Springer International Publishing.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hrsg.) (2022). Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021. Leipzig: edition überland.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2017). Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West. Frankfurt a. M.: Campus.
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2022). Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2021. WSI-Mitteilungen 75(4), 328–336.
- Geiges, Lars (2015). Pegida: die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: Transcript.
- Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel/Dörre, Klaus (2015). Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland. OBS-Arbeitsheft 83. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung.
- Günther, Wolfgang (2020). Sächsische Arbeitsmarktpolitik 1990–2019. In Johannes Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 48–60). Leipzig: edition überland.
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS) (2019): Billiglohnland Sachsen. URL: https://www.boeckler.de/data/Boeckler_Impuls_2019_08_3.pdf (17. 11. 2022).
- Heck, Felix/Nejzchleba, Martin (2021). Streik bei Riesa Teigwaren. Die neue Macht der Arbeiter. Die Zeit, 25. 10. 2021. URL: <https://www.zeit.de/2021/43/streik-riesa-teigwaren-loehne-ost-deutschland-westdeutschland-ungleichheit> (17. 11. 2022).
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina/Voss, Dorothea (2021). Anti-demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Forschungsförderung Policy Brief 007. Hans-Böckler-Stiftung.
- Kapalschinski, Christoph (2022). Der Fall Riesa Nudeln – und was er über den brodelnden Osten verrät. Die Welt, 08. 11. 2022. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus241999763/Riesa-Nudeln-Was-der-Streik-ueber-den-brodelnden-Osten-verraet.html> (25. 11. 2022).
- Kiess, Johannes (Hrsg.) (2020). Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt. Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre (2020). Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 119–147). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kim, Jungook (2021). Democratic Spillover from Workplace into Politics: What Are We Measuring and How? In David Lewin/Paul J. Gollan (Hrsg.), *Advances in Industrial & Labor Relations* (S. 145–176). Emerald Publishing Limited.
- Marshall, Thomas H./Rieger, Elmar (1992 [1950]). Bürgerrechte und soziale Klassen. zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M.: Campus.
- Mense-Petermann, Ursula (1996). Die Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland als Herausforderung für das duale System. Industrielle Beziehungen 3(1), 65–78.
- Negt, Oskar (1981). *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- NGG (2020). Man darf sich nicht ergeben. Der erfolgreiche Kampf der Beschäftigten von Teigwaren Riesa für Betriebsrat und Tarifvertrag. Ein Beispiel für den notwendigen Aufbruch Ost. Region Dresden-Chemnitz.
- Poelchau, Simon (2022). Es gab einen Mentalitätswechsel. Der Streikforscher Stefan Schmalz erklärt, warum im Osten wieder mehr Arbeitskämpfe geführt werden. neues deutschland, 28. 03. 2022. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162542.arbeitskaempfe-im-osten-es-gab-einen-mentalitaetswechsel.html> (20. 09. 22).
- Ragnitz, Joachim (2017). Auferstanden aus Ruinen. Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens nach der Wiedervereinigung. ifo Dresden berichtet 6/2017, 25–30.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2021). Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen. Das Beispiel Sachsen. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1, 26–41.
- Röbenack, Silke (2020). Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland. URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit> (20. 12. 2022).
- Röbenack, Silke/Artus, Ingrid (2015). Betriebsräte im Aufbruch? Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland. OBS-Arbeitsheft 82. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung.
- Roth, Roland (2004). Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In Ansgar Klein et al. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 41–64). Wiesbaden: Springer VS.

- Rubach, Philipp (2020). Der Osten schlägt zurück! Um die Rechten zu stoppen, brauchen wir Arbeitskämpfe und Raum für ostdeutsche Geschichten, meint Philipp Rubach. neues deutschland, 28. 07. 2020. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1139729.aufbruch-ost-der-osten-schlaegt-zurueck.html> (17. 11. 2022).
- Sauer, Dieter/Detje, Richard (2019). Rechtspopulismus im Betrieb – Erscheinungsformen, Hintergründe, politischer Umgang. WSI-Mitteilungen 72(3), 159–167.
- Schmalz, Stefan et al. (2017). Totgesagte leben länger: Demografischer Wandel und Arbeitspolitik in Ostdeutschland. Berliner Debatte Initial 28(3), 7–21.
- Schulten, Thorsten (2020). Tarifbindung in Sachsen. In Johannes Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 61–75). Leipzig: edition überland.
- Steinhaus, Maria et al. (2017). „So geht sächsisch!“ Pegida und die Paradoxien der „sächsischen Demokratie“. In Tino Heim (Hrsg.), *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften* (S. 143–196). Wiesbaden: Springer VS.
- Timming, Andrew/Summers, Juliette (2020). Is workplace democracy associated with wider pro-democracy affect? A structural equation model. Economic and Industrial Democracy 41(3), 709–726.
- Wallrodt, Ines (2019). „Man muss sich nicht ergeben“. Der erste Arbeitskampf im Nudelwerk Riesa steht für einen Aufbruch in Ostdeutschland. neues deutschland, 19. 04. 2019. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1117155.teigwaren-riesa-man-muss-sich-nicht-ergeben.html> (17. 11. 2022).
- Weyh, Antje (2020). Herausforderungen für den sächsischen Arbeitsmarkt. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. In Johannes Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 35–47). Leipzig: edition überland.

Passkontrolle im Offenen Jugendtreff

Rassismus-Erfahrungen junger Menschen mit Migrationshintergrund¹
in Sachsen

EINLEITUNG

In den Gruppenräumen eines Vereins sitzen Kinder an ordentlich aufgereihten Tischen. Wie jede Woche verbringen sie ihren Samstagvormittag mit der Teilnahme am freiwilligen Unterricht in der „Schule“ des lokalen arabischen Vereins. Hier lernen sie ihre Erstsprache lesen und schreiben, außerdem bekommen sie bei Bedarf arabischsprachige Nachhilfe in Mathe, Chemie oder Physik. Als Mitarbeiter*innen der Fachstelle Jugendhilfe des *Kulturbüro Sachsen e.V.* haben wir die Gelegenheit, mit diesen Kindern – genauso wie mit ihren ehrenamtlichen Lehrer*innen – über ihren Alltag zu sprechen. „Was macht ihr gerne?“, fragen wir, und: „Was nervt euch?“ Auf die erste Frage geben sie unzählige individuelle Antworten: Fußball, Gitarre spielen, Lesen, Freund*innen treffen, Musik hören. Als Antwort auf die zweite Frage schildern die Kinder unzählige Situationen rassistischer Diskriminierung: „Mich nervt es, wenn andere Kinder sagen: ‚Raus hier, das ist nicht euer Land!‘“ Sie erzählen von Mobbing und rassistischen Sprüchen in der Schule; von Beleidigungen gegenüber ihren Familien; von Horterzieher*innen, die den Kontakt zu anderen arabischsprachigen Kindern unterbinden; von Lehrer*innen, die sie systematisch schlechter behandeln; von AfD-Wähler*innen; von einseitiger Medienberichterstattung und von der allgegenwärtigen Aufforderung, immer und überall ausschließlich Deutsch zu sprechen.

1) In unserer Feldforschung haben wir aus fachlichen und politischen Gründen den Begriff „Migrationsvordergrund“ gewählt. In der Regel liegen keine systematischen Informationen über Geburtsort und Staatsangehörigkeit von Kindern und Jugendlichen vor. Nur diejenigen, bei denen die Migration in irgendeiner Weise in den „Vordergrund“ gerückt ist, werden in unserer Arbeit überhaupt repräsentiert. Indem sie sprachlich den „Hintergrund“ in den „Vordergrund“ rücken, kritisieren migrantische Selbstorganisationen und Aktivist*innen den gesellschaftlich verbreiteten Rassismus und dessen Ignoranz durch die weiße Mehrheitsbevölkerung (vgl. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/migrationsvordergrund/>). Der besseren Verständlichkeit halber verwenden wir diesen Begriff im Folgenden jedoch nicht.



Berichte wie diese haben wir im Rahmen unserer Praxisbeobachtungen unzählige Male gehört – von Kindern und Jugendlichen, aber auch von haupt- und ehrenamtlichen Pädagog*innen.

FORSCHUNGSDESIGN UND ANSPRUCH

Im Auftrag des Landesjugendamtes Sachsen konnte die Fachstelle Jugendhilfe des *Kulturbüro Sachsen e. V.* zwischen 2019 und 2021 eine praxisnahe Feldforschung im Bundesland durchführen. Im Fokus unserer Feldforschung standen die folgenden Fragen: Welche Bedürfnisse haben migrantische² junge Menschen in Sachsen gegenüber der Jugendhilfe? Werden diese Bedürfnisse und die daraus entstehenden Bedarfe innerhalb der Jugendhilfe wahrgenommen und bearbeitet? Welche pädagogischen Herausforderungen entstehen dabei? Gibt es Konzepte, die besonders erfolgreiches Arbeiten ermöglichen? Was sind die Gelingensbedingungen migrationssensibler Jugendarbeit?

Um diese Fragen zu beantworten, fragten wir junge Menschen mit Migrationserfahrung, pädagogische Fachkräfte sowie ehrenamtliche Jugendarbeiter*innen nach ihren Einschätzungen. Dabei unterteilten wir unser Forschungsfeld in vier große Bereiche: (1) allgemeine Angebote der Jugendhilfe, v.a. der Offenen Jugendarbeit, die u.a. von migrantischen Jugendlichen genutzt werden; (2) Angebote der Jugendarbeit, die explizit mit migrationssensiblen Konzepten arbeiten bzw. ihre pädagogische Arbeit auf bestimmte migrantische Zielgruppen fokussieren (z. B. migrantische Mädchen, muslimische Jugendliche); (3) Angebote der Jugendarbeit, die von Akteur*innen der migrantischen Selbstorganisation geschaffen und getragen werden – zumeist auf ehrenamtlicher Basis, obwohl die Aktiven häufig selbst eine professionelle pädagogische Ausbildung haben (z. B. innerhalb von Kulturvereinen und Moscheegemeinden) –, und (4) selbstorganisierte Gruppen und Projekte migrantischer junger Menschen.

Unsere Erhebung unterscheidet sich von vergleichbaren Untersuchungen dadurch, dass wir auch die Kinder- und Jugendarbeit innerhalb (post-)migrantischer Vereine, Initiativen und Communities in den Blick genommen haben.

2) In unserer Feldforschung haben wir den Begriff „migrantisiert“ gewählt, weil viele der als „migrantisch“ bezeichneten Personen keine Migrant*innen sind, sondern ihnen diese Eigenschaft aufgrund äußerlicher Merkmale zugeschrieben wird. Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung haben wir in diesem Artikel darauf verzichtet.

Unsere Erhebungsphase dauerte von Juni 2019 bis November 2020, wobei der Großteil der Erhebung im Zeitraum Mai bis Oktober 2020 stattfand. Wir haben 25 leitfadengestützte Einzel- und Gruppengespräche geführt, eine HzE-Maßnahme („Hilfen zur Erziehung“) und mehrere (post-)migrantische Jugendprojekte intensiv begleitet. Neben Chemnitz, Dresden und Leipzig waren wir auch in den Landkreisen Bautzen, Meißen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Zwickau unterwegs. Dabei gestaltete sich für uns der Zugang zu Expert*innen der migrantischen Selbstorganisation sowie aus selbstorganisierten (post-)migrantischen Jugendgruppen deutlich schwieriger als der zu Mitarbeiter*innen öffentlich geförderter Jugendhilfe-Projekte. Trotzdem gelang es uns bei immerhin sechs (post-)migrantischen Initiativen, das Vertrauen der Expert*innen zu gewinnen und von ihren Erfahrungen profitieren zu können.

Nach einer zweijährigen Erhebung und anschließender Auswertung unserer Beobachtungen konnten wir 2021 die Publikation „Die Zukunft Sachsens. Junge Menschen mit Migrationsvordergrund und diskriminierungskritische Perspektiven auf Jugendhilfe in Sachsen“ (Kulturbüro Sachsen, 2021)³ veröffentlichen. Da wir keine wissenschaftliche Institution, sondern Praktiker*innen der Kinder- und Jugendarbeit sind, wird unser Beitrag streng genommen nicht allen Anforderungen der empirischen Sozialforschung bis ins letzte Detail genügen. Wir können andererseits aus einer eigenen Praxis von über 20 Jahren als anerkannter Träger der Jugendhilfe sprechen und damit unsere konstruktive Kritik an den derzeitigen Bedingungen in der sächsischen Jugendhilfe auf Augenhöhe formulieren.

Im hier vorliegenden Beitrag werden wir einen kursorischen Überblick über einzelne Aspekte und Erkenntnisse unseres Forschungsberichtes geben und mit wissenschaftlicher Sekundärliteratur in den Dialog bringen. Wir greifen in der Ergebnisdarstellung auf Befunde zurück, die in ihrer deutlich rassistischen Ausprägung besonders auffällig waren. Dennoch stellen sie keine Einzelfälle dar, sondern illustrieren beispielhaft die Erfahrungen, die migrantische Jugendliche in Sachsen machen. An drei Stellen werden wir dazu Zitate von Interviewten wiedergeben, anhand derer die beschriebenen Ergebnisse deutlich werden. Dieser exemplarische und praxisnahe Einblick kann proble-

3) Wir danken unserer ehemaligen Kollegin Sok Kierng Elisa Ly für ihre höchst kompetente und engagierte Mitarbeit an dem Forschungsprojekt, das diesem Text zugrunde liegt.

matische Situationen von Ressentiment und Abwertung aufzeigen. Sie bestimmen die Lebenswelt von migrantischen Jugendlichen und ihren Erfahrungen, die sie in Sachsen gemacht haben.

JUNGE MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE IN SACHSEN

Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich in Sachsen in den letzten Jahren stark verändert. Waren es im Jahr 1990 nur 52.467 Menschen, die statistisch als „nichtdeutscher Bevölkerungsanteil“ erfasst wurden, so waren es 30 Jahre später, im Jahr 2020, dann 215.755 – ein Anstieg von ca. 1 % auf ca. 5 %. Einerseits bedeutet dies, dass heute mehr als viermal so viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Sachsen leben, andererseits ist aber die Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung noch weit unter dem Anteil von Migranten in anderen Bundesländern. Die Alterspyramide der sächsischen Bevölkerung profitiert von dieser Zuwanderung. Im Vergleich zu 1990 leben heute deutlich mehr junge Menschen im Freistaat – in erster Linie deswegen, weil viele junge Menschen nach Sachsen zugewandert sind. Das statistische Landesamt Sachsen hält fest:

Der Vergleich der Altersstruktur zwischen den in Sachsen lebenden Deutschen und Nichtdeutschen zeigt wesentliche Unterschiede. So waren im Jahr 2020 rund ein Drittel der Deutschen jünger als 35 Jahre, bei den Nichtdeutschen traf das auf fast 60 % der Bevölkerung zu.

Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen, 2021

Im Jahr 2018 besaßen im Landesdurchschnitt 11 % der jungen Sächs*innen eine ausländische Staatsangehörigkeit (Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen, 2019). Darüber hinaus leben in Sachsen zahlreiche Kinder und Jugendliche, die sowohl einen deutschen Pass als auch eine (familiäre) Migrationsgeschichte haben. Doch nicht bei allen jungen Menschen, die laut Statistik über einen „Migrationshintergrund“⁴ verfügen, spielt die familiäre Migrationserfahrung in ihrer alltäglichen

4) Einen „Migrationshintergrund“ haben laut dem Bundesamt für Statistik „alle Personen, die entweder selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.“ (Bundesamt für Statistik, 2022)

Lebenswelt eine Rolle. Umgekehrt leiden unter rassistischer Ausgrenzung auch einige junge Menschen ohne „Migrationshintergrund“ – z. B. deutsche People of Color.

Junge Menschen mit Migrationserfahrung in Sachsen sind also sehr heterogen. Sie unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihre (familiäre) Migrationserfahrung, sondern auch in Bezug auf ihr Geschlecht, ihre sexuelle Orientierung, ihren sozioökonomischen Status und ihre Religionszugehörigkeit. Damit wird deutlich, dass der Blick alleine auf die Migrationserfahrung die besonderen Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen der jungen Migranten verdeckt.

MIGRATIONSSPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR JUNGE MENSCHEN

Junge Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, stehen im Vergleich zu ihren Altersgenossen ohne persönliche oder familiäre Migrationserfahrung vor zusätzlichen Herausforderungen, zu denen bereits viele Forschungsergebnisse vorliegen: Dazu gehört das Erlernen der deutschen Lautsprache und Schrift sowie der Umgang mit den Anforderungen eines bisher unbekannten Bildungssystems (Paiva Lareiro, 2019, 6 f.). Vor allem viele junge Geflüchtete mussten im Rahmen ihrer Flucht ihre Bildungslaufbahn unterbrechen. Auch von den Jugendlichen in Sachsen, mit denen wir im Rahmen unserer Erhebung gesprochen haben, werden genau diese Herausforderungen deutlich. Ab dem Alter von 16 Jahren lernen in Sachsen neu zugewanderte junge Menschen in einer Vorbereitungsklasse Deutsch an einem Beruflichen Schulzentrum und können – je nach Alter – ggf. noch im Rahmen eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ)⁵ einen Hauptschulabschluss erreichen, jedoch keinen Realschulabschluss. Dies ist eine zwangsläufige Folge der Schulordnung für Berufsschulen.⁶ Ab dem Alter von 18 Jahren gelten sie – ungeachtet der bisherigen Schullaufbahn – nicht mehr als schulpflichtig und haben daher keinen Anspruch auf den Besuch einer Regelschule.

5) Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) ist eine einjährige schulische Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) der Bundesagentur für Arbeit. Es richtet sich an junge Menschen, die ihre Schulpflicht erfüllt haben, aber keinen bzw. nur einen sehr schlechten Hauptschulabschluss erreicht haben.

6) §4 räumt die grundsätzliche Aufnahme in ein zweijähriges BVJ ein für Schüler*innen mit unzureichender Sprachkompetenz. Es fehlt eine Regelung, die den Nachteil der Sprachkompetenz so ausgleicht, dass in einer mehr als zweijährigen Schulzeit ein Realschulabschluss möglich wird.

Deshalb besteht die Gefahr, dass viele junge Menschen, die im Jugendalter nach Sachsen einwandern, nicht mehr die Gelegenheit haben, auf dem ersten Bildungsweg einen Abschluss an einer Regelschule zu erwerben. Von den Betroffenen wurde uns dieser Zustand als eine wahrgenommene Benachteiligung geschildert.

Migrantische Jugendliche wachsen häufig in Elternhäusern mit wenig finanziellen und zeitlichen Ressourcen auf und erhalten daher meist weniger praktische Unterstützung bei der Bewältigung schulischer Aufgaben. Das haben sie mit ihren Altersgenossen ohne Migrationserfahrung, die aus ähnlichen Verhältnissen stammen, gemeinsam – etwa im Kontrast zu Schüler*innen etwa aus Familien mit hoher formeller Bildung. Zwar weist die wissenschaftliche Literatur aus, dass migrantischen Eltern der Schulerfolg ihrer Kinder sehr wichtig ist (Boos-Nünning/Karakaşoğlu-Aydın, 2005, 198–203), doch sie haben – u.a. aufgrund von Sprachbarrieren und eigenem hohen Arbeitspensum – weniger Möglichkeiten, ihren Kindern bei schulischen Problemen weiterzuhelfen. Trotzdem sind Jugendliche in migrantischen Familien oft mit der Erwartung konfrontiert, durch den eigenen Bildungserfolg sozialen Aufstieg zu erreichen. Viele Jugendliche aus Familien mit Migrationserfahrung erleben somit einen starken bildungsbezogenen Leistungsdruck. Ein junger Geflüchteter hat dieses Dilemma im Gespräch mit uns folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

Unsere Eltern wollen, dass wir lernen und gute Noten schreiben. Sie sagen, sie haben ihr Leben aufs Spiel gesetzt, damit wir hier zur Schule gehen können. Oft denke ich dann: Hättet ihr mal lieber nicht euer Leben riskiert!

Interview, eigene Codierung: DHSM2020

Zu den Herausforderungen, die zahlreiche junge Sachsen nach eigener Migrationserfahrung bewältigen müssen, gehört neben der Orientierung im deutschen Betreuungs- und Bildungssystem auch der Umgang mit aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit und Benachteiligung. Außerdem sind Kinder und Jugendliche in migrantischen Familien oft stark durch innerfamiliäre Unterstützungsleistungen beansprucht – z. B. die Begleitung der Eltern bei Behördengängen, unbezahlte Dolmetschereinsätze für Verwandte und Bekannte (Bach, 2019, 16–33) oder die Beaufsichtigung und Unterstützung jüngerer Geschwister (Boos-Nünning/Karakaşoğlu-

lu-Aydın, 2005, 199 f.). Der Erziehungswissenschaftler und Migrationsforscher Aladin El-Mafaalani schreibt zu diesem Thema:

Wer verstehen will, weshalb Migrantenkinder ihren Eltern treu bleiben, die Welt nicht ganz eigenständig erkunden, nicht so stark oder nicht so früh wie andere nach Selbstverwirklichung streben, muss verstehen, dass diese Kinder für die Stabilität der Familie Mitverantwortung tragen. Deshalb halten sie den Eltern zuliebe sehr lange selbst dann noch an Regeln fest, wenn sie selbst nicht (mehr) von ihnen überzeugt sind.

El-Mafaalani, 2018, 137

So betont denn auch der oben zitierte Jugendliche, der sich über die Bildungsorientierung seiner Eltern beschwert, im selben Gespräch mehrfach die intakten sozialen Beziehungen in seiner Familie und seinen Respekt für die Eltern. Wir können demzufolge die Erkenntnisse aus der hier erwähnten wissenschaftlichen Fachliteratur auch für Sachsen in dieser Form bestätigen.

RASSISMUS ALS ALLTAGSERFAHRUNG

Im Rahmen unserer Forschung besuchten wir einen Offenen Kinder- und Jugendtreff in einer sächsischen Mittelstadt. Die Ergebnisse dieser Interviews und Beobachtungen werden im Folgenden exemplarisch herangezogen. Es werden hier die Ressentiments besonders deutlich, mit denen migrantische Jugendliche auch an anderer Stelle konfrontiert sind.

Seit 2015 nutzen geflüchtete junge Männer die zentral gelegene Einrichtung in öffentlicher Trägerschaft regelmäßig. Im Gespräch mit den dort tätigen Pädagog*innen wird augenfällig, dass diese die Arbeit im Umgang mit ihrer Zielgruppe in erster Linie als einen sehr eng gefassten Erziehungsauftrag verstehen, der nicht von einem anerkennen- den Umgang mit der jugendlichen Lebenswelt, ihre Herausforderungen und Ressourcen getragen ist. Im Gegenteil ist das in den Interviews formulierte Anliegen der Pädagogen, migrantische Jugendliche zur Anpassung an Normen von Ordnung und Höflichkeit zu bewegen, die ihrer Ansicht nach grundlegend sind. So legen sie beispielweise Wert

darauf, dass die Jugendlichen bitte und danke sagen, dass sie am Eingang ihren Ausweis bzw. ihre Aufenthaltspapiere vorzeigen und dass sie drinnen keine gerösteten Sonnenblumenkerne essen. In der Diskussion mit uns begründen die Pädagog*innen ihre Position u.a. mit der Aussage: „In Deutschland gehört sich das eben so!“ (Interview, eigene Codierung: ICP 2020 M) Wir sehen in solchen Aussagen eine Berufung der Pädagog*innen auf eine bestehende Hierarchie, die davon ausgeht, dass sich Jugendliche mit Migrationserfahrung in besonderem Maße an vertretende Normen und von den Pädagog*innen selbst gesetzte Regeln (Vorzeigen der Ausweispapiere) anzupassen haben.

Unsere Interviews mit den Jugendlichen im Rahmen unserer Feldforschung haben uns gezeigt: Diesen Satz – in vielen verschiedenen Formulierungsvarianten – hören migrantische junge Menschen in Sachsen wieder und wieder – im Offenen Jugendtreff, in der Schule, im Fußballverein. Und sie hören die Abwertung und die Ressentiments, die darin mitschwingen, sehr deutlich heraus. Was sich hier an praktischen Beispielen aus unserer Arbeit zeigen lässt, beschreibt die französische Soziologin Colette Guillaumin auf einer theoretischen Ebene als ein „definitorisches Kriterium des Rassismus“. Wir schlagen vor, dies als Rassifizierung zu beschreiben, also als einen Prozess, in dem mittels bestimmter Merkmale eine Gruppe von Menschen als natürliche Gruppe festgelegt und anhand dieser Stigmatisierung die Abwertung und Zurücksetzung im Vergleich zur eigenen Gruppe begründet wird. Die betreffenden Merkmale können ganz unterschiedlicher Art sein und umfassen u.a. Physiologie, Sprachen, Ernährung, Kleidung, Gewohnheiten, politische und religiöse Praktiken. „Die Gesamtheit dieser Merkmale“, schreibt Guillaumin, „verschmilzt zu einem Ensemble, das sich als synkretistisch definieren lässt.“ (Guillaumin, 1991, 167) Den nicht-weißen Jugendlichen wird im obigen Beispiel zugeschrieben, dass sie bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen hätten, die sie sich in Deutschland abzugewöhnen hätten. Die jungen Menschen erfahren also, dass sie überall – durch die Mehrheitsbevölkerung, durch die Behörden und eben auch durch pädagogische Fachkräfte – zu Anderen gemacht werden.

So entfaltet diese Ausgrenzung und Besonderung im pädagogischen Raum eine folgenreiche Wirkung. Wir wollen auch diese exemplarisch am (Nicht-)Umgang mit der Gruppe der migrantischen Mädchen in der Offenen Jugendarbeit darstellen. Während unserer Feldforschung

haben wir – wie auch andere Forscher*innen vor uns (vgl. bspw. AGJF, 2017) – kaum Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund innerhalb offener Jugendtreffs in Sachsen angetroffen. Die Pädagog*innen, mit denen wir im Verlauf der Forschung gesprochen haben, nehmen die Abwesenheit migrantischer Mädchen und junger Frauen in ihren Einrichtungen wahr, sie ziehen aus dieser Beobachtung aber meist keine Konsequenzen für ihre Arbeit. Man kann die von uns beobachtete Haltung der Mitarbeiter*innen als eine schulterzuckende Akzeptanz vermeintlich unabänderlicher Tatsachen beschreiben. So sagte uns die Leiterin eines großen Offenen Kinder- und Jugendtreffs einer sächsischen Mittelstadt, angesprochen auf die Abwesenheit von Mädchen aus migrantischen Familien: „Die dürfen ja nicht.“ (Interview, eigene Codierung: ICP 2020 M) Ein pädagogischer Mitarbeiter desselben Treffs ergänzte: „Das wird mindestens noch eine Generation dauern.“ (Interview, eigene Codierung: ICP 2020 M) Die Pädagog*innen führen die Abwesenheit migrantischer, vor allem muslimischer Mädchen auf von ihnen angenommene Familienverhältnisse zurück. Uns werden zur Erläuterung der Einschätzung Familienverhältnisse beschrieben, die wir in unseren Worten als patriarchal bezeichnen würden. In den Gesprächen mit den Pädagog*innen wird deutlich, dass sie dabei oft pauschal davon ausgehen, dass diese patriarchalen Familienverhältnisse in den migrantischen Familien deutlich stärker ausgeprägt seien als in mehrheitsdeutschen. Diese Zuschreibung erfolgt unserer Einschätzung nach pauschal, denn eigene Beobachtungen, die sie begründen, können nicht berichtet werden. Im Gegenteil: Pädagog*innen, mit denen wir gesprochen haben, versuchen selten, Kontakte zu migrantischen Eltern zu knüpfen, ihre Perspektiven zu erfragen und/oder bei ihnen um Akzeptanz für das eigene Angebot zu werben. Stattdessen weisen sie den Eltern bzw. deren „Kultur“ die Verantwortung für den Ausschluss von Mädchen aus migrantischen Familien aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu.

Dieser Umgang steht im Kontrast mit dem Selbstverständnis sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession. Wenn Jugendarbeiter*innen bei einer bestimmten Zielgruppe eine besondere Benachteiligung vermuten, müssten sie auf Basis ihres professionellen Selbstverständnisses eigentlich Ansätze entwickeln, diese Benachteiligung auszugleichen. Doch obwohl viele Pädagog*innen migrantische Mädchen als besonders benachteiligt bzw. „unterdrückt“ beschreiben, werden konzeptionelle Überlegungen zu den Bedürfnissen dieser Zielgruppe im Rahmen un-

serer Feldforschung nur sehr selten zum Thema. Ein Großteil der mehrheitsdeutschen Pädagog*innen erklärt sich für die Belange migrantischer Mädchen für unzuständig. Unsere Forschungsergebnisse legen nahe, dass Ressentiments und rassistische Zuschreibungen bei einigen Pädagog*innen die Abkehr von den Grundsätzen ihrer Profession mitverursachen.

Das wirft gerade vor dem Stellenwert der Jugendarbeit – Entwicklungsräume gerade für Jugendliche in prekären Lebenslagen zu schaffen – ein Schlaglicht auf die politische Alltagskultur in Sachsen. Die tagtägliche Erfahrung von Abwertung und Ressentiments – in der Forschung manchmal auch als „racial microaggressions“ bezeichnet – bedeutet für diejenigen, die sie machen, eine erhebliche Belastung. Die Bewältigung tagtäglicher Diskriminierung kostet die Betroffenen viel Energie, die ihnen dann für andere Herausforderungen des Alltags fehlt. Zahlreiche Studien belegen mittlerweile einen Zusammenhang zwischen Erfahrungen rassistischer Diskriminierung und physischen wie psychischen Erkrankungen (Yeboah, 2015). Bei einem Großteil der Menschen in Sachsen, die Diskriminierung erlebt haben, führen diese Erfahrungen zu erhöhtem Stress, zu Trauer und/oder zu Angst (Kronenbitter et al., 2022, 11).

EINE ANDERE ZUKUNFT SACHSENS IST MÖGLICH!

Die Kieler Integrations- und Rassismus-Expertin Ayça Polat stellt fest:

Rassismus, so glauben und hofften viele, sei ein Relikt der Vergangenheit. Abgesehen von ein paar Ewiggestrigen würde sich die Ideologie bald überlebt haben. Und auch diese übriggebliebenen Idioten würden es sich noch anders überlegen, wenn die Integration besser gelänge. Es wird ganz häufig so getan, als würde der Rassismus zunehmen, wenn Integration misslingt, und abnehmen, wenn Integration gelingt. Was für manche intuitiv logisch klingen mag, ist ein Trugschluss [...]. Diese Schlussfolgerung ist gefährlich, nicht nur, weil sie falsch ist, sondern insbesondere auch, weil sie den Rassismus indirekt legitimiert.

Zitiert nach El-Mafaalani, 2018, 93

Auch die Ergebnisse unsere Praxisforschung zeigen unserer Einschätzung nach, dass Rassismus leider nicht Teil der Vergangenheit, sondern eine allgegenwärtige Alltagserfahrung für viele junge Menschen in Sachsen ist. Wie wir in diesem Beitrag an Beispielen gezeigt haben, erleben sie diese Ressentiments und Abwertung teilweise auch durch pädagogische Fachkräfte. Um daran etwas zu ändern, sind aus unserer Sicht mindestens zwei Ebenen der Intervention notwendig. Einerseits benötigen wir Angebote für rassismuskritische Bildung und Reflexion, die interessierten Menschen ermöglichen, neue Perspektiven kennenzulernen und die eigene (persönliche, berufliche, politische) Praxis einer (selbst-)kritischen Analyse zu unterziehen. Andererseits sind für diejenigen, die tagtäglich Abwertung erfahren, geschützte Räume als „Quellen der Lebenskraft“ (Yeboah, 2015) unverzichtbar. In diesen Räumen kann ein Austausch über Erfahrungen und mögliche Umgangsstrategien erfolgen, der Schwarze, People of Color und migrantische Menschen stärkt (Yiligin, 2015). Übertragen auf die sächsische Jugendhilfelandchaft folgt daraus die Notwendigkeit, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in enger Abstimmung mit migrantischen Selbstorganisationen (MSO) zu fördern und ihre Angebote zu stärken. Eine Erkenntnis aus unserer Praxisforschung (Kulturbüro Sachsen, 2021) ist, dass es den MSO im Vergleich zur freien und öffentlichen Jugendhilfe gegenwärtig besser gelingt, Entwicklungsräume für junge Menschen mit Migrationserfahrung zu schaffen.

LITERATUR

- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. (AGJF) (2017). Projekt „Connect“ – Geflüchtete und asylsuchende junge Menschen in der Jugendhilfe kompetent begleiten. Momentaufnahmen aus der Jugendarbeit in Sachsen zu den Themen Migration/Flucht/Asyl. Eine Handreichung mit Anregungen und Beispielen für die pädagogische Praxis.
- Bach, Van Anh (2019). *Sprachmittlung durch Kinder und Jugendliche: Eine retrospektive Studie*. Master-Arbeit am Institut für Angewandte Linguistik und Translatologie der Universität Leipzig.
- Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu-Aydın, Yasemin (2005). *Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund*. Münster: Waxmann.
- Bundesamt für Statistik (2022). Migration und Integration. URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html (26.09.2022).
- El-Mafaalani, Aladin (2018). *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Kronenbitter, Lara/Aalders, Sophia/Meksem, Miriam/Schleifer, Janne/Beigang, Steffen (2022). Diskriminierungserfahrungen in Sachsen. Zentrale Ergebnisse einer Betroffenenbefragung, sächsischen Bevölkerungsbefragung und bundesweiten Vergleichsbefragung. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). URL: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/diskriminierungserfahrungen-in-sachsen-fa-5395> (30.09.2022).
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2021): Die Zukunft Sachsens – Junge Menschen mit Migrationsvordergrund und diskriminierungskritische Perspektiven auf Jugendhilfe in Sachsen.
- Neue deutsche Medienmacher*innen (2022). Glossar: People of Color. URL: <https://glossar.neuedemienmacher.de/glossar/people-of-color-poc> (26.09.2022).
- Paiva Lareiro, Patricia de (2019). *Kinder und Jugendliche nach der Flucht: Lebenswelten von geflüchteten Familien in Deutschland*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ).
- Şahin, Reyhan (2014). *Die Bedeutung des muslimischen Kopftuchs: eine kleidungssemiotische Untersuchung Kopftuch tragender Musliminnen in der Bundesrepublik Deutschland*. Münster/Berlin: LIT.
- Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen (2021). Bevölkerungsanalysen – Themengebiet: Bevölkerungsgruppen. URL: https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/12_bevoelkerungsentwicklung/statistik-sachsen_bevoelkerungsmonitor_bevoelkerungsgruppen_ag_deutsch_nichtdeutsch.pdf (26.09.2022).
- Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen (2019). 12. August – Internationaler Tag der Jugend. Anteil junger Männer in dieser Altersgruppe überwiegt in Sachsen. *Medieninformation 117/2019*. URL: https://www.statistik.sachsen.de/download/presse-2019/mi_statistik-sachsen_117-2019_jugendliche-2018.pdf (26.09.2022).
- Terkessidis, Mark (1998). *Psychologie des Rassismus*. Wiesbaden: Opladen.
- Yeboah, Amma (2015). Rassismus und psychische Gesundheit in Deutschland. Hintergrundpapier zum Parallelbericht an den UN-Antirassismusausschuss zum 19.-22. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung. URL: <https://rassismusbericht.de/wp-content/uploads/Rassismus-und-psychische-Gesundheit.pdf> (26.09.2022).
- Yiligin, Fidan (2015). Solange der Meta-, Struktur- und der Alltags-Rassismus das Leben der Mädchen dominiert, solange brauchen wir vielfältige Empowerment-Räume! In Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V., *Mädchenarbeit reloaded – Standortbestimmung und Perspektivenentwicklung (queer)feministischer Mädchenarbeit im 21. Jahrhundert. Dokumentation Fachforum II: Mädchen_räume?! Empowerment als Grundlage feministischer Mädchenarbeit*.





„Kunst kann Fragen stellen“

Sandra Schubert hat die Bildserie in diesem Band fotografiert. Die Fotografin lebt und arbeitet seit 20 Jahren in Sachsen. Im Interview spricht sie über die Motivation hinter ihrer künstlerischen Arbeit und ihren persönlichen Bezug zu den Fotografien.

Die in diesem Band gezeigten Motive stammen aus einer Fotoreihe, die Sie bereits vor längerer Zeit begonnen haben. Womit beschäftigen Sie sich in dieser Serie?

Die Arbeit heißt „Revier“ und besteht eigentlich aus mehreren hundert Fotografien. Ich begann 2013 daran zu arbeiten. Aus diesem Konvolut habe ich für das Jahrbuch Bildstrecken ausgewählt, deren Motive Orte in Sachsen zeigen. Eigentlich bin ich für die Fotoreihe seit zehn Jahren durch ganz Ostdeutschland gereist. Dies ergab sich aus einer anderen Arbeit von mir, für die ich mich mit der DDR-Handelsmarine beschäftigte. Mich faszinierte, dass alle Handelsschiffe der Flotte nach kleineren Orten innerhalb der DDR benannt waren. Also erstellte ich anhand dieser Schiffsnamenliste eine Art Landkarte und begann sie in mehreren Etappen abzuarbeiten. Die Reise entwickelte eine ganz eigene Dynamik. Bald war es mir nicht mehr so wichtig, die Orte auf der Liste abzuarbeiten, ich habe mich einfach treiben lassen. Diese Arbeit ist auch eine Auseinandersetzung mit meiner eigenen Identität. Ich bin 1977 in Rostock geboren, bin also auch in der DDR sozialisiert. Daher hatte die Serie ursprünglich den Arbeitstitel „Heimat“. Der Titel wandelte sich aber dann zu „Revier“, womit ich mich besser von meinem Untersuchungsgegenstand distanzieren konnte.

Haben Sie den Begriff „Heimat“ auch deshalb abgelegt, weil er so aufgeladen ist?

Die einfache Antwort lautet: ja. Ich habe mich immer zu einem Zitat des Philosophen Ernst Bloch hingezogen gefühlt, der sagt, dass Heimat

das „Prinzip Hoffnung“ ist, das zugleich stark mit der Erinnerung an die Kindheit verbunden ist. Das macht Heimat nicht zu einem gegenwärtigen Zustand, sie ist gleichzeitig in der Vergangenheit und der Zukunft verhaftet. Anfangs begab ich mich mit meiner Reise auf die Suche nach „Heimat“, im Laufe der Arbeit merkte ich aber, dass ich darauf gar nicht hinauswill. Heimat lässt sich für mich nicht durch das, was wir „Ostdeutschland“ nennen, begreifen. Ich empfinde eher ein Heimatgefühl, wenn ich auf eine bestimmte Landschaft schaue, wenn ich ein Reh sehe oder die mitteleuropäische Flora und Fauna betrachte. Der Begriff „Heimat“ hat sich in den vergangenen zehn Jahren zudem politisch stark aufgeladen. Wir Künstler*innen sind in dieser Hinsicht vielleicht auch Seismografen der Gesellschaft. Irgendwann im Laufe meiner Arbeit an der Bildserie spürte ich ein Unbehagen mit diesem Begriff.

Ist die Arbeit an der Bildserie mittlerweile abgeschlossen?

Ich habe aufgehört zu fotografieren, aber nicht aufgehört, mit den Motiven zu arbeiten. Zu der Sammlung gehören auch Texte und Objekte. Daraus soll eine Videoprojektion entstehen. Ich arbeite in Bildpaaren, weil mich diese Dialektik interessiert. Diese Bildpaare können sich auch immer wieder verändern, daher finde ich die digitale Projektion ein gutes Mittel. Im Jahrbuch sind sie natürlich unbeweglich und in sich abgeschlossen.

Wie haben Sie die Bildpaare für dieses Buch zusammengestellt?

Ich habe alle Texte gelesen und mir dabei Begriffe rausgeschrieben, die ich assoziativ verwerten konnte. Natürlich habe ich mit meinem subjektiven Blick auf die Texte geschaut. Für mich sticht zum Beispiel das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, das mehrmals thematisiert wird, hervor. Damit beschäftige ich mich in meiner künstlerischen Arbeit auch schon lange. Das Relief von Judith mit dem Kopf von Holofernes am Zwinger in Dresden stelle ich dem Kampfjet von Sigmund Jähn in Morgenröthe-Rautenkranz gegenüber. Hier wird das Weibliche in der Form von Judith kriegerisch dargestellt, behält dabei aber feminine Attribute. Der Kampfjet hingegen hat für mich etwas Phallisches, trägt dabei aber auch das DDR-Wappen. Das weist wieder über das eigentlich

abgebildete Motiv hinaus. Wenn ich dem gehörnten Bock aus Heidenau dann das feine Meißner Porzellan im Dresdner Museum entgegenstelle, geht es für mich dabei auch um die Darstellung männlicher oder weiblicher Zuschreibungen. Außerdem stelle ich Orte, die das DDR-Erbe repräsentieren, in Bezug zueinander. Ich habe auch danach ausgewählt, was von der DDR als Erbe bleibt, wie zum Beispiel Straßennamen. Wenn eine Straße „Straße der Genossenschaft“ heißt und daneben eine „Straße der Solidarität“ und dann gibt es noch eine „Karl-Marx-Straße“, dann prägt das natürlich auch das öffentliche Denken. Oder Überbleibsel wie Hausnummern, Straßenlaternen, Auslagen in Schaufenstern. Auf der anderen Seite möchte ich betonen, dass die Geschichte der Orte, die ich fotografiert habe, ja weit über die 40 Jahre DDR-Geschichte hinausgehen. Das zeigt sich auch an der Industrie, für die manche Regionen bekannt sind, oder die Baustoffe, aus denen die Häuser vor Ort gemacht sind. Auch Denkmäler haben mein Interesse geweckt und die damit verbundene Frage, wie wir den öffentlichen Raum für Erinnerungen nutzen. Die Fotografie einer Gedenkplakette für den Widerstandskämpfer Kurt Schlosser in Rathen steht einer Fotografie eines gebrochenen Astes aus Vogelsgrün gegenüber und weist damit für mich auf ein kompliziertes Erbe der antifaschistischen Erinnerungspolitik hin, die in der DDR-Staatspolitik war.

Welche Verknüpfung sehen Sie zwischen der Fotoreihe und den Artikeln des Buches, die sich mit dem Zustand der Demokratie in Sachsen beschäftigen?

Die Texte in diesem Buch werfen natürlich vor allem die Probleme auf, die wir in unserer Demokratie haben. Ich finde auch, dass man diese benennen sollte. Gleichzeitig sollte man nicht den Finger darauf halten und sagen: „Das ist, weil ihr ‚Ossis‘ seid.“ Das glaube ich auch nicht, ich sehe hier eher ein gesamtdeutsches Problem. Mit der Auswahl meiner Fotografien möchte ich eine kritische Haltung unterstützen und gleichzeitig auch eine gewisse Offenheit in der Interpretation lassen. Wenn ich ein Bild zeige, von einem in einer Wärmedecke eingehüllten Pferd, dann kann man das auch als Abbildung eines Mangels von emotionaler Wärme sehen. Auch eine verschneite Tischtennisplatte aus Stein zeigt einen Aggregatzustand, den wir als unangenehm empfinden. Es ist steinig und kalt. Gleichzeitig stehen die fotografierten Pflanzen aber ja

auch für ständige Erneuerung und Anpassungsfähigkeit. Meine Bilder haben somit auch ein utopisches Element und einen Hoffnungsschimmer.

Ihre Bilder zeigen Sachsen aus einer ganz bestimmten Perspektive. Die Fotografien zeigen weniger das urbane, hippe, industrielle Sachsen, das es ja auch gibt. Warum haben Sie diesen spezifischen Zugang gewählt?

Ich sehe mich als Erinnerungsarbeiterin, vielleicht arbeite ich auch wie eine Literatin. Ich bin keine Pressefotografin, aktuelle Zustandsbeschreibung sind nicht Teil meiner Arbeit. Der Beweischarakter von Fotografien steht für mich nicht im Vordergrund. Ich sehe die Fotografie als Werkzeug, um einen bestimmten Untersuchungsgegenstand zu ergründen. Ich hätte natürlich auch das Porschewerk ablichten können, um ein Stück moderne Industrie zu zeigen. Aber ich glaube nicht, dass es die Kunst braucht, um das zu kommentieren. Mir ist es wichtiger, andere Aspekte zu beleuchten. Ich glaube, dass die Kunst keine Fragen beantworten kann. Aber sie kann auf ihre spezifische Art Fragen stellen. Die Fotografie des Porschewerks oder eines hippen Cafés in Plagwitz beantwortet aus meiner Sicht eher Fragen, als das es welche aufwirft. Meine Fotografien sind weniger einzeln zu lesen, sie müssen vielmehr seriell betrachtet werden. Für manche Menschen scheinen meine Bilder vielleicht banal. Ich finde interessant zu schauen, ob man in dieser Banalität nicht auch etwas anderes sehen kann. Es geht mir dabei nicht um Klarheit oder Gewissheit. Das würde ich mir auch wünschen für Menschen, die dieses Jahrbuch in den Händen halten: Dass sie erkunden, was sie in diesen Texten und Bildern sehen.

Die Fragen stellten Pia Schnakenberg und Pia Siemer.





- *Hannah Katinka Beck*, M.A., ist Ethnologin und Politikwissenschaftlerin. In Ostdeutschland geboren interessiert sie sich besonders für die politischen, gesellschaftlichen und strukturellen Ungleichheiten zwischen Ost und West und den Erfolg rechtspopulistischer Akteure. Zuletzt hat sie zum transnationalen Netzwerk der Identitären Bewegung Deutschland geforscht.
- *Sophie Bose*, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.
- *Oliver Decker*, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) in Deutschland (bis 2018 Leipziger „Mitte“-Studien).
- *Nikolas Dietze*, M.A., ist Politologe und forscht als Gastwissenschaftler am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Rechtsextremismusforschung mit besonderem Fokus auf sozialräumlichen Dynamiken und Kontinuitäten sowie alltäglichen Vergesellschaftungen.
- *Marius Dilling*, M.A., Sozialwissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Unter der Nutzung quantitativer Methoden der Empirischen Sozialforschung forscht er zu demokratiefeindlichen Einstellungen – mit einem Fokus auf Antisemitismus und Verschwörungsmentalität.
- *Tabea Falk*, B.A., befindet sich derzeit im Masterstudium der Psychologie an der Universität Leipzig und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Sie beschäftigt sich mit Umgang mit Differenz, Autoritarismus und Antifeminismus und ist ehrenamtlich in der politischen Bildung tätig.
- *Amelie Feuerer*, B.A., befindet sich im Masterstudium der Soziologie und ist wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Dort arbeitet sie im Bereich Monitoring und Dokumentation antidemokratischer Mobilisierung in Sachsen. Ihre Schwerpunkte sind die Anziehungskraft autoritärer Bewegungen und ihre Schnittstellen zum Antisemitismus und Antifeminismus.
- *Christin Fichtel* ist Projektreferentin im Projekt „Gute Gewalt – schlechte Gewalt?“ des Institut B3. Sie ist staatlich anerkannte Er-

zieherin und staatlich anerkannte Sozialarbeiterin sowie seit 2022 im Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V. (Institut B3) tätig. In ihrer Arbeit ist es ihr besonders wichtig, einen gelungenen Theorie-Praxis-Transfer in den präventiven Angeboten mitgestalten zu können.

- *Ulrike Geisler*, M.A., ist Teil des trägerinternen Projektteams und zugleich Projektleiterin des Modellprojekts „Gute Gewalt – schlechte Gewalt?“ vom Institut B3, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und dem sächsischen Landespräventionsrat gefördert wird. Die Historikerin beschäftigt sich mit den Schwerpunkten Stadtgeschichte, Migrationsforschung sowie Pluralisierungsprozesse in Sachsen.
- *Natalie Gittner*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie arbeitet u.a. zu den Themen demokratische Zivilgesellschaft, soziale Dynamiken und Rassismus im institutionellen Kontext.
- *Alina Gündel*, M.A., ist Soziologin. Gesellschaftspolitisch engagiert sie sich bei Agenda Alternativ e.V. und der AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e.V.
- *Eric Heffenträger*, M.A., ist Politikwissenschaftler. Er engagiert sich im Verein Agenda Alternativ im Erzgebirge seit 2007 und arbeitet als Leiter der politischen Kommunikation bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag.
- *Charlotte Höcker*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. In der Autoritarismus- und Demokratieforschung interessieren sie psychodynamische und geschlechterreflektierte Perspektiven, besonders auf Antifeminismus, Misogynie und Emanzipation.
- *Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten extreme Rechte und rechtsmotivierte Gewalt. Sie arbeitet als Fachreferentin bei der Beratungsstelle Support für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V.
- *Steven Hummel* ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet bei der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei chronik.LE aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.
- *Fiona Kalkstein*, Dr. phil., ist Diplom-Psychologin und stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Ihre For-

schungsschwerpunkte sind Kritische Psychologie, materialistischer Feminismus/Intersektionalität und qualitative Forschungsmethoden.

- *Johannes Kiess*, Dr. phil., ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Kulturosoziologie und politische Soziologie Europas an der Universität Siegen. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung.
- *Michael Nattke*, Dipl.-Hdl., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt (Oder) und Dresden. Seit 2009 arbeitet er als Fachreferent im Kulturbüro Sachsen e.V., dem Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Bundesland. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich ehrenamtlich und im wissenschaftlichen Kontext mit organisiertem Neonazismus und rechten Einstellungen in Ostdeutschland.
- *Johanna Niendorf*, M.A., ist Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlecht und Autoritarismus, Antifeminismus, Hass auf Frauen und LGBTIQ. Sie ist Mitglied im Phia e.V. – Gegen Gewalt an Frauen*.
- *Henriette Rodemerk*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie forscht zu sozialen Konflikten, Antifeminismus und Geschlechterfragen vor dem Hintergrund von antidemokratischen Tendenzen, autoritären Dynamiken sowie Demokratisierungsprozessen im ländlichen Raum und institutionellen Kontexten.
- *Clara Schließler*, M.Sc., ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut sowie Mitglied im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Sie arbeitet u.a. zu den Themen Verschwörungsmentalität, Esoterik und politischer Protest sowie zu (Neu-)Konzeptionalisierungen des Autoritären Syndroms.
- *Andre Schmidt*, M.A., ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Dort arbeitet er im Rahmen sozialraumnaher Forschung und in den Leipziger Autoritaris-

mus Studien zu den Schwerpunkten sozialer Konflikt und Klassenpolitiken, Demokratisierung und Arbeitswelt sowie Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft.

- *Pia Schnakenberg*, B.A., ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Bereich der Wissenschaftsredaktion.
- *Sandra Schubert* ist Fotografin und künstlerische Mitarbeiterin an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig.
- *Pia Siemer*, M.A., ist Wissenschaftsredakteurin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Sie beschäftigt sich seit Langem journalistisch und wissenschaftlich mit der extremen Rechten, antidemokratischen Kräften und der Zivilgesellschaft in Sachsen.
- *Danilo Starosta* studierte Erziehungswissenschaften und engagiert sich seit den 1980er Jahren in politischen antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen. Seit 2005 ist er Berater im Kulturbüro Sachsen e.V. Zudem engagiert er sich seit 2011 im bundesweiten Netzwerk „Kein Schlusstrich“ zur Aufklärung des NSU-Komplexes.



Die Fotografien von der Künstlerin Sandra Schubert stammen aus dem Projekt mit dem Titel „Revier“. Hierfür ist sie über mehrere Jahre fotografierend durch den Osten Deutschlands gereist. Die für dieses Buch ausgewählten Motive sind in Sachsen entstanden und bilden den assoziativen Blick der Fotografin zu ausgewählten Themen der einzelnen Beiträge ab. Sie illustrieren nicht die Texte dieses Buches.

Bastei	8	Leipzig	173
Dittmannsdorf	19	Bastei	174
Dittmannsdorf	20	Zeschnig	175
Eula	40	Dresden	176
		Bastei	177
		Dresden	178
<u>BILDSERIE I</u>			
Dresden	60		
Morgenröthe-Rautenkranz	61	Leipzig	199
Heidenau	62	Wolfshain	200
Dresden	63	Liebertwolkwitz	214
Leipzig	64	Klingenthal	233
Leipzig	65	Johanngeorgenstadt	234
Morgenröthe-Rautenkranz	66	Mühlleithen	249
Zwickau	67	Eula	250
Morgenröthe-Rautenkranz	68	Zwickau	272
Leipzig	69	Leipzig	292
Rathen	70	Leipzig	305
Vogelsgrün	71	Cottbus	306
Leipzig	72	Markkleeberg	311
Dittmannsdorf	73	Dittmannsdorf	312
Leipzig	74	Naunhof	317
Zwickau	75		
Klingenthal	76		
Dresden	77		
Cottbus	78		
Bad Reibholdsgrün	96		
Dresden	117		
Bad Reibholdsgrün	118		
Bad Reibholdsgrün	134		
Eula	149		
Eula	150		
<u>BILDSERIE II</u>			
Eula	169		
Fichtelberg	170		
Bad Reibholdsgrün	171		
Dresden	172		



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-948049-20-1

© 2023, Autorinnen und Autoren.

© Else-Frenkel-Brunswik-Institut
an der Universität Leipzig
Dittrichring 18-20
04109 Leipzig
www.efbi.de

© edition überland
Verlagsgesellschaft mbH
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
editionueberland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat

Tilman Meckel, Leipzig

Redaktion

Pia Schnakenberg und
Pia Siemer, EFBI, Leipzig

Gestaltung, Satz und Grafiken

Markus Dreßen, Leipzig

Karten

Marius Dilling, Leipzig

Fotografie

Sandra Schubert, Leipzig

Herstellung

Sabine Artner, Leipzig

Schrift

Suisse Works, Suisse Int'l Mono,
www.swisstypefaces.com

Papier

Munken Print White, 90 g/m²,
Surbalin Seda, 115 g/m²

Druck und Bindung

Jelgavas Tipogrāfija
www.jt.lv

Printed in Latvia

ERRATUM

zum Beitrag *Der Sachsen-Monitor 2021 / 2022. Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen* im Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022 *Demokratie in Sachsen*.

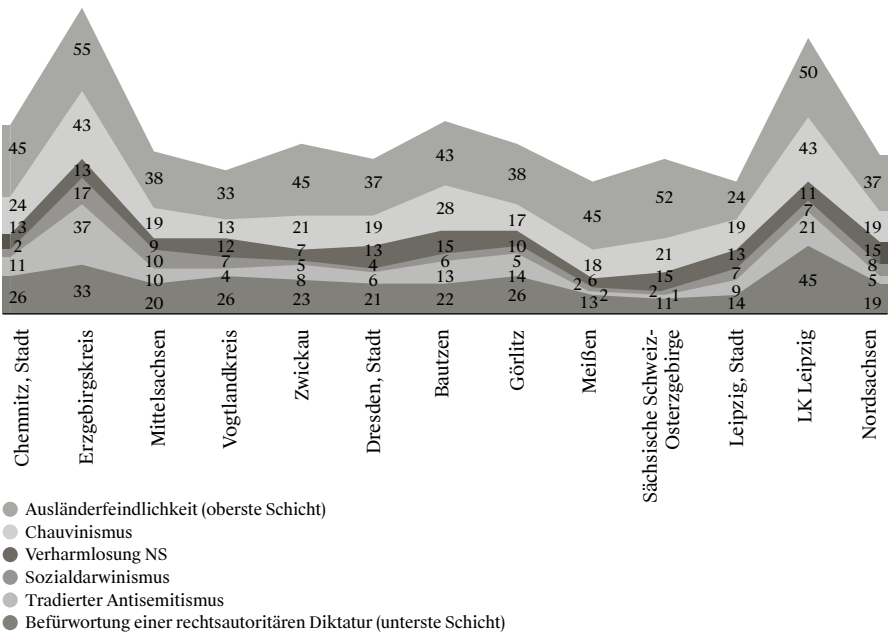
Auf Seite 32 in Abbildung 5 findet sich bedauerlicherweise ein Fehler: im gestapelten Flächendiagramm ist „Chemnitz, Stadt“ zweimal angegeben. Der dritte Landkreis, welcher auf den Erzgebirgskreis folgt, muss richtigerweise „Mittelsachsen“ lauten.

Die korrekte Abbildung finden Sie auf dieser Seite.

Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

ABBILDUNG 5

Gestapeltes Flächendiagramm (manifeste Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellung nach Landkreis).



Signifikanzprüfung durch Chi-Quadrat-Test mit Korrektur nach Rao und Scott (1984), $p < 0,001$. Kein signifikanter Unterschied bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus. Daten gewichtet.